

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Gutachten - Familie und Politik

Schreiben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 21. November 2002 an die Präsidentin des Landtags:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Gutachten - Familie und Politik (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002) - des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ich bitte Sie, den Abgeordneten des Landtags das Gutachten am Morgen des 22. November 2002 zur Verfügung zu stellen.

Die Autoren werden am Freitagmittag, dem 22. November 2002, in einer Pressekonferenz das Gutachten der Öffentlichkeit vorstellen."

Gnauck
Minister

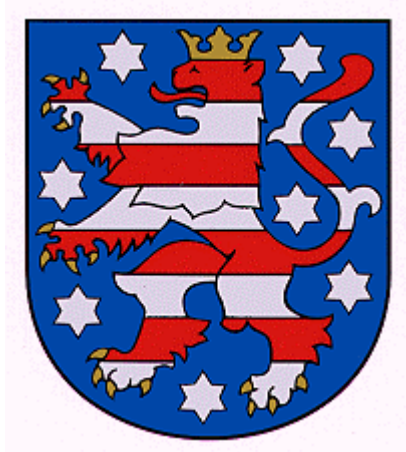
Hinweis der Landtagsverwaltung:

Das Gutachten - Familie und Politik (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002) - wurde bereits an die Abgeordneten verteilt. Es kann auch in der Landtagsbibliothek, im Landtagsinformationssystem und im Internet unter der Internetadresse www.landtag.thueringen.de unter obiger Drucksachennummer eingesehen werden.

Vorabdruck verteilt am: 22. November 2002

Druck: Thüringer Landtag, 11. Dezember 2002

POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Familie und Politik Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002

**Klaus Dicke • Michael Edinger
Andreas Hallermann • Karl Schmitt**

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

I.	Einleitung	6
II.	Familie und Politik	8
1.	Bevölkerung und Lebensformen im Freistaat Thüringen – ein (nicht nur) statistischer Überblick	8
1.1.	Bevölkerungsentwicklung	9
1.1.1.	Natürliche Bevölkerungsbewegungen	9
1.1.2.	Abwanderung und Zuwanderung	15
1.2.	Ehe und Familie	23
2.	Einstellungen zur Familie im Freistaat Thüringen	32
2.1.	Zur Bedeutung von Familie	32
2.2.	Kinder und Erziehung	41
2.2.1.	Die Entscheidung für Kinder zwischen Wunsch und Wirklichkeit	41
2.2.2.	Werte und Kindererziehung	45
2.3.	Familie und Beruf	49
2.4.	Erwartungen an eine zukunftsgerichtete Familienpolitik	54
III.	Politische Einstellungen der Thüringer	59
1.	Wirtschaftliche Lage und Deprivation	59
1.1.	Wirtschaftliche Lage: allgemein düster, persönlich eher heiter	59
1.2.	Deprivation made in East Germany und das Phänomen der Ostalgie	62
2.	Politische Orientierungen, Wahrnehmung von Politik und politisches Handeln	64
2.1.	Interesse und landespolitisches Grundwissen	64
2.2.	Einstellungen zu Politik und Parteien	65
2.3.	Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit	67
2.4.	Politische Partizipation	70
3.	Autoritarismus und Rechtsextremismus	73
3.1.	Autoritarismus: Wirkmächtiges Persönlichkeitsmerkmal?	73
3.2.	Rechtsextremismus: Entwarnung für den demokratischen Verfassungsstaat?	76
IV.	Fazit und Ausblick	88
1.	Demographische Entwicklung Thüringens	88
2.	Die Familie in Thüringen	89
3.	Politische Einstellungen der Thüringer	90
4.	Ungereimtheiten im Gesamtbild	91
	Literatur	92
	Anhang: Tabellarische Übersichten	96

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Bevölkerungsentwicklung in Thüringen nach Geschlecht 1985-2001	10
Abb. 2:	Anzahl der Lebendgeborenen und Sterbefälle in Thüringen 1985-2001	11
Abb. 3:	Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter	12
Abb. 4:	Privathaushalte nach Haushaltsgröße	13
Abb. 5:	Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgröße 2001	14
Abb. 6:	Privathaushalte nach Anzahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung)	14
Abb. 7:	Wanderungen von und nach Thüringen 1985-2001	16
Abb. 8:	Wanderungssaldo Thüringens mit anderen Bundesländern 1998-2001	17
Abb. 9:	Wanderungssaldo 1998-2001 in Thüringer Kreisen (ohne Ausland)	18
Abb. 10:	Saldo der Ein- und Auspendler in Thüringer Kreisen (30.6.2001)	20
Abb. 11:	Abwanderungsgedanken nach Alter und Geschlecht	21
Abb. 12:	Gründe für eine Abwanderung aus Thüringen nach Abwanderungswahrscheinlichkeit	22
Abb. 13:	Eheschließungen je 1000 Einwohner in Thüringen und Westdeutschland	25
Abb. 14:	Durchschnittliches Erstheiratsalter in Thüringen, Ost- und Westdeutschland	26
Abb. 15:	Ehescheidungen und Eheschließungen je 1000 Einwohner in Thüringen und in Westdeutschland	27
Abb. 16:	Anzahl der Ehepaare mit und ohne ledige (minderjährige) Kinder in Thüringen	28
Abb. 17:	Eheliche und nichteheliche Lebendgeborene in Thüringen, Ost- und Westdeutschland	30
Abb. 18:	Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Thüringen	31
Abb. 19:	Konservatives Familienverständnis nach Geschlecht, Alter und Kirchengangshäufigkeit	37
Abb. 20:	Eigene familiäre Bindungen nach Lebensformen	40
Abb. 21:	Befragte nach Kinderwunsch und dessen Realisierung	42
Abb. 22:	Gründe für Kinderlosigkeit nach Kinderwunsch und seiner Realisierung	44
Abb. 23:	Häufige Familienaktivitäten mit Kindern nach Alter der Kinder	46
Abb. 24:	Freizeitaktivitäten von Schulkindern nach Auskunft eines Elternteils	48
Abb. 25:	Entscheidung zwischen Familie und Beruf	50

Abb. 26:	Häusliche Kindererziehung oder Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes?	53
Abb. 27:	Entscheidung zwischen finanzieller und struktureller Entlastung	55
Abb. 28:	Entscheidung zwischen finanzieller und struktureller Entlastung – Familien mit Kindern im Haushalt nach Lebensformen	56
Abb. 29:	Varianten struktureller Entlastung – Familien mit Kindern im Haushalt nach Berufstätigkeit	57
Abb. 30:	Entlastung für Eltern mit Kleinkindern – Früherer Anspruch auf Kinderbetreuung oder bessere Möglichkeiten zur häuslichen Erziehung?	58
Abb. 31:	Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 bis 2002	60
Abb. 32:	Bewertung der deutschen Einheit nach persönlicher finanzieller Lage 2001 und 2002	61
Abb. 33:	Wahrgenommene Diskriminierung durch Westdeutsche	62
Abb. 34:	Interesse für Politik nach Alter und Bildungsgruppen	64
Abb. 35:	Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: 2000, 2001 und 2002 im Vergleich	66
Abb. 36:	Vertrauen in politische Institutionen – 2000, 2001 und 2002 im Vergleich	67
Abb. 37:	Deprivation und Einstellungen zur Demokratie – 2001 und 2002 im Vergleich	70
Abb. 38:	Politische Partizipation von Demokraten und Nicht-Demokraten	71
Abb. 39:	Bereitschaft zu politisch motivierter Gewalt	72
Abb. 40:	Autoritarismus nach Alter, Bildung und Wertorientierungen 2001 und 2002	75
Abb. 41:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter, Bildung und Religion	80
Abb. 42:	Rechtsextremismus nach Deprivation, Politikverdrossenheit und Demokratiezufriedenheit	82
Abb. 43:	Rechtsextremismus nach landespolitischem Wissen und politischem Interesse bei Befragten mit und ohne Abitur	83
Abb. 44:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus, Wertorientierung und DDR-Bild	84

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Wanderungsbewegungen in den Thüringer Kreisen 1998-2001	19
Tab. 2:	Familie und Beruf – Typenbildung	49
Tab. 3:	Anteil der Politikverdrossenen nach Alter – 2001 und 2002 im Vergleich	66
Tab. 4:	Typologie der Einstellungen zur Demokratie	68
Tab. 5:	Bewertung der zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 und 2002	77
Tab. 6:	Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen	87

Vorwort

Zum dritten Mal legt mit dieser Studie ein Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena der Öffentlichkeit eine Studie vor, welche die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung erhebt und einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzieht. Auf der Grundlage einer Umfrage („Thüringen-Monitor“) werden in einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen mehrjährigen Projekt zum einen die generellen politischen Einstellungen, zum andern die Meinungen der Thüringer zu politischen Schwerpunktthemen untersucht. Nach den Schwerpunkten „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ (Dicke/Edinger/Schmitt 2000) sowie „Jugend und Politik“ (Dicke u.a. 2002) ist die diesjährige Untersuchung dem Thema „Familie und Familienpolitik“ gewidmet.

Die diesjährige Studie ist wie folgt gegliedert: In der Einleitung wird zunächst der normative, theoretische und politische Rahmen skizziert, in dem sich die allgemeine Fragestellung bewegt. Besonderes Augenmerk wird auf die politische Relevanz des Schwerpunktthemas, vor allem auch auf dem Hintergrund einer äußerst prononcierten „Familienpolitik“ in der DDR gelegt. Kapitel II behandelt das Schwerpunktthema „Familie und Politik“. Hier wird zunächst – überwiegend in Auswertung von Materialien der amtlichen Statistik – ein Überblick über die Thüringer Demographie, also die Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Lebensformen im Freistaat gegeben, wobei ein Schwerpunkt auf die Situation von Ehe und Familie gelegt wird. Es folgt eine Analyse der Einstellungen der Thüringer zu Ehe und Familie – zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung, zu Kindern und zur Kindererziehung, zum Verhältnis von Familie und Beruf sowie schließlich zu den Erwartungen an die Familienpolitik. Kapitel III widmet sich dann den politischen Einstellungen der Thüringer generell. In der diesjährigen Untersuchung, die erstmals die Identifizierung kurzfristiger Veränderungen erlaubt, liegt das Hauptgewicht auf der wirtschaftlichen Lage, der Wahrnehmung von Politik und dem Rechts-Extremismus. Das Schlusskapitel IV fasst die Ergebnisse zusammen und versucht eine erste Bilanz im Überblick über die drei Studien insgesamt.

Auch der diesjährigen Studie sind die wichtigsten Daten der eigenen empirischen Erhebungen als Anhang beigelegt. Sie basieren auf einem von der Jenaer Forschergruppe entwickelten Fragebogen und wurden von „Infratest dimap“ in einer Telefonumfrage unter 1000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern erhoben. Die Umfrage fand vom 13. bis 18. August 2002 statt. Ob die zeitliche Nähe zur Bundestagswahl die Ergebnisse beeinflusst hat, wird in Einzelfällen diskutiert; hier sei generell auf den zeitlichen Zusammenhang hingewiesen. Bei der Gestaltung des Fragebogens wurde im allgemeinen Teil darauf geachtet, identische Formulierungen zu verwenden, um Zeitreihen zu ermöglichen.

Für die Bereitstellung statistischer Daten danken wir dem Thüringer Landesamt für Statistik und dem Statistischen Bundesamt herzlich. Wie bereits in den vergangenen Jahren, hat sich auch für die Studie 2002 die enge Zusammenarbeit der Autoren der Studie mit „Infratest dimap“ bewährt. Deshalb gilt insbesondere den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto unser Dank für ihre Gesprächsbereitschaft und konstruktive Kooperation über den Gesamtzeitraum des Projekts hinweg.

Jena, den 18. Oktober 2002

Klaus Dicke

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

Gesunde Familienstrukturen sind das A und O für das Gedeihen und für die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Die griechische Antike und das christliche Mittelalter sehen in der Familie die Keimzelle jeder menschlichen Gemeinschaft; und bei dem Philosophen, der vielleicht das größte Gespür für die Bedeutung von Institutionen hatte, bei Hegel lesen wir: „der unmittelbare oder natürliche sittliche Geist – die Familie“ (Hegel 1970: § 157). So wundert es nicht, dass nahezu alle politischen Parteien in nahezu allen europäischen Staaten der Familienpolitik allerhöchste Priorität einräumen, denn die Familie ist das lohnendste Anlageobjekt der Politik überhaupt. Und so wundert es eigentlich auch nicht – um das dennoch erstaunlichste Ergebnis des diesjährigen Thüringen-Monitor vorwegzunehmen –, dass die Förderung der Familie von der Mehrheit der Thüringer mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die selbe Stufe gestellt wird.

Was aber ist eine Familie, und was hat man unter „gesunden“ Familienstrukturen zu verstehen? Dass die Vorstellungen hierüber erheblich auseinandergehen und dass gerade in diesen Fragen in den letzten Jahrzehnten ein recht tiefgreifender Wandel zu beobachten ist, gehört zu den Standardaussagen jeder familiensoziologischen Untersuchung. Wie stellen sich diese Vorstellungen in Thüringen dar, welche Anzeichen für sozialen Wandel der Familie gibt es hier? Lässt sich möglicherweise eine Richtung erkennen? Und welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus? Das ist die erste Schicht von Fragen, welche der diesjährige Schwerpunkt der Studie zu beantworten sucht.

Wenn in Thüringen von Familie und von Familienpolitik die Rede ist, dann drängt sich eine zweite Schicht von Fragen geradezu auf. In der DDR war die „Familienpolitik“ eines der zentralen Instrumente der Gesellschaftssteuerung. Man braucht sich nur die „Aufgaben der marxistischen Familiensoziologie in der DDR“ anzuschauen, um sich deren Eckpunkte zu vergegenwärtigen: sie sollte Untersuchungen vornehmen „über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung sozialistischer Gemeinschaftsbeziehungen in den Familien und der Erfüllung der ökonomischen, politischen und kulturellen Aufgaben der Gesellschaft; über den Einfluss der Berufstätigkeit der Frau auf die Beziehungen in Ehe und Familie; über die Ursachen von Konflikten in den Ehe- und Familienbeziehungen; über die optimale Gestaltung der Berufs- und Lerntätigkeit der Familienmitglieder und ihres Familienlebens im Interesse der Erhöhung der persönlichkeitsbildenden Kraft der Familiengemeinschaft; über die Prognose des Familienlebens in der sozialistischen Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die Gestaltung, Organisation und Wirksamkeit der gesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen *im Interesse einer planmäßigen Entwicklung und Förderung des prognostizierten Leitbildes der Familienbeziehungen und des Familienlebens*“ (Bittighöfer 1971: 125, Hervorhebung nicht im Original). Manchem Thüringer und mancher Thüringerin werden hier sicherlich Erinnerungen wach an staatliche Kredit- und Wohnungsofferten, an „Wunschkind“-Rhetorik und diverse Anreize zur Familiengründung, aber auch an das alltägliche Bild schwangerer und Kinderwagen schiebender Frauen in den „Wartekollektiven“ vor Konsum-Läden. Doch dann kam die Wende; und bei aller „planmäßigen Entwicklung“ und bei allen „prognostizierten Leitbildern“ war nun sicher nicht vorgesehen, dass von heute auf morgen die Familienstruktur von der allumfassenden staatlichen Fürsorge, planmäßigen Entwicklung und Prognose in die Freiheit individueller Verantwortung und Lebensgestaltung

entlassen würde.¹ Das war ein Schock, wie die demographischen Daten der Jahre 1989 bis 1991 belegen. Und die zweite Schicht von Fragen richtet sich darauf, ob und wie dieser Schock verarbeitet wurde, ob und inwieweit Thüringen in der Welt 'freier und selbständiger Personen, die für sich sorgen', angekommen ist, und wiederum: welche politischen Konsequenzen aus dem Befund zu ziehen sind.

Und schließlich war es eine dritte Schicht von Fragen, die dazu geführt hat, dem Thema „Familie und Politik“ in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit zu widmen: Thüringen wird von einem demographischen Damokles-Schwert bedroht. Anhaltende Abwanderung, sinkende Geburtenraten und progressive Alterung der Gesellschaft geben zu Prognosen Anlass, nach denen ein sozialpolitischer Kollaps in den kommenden Jahrzehnten droht. Wir wollten genauer wissen, ob solche Prognosen durch die Einstellungen der Bevölkerung bestätigt, relativiert oder vielleicht auch widerlegt werden. Und wir wollten genauer wissen, ob die Thüringer das Problem erkannt haben – und wiederum: welche Konsequenzen sich für die Politik aus all dem ergeben.

Das Thema „Familie und Politik“ ist demnach keinesfalls frei von Dramatik, und dies ist einer der Gründe, weshalb die diesjährige Studie von der bisherigen Gliederung abweicht und dem Schwerpunktthema Vorrang einräumt. Die Untersuchungen zu den politischen Einstellungen der Thüringer im allgemeinen sind dem gegenüber jedoch nicht minder bedeutsam, wenn sie sich auch auf wenige Kernfragen beschränken mussten, um dem Schwerpunktthema ausreichend Platz zu geben. Denn hierbei geht es vor allem um die Frage, welche Stabilität der demokratische Verfassungsstaat des Grundgesetzes in den subjektiven Einstellungen der Thüringer gewonnen hat. Die Studie konzentriert sich hierbei auf einige zentrale Aspekte der Demokratiezufriedenheit und des „Verfassungspatriotismus“, vor allem in der Intention, Veränderungen sichtbar zu machen. Dabei wird – wie in den vorhergehenden Studien auch – die Frage nach der Verbreitung und den Ursachen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen mit einiger Ausführlichkeit untersucht. Und dies geschieht nicht allein aus Gründen der wissenschaftlichen Kontinuität: denn wenn der demographische Trend anhält, könnte Thüringen in gar nicht all zu ferner Zukunft auf Zuwanderung von außen angewiesen sein.

1 In den erläuternden Bemerkungen zu der oben zitierten Bestimmung der Familie hat Hegel zum „Unterschied zwischen Familie und Staat“ notiert: „Freie, selbständige Personen, die für sich sorgen – Leibeigene, für die der Herr oder der Staat sorgt“. Eine präzisere Bestimmung der Angel, um die sich 1989 bis 1991 die Situation Thüringer Familien gedreht hat, ist kaum denkbar. Ferner macht Hegel auf den untrennbaren Zusammenhang familiärer und politischer Leitbilder aufmerksam (Hegel 1970: zu § 157).

II. Familie und Politik

1. Bevölkerung und Lebensformen im Freistaat Thüringen – ein (nicht nur) statistischer Überblick

Aussagen zu Lebensformen ohne Rückgriff auf amtliche Statistiken machen zu wollen, ähnelt ein wenig Tauchversuchen im Nichtschwimmerbecken: die Möglichkeit besteht zwar grundsätzlich, aber sehr weit kommt man gemeinhin nicht. Daher stützt sich der folgende Überblick über ausgewählte Aspekte der Bevölkerungsentwicklung (natürliche Bevölkerungsbewegung, Entwicklung der Haushalte und Abwanderung) und der Zusammensetzung von Familien in Thüringen vorwiegend auf die behördlichen Daten. Diese Vermessung der sozialen Lebensformen im Freistaat ist mit Blick auf die Familie als diesjährigem Schwerpunktthema des Thüringen-Monitors unverzichtbar. Erst sie ermöglicht eine sinnvolle Einordnung der vornehmlich im zentralen dritten Kapitel präsentierten und ausgewerteten Ergebnisse der Repräsentativbefragung. Als eine Art Brückenschlag dahin versteht sich die knappe Skizze des soziodemografischen Profils der 1.000 Befragten am Ende dieses Kapitels.

Die Interpretation des Datenmaterials erfolgt hier im Bewusstsein seiner Stärken und Schwächen. Vor allem zwei wesentliche Vorzüge sind es, die die bei den Statistischen Ämtern verfügbaren Daten – zusätzlich zu ihrer Vollständigkeit – aufweisen: Zum einen erfassen sie Entwicklungen über längere Zeiträume hinweg und ermöglichen somit Trendaussagen. Zum anderen werden sie analog zu den auf Bundesebene vorliegenden Daten erfasst und erlauben es dadurch, die Thüringer Besonderheiten im Vergleich zum Bund, zu Ost- und Westdeutschland und zu anderen Bundesländern zu identifizieren. Gerade diese Möglichkeiten der Zeitreihenanalyse und des systematischen innerdeutschen Vergleichs bieten sich bei den Repräsentativbefragungen im Rahmen des Thüringen-Monitors nicht – ganz abgesehen davon, dass es dabei ohnehin vorwiegend um Einstellungsdaten geht.

Gleichwohl liefern amtliche Statistiken kein lückenloses Bild.² Dies liegt zunächst daran, dass es sich in aller Regel um Daten zur Gesamtbevölkerung oder zu großen Bevölkerungsgruppen handelt, folglich keine Aussagen zur Individualebene getroffen werden können. Zudem bleibt das Erhebungsraster der Statistischen Ämter aus methodischen Gründen relativ starr. Der notwendige Preis dafür ist, dass eine Anpassung an veränderte Lebensweisen und Lebenswelten allenfalls mit Verzögerung möglich ist. Die entscheidende Schwachstelle besteht jedoch gewissermaßen qua Definition: Amtliche Statistiken *dokumentieren* Zustände und Entwicklungen, sie machen aber keine Aussagen über die Gründe von Veränderungen, über Bestimmungsfaktoren oder gar über Kausalketten.³ Mit anderen Worten: Die in der Bevölkerung verbreiteten Einstellungen, die sich auf der Verhaltensebene etwa in einer sinkenden Geburtenrate ausdrücken, bleiben ausgeblendet – und sie müssen ausgeblendet bleiben.

Gehaltvolle Informationen zu den Gründen des Geburtenrückgangs lassen sich nur gewinnen, wenn die Motive für die Entscheidung gegen Kinder bekannt sind. Ein probates Verfahren,

2 Dafür sind vereinzelte Fehlerquellen bei der Erhebung, wie sie beispielsweise für die Erfassung nichtehelicher Lebensgemeinschaften berichtet worden sind (Peuckert 1999: 72f.), nicht maßgeblich.

3 Wie schmerzhaft den „Statistikern“ diese Einschränkung bewusst ist, mag man daran ablesen, dass in den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Datenreport 2002 erstmalig auch Einstellungsdaten aufgenommen wurden und zu diesem Zweck mit zwei renommierten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen kooperiert worden ist (Statistisches Bundesamt 2002).

um diese in Erfahrung zu bringen, ist die Befragung etwa nach dem Kinderwunsch, den erwarteten Nachteilen bei der Geburt von Kindern und den Karriereplänen von Frauen. An diesem Beispiel wird auch deutlich, wie amtliche Statistik und Umfrageforschung ineinander greifen und wie sie sich wechselseitig ergänzen können. Erst anhand der behördlichen Daten lassen sich gesellschaftlich und politisch bedeutsame Entwicklungen beispielsweise beim Reproduktions- oder Heiratsverhalten verlässlich ausmachen. Soll bezüglich dieser Entwicklungen aber Ursachenforschung betrieben werden und geschieht dies gar in praktischer Absicht, dann ist von der Einstellungsforschung ein Erkenntnisgewinn zu erwarten.

Um dieses im Idealfall komplementäre Verhältnis von amtlicher Statistik und Einstellungsforschung auch für die Ausführungen zu Bevölkerung und Lebensformen zu nutzen, werden im Folgenden punktuell Ergebnisse der diesjährigen Repräsentativbefragung in die Darstellung und Analyse einbezogen. Dies geschieht immer dann, wenn es zu den behördlichen Daten korrespondierende Aussagen im Fragebogen gibt und deren Auswertung genaueren Aufschluss über die statistischen Befunde erwarten lässt.

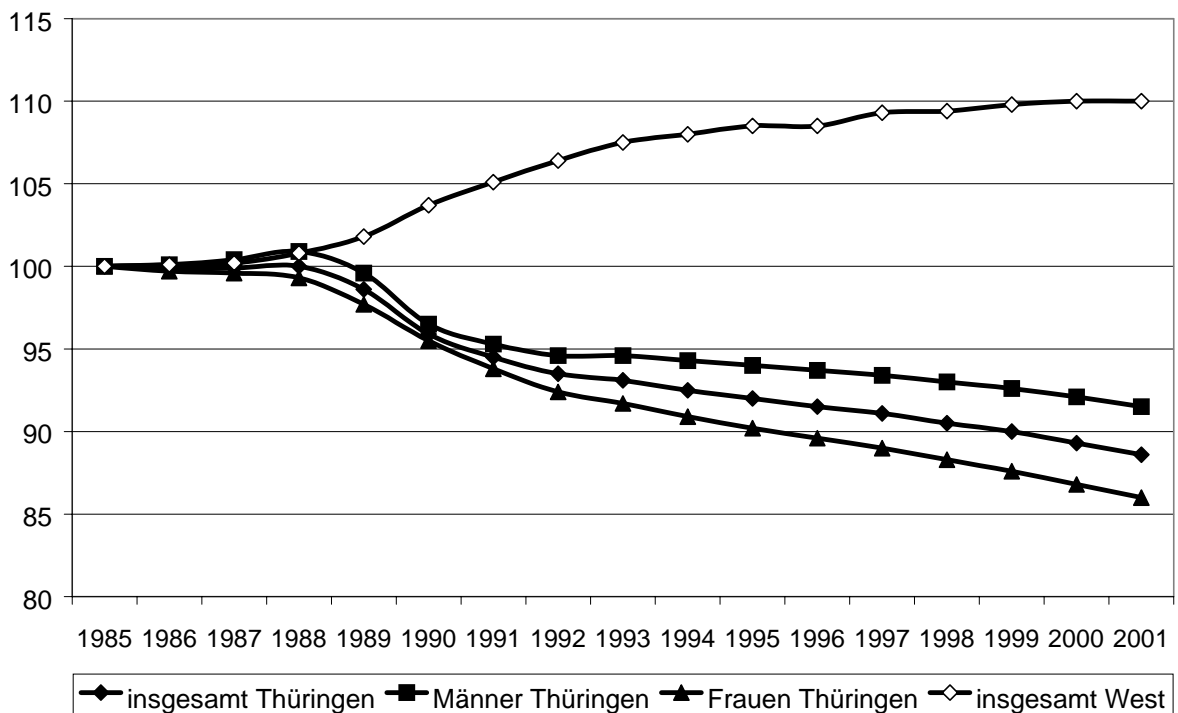
1.1. Bevölkerungsentwicklung

1.1.1. Natürliche Bevölkerungsbewegungen

Die Bevölkerungsentwicklung eines Landes hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: Zum einen von der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also dem Verhältnis von Lebendgeburten und Sterbefällen, und zum anderen von der Wanderung. In der DDR waren die Wanderungsbewegungen über die Landesgrenzen spätestens nach dem Bau der Mauer bekanntermaßen kein bedeutender Faktor, die Wanderungsbewegungen über die Bezirksgrenzen hinweg eine zu vernachlässigende Größe (Ludz/Ludz 1985: 215). Hingegen war die DDR selbstverständlich von der natürlichen Bevölkerungsbewegung betroffen: Einem deutlichen Geburtenüberschuss von den 50er bis zu den 70er Jahren folgte eine kurze Periode mit Sterbefallüberschuss. Seit Beginn der 80er Jahre wog die Zahl der Lebendgeborenen die Zahl der Sterbefälle in etwa auf. Die Zahl der in den drei Bezirken Erfurt, Gera und Suhl ansässigen Personen, die nach 1990 wieder das Bundesland Thüringen bildeten,⁴ lag recht kontinuierlich bei etwa 2,7 Millionen. Die Wendejahre 1989/90 brachten hier einen deutlichen Einschnitt, der oftmals mit dem Begriff „demographischer Schock“ oder „demographic revolution“ (Dennis 1998: 89) beschrieben wird. Seither geht die Bevölkerung Thüringens kontinuierlich zurück, von mehr als 2,7 Millionen im Jahre 1985 auf mittlerweile etwa 2,4 Millionen im Jahre 2001. Das entspricht weniger als 90 Prozent des Wertes von 1985.

4 Die kleinen territorialen Veränderungen können hier unbeachtet bleiben.

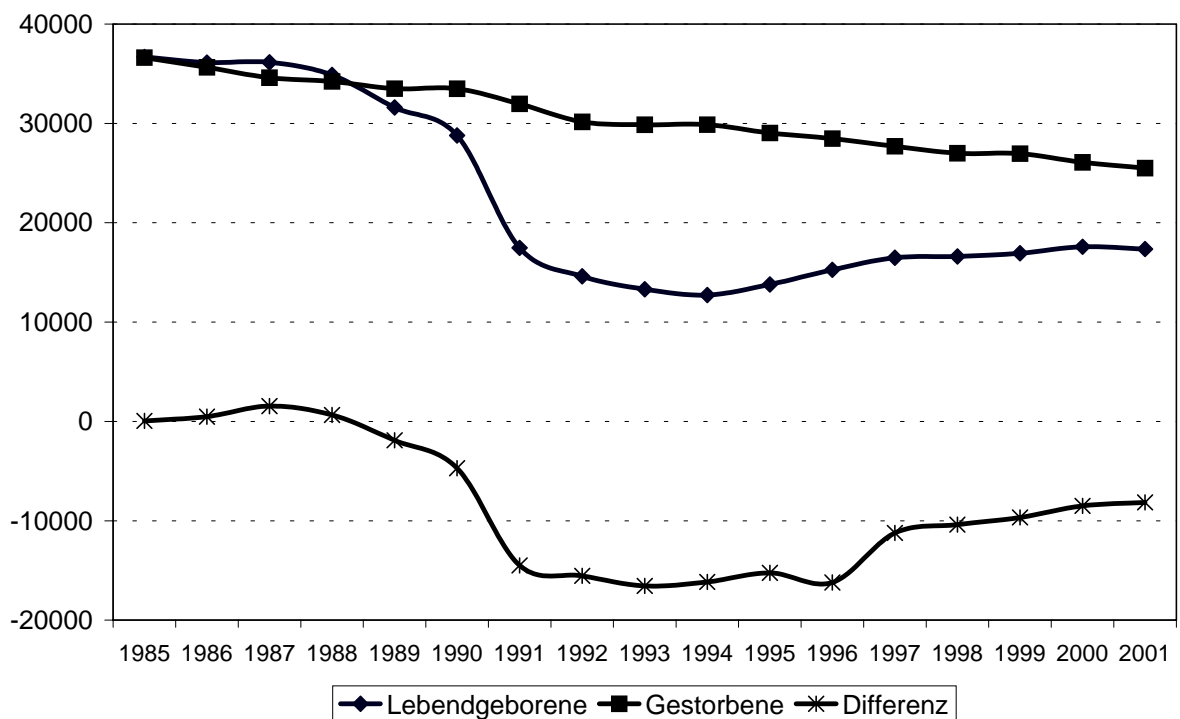
Abb. 1: *Bevölkerungsentwicklung in Thüringen nach Geschlecht 1985-2001*
(1985=100)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Gründe für diesen Einschnitt sind sowohl in der Abwanderung als auch in der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu finden. Bis zur „Wende“ waren in Thüringen die Zahlen von Lebendgeborenen und Sterbefällen in etwa ausgeglichen, in den Jahren 1989 und 1990 kündigte sich dann das an, was 1991 Wirklichkeit wurde: ein massiver Geburtenrückgang. Die Anzahl der Lebendgeborenen halbierte sich innerhalb von zwei Jahren, was bei einem moderaten Rückgang der Sterbefälle zu einem deutlichen Sterbefallüberschuss führte. Die Anzahl der Lebendgeborenen stabilisierte sich dann Anfang der 90er Jahre auf niedrigem Niveau und steigt seit Mitte der 90er Jahre wieder ganz leicht an.

Die Gründe für diesen massiven Geburtenrückgang sind vielfältig. In Zeiten der wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Unsicherheit ist die Entscheidung für ein Kind deutlich schwieriger als in „geordneten Verhältnissen“. Zu ausgeprägtem Zukunftspessimismus gesellte sich ein starkes „Unzufriedenheitspotential hinsichtlich der Bedingungen, um mit Kindern zu leben“ (Dorbritz 1997: 239). Diese Unzufriedenheit wurzelte zumindest teilweise im Kontrast der Bedingungen für Familien in der DDR und im vereinigten Deutschland. Die Förderung für Familien genoss in der DDR große Aufmerksamkeit, auf diesem Feld unternahm sie große Anstrengungen. Stellvertretend seien hier nur die Zuteilung von Wohnraum für Jungverheiratete, Geburten- und Kinderbeihilfen, Tilgung von Krediten durch Geburten oder die flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen genannt (Helwig 1985). Diese Familienpolitik war die Antwort auf die zurückgehenden Geburtenzahlen, die sich aus der systematischen Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt ergaben (Gerlach 1996: 241), und setzte in der Folge deutliche Anreize für eine Entscheidung zur Familiengründung bereits in einem relativ frühen Alter.

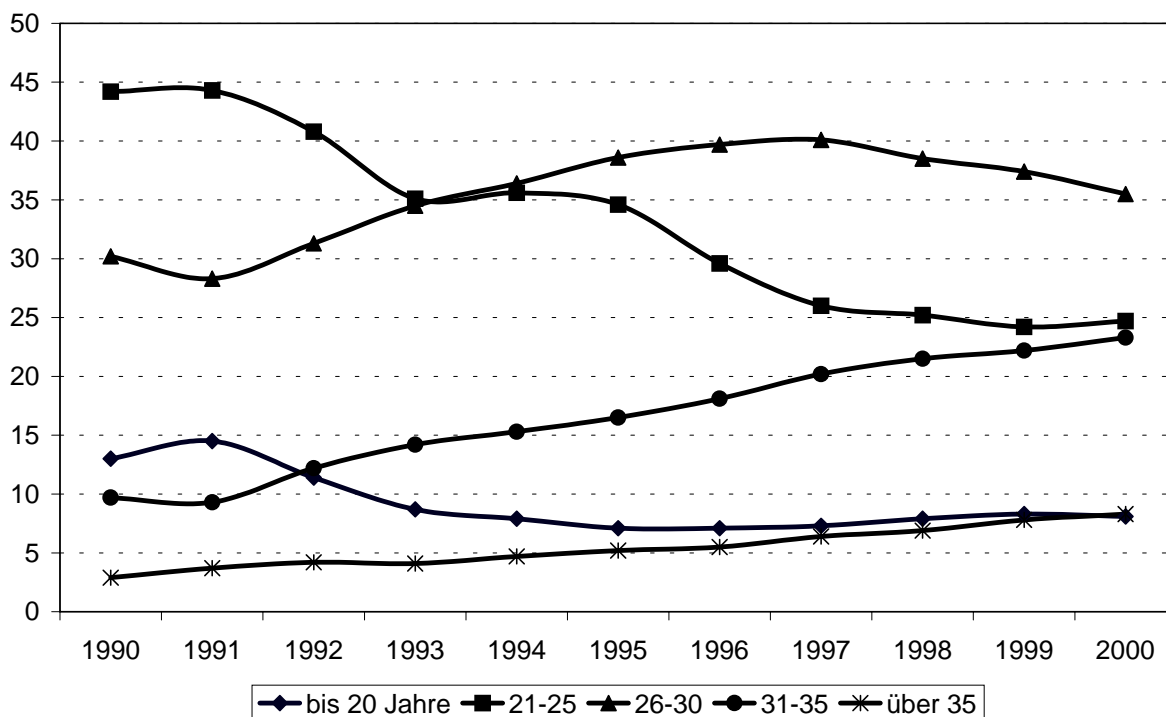
Abb. 2: Anzahl der Lebendgeborenen und Sterbefälle in Thüringen 1985-2001

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Der massive Rückgang der Geburten und auch der allmähliche Anstieg seit Mitte der 90er Jahre ist vor allem auf die Veränderungen der Lebensplanung junger Frauen zurückzuführen. Mit dem Systemumbruch 1989/90 hat ein massiver Anstieg des Gebäralters von Frauen in den neuen Bundesländern stattgefunden (Ettrich 2001: 51). Das ist auch in Thüringen zu beobachten, wo der Anteil junger Mütter unter 25 Jahren seit 1991 drastisch sinkt. Der Anteil von über 30-jährigen Müttern steigt demgegenüber deutlich an. Die Frauen in Thüringen verwirklichen also in den letzten zwölf Jahren ihren Kinderwunsch zunehmend später. Zusammen mit einer deutlich gesunkenen Kinderzahl pro Frau folgt daraus, dass sich die Anzahl der Kinder bis sechs Jahre in den neunziger Jahren in Thüringen mehr als halbiert hat.

Trotz der weiter sinkenden Sterberate ist ein ausgeglichener Bevölkerungssaldo für Thüringen in weiter Ferne. Jahr für Jahr nimmt die Anzahl der Thüringer nur durch diese natürliche Bevölkerungsbewegung um knapp 10.000 ab. Damit steht Thüringen nicht alleine da, denn diese Tendenz ist in ganz Ostdeutschland gleich. Im Gegensatz dazu hat die ehemalige Bundesrepublik an Bevölkerung gewonnen, was zum großen Teil auf die Abwanderung aus Ostdeutschland zurückzuführen ist.

Abb. 3: *Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter 1990-2000*
(in Prozent)



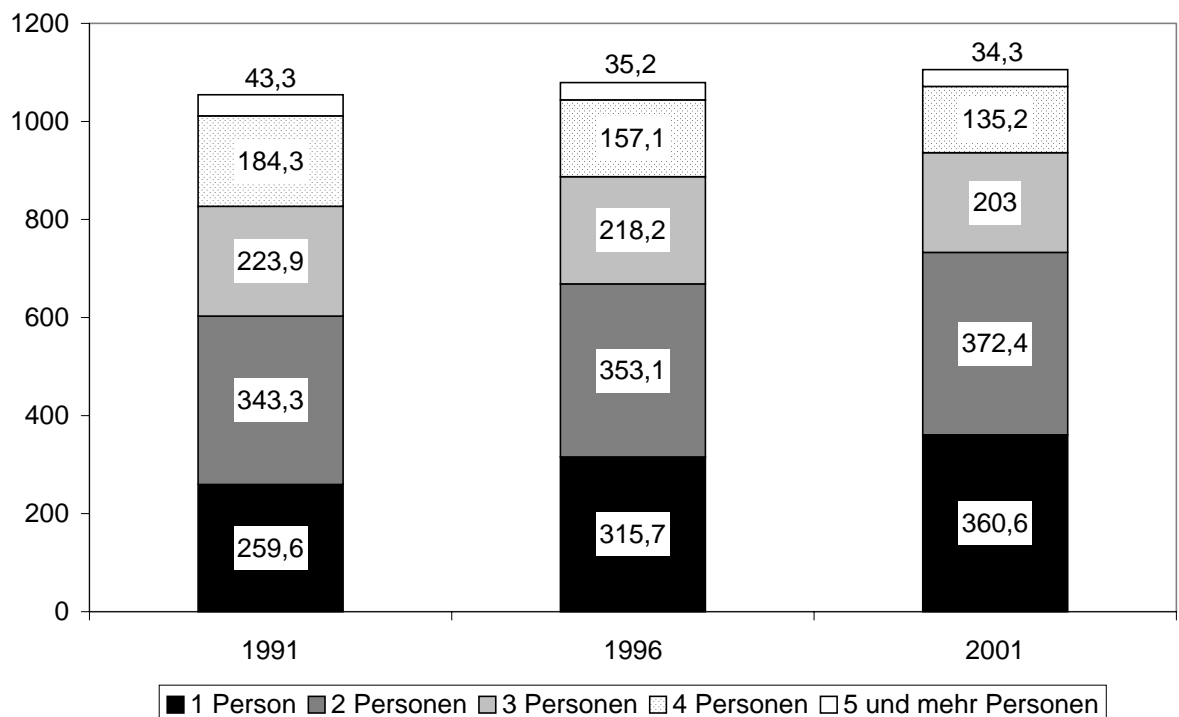
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung sind zwar heute bereits deutlich spürbar, aber vor allem in der näheren Zukunft werden sie sich verheerend auswirken. Einer Prognose des Thüringer Landesamtes für Statistik zufolge wird die Zahl der Thüringer bis zum Jahr 2050 bei etwa 1,7 Millionen liegen.⁵ Dabei wird sich der Anteil der Älteren über 65 Jahre auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung verdoppeln, der Anteil junger Menschen geht sehr deutlich zurück. Das Durchschnittsalter der Thüringer wird sich von 41,1 Jahren in 1998 auf 49,8 Jahre im Jahr 2050 erhöhen. Die Auswirkungen dieser Bevölkerungsentwicklung sind für den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen und somit für die Gesellschaft außerordentlich problematisch.

Trotz der sinkenden Einwohnerzahl ist die Anzahl der Haushalte in Thüringen in den neunziger Jahren angestiegen. Der Grund liegt in der steigenden Zahl der kleinen Haushalte. Im Jahre 2001 lebten ein Drittel mehr Thüringer allein als noch 1991 und auch die Anzahl der Zweipersonenhaushalte ist deutlich angestiegen. Die großen Haushalte mit vier und mehr Personen werden hingegen immer seltener. Entsprechend ist die durchschnittliche Haushaltsgröße im Freistaat innerhalb von zehn Jahren von 2,5 auf 2,2 Personen gesunken. Damit liegt Thüringen als ein eher ländlich geprägter Flächenstaat gleichwohl noch über dem ostdeutschen und auch über dem Bundesdurchschnitt.

⁵ Drucksache des Thüringer Landtags 3/2669 vom 26.8.2002, S. 11ff.

Abb. 4: *Privathaushalte nach Haushaltsgröße 1991-2001*
(in Tausend)

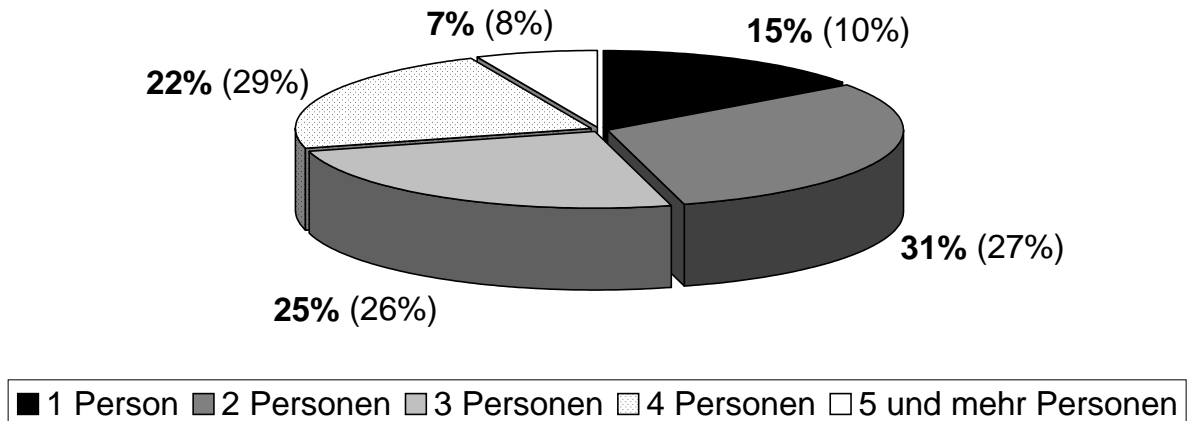


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung leben die meisten Thüringer in Zweipersonenhaushalten, etwa jeweils ein Viertel in Drei- bzw. Vierpersonenhaushalten. Noch 1991 wohnte eine relative Mehrheit der Einwohner des Freistaats in einem Haushalt mit vier Personen (Abb. 5). In Haushalten mit fünf und mehr Personen leben nur etwa halb so viele Thüringer wie alleine.

Obwohl zuverlässig prognostiziert werden kann, dass in wenigen Jahre der Einpersonenhaushalt auch in Thüringen die häufigste Haushaltsform darstellt, ist seine Bedeutung unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung von Lebensformen doch erheblich zu relativieren. Wie Abbildung 5 veranschaulicht, leben trotz der wachsenden Zahl allein Lebender immer noch 85 Prozent der Thüringer in Mehrpersonenhaushalten. Zudem ist Alleinleben nicht mit Partnerlosigkeit gleichzusetzen, da insbesondere bei jungen ledigen Paaren die getrennte Haushaltsführung üblich ist. Schon gar nicht belegt die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte einen mitunter in Medien behaupteten Trend zur „Single-Gesellschaft“. Dies gilt jedenfalls dann, wenn unter „Singles“ Personen verstanden werden, die sich bewusst für das Alleinwohnen entscheiden (was beispielsweise für Verwitwete durchweg nicht zutrifft) und um der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten willen keine dauerhafte Partnerbeziehung wünschen (Singles im engeren Sinne nach Hradil 1995: 191).

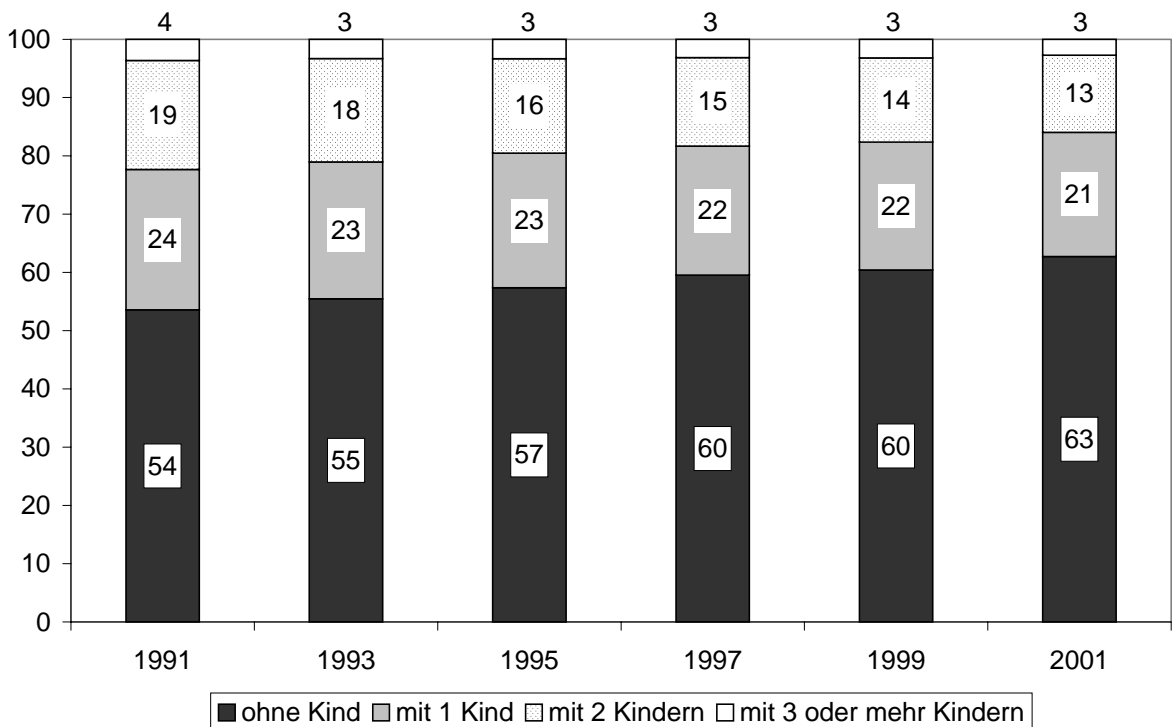
Abb. 5: Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgröße 2001
(in Prozent, in Klammern Werte für 1991)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Einschneidende Veränderungen ergeben sich im Zusammenhang einer sinkenden Haushaltsgröße an anderer Stelle: in der Zusammensetzung der Privathaushalte und damit auch bei den familialen Lebensformen. Der Rückgang der Haushalte mit drei und mehr Personen etwa ist zugleich verknüpft mit einem sinkenden Anteil von Mehr-Generationen-Haushalten (1992: 44,4 Prozent aller Privathaushalte, 2001: 36,5 Prozent).

Abb.6: Privathaushalte nach Anzahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung)
(in Prozent)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die rapide gesunkene Geburtenrate führt vor allem dazu, dass Kinder und zumal minderjährige Kinder in den Haushalten immer seltener werden. Allein zwischen 1991 und 2001 ist der Anteil der Haushalte ohne ledige Kinder (jeglichen Alters) von 54 auf 63 Prozent gestiegen (Abb. 6). Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der thüringischen Haushalte, in denen ledige Kinder leben, um fast 80.000 verringert. Von diesem Schrumpfungsprozess sind in besonderem Maße diejenigen Haushalte betroffen, in denen zwei ledige Kinder leben. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, dürfte der schon derzeit beachtliche Anteil von minderjährigen Einzelkindern in Thüringen (mehr als ein Drittel im Vergleich zu etwa einem Viertel bundesweit) weiter ansteigen.

Worüber die Haushaltsgröße keinerlei Auskunft gibt, sind die innerfamiliären Konstellationen und die Veränderungen in der Binnenstruktur der Familien. Obwohl es an exakten Daten mangelt, kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Anteil der Kinder sinkt, die ihre gesamte Kindheit im Haushalt ihrer beiden leiblichen Eltern verbringen. Nach den Thüringer Statistiken hat sich der Anteil minderjähriger Kinder, die in Haushalten Alleinerziehender (zu knapp 80 Prozent Frauen) leben, seit 1991 erkennbar erhöht. Jenseits der besonderen sozialen und pädagogischen Herausforderungen, die solchermaßen „unvollständige Haushalte“ mit sich bringen können, sind auch die materiellen Lebensbedingungen oftmals prekär: Das Haushaltseinkommen Alleinerziehender liegt weit unter, ihr Anteil an den Sozialhilfeempfängern weit über dem Durchschnitt.⁶ Im Vergleich dazu nimmt sich die materielle Lage der Haushalte, in denen Kinder mit verheirateten Eltern leben, sehr positiv aus.

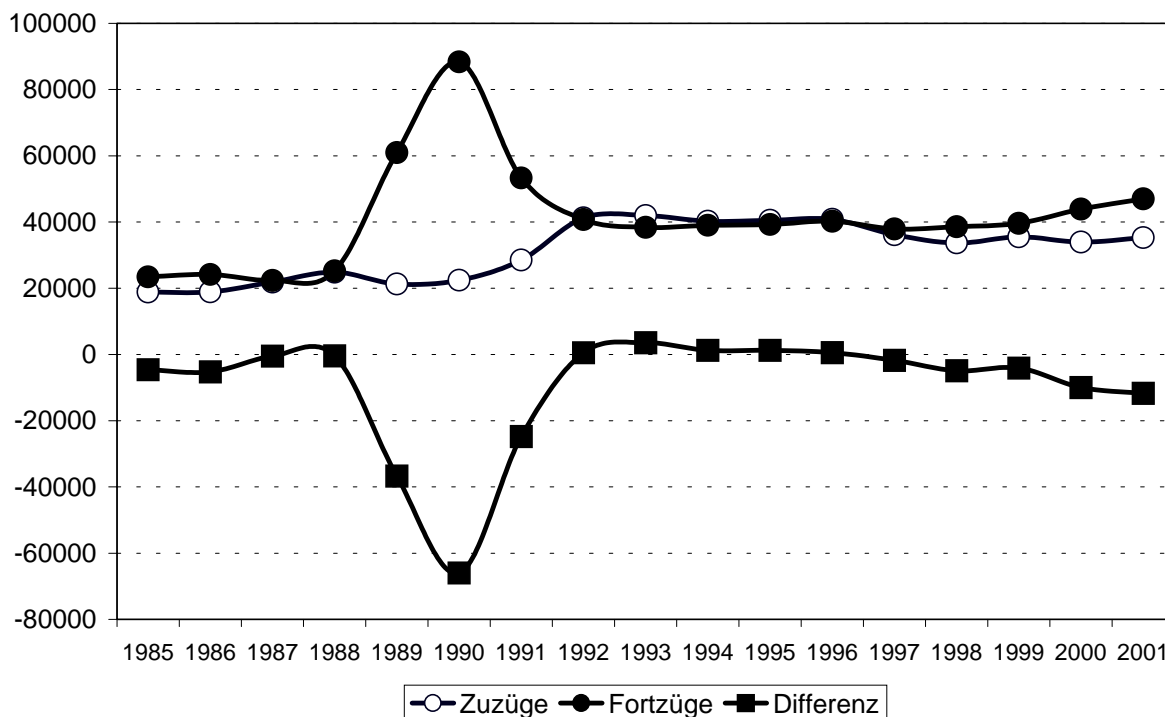
1.1.2. Abwanderung und Zuwanderung

Betrachtet man zunächst die Abwanderungszahlen für Thüringen insgesamt, so zeigen sich eine Reihe interessanter Befunde. Zunächst ist die Abwanderung in den Jahren der „Wende“ 1989 und 1990 hervorzuheben. In diesen beiden Jahren und auch 1991 wurde die Zahl der Abwanderungen in keiner Weise durch die Zahl der Zuwanderungen ausgeglichen. Allein in diesen drei Jahren hat Thüringen gut 130.000 Einwohner netto verloren, das entspricht etwa fünf Prozent der Einwohnerschaft. Die tatsächliche Abwanderung war sogar fast doppelt so hoch, es fand jedoch immerhin eine gewisse Einwanderung statt (Abb. 7).

Die Zahl der Fortzüge nahm nach 1991 deutlich ab, gleichzeitig stieg die Zahl der Zuzüge deutlich an, so dass Thüringen seit 1992 einen ausgeglichenen Wanderungssaldo aufwies. Etwa seit 1997 geht die Schere der Zu- und Abwanderungen aber wieder auseinander, so dass der Wanderungssaldo langsam aber stetig abnahm und weiter abnimmt. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein genauerer Blick auf die Wanderungsbewegungen.

6 Für weitere statistische Angaben zu den Alleinerziehenden in Thüringen vgl. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2669 vom 26.8.2002, S. 29-31.

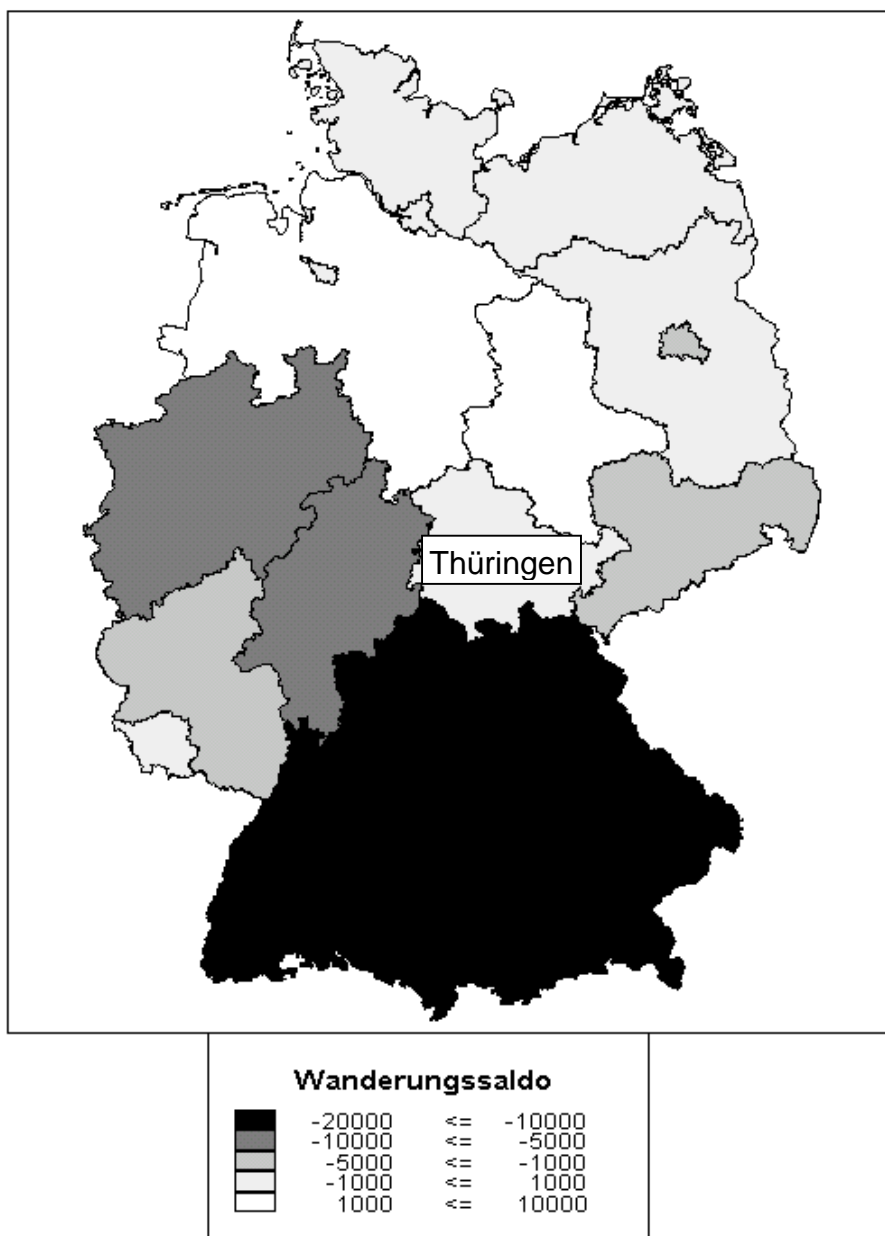
Abb. 7: *Wanderungen von und nach Thüringen 1985-2001*
(Personen)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Betrachtet man die Zu- und Abwanderung nach und von Thüringen von 1998 bis 2001, so zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Die Thüringer zieht es in erster Linie nach Bayern und etwas weniger nach Baden-Württemberg, was vor allem der Situation am Arbeitsmarkt und der geographischen Nähe geschuldet sein dürfte. In den genannten vier Jahren sind insgesamt fast 18.000 Thüringer mehr nach Bayern gegangen als Bayern nach Thüringen, bei Baden-Württemberg beträgt der Saldo gut minus 10.000.⁷ Nach Nordrhein-Westfalen und Hessen sind ebenfalls sieben bzw. gut achttausend Thüringer netto abgewandert. Mit allen übrigen Westländern hat Thüringen ebenfalls einen (allerdings deutlich geringeren) negativen Wanderungssaldo. Einzige Ausnahme ist Niedersachsen, denn von dort kamen von 1998 bis 2001 über 6.000 Menschen mehr nach Thüringen als dort hingegangen sind (Abb. 8).

7 Natürlich versteckt sich in dieser wie in den folgenden Zahlen auch ein gewisser Teil an Rückwanderung von Bayern, die vor dieser Zeit nach Thüringen gekommen sind.

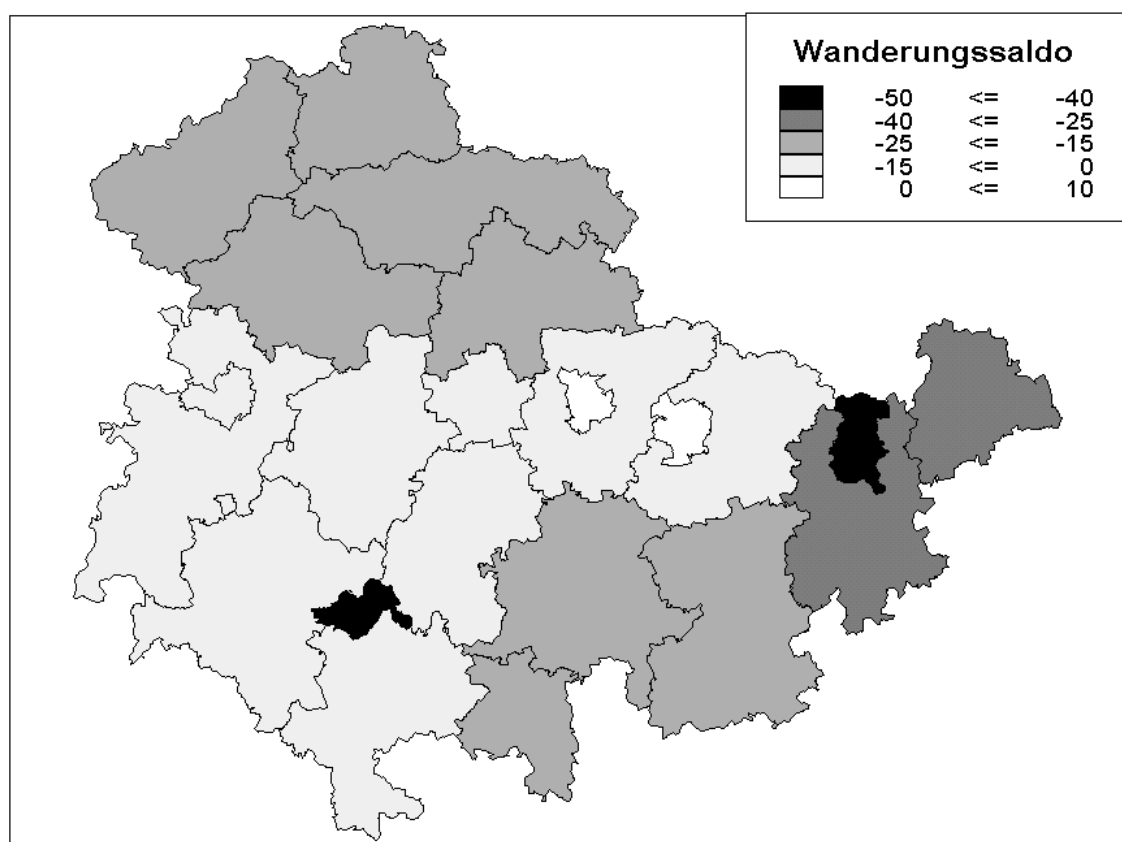
Abb. 8: *Wanderungssaldo Thüringens mit anderen Bundesländern 1998-2001*

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Beim Blick auf die östlichen Bundesländer zeigt sich ein sehr ausgeglichenes Bild. Während gut 2.000 Thüringer mehr nach Sachsen gezogen sind als umgekehrt, wurde dieser Wanderungsverlust durch einen Gewinn in etwa der gleichen Höhe aus Sachsen-Anhalt und aus Brandenburg ausgeglichen. Der Wanderungssaldo Thüringens mit Berlin ist ebenfalls leicht negativ. Insgesamt kann man also von einer deutlichen Abwanderung der Thüringer in den Westen sprechen, während sich innerhalb des Ostens die Bewegungen gegenseitig ausgleichen. In diesen Summen für 1998 bis 2001 geht natürlich die Entwicklung der Abwanderung unter. Wie bereits aus Abb. 4 zu entnehmen ist, beschleunigt sich der Wanderungsverlust Thüringens in den letzten Jahren wieder merklich. Bei ungefähr ausgeglichenen Wanderungssalden nach und von Ostdeutschland hat die Abwanderung in die westlichen Bundesländer von 1998 bis 2001 wieder deutlich zugenommen.

Ebenso wie man die Zielgebiete der Abwanderer feststellen kann, kann man auch die Herkunftsgebiete innerhalb Thüringens in Erfahrung bringen. Dabei werden nur die Wanderungen über die Landesgrenzen hinweg berücksichtigt, die Wanderungen innerhalb Thüringens und vom bzw. ins Ausland ausgeklammert. Beim Blick auf die kreisfreien Städte in Thüringen zeigt sich, dass nur Weimar einen positiven Saldo hat, Jena einen ausgeglichenen, Eisenach und Erfurt einen leicht negativen. Suhl und vor allem Gera hatten von 1998 bis 2001 einen deutlich negativen Wanderungssaldo. Die Kreise im Osten und Südosten Thüringens haben die stärkste Abwanderung zu verkräften, aus den nördlichen Kreisen wandern ebenfalls verhältnismäßig viele Thüringer ab. Die Regionen in der Mitte und im Westen Thüringens sind weniger betroffen.

Abb. 9: *Wanderungssaldo 1998-2001 in Thüringer Kreisen (ohne Ausland)*
(Zu- bzw. Abwanderung je 1.000 Einwohner)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

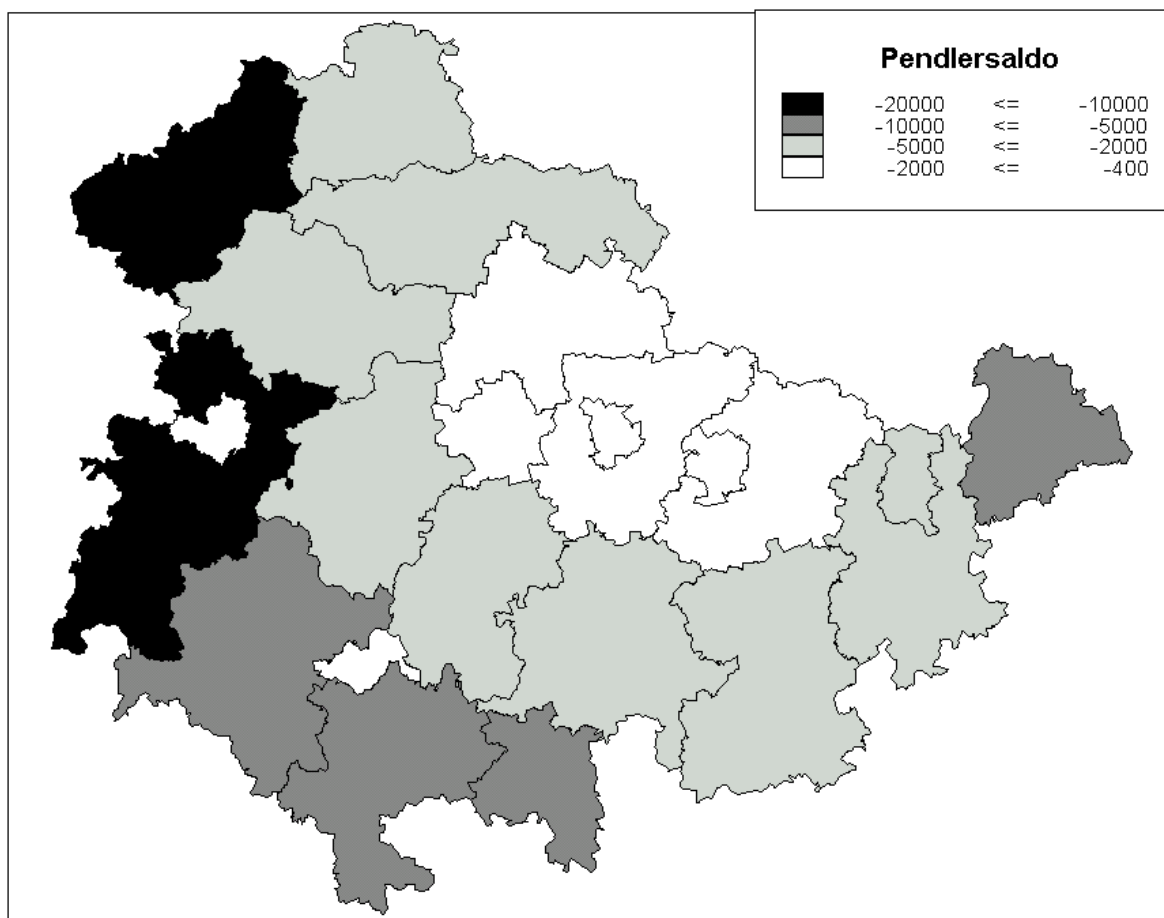
Betrachtet man die Wanderungsbewegungen nach Zielgebieten getrennt, so zeigt sich, dass die Abwanderung in den Westen klar dominiert. Abwanderungen in nennenswertem Umfang in den Osten haben nur die Landkreise Greiz und Altenburger Land zu verzeichnen, was der geographischen Nähe geschuldet sein dürfte. Die kreisfreien Städte Weimar und Jena haben aus den übrigen ostdeutschen Bundesländern Einwohner hinzugewonnen, was vermutlich an den ansässigen Universitäten liegt.

Tab. 1: Wanderungsbewegungen in den Thüringer Kreisen 1998-2001
(je 1000 Einwohner, ohne Berlin)

Kreis bzw. kreisfreie Stadt	Gesamt	Mit westdeutschen Ländern	Mit ostdeutschen Ländern
Erfurt	-13,4	-15,9	2,5
Gera	-44,1	-40,4	-3,6
Jena	0,2	-10,8	11,0
Suhl	-40,8	-38,5	-2,3
Weimar	9,6	0,8	8,8
Eisenach	-8,1	-10,5	2,5
Eichsfeld	-18,8	-18,2	-0,6
Nordhausen	-20,2	-21,0	0,7
Wartburgkreis	-9,1	-9,5	0,4
Unstrut-Hainich-Kreis	-21,0	-21,1	0,1
Kyffhäuserkreis	-19,7	-18,4	-1,3
Schmalkalden-Meiningen	-12,1	-12,9	0,8
Gotha	-10,6	-10,7	0,1
Sömmerda	-18,2	-16,2	-1,9
Hildburghausen	-11,1	-11,8	0,7
Ilm-Kreis	-13,0	-15,1	2,1
Weimarer Land	-12,5	-12,7	0,2
Sonneberg	-16,9	-16,6	-0,3
Saalfeld-Rudolstadt	-20,0	-20,3	0,3
Saale-Holzland-Kreis	-13,8	-14,4	0,5
Saale-Orla-Kreis	-20,1	-18,9	-1,2
Greiz	-26,8	-19,7	-7,1
Altenburger Land	-28,0	-18,4	-9,6

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Tatsache, dass die Abwanderung in der Mitte und im Westen Thüringens deutlich geringer ist als im übrigen Land, hängt klar mit einem anderen Phänomen der Flexibilität von Arbeitskräften ab: dem Pendeln. Tagtäglich pendeln gut 125.000 Thüringer über die Landesgrenzen hinweg zu ihrem Arbeitsplatz. Umgekehrt kommen etwa 40.000 Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern, um in Thüringen ihrer Arbeit nachzugehen. Im Ergebnis bedeutet das, dass Thüringen einen stark negativen Pendlersaldo aufweist, also täglich 86.000 Erwerbstätige mehr in andere Bundesländer pendeln als umgekehrt. Dieser Pendlersaldo verteilt sich höchst ungleich über die Thüringer Kreise, aber eines ist ihnen gemein: Nicht in einem einzigen Thüringer Kreis ist der Pendlersaldo positiv. Der folgenden Karte ist der Pendlersaldo je Kreis zu entnehmen. Vor allem im Wartburgkreis und im Eichsfeld gehört das Pendeln für sehr viele Erwerbstätige zum Alltag.

Abb. 10: Saldo der Ein- und Auspendler in Thüringer Kreisen (30.6.2001)

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Karte veranschaulicht die geografische Orientierung der Pendler: Je näher der Westen, desto größer die Pendlerzahl. Auch der Anteil der Pendler an den Beschäftigten am Wohnort verteilt sich sehr ähnlich: Mehr als ein Viertel der im Eichsfeld ansässigen Erwerbstätigen pendelt täglich über die Landesgrenzen (zwei Drittel von ihnen ins nahe Niedersachsen), fast ein Viertel der im Wartburgkreis ansässigen Erwerbstätigen pendelt täglich, beinahe alle nach Hessen. Noch drastischer ist der Anteil von einem knappen Drittel Pendler in Sonneberg, die fast komplett in Bayern Arbeit gefunden haben. In Ostthüringen ist der Anteil der Pendler nach Sachsen der mit Abstand größte.

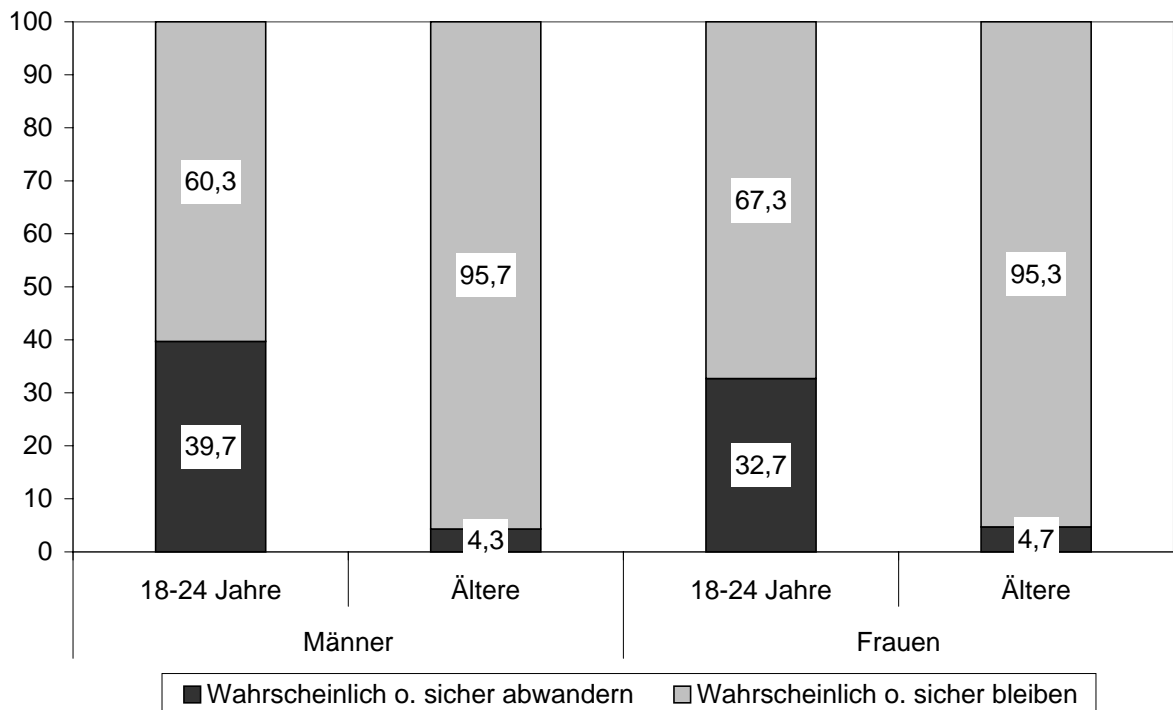
Aus den Karten (Abb. 9 und 10) könnte man schließen, dass das Pendeln den Abwanderungsdruck senkt, denn vor allem entlang der Westgrenze Thüringens ist die Abwanderung geringer und die Pendlerzahl höher als im Durchschnitt. Die Verwurzelung in der Heimat ist demnach groß genug, um die Belastung des Pendelns, das Zeit und Geld kostet, aufzuwiegen. Auf der anderen Seite könnte diese Belastung durch das Pendeln aber den Abwanderungsdruck auch erhöhen. Bei einem sicheren Arbeitsplatz außerhalb Thüringens ist dann auf die Dauer ein Fortzug vielleicht das kleinere Übel. Abwanderungs- und auch Pendlerzahlen sind jedenfalls ein deutliches Alarmsignal.

Diese Zahlen und vor allem die in den letzten Jahren wieder steigenden Abwanderungszahlen in Thüringen sind Grund genug, einmal etwas genauer hinzuschauen. Wie setzen sich die Abwanderer zusammen und warum verlassen sie Thüringen? Genaue Angaben über die Sozi-

alstruktur oder gar die Gründe der Abwanderer sind aus der amtlichen Statistik nicht ablesbar. Einzig zum Geschlecht liegen Angaben vor. Diese zeigen, dass in der Wendezeit die Männer sehr viel häufiger abgewandert sind als die Frauen, auf der anderen Seite aber auch sehr viel mehr Männer zugezogen sind als Frauen. Dieser Geschlechterunterschied hat sich seither deutlich verringert, ist aber nach wie vor vorhanden. Betrachtet man den Wanderungssaldo getrennt nach Geschlecht, so zeigt sich, dass dieser bei Frauen seit der Wende negativ ist, bis 1993 sehr deutlich, von 1994 bis 1996 moderat und sich seither wieder verstärkt hat. Jahr für Jahr wandern also mehr Frauen aus Thüringen ab als von außen zuziehen. Bei Männern hingegen war der Wanderungssaldo nach dem Transformationsschock seit 1992 positiv. Im Jahr 1998 hat sich aber auch dieses Verhältnis ins Gegenteil verkehrt. Es ziehen also wieder mehr Männer aus Thüringen fort als zu, und dieser Trend verstärkt sich zunehmend.

Weiteren Angaben über die Zu- und Abwanderer kann man mithilfe von Umfragen auf die Spur kommen. Aus diesem Grunde wurden die Thüringer in diesem Jahr nach ihrer Abwanderungsbereitschaft gefragt: „Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen?“ Danach wollen 70 Prozent der Thüringer sicher in ihrer Heimat bleiben, weitere 22 Prozent werden wahrscheinlich bleiben. Fünf Prozent der Thüringer geben an, wahrscheinlich abzuwandern, bei drei Prozent steht der Entschluss zur Abwanderung bereits fest. Männer sind insgesamt etwas abwanderungswilliger als Frauen, aber der entscheidende Faktor ist nicht das Geschlecht, sondern das Alter und die Berufstätigkeit der Befragten. Während in allen anderen Altersgruppen die Abwanderungsgedanken nicht besonders weit verbreitet sind, denken mehr als ein Drittel der jungen Thüringer zwischen 18 und 24 Jahren daran, diesem Bundesland den Rücken zu kehren.

Abb. 11: *Abwanderungsgedanken nach Alter und Geschlecht*
(in Prozent)

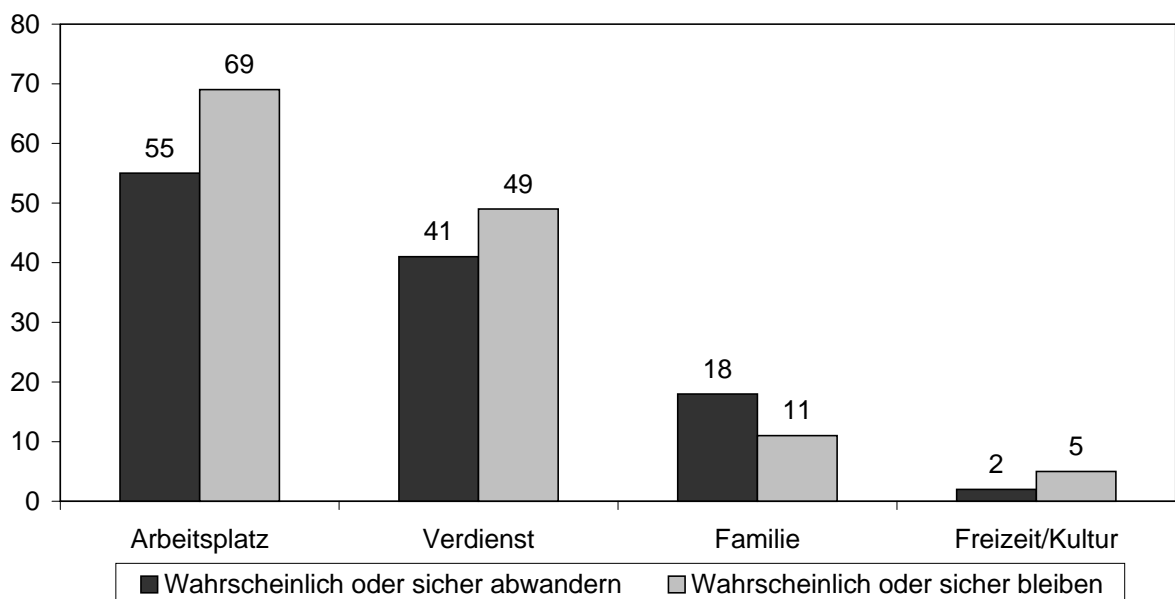


Wenig überraschend findet sich vor allem unter den Befragten in Ausbildung, bei den nicht Berufstätigen und bei den Arbeitslosen die höchste Abwanderungsbereitschaft. Die unangefochtene Spitzenstellung nehmen dabei die Studenten ein, von denen 44 Prozent wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen werden. Die Lebensform ist eng mit dem Alter und dem Beruf verbunden, daher verwundert es nicht, dass vor allem Befragte ohne Partnerschaft und ohne Kinder eine Abwanderung erwägen.

Gerade den hoch qualifizierten Nachwuchs zieht es also aus Thüringen fort, weil er hier keine seiner Qualifikation und Ausbildung entsprechenden Arbeitsplätze findet. Hier erscheint ein Zusammenhang mit der Zuwanderung nach Thüringen plausibel zu sein, ohne über diesen genauere Angaben machen zu können. Ein Industriearbeiter oder Arbeitsloser aus dem Westen hat eigentlich kaum eine Motivation nach Thüringen zu ziehen, ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes, der bei Westgehalt im Osten einen Karrieresprung machen kann, schon. Dass die Einwanderung von hoch Qualifizierten unmittelbar nach der „Wende“ sinnvoll und notwendig war, kann niemand bestreiten, zwölf Jahre danach ist das allerdings in Zweifel zu ziehen. Ebenfalls nur Spekulation ist die Frage, ob die Abwanderungsbereiten in Thüringen bleiben würden, wenn sie es denn könnten. Eine überdurchschnittlich starke Thüringen-Identität derjenigen, die sicher fortziehen werden, spricht allerdings für sich. Die Abwanderungsbereitschaft ist daher wohl mit dem Etikett Abwanderungsnotwendigkeit sehr viel besser beschrieben.

Die Gründe für die Abwanderung sind eindeutig wirtschaftlicher Natur; solche Gründe werden von denjenigen, die sicher oder wahrscheinlich abwandern werden, am häufigsten genannt. Auch diejenigen, die in Thüringen bleiben wollen, vermuten, dass diese Gründe bei den Abwanderungswilligen ausschlaggebend sind (Abb. 12). Dabei treten weniger die besseren Verdienstmöglichkeiten anderswo als vielmehr die fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Thüringen in den Vordergrund. Familiäre Gründe spielen bei der Abwanderung kaum eine Rolle, allerdings werden sie von Frauen deutlich häufiger genannt als von Männern.

Abb. 12: *Gründe für eine Abwanderung aus Thüringen nach Abwanderungswahrscheinlichkeit (Mehrfachnennungen, in Prozent)*



Die amtlichen Zahlen belegen eindeutig, dass die Abwanderung aus Thüringen vor allem in den Westen der Republik erfolgt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Mehrheit der Thüringer davon überzeugt ist, dass Thüringen den Vergleich mit den alten Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Auch unter denjenigen, die sicher oder wahrscheinlich aus Thüringen fortziehen wollen, ist das nur unwesentlich anders.

Auch wenn familiäre Gründe nur selten den Ausschlag für eine Abwanderung aus Thüringen geben dürften, die Situation von Familien scheint den Thüringern nicht uneingeschränkt zuzusagen. Beinahe ein Viertel aller Thüringer glauben, dass es in anderen Bundesländern bessere Lebensbedingungen für Familien gibt, knapp die Hälfte lehnt das ab und ein Drittel ist unentschieden. Allerdings sind vor allem „Außenstehende“ dieser Ansicht, denn Befragte, die eine eigene Familie mit Kindern im eigenen Haushalt haben, stimmen wesentlich weniger häufig zu.

1.2. Ehe und Familie

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Hinter diesem Satz, der aus dem Grundgesetz wortgleich in Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen übernommen worden ist, verbirgt sich Bedeutendes: neben der Anknüpfung an christliche und bürgerliche Traditionsbestände eine Weichenstellung weit über das eng abgesteckte Feld der Familienpolitik hinaus. Bei juristischer Betrachtung hebt der zitierte Grundgesetzartikel Ehe und Familie nicht nur gegenüber anderen Lebensformen hervor, sondern schafft eine institutionelle Garantie, mithin einen Bestandsschutz.⁸ Aus soziologischer Sicht ist er Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsens (zumindest zum Zeitpunkt seiner Entstehung) – und wirkt als solcher zugleich auf das soziale Handeln. Diese Wirkung kann auf doppelte Weise erreicht werden: einerseits durch (beispielsweise steuerliche) Maßnahmen zur Umsetzung des Verfassungsgebots wie etwa das Ehegattensplitting, andererseits durch die Schaffung bzw. Verfestigung eines gesellschaftlichen Leitbilds.

Bei aller Bedeutung verfassungsrechtlicher Normen wird man freilich nicht vergessen dürfen, dass Verfassungstext und so genannte Verfassungswirklichkeit nicht deckungsgleich sind und es nach dem Konzept der offenen Verfassungsordnung gar nicht sein sollen. Vielmehr besteht gerade der Anspruch an das Verfassungsdokument, seine normative Kraft auch im gesellschaftlichen Wandel zu behaupten. Wie immer hier das verfassungspolitische Urteil ausfällt, unbestritten ist, dass gerade Ehe und Familie als zentrale Sozialformen von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren und sind. Im Folgenden geht es darum, ausgewählte Aspekte des diesbezüglichen Wandels der „gelebten Verfassung“ darzulegen. Analog zur Bevölkerungsentwicklung sollen – primär für Thüringen, aber zu Vergleichszwecken mitunter auch für die Bundesrepublik sowie Ost- und Westdeutschland – zunächst Kontinuitäten und Brüche in den Lebensformen während der vergangenen 15 Jahre auf der Basis der amtlichen Statistik dokumentiert werden.

Die in dem zitierten Grundgesetzartikel angelegte beinahe symbiotische Verknüpfung von Ehe und Familie hat sich maßgeblich auf die Definition der Familie in der amtlichen Statistik ausgewirkt. Demnach bildet die Ehe unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, den eigentlichen Kern der Familie. Zusätzlich zu den Ehen gelten allein erziehende Väter und

⁸ Zu den verfassungsrechtlichen Implikationen und der nach Auffassung des Autors unzureichenden Umsetzung durch den Gesetzgeber vgl. zuletzt Kirchhof 2001 und Di Fabio 2002.

Mütter als Familien, wenn sie mit ihren ledigen Kindern im selben Haushalt leben. Nach dieser Definition leben – unter Einrechnung der ledigen Kinder im Haushalt – gut drei Viertel der Deutschen in Familien, fast die Hälfte davon in Ehen mit mindestens einem (ledigen) Kind. In Thüringen, wo das Statistische Landesamt auch Geschiedene und Verwitwete ohne Kinder den Familien zurechnet, hat es 2001 – nimmt man die Haushalte als Basis – 987.000 Familien gegeben, was einen Rückgang um knapp vier Prozent gegenüber 1991 bedeutet.

Diese Zahlen bezeugen für Thüringen wie bundesweit zumindest eines: die weite Verbreitung der familialen Lebensform bzw. der familialen Lebensformen. Dass dieser Befund auch für die Ehe gilt, illustrieren die Angaben zum Familienstand. Wählt man die Gesamtbevölkerung einschließlich der Minderjährigen zum Bezugspunkt, so ist 2001 fast jeder zweite Thüringer (bis 1997 sogar mehr als die Hälfte) verheiratet. Etwa jeder Siebte war zu einem früheren Zeitpunkt verheiratet, ist aber zwischenzeitlich verwitwet oder geschieden. Die steigenden Anteile der Verwitweten und Geschiedenen an der Gesamtbevölkerung gehen dabei vorwiegend auf demografische Veränderungen, d.h. auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft zurück.

Die Verbreitung der ehelichen Lebensform bietet jedoch, selbst wenn man sich ausschließlich auf statistisches Material stützt, nur ein unvollständiges Bild von der Popularität des Trauscheins, solange das Heiratsverhalten der jüngeren Kohorten und vor allem solange die langfristigen Trends sowie die spezifischen Wirkungen des Systemumbruchs in Ostdeutschland unbeachtet bleiben. Hatte in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik und analog dazu auch in der DDR die Ehe ein unangefochtenes gesellschaftliches Leitbild und einen selbstverständlichen Bestandteil von Lebensplanung und Biografie dargestellt, verlor sie vor allem ab den siebziger Jahren allmählich ihre monopolartige Stellung. Sinkende Heiratsquoten und zusammengefasste Erstheiratsziffern⁹ haben diese Tendenz bereits lange vor der deutschen Vereinigung abgebildet – allerdings für die alte Bundesrepublik in noch stärkerem Umfang als für die DDR. An Attraktivität verlor die Ehe vor allem in den jüngeren Alterskohorten, sodass sich – trotz der beträchtlichen Neigung zur Wiederverheiratung insbesondere bei Geschiedenen – perspektivisch ein steigender Anteil Lediger abzeichnete.

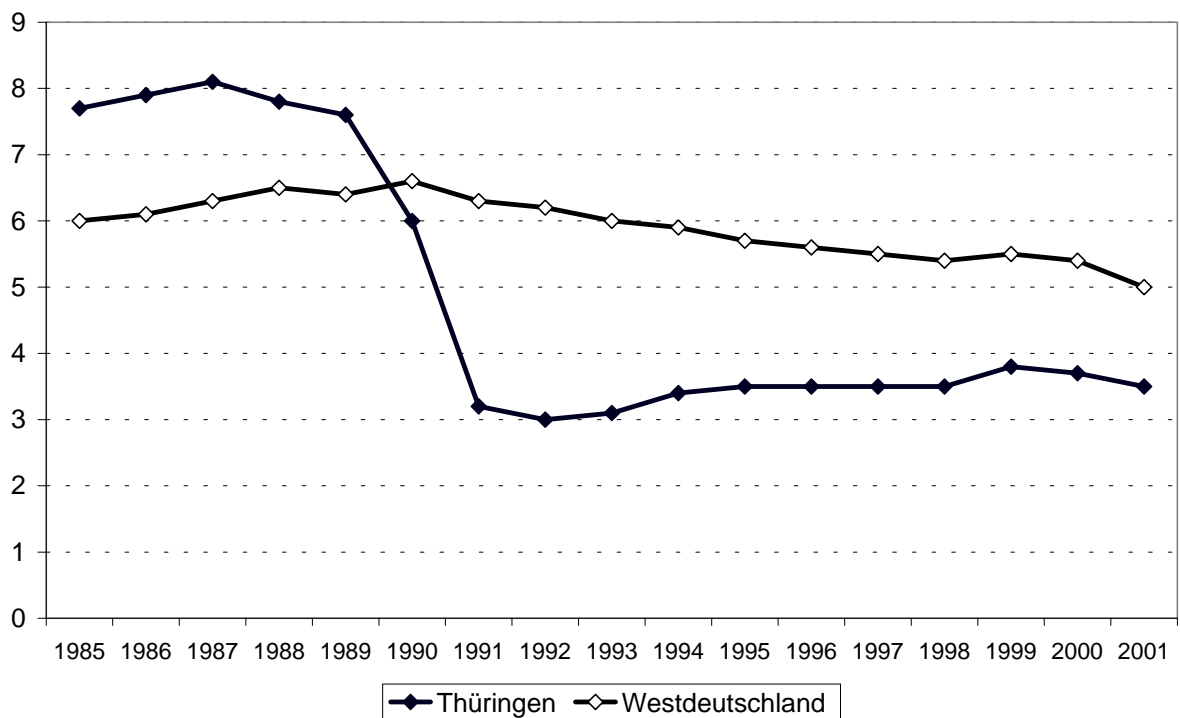
Zu diesem Langzeittrend tritt in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Ländern ein wirkmächtiges äußeres Ereignis in Gestalt des „sozialen Großversuchs“ der deutschen Vereinigung (Giesen/Leggewie 1991) hinzu. Analog zum oben im Kontext der Bevölkerungsentwicklung beschriebenen demografischen Schock kam es in den Jahren 1990 und 1991 zu einem schlagartigen und historisch beispiellosen Rückgang der allgemeinen Heiratsziffer¹⁰ um 60 Prozent (Abb. 13). Diese regelrechte Verweigerung der ehelichen Bindung muss als kollektivbiografisches Verarbeitungsmuster der schlagartigen Veränderung fast aller Lebensbereiche im Zuge der ostdeutschen Transformation gelten. Als Reaktion auf eine bis dato unbekannte Unsicherheit in der beruflichen Existenz und der Gestaltung auch des privaten Lebensumfelds wird der Familienstand als relativ frei bestimmbarer Teil der eigenen Lebenssituation „eingefroren“, um zumindest ein Minimum an Stabilität zu wahren und die mit einer ehelichen Bindung einher gehenden Risiken zu vermeiden. Diese Heiratsvermeidung qua Konservierung des Status quo ist kein thüringisches Spezifikum, sondern ein ostdeutsches

9 Dabei handelt es sich der Sache nach um eine Projektion. Die zusammengefasste Erstheiratsziffer beziffert für die Gruppe der Ledigen den Anteil derjenigen, die in ihrem weiteren Leben heiraten werden, wenn die Heiratsintensität des aktuellen Jahres fortbesteht. Sie hat gegenüber der allgemeinen Heiratsziffer den Vorteil, dass die Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt wird.

10 Die allgemeine Heiratsziffer gibt für das betrachtete Jahr die Eheschließungen pro 1.000 Einwohner an.

Phänomen.¹¹ Sie koinzidiert mit dem schlagartigen Wegfall all jener familienpolitischen Maßnahmen des *ancien régime*, die eine frühe Eheschließung begünstigt haben, darunter vor allem die Erleichterungen beim Bezug einer Wohnung.

Abb. 13: Eheschließungen je 1000 Einwohner in Thüringen und Westdeutschland



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt – für 2001 eigene Berechnung für Westdeutschland ohne Berlin

Das schlagartige Absinken der Eheschließungen 1990/91 ist aber nur ein wesentliches Merkmal des thüringischen Heiratsverhaltens seit dem Ende des real existierenden Sozialismus. In seinen Auswirkungen folgenreicher ist der bislang nur geringfügige Wiederanstieg der allgemeinen Heiratsziffer ab 1993. Nicht nur ist das Ausgangsniveau vor der Vereinigung nicht annähernd wieder erreicht worden (der Wert für 2001 liegt nicht einmal halb so hoch wie der von 1989), sondern die Heiratsziffer im wieder gegründeten Land Thüringen liegt auch weit unterhalb der von Beginn an im Vergleich zur DDR¹² niedrigeren und während der neunziger Jahre kontinuierlich gesunkenen Quote in Westdeutschland. Demnach hat die Ehe für die Thüringer nicht nur kurzfristig im Gefolge des „Vereinigungsschocks“ (Schluchter/Quint 2001), sondern auch dauerhaft an Attraktivität eingebüßt. Betroffen sind davon Erstheiraten und Wiederverheiratungen etwa gleichermaßen, wie der seit Ende der achtziger Jahre konti-

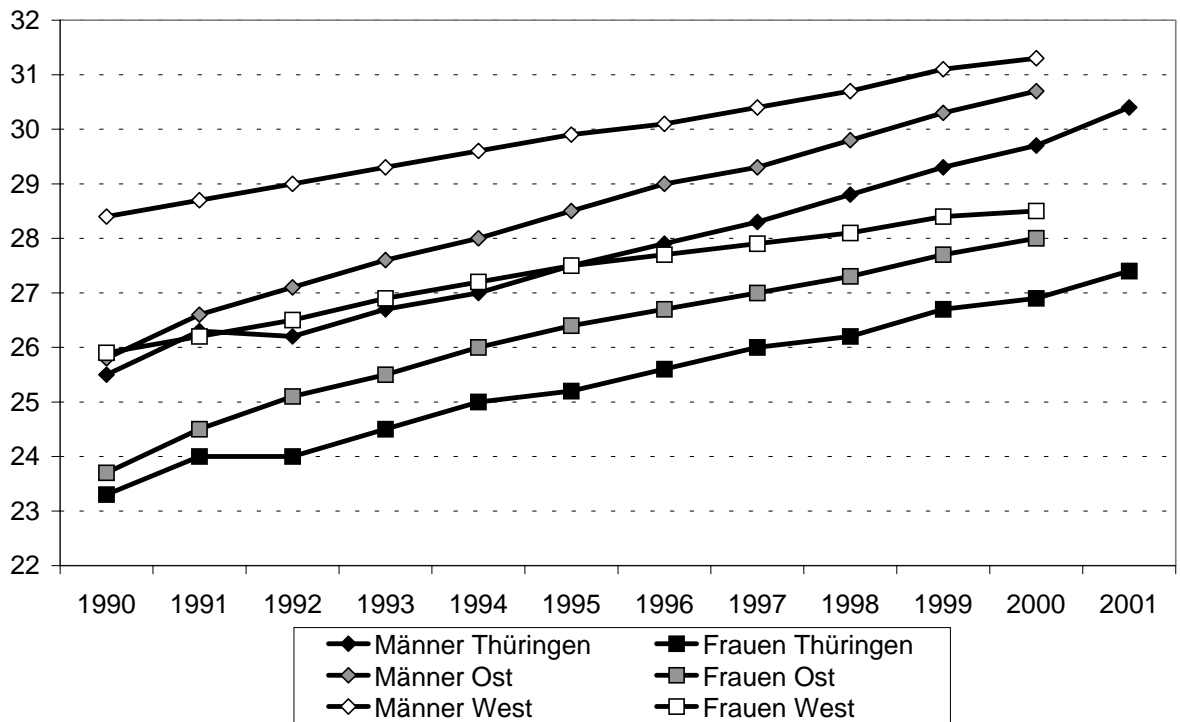
11 Aus diesem Grund ist in Abbildung 13 auf die ostdeutsche Linie verzichtet worden; sie verläuft nahezu exakt gleich mit der Linie Thüringens.

12 Die höhere Heiratsziffer der DDR geht maßgeblich auf die im Vergleich zur alten Bundesrepublik höhere Zahl der Wiederverheiratungen und damit indirekt auf die höheren Scheidungszahlen zurück. Diese hingen ihrerseits mit dem ausgesprochen niedrigen Heiratsalter zusammen (Gerlach 1996: 293-298).

nuierlich zwischen 25 und 30 Prozent liegende Anteil der Wiederverheiratungen an den Eheschließungen dokumentiert.¹³

Ein Blick auf das durchschnittliche Erstheiratsalter lässt allerdings vermuten, dass in den kommenden Jahren noch eine etwas höhere Heiratsquote erreicht werden wird. Jedenfalls deutet die Tatsache, dass die Männer in Thüringen 2001 beim Eingehen der ersten Ehe fast fünf Jahre und die Frauen vier Jahre älter waren als im Jahr der deutschen Vereinigung darauf hin, dass ein Teil der Ledigen die Heiratsentscheidung analog zur Geburt eines Kindes lediglich verschoben hat. Die Thüringer haben sich damit in punkto Erstheiratsalter dem zunächst deutlich höheren westdeutschen Niveau angenähert, sie heiraten aber mit durchschnittlich 27 Jahren (Frauen) bzw. gut 30 Jahren (Männer) immer noch um gut anderthalb Jahre früher.¹⁴ Auch im ostdeutschen Vergleich liegen die Werte für Thüringen bei beiden Geschlechtern um etwa ein Jahr unter dem Durchschnitt.

Abb. 14: Durchschnittliches Erstheiratsalter in Thüringen, Ost- und Westdeutschland



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt – für 2001 nur Daten für Thüringen vorhanden

Die Bedeutung und Attraktivität der Institution Ehe ist nicht alleine an den verschiedenen Heiratsquoten ablesbar, einen wichtigen Indikator stellt auch die Entwicklung der Scheidungsraten dar. In der jungen Bundesrepublik waren Scheidungen zunächst eine seltene Aus-

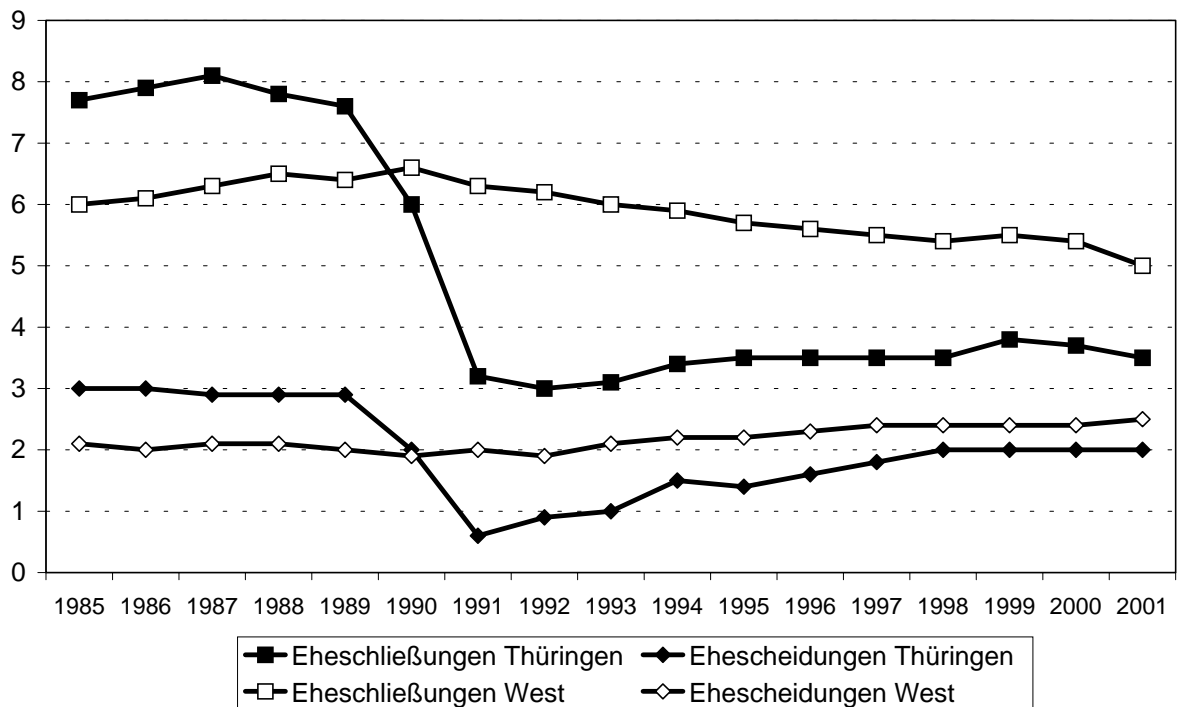
13 Lediglich 1991 stieg der Anteil der Wiederverheiratungen auf über 30 Prozent an, d.h. die Heiratsabstinentenz war in der unmittelbaren Umbruchssituation unter den Geschiedenen und Verwitweten etwas unterdurchschnittlich im Vergleich zu den Ledigen.

14 Das westdeutsche „Ausgangsniveau“, also das im Jahr der Vereinigung berechnete durchschnittliche Erstheiratsalter für die westdeutschen Frauen und Männer, ist von den Thüringer Frauen bereits 1996 und von den Thüringer Männern 1998 übertroffen worden.

nahmeerscheinung gewesen, bis die gerichtliche Auflösung von Ehen ab den siebziger Jahren eine gewisse Veralltäglichsung erfuhr. Die Reform des Scheidungsrechts 1977 reagierte mit der Abkehr vom Schuldprinzip und der Einführung des Trennungsjahres insoweit gleichermaßen auf ein verändertes Eheverhalten wie auf eine gesellschaftliche Neubewertung von Scheidungen. In der DDR waren Scheidungen zumindest während der Ära Honecker weiter verbreitet als im früheren Bundesgebiet. Der „Arbeiter- und Bauernstaat“ belegte in seiner Spätphase hier sogar einen der internationalen Spitzenplätze.

Die mit dem Beitritt der neu konstituierten ostdeutschen Länder zum Bundesgebiet verbundene soziale Verunsicherung führte dann in den Jahren 1990 und 1991 zu einem ähnlichen Einbruch wie bei den Eheschließungen. In Thüringen wie anderswo in Ostdeutschland übertraf der Rückgang der Scheidungen mit rekordverdächtigen 80 Prozent den der Heiraten sogar deutlich. Dafür war erstens die als Reaktion auf die befürchteten oder auch erlebten sozialen Verwerfungen des Transformationsprozesses zu verstehende Flucht in die Sicherheit des familiären Status quo ursächlich. Einen zweiten wichtigen Erklärungsfaktor stellt die Einführung des westdeutschen Scheidungsrechts und damit das der gerichtlichen Scheidung vorausgehende obligatorische Trennungsjahr dar.

Abb. 15: *Ehescheidungen und Eheschließungen je 1000 Einwohner in Thüringen und in Westdeutschland*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt – für 2001 eigene Berechnung für Eheschließungen West ohne Berlin

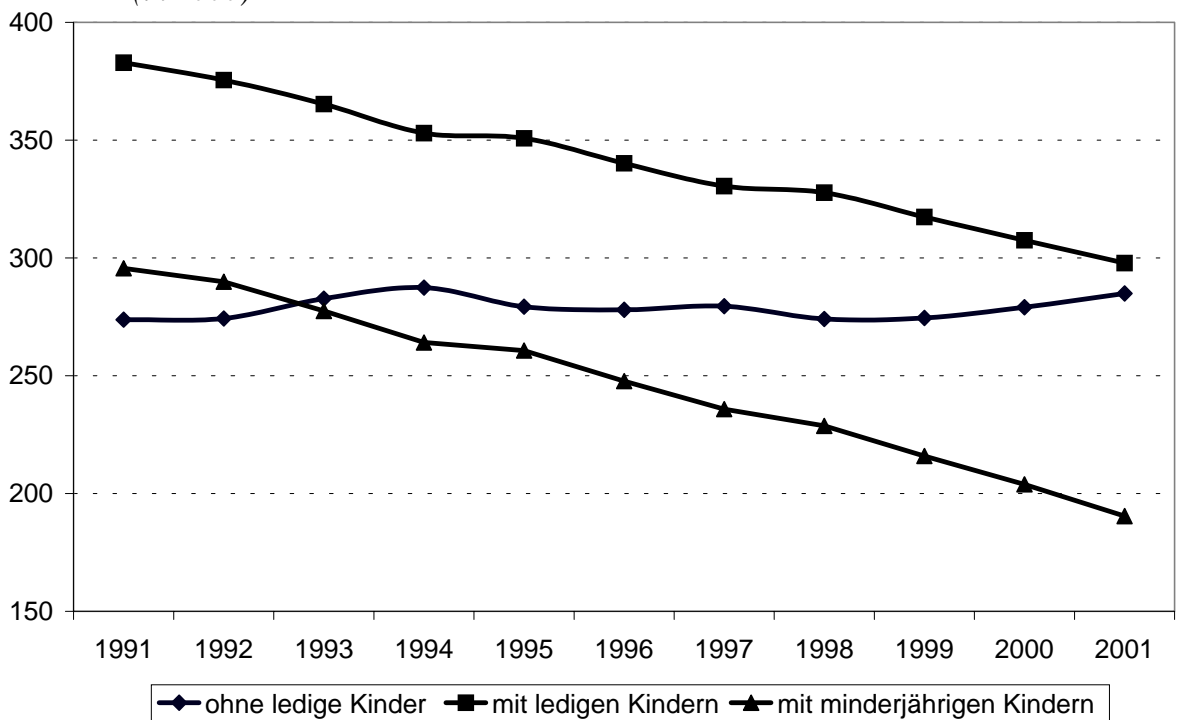
Wie Abbildung 15 verdeutlicht, gilt auch für die Scheidungen, was schon für die Eheschließungen berichtet worden ist: Das Niveau aus der DDR-Zeit wurde weder absolut noch unter Einrechnung des Bevölkerungsrückgangs wieder erreicht. Zudem haben sich im Ost-West-Vergleich die Verhältnisse umgekehrt, denn das Scheidungsrisiko liegt nunmehr in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten. Allerdings ist die Scheidungsrate, hier bestimmt als Zahl der Scheidungen pro 1000 Einwohner, zwischen 1992 und 1998 deutlich

schneller geklettert als die allgemeine Heiratsziffer. Kamen Anfang der neunziger Jahre auf jede Scheidung in Thüringen noch drei Hochzeiten, sind es seit 1997 weniger als zwei.

Eheschließungen und Scheidungen erfassen, so wichtig sie für eine Standortbestimmung in Sachen Ehe sind, gerade den Aspekt nicht, der für ihre nicht nur von den Vätern des Grundgesetzes vorgenommene Verkopplung mit der Familie, mithin für ihr Verständnis als Kern von Familie ausschlaggebend ist: die Geburt und das Aufziehen von Kindern. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen vor allem drei Aspekte von Interesse: erstens das Vorhandensein von Kindern in der Ehe ausgehend von der Frage, ob von den Verheirateten Kinder groß gezogen werden. Fragt man in Umkehrung der Perspektive danach, in welchen Lebensformen Kinder groß werden, so geraten zweitens der Anteil Alleinerziehender und drittens der Familienstand der Eltern bei Geburt eines Kindes in den Blick.

Kinder als die Bestimmung und Erfüllung der ehelichen Beziehung – das war im Westdeutschland der fünfziger und sechziger Jahre nicht nur intensiv gepflegtes gesellschaftliches Idealbild, sondern auch gelebte Realität. In den folgenden Jahrzehnten stieg jedoch der Anteil der Kinderlosen unter den Verheirateten mitunter erheblich an – eine Entwicklung, die in der DDR nicht in gleichem Umfang zu beobachten war. Dieser Trend hat sich seit der deutschen Vereinigung in beiden Landesteilen fortgesetzt. Glaubt man Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, wird voraussichtlich fast jede dritte Frau des Geburtsjahrgangs 1965 in Westdeutschland und mehr als jede vierte in den neuen Ländern kinderlos bleiben (Dorbritz 1999: 21f.). Selbst wenn diese Anteile unter Verheirateten geringer sein mögen, würde dies doch einen erheblichen Anstieg des Prozentsatzes Kinderloser unter den Ehepaaren bedeuten.

Abb. 16: Anzahl der Ehepaare mit und ohne ledige (minderjährige) Kinder in Thüringen (in 1000)



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt

In Thüringen hat sich die Zahl der Ehepaare mit ledigen Kindern im Haushalt (ohne Altersbegrenzung) seit der deutschen Vereinigung gravierend verringert. Noch 1991 hat es etwa 100.000 mehr Ehepaare mit Kindern als Verheiratete ohne ledige Kinder gegeben; zehn Jahre später sind beide Gruppen in etwa gleich stark. Wie Abbildung 16 illustriert, hat sich vor allem die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern reduziert: um mehr als ein Drittel in den zehn Jahren seit 1991. Die Zahl der kinderlosen Ehen hat in diesem Zeitraum um 5.300 (ca. 2 Prozent) zugenommen – gegenläufig zu der gleichzeitig deutlich gesunkenen Gesamtzahl an Ehen.

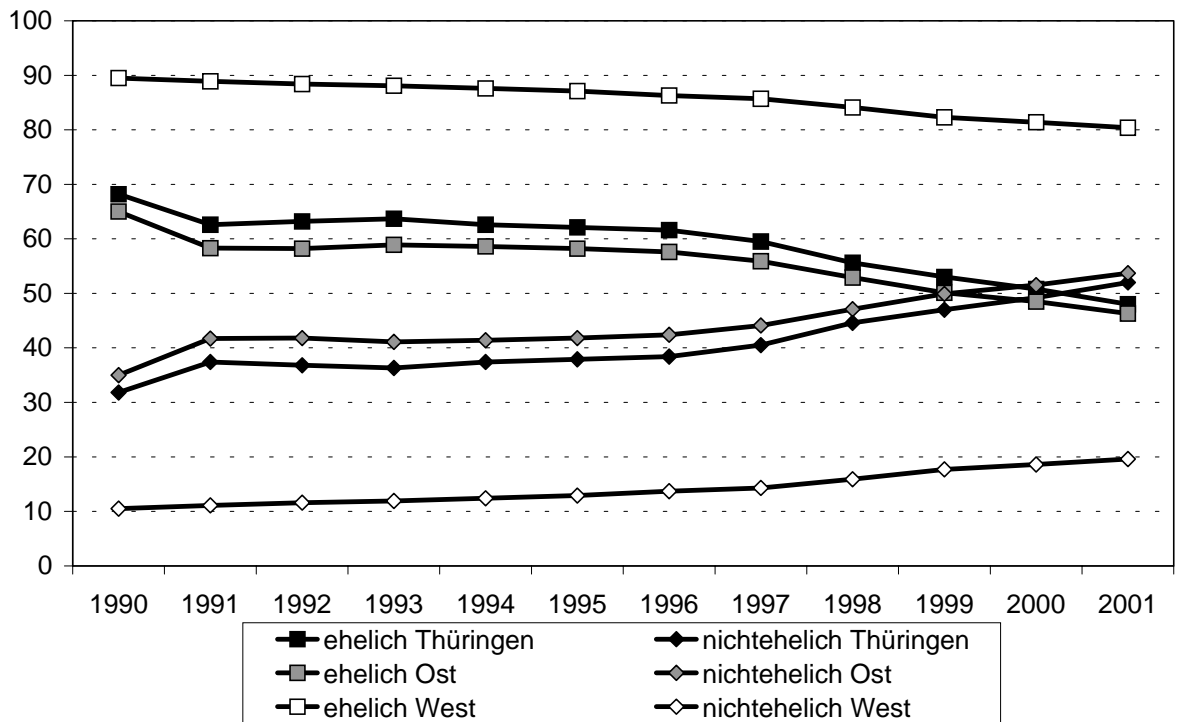
Die Kopplung von Ehe und Familie verliert allerdings nicht allein durch die erhöhte Kinderlosigkeit bei Vermählten an Selbstverständlichkeit, sondern auch durch konkurrierende Lebensformen, in denen (minderjährige) Kinder aufwachsen. Dies gilt zunächst für die oben bereits im Kontext der Haushaltsformen erwähnten allein erziehenden Mütter und Väter. Ihr Anteil an den Familien mit minderjährigen Kindern hat sich in Thüringen seit 1991 um die Hälfte erhöht und liegt 2001 fast bei einem Drittel.¹⁵ Da Ehepaare mehr (minderjährige) Kinder haben, liegt jedoch der Anteil der thüringischen Kinder, die bei Alleinerziehenden leben, mit 28 Prozent etwas niedriger. Diese Gruppe lässt sich zudem danach differenzieren, ob der allein erziehende Elternteil mit einem Partner zusammen wohnt oder nicht – ein unter dem Gesichtspunkt der erzieherischen Verantwortung gewichtiger Unterschied.¹⁶ Danach befindet sich etwa jedes sechste Kind unter 18 Jahren im Haushalt eines allein erziehenden *und* allein lebenden Elternteils. Jedes neunte Kind lebt in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft. Diese Thüringer Werte liegen etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt, aber weit höher als die entsprechenden Anteile in den alten Bundesländern.

Ist deutlich geworden, dass ein wachsender Anteil minderjähriger Kinder in Thüringen außerhalb einer ehelichen Gemeinschaft lebt, so fällt dieser Trend bei den Neugeborenen noch sehr viel deutlicher aus. Bereits zu DDR-Zeiten lag die Quote der nichtehelichen Kinder weit höher als in der alten Bundesrepublik, nachdem Mitte der siebziger Jahre einzelne Vergünstigungen für unverheiratete Mütter eingeführt worden waren und die Geburt nichtehelicher Kinder nicht länger sozial geächtet war. In Thüringen kam 1990 fast jedes dritte Kind nicht-ehelich zur Welt; in Ostdeutschland insgesamt war der Anteil mit 35 Prozent noch höher und übertraf damit den westdeutschen Vergleichswert um das Dreifache. Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass es nach der deutschen Vereinigung keine Veränderung nach unten gegeben und somit auch keine Annäherung an den Westen stattgefunden hat. Im Gegenteil: 2001 hat es in Thüringen erstmalig mehr nichteheliche als eheliche Kinder gegeben. Zwar hat sich auch im Westen die Quote der nichtehelichen Lebendgeborenen, wie es in der Sprache der Statistiker heißt, seit 1991 fast verdoppelt. Doch die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland ist noch weiter auseinander gegangen (Abb. 17).

15 In absoluten Zahlen bedeutet das einen Anstieg von 78.000 auf 85.000. Dabei ist daran zu erinnern, dass nach der amtlichen Statistik zu den allein Erziehenden auch diejenigen gerechnet werden, die als nicht Verheiratete oder verheiratet getrennt Lebende mit Kindern einen festen Partner haben und möglicherweise auch mit diesem im selben Haushalt wohnen.

16 In der amtlichen Statistik gelten alle unterschiedslos als Alleinerziehende, obwohl faktisch die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern Wohnenden in aller Regel *nicht* allein erziehend sind, sondern sich diese Aufgabe mit ihrem im selben Haushalt lebenden Partner teilen.

Abb. 17: Eheliche und nichteheliche Lebendgeborene in Thüringen, Ost- und Westdeutschland
(in Prozent)



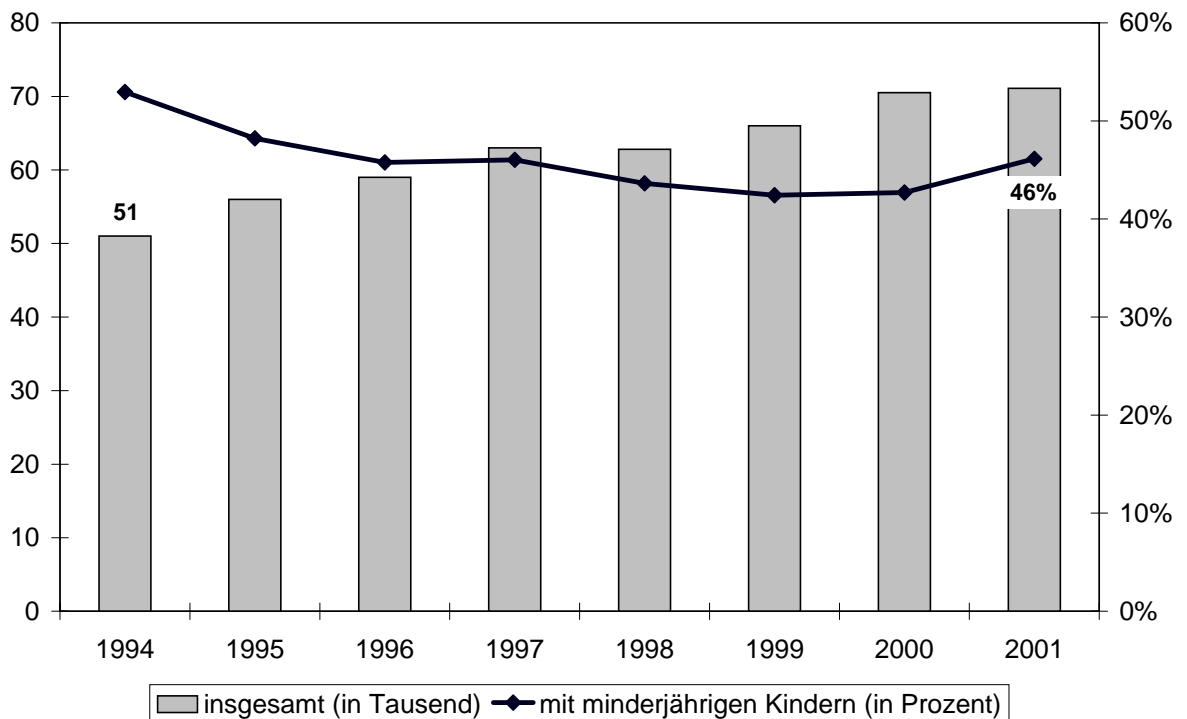
Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt

Der enorm hohe Prozentsatz nichtehelicher Kinder zum Zeitpunkt der Geburt in Thüringen wie in ganz Ostdeutschland bedarf der Relativierung: Die weit überwiegende Zahl der nichtehelich Geborenen wird – auch im Freistaat – noch in der frühen Kindheit qua nachgeholt Eheschließung „legitimiert“. Allerdings wachsen auch dann längst nicht alle dieser Kinder mit ihren leiblichen Eltern auf. Ein erheblicher Teil von ihnen wird vielmehr in einer Ehe zwischen einem leiblichen Elternteil und einer Stiefmutter/einem Stiefvater groß. In der Familiensoziologie wird dieses Phänomen als (partieller) Übergang von der biologischen zur sozialen Elternschaft bezeichnet.

Die Betrachtung der familiären Umstände, unter denen Kinder geboren werden, lenkt den Blick auf jene Lebensform, die immer wieder als Alternative bzw. Konkurrenz zur Ehe bezeichnet worden ist – und die ihr Anderssein im Verhältnis zur Ehe bereits im Namen trägt: die nichteheliche Lebensgemeinschaft. Hinter diesem Wortungetüm verbirgt sich in der Lesart der Statistik das Zusammenleben und -wirtschaften (in einem gemeinsamen Haushalt, dem keine weitere Person angehört) von verschiedengeschlechtlichen Paaren, die nicht verheiratet oder verwandt sind. Die Heterogenität der nichtehelichen Lebensgemeinschaften deutet sich bereits in ihrem Namen an. Dass es sich nicht um Ehen handelt, kann schon rein sprachlich Unterschiedliches zum Ausdruck bringen, wobei die Spanne von der bewussten Ablehnung einer Ehe über die Erprobung der partnerschaftlichen Qualität (mit Blick auf eine mögliche spätere Heirat) bis zur Vorstufe der Ehe (bei fester Heiratsabsicht) reicht (Peuckert 1999: 76f.). Welche Variante favorisiert wird, hängt sozialstrukturell maßgeblich vom Alter und Familienstand der Partner ab.

Quantitativ haben die nichtehelichen Lebensgemeinschaften seit ihrer erstmaligen statistischen Erfassung Anfang der siebziger Jahre eine beträchtliche Ausweitung erfahren.¹⁷ Ihre Zahl hat bei seit Jahren steigender Tendenz bundesweit schon 1999 die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Auch in Thüringen ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften deutlich gewachsen, allein zwischen 1994 und 2001 um knapp 40 Prozent auf nunmehr 71.100 (Abb. 18). Dabei ist hier wie im gesamten Ostdeutschland das Ausgangsniveau zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung etwas höher gewesen als in den alten Bundesländern. Der markanteste Ost-West-Unterschied betrifft jedoch das Vorhandensein von Kindern. In Thüringen wie in den anderen neuen Ländern leben in knapp der Hälfte der Lebensgemeinschaften ledige, zumeist minderjährige Kinder. Zwar ist dieser Anteil seit der deutschen Vereinigung gesunken, doch ist die – im Gegensatz dazu steigende – Quote in den westlichen Bundesländern nur halb so hoch.¹⁸

Abb. 18: *Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Thüringen 1994-2001*



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt

Gemeinsame Elternschaft ohne Trauschein ist demnach in Thüringen wie in Ostdeutschland insgesamt eine übliche und gesellschaftlich akzeptierte Familienform. Im Freistaat wird sie mehrheitlich von ledigen Partnern eingegangen. Daneben ist aber auch das naheheliche Zusammenleben ohne Trauschein verbreitet: in knapp 40 Prozent der Lebensgemeinschaften ist mindestens einer der Partner geschieden. Offenbar handelt es sich bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften um eine Partnerschaftsform, die an einen bestimmten Abschnitt der Biografie gebunden ist, bei zwei ledigen Partnern in der Regel an die Übergangsphase zwi-

17 Dabei ist zu beachten, dass es sich bis einschließlich 1995 (in Thüringen: bis 1997) lediglich um Schätzwerte handelt, da nichteheliche Lebensgemeinschaften erst seit 1996 im Mikrozensus erfasst werden.

18 Damit lebt statistisch mehr als jedes achte ostdeutsche Kind in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft (in Thüringen 11,7 %), während es in Westdeutschland nur jedes 25. Kind ist.

schen dem Auszug aus dem Elternhaus und dem Eingehen einer Ehe. Ein genuines und dauerhaftes Konkurrenzmodell zur Ehe scheint die nichteheliche Lebensgemeinschaft unter diesen Vorzeichen ungeachtet ihrer Popularität zumal in den jüngeren Altersgruppen nur bedingt zu sein.¹⁹

Wie aber ist es alles in allem in Thüringen um die Ehe bestellt? Bemüht man sich darum, die einzelnen statistischen Trends zu einem kohärenten Gesamtbild zusammenzufügen, ergibt sich ein ambivalenter Befund. Nach wie vor ist die Ehe die am häufigsten praktizierte Form der Partnerschaft, steuert die Mehrheit der Thüringer/-innen über kurz oder lang den Hafen der Ehe an und wachsen die bei weitem meisten Kinder in einer Ehe auf. In dieser Perspektive entfaltet die Ehe beachtliche Attraktivität und erweist sich trotz sinkender Heiratsziffern als bestandsfähig. Der Vereinigungsschock mag zeitweilig die Realisierung von Heiratsplänen verhindert haben, zu einem Auslaufmodell hat er sie mitnichten gemacht.

Mit diesem Bild der Ehe als einer Art Garant dauerhafter und auf Nachwuchs hin angelegter Partnerschaft kontrastiert, dass die grundgesetzlich geschützte Institution trotz ihrer Privilegierung im Familienrecht ihre Monopolstellung gleich in mehrfacher Hinsicht verloren hat: Erstens haben sich neben, im Biografieverlauf auch vor und nach der Ehe alternative Lebensformen etabliert. Zweitens haben diese – in den östlichen Bundesländern bzw. der DDR früher als in der alten Bundesrepublik – gesellschaftliche Akzeptanz gefunden. Schließlich werden einstmals (fast) ausschließlich der Ehe zugewiesene Funktionen heutzutage auch außerhalb erfüllt; dies gilt namentlich für die Reproduktion. Hinzu kommt, dass die zur Normalität gewordenen Scheidungen das einstige Monopol der Dauerhaftigkeit beseitigt und zugleich ein Einfallstor für die teilweise Ersetzung der biologischen durch die soziale Elternschaft geschaffen haben.

Insgesamt sieht sich die Institution Ehe in Thüringen vor noch größere Herausforderungen gestellt als in den alten Bundesländern. Der Grund dafür ist zum einen in den Folgen und Begleiterscheinungen des Transformationsprozesses zu sehen, der die Bereitschaft zu einer lebenslangen Bindung an einen anderen Menschen dauerhaft gesenkt hat. Zum anderen trägt dazu ein weit in die DDR-Zeit zurückreichender Einstellungs- und Wertewandel bei, der sowohl zu einer Entkopplung von Ehe und Geburt eines Kindes und in Ansätzen auch zu einer Trennung zwischen Ehe und Familie geführt hat.

2. Einstellungen zur Familie im Freistaat Thüringen

2.1. Zur Bedeutung von Familie

Die diversen Definitionsversuche der „Familie“ stehen im Spannungsfeld zwischen ihrer biologischen und ihrer sozialen Natur. Einerseits fungiert die Familie als Ort „legitimer“, auf Dauer angelegter Sexualbeziehungen zwischen Frau und Mann, vor allem aber der für die Gesellschaft essentiellen Reproduktion. Andererseits stellt sie die primäre Sozialisationsinstanz für den Nachwuchs dar, leistet also die Erziehung der Kinder und ihre Integration in

19 Über Jahre hinweg bestandsfähig ist nur ein kleiner Teil der Lebensgemeinschaften. Die große Mehrheit wird entweder in eine Ehe überführt oder durch Trennung beendet.

die Gesellschaft. Als Wesensmerkmal der Familie kann jedenfalls „eine relativ dauerhafte und legitimierte Beziehung zwischen einer/einem Erwachsenen und einem Kind (...) (gelten), wobei der/dem Erwachsenen die Hauptverantwortung für die Fürsorge und die Sozialisation des Kindes zukommt“ (Gukenbiehl 2000: 80). Demnach sind vor allem das Zusammenleben von (mindestens) zwei Generationen und die von der älteren Generation erbrachten Sozialisationsleistungen von Bedeutung.

In geschichtlicher Betrachtung hat die Familie nicht nur höchst unterschiedliche Ausprägungen erfahren, sondern auch verschiedene Funktionen erfüllt. Die Sicherung der Existenzbedingungen ihrer Mitglieder und insoweit ihre ökonomische Funktion war dabei in der europäischen Neuzeit die wohl wichtigste *raison d'être* familiärer Gemeinschaft. Emotionale Aspekte gewannen erst spät, vor allem im Zuge der Herausbildung der modernen Gattenfamilie an Bedeutung. Die „Erfolgsgeschichte“ der bürgerlichen Kleinfamilie in Deutschland und zahlreichen weiteren europäischen Industrienationen macht dabei leicht vergessen, dass es sich bei ihr eher um einen historischen, zumal höchst voraussetzungsvollen Ausnahmefall denn um ein lange tradiertes Muster handelt.

Gleichwohl ist die institutionalisierte moderne Kleinfamilie als Haushalts- und Lebensgemeinschaft eines monogam lebenden Ehepaars mit seinen minderjährigen Kindern im Nachkriegsdeutschland zum unangefochtenen Familienmodell avanciert – und ist es für gut und gerne zwei Jahrzehnte auch geblieben. Dass hier – und nur hier – Kinder gezeugt und groß gezogen werden, galt in den fünfziger und sechziger Jahren als Selbstverständlichkeit. Das Leitbild der Haushaltsgemeinschaft von verheiratetem Paar und seinen minderjährigen Kindern erwies sich unbeschadet der realsozialistischen Rhetorik und der Polemik gegen die bürgerliche Kleinfamilie auch in der DDR als ausgesprochen lebendig und bestandsfähig (Gerlach 1996: 174). Der wesentliche Unterschied zur Bundesrepublik bestand nicht in der (praktisch nicht erfolgten) Infragestellung der Gattenfamilie, sondern in der gezielten Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen,²⁰ die politisches Programm, vor allem aber wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen ist. Damit verbunden war eine Schwächung der Familie als Sozialisationsinstanz durch die frühe Unterbringung der Kinder in staatlichen Erziehungseinrichtungen (vor allem Kinderkrippen), die zugleich eine stärkere ideologische Beeinflussung der frühen Sozialisation ermöglichte.

Ab den 60er Jahren und forciert in den 70er Jahren war vorwiegend in der alten Bundesrepublik die Familie dem sozialen Wandel unterworfen. Im Zuge sozio-ökonomischer und kultureller Veränderungen hat das Leitbild der Gattenfamilie gleich in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung erfahren: durch die an anderer Stelle beschriebenen Bestreitung des Monopols der Ehe, den im Lebensverlauf zusehends multi-lokalen Charakter der Familien (Bertram 1995: 13-16) und insbesondere durch das Entstehen neuer familialer Lebensformen. Dazu gehören neben nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem die Ein-Eltern-Haushalte (Alleinerziehende), binukleare Familien nach der Scheidung der Eltern und – in sehr geringem Umfang – durch die berufliche Mobilität erzwungene *Commuter-Ehen*. Während über das Auftauchen „neuer“ Lebensformen neben der oder auch alternativ zur Gattenfamilie kein Dissens herrscht, werden die Ursachen und die Tragweite dieser Entwicklungen in Forschung und Politik kontrovers diskutiert.

20 Die Familienpolitik in der DDR verfolgte einen grundsätzlich anderen Ansatz als in der Bundesrepublik: „Während in der Bundesrepublik Deutschland die Ermöglichung einer parallelen Mutterschaft neben einer Erwerbstätigkeit langsam als Ziel von Familienpolitik quasi ‚aus der Gesellschaft in die Politik gewachsen ist‘, war dies in der DDR Ausgangspunkt von familienbezogenen politischen Maßnahmen, die Verhalten in der Gesellschaft prägen sollten.“ (Gerlach 1996: 307).

Grob vereinfacht lassen sich zwei konkurrierende Deutungsmuster unterscheiden. Das Deinstitutionalisierungs-Theorem geht davon aus, dass mit der steigenden regionalen und sozialen Mobilität einerseits und den mit einem Wertewandel verknüpften Individualisierungsschüben andererseits die Familie – verstanden als die bürgerliche Kleinfamilie – massiv an Bedeutung einbüßt und in erheblicher Zahl durch neue Lebensformen ersetzt wird (Hoffmann-Nowotny 1995). Die schwindende Institutionalisierung meint dabei die Einbußen an sozialer Verbindlichkeit, die die traditionelle Kernfamilie erfahren hat, und die verbreitete Akzeptanz ganz verschiedener familialer Lebensformen. In dieser Lesart werden die Veränderungen der Lebensformen als geradezu notwendige Folgen des Modernisierungsprozesses verstanden, der mit seinen Anforderungen an Anpassungsfähigkeit, Innovation und Mobilität sowie mit erhöhten Wahlmöglichkeiten bzw. Entscheidungserfordernissen kaum Raum für soziale Inseln der Stabilität lässt; einer Stabilität, wie sie etwa für die Hausfrauenehe als vollständige, lebenslänglich bestehende Kleinfamilie mit Kind(-ern) gegeben war. Die wechselnden und oftmals widersprüchlichen Rollenanforderungen an den Einzelnen machen die dauerhafte Übereinstimmung von Liebes-, Wohn- und Elternpartner immer unwahrscheinlicher.²¹

Eine Ausdifferenzierung von Lebens- und Familienformen wird auch von den Kritikern des Deinstitutionalisierungs- und Individualisierungskonzepts nicht in Abrede gestellt. Vehement allerdings bestreiten sie eine Krise der Familie oder gar deren Zerfall und konstatieren stattdessen einen Bedeutungswandel (Nave-Herz 1998), aus systemtheoretischer Perspektive auch eine funktionale Differenzierung (Meyer 1993). Danach verfügt die Familie als Lebensgemeinschaft von Eltern und Kindern über eine andauernd hohe normative Kraft (Leitbild Familie), die durch die wachsende Verbreitung des Modells der „verantworteten Elternschaft“ (Kaufmann 1988) eher noch gefestigt worden ist. Die facettenreiche Vielfalt, in der sich die Familie am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland darstellt, bedeutet in dieser Sicht eine Art Normalisierung gegenüber der historischen Ausnahmesituation des *golden age of marriage* der 50er und 60er Jahre. Auf partielle Destabilisierungen des Familiengefüges sind nach dem „Bedeutungswandel-Theorem“ neue Strukturmuster geschaffen oder alte wiederbelebt worden, ohne dass die Institution Familie erschüttert worden wäre. Verringert hat sich allein die Dauer der familialen Phase bezogen auf den Lebenslauf (Vaskovics 1996: 60), allerdings nicht wegen eines schwächer werdenden Willens zur Familie, sondern infolge der gestiegenen Lebenserwartung und des höheren Erstgeburtsalters.

Man mag kritisch anmerken, dass jenseits der unausgesprochenen weltanschaulichen Differenzen die skizzierten Positionen durchaus prinzipiell miteinander vereinbar sind. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn man sie als zwei verschiedene Perspektiven auf familiäre Lebensformen sieht: Während die These von der institutionellen Anpassung der Familie mit Blick auf größere Zeitperioden formuliert wurde, geht es den Vertretern des Individualisierungskonzepts vorwiegend um die Jahrzehnte seit dem II. Weltkrieg. Eine vermittelnde Position kommt faktisch der Polarisierungsthese zu. Diese bestreitet zwar eine fortschreitende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen, geht aber zugleich von einem sinkenden Anteil traditioneller Familien aus (Dorbritz 1999: 28-31). -Zusehends kommt es daher zu einer Polarisierung zwischen dem Familiensektor (mit verheirateten Eltern als Kern) und dem Nichtfamiliensektor, dessen Kern die Singles bilden (Strohmeier 1993). Das Wachstum des

21 Stärker im Feuilletonstil und damit plastischer formuliert eine umstrittene Soziologin: „Wohl aber ist zu erwarten, dass für immer mehr Menschen stabile Phasen im Lebenslauf abwechseln mit anderen – vor der Ehe, neben der Ehe, nach der Ehe, mit oder ohne Trauschein verstanden –, wo man oder frau mit Beziehungsformen spielt, jongliert, experimentiert, und dies teils freiwillig, teils eher gezwungenermaßen.“ (Beck-Gensheim 1998: 19).

letzteren, das sich vor allem aus der steigenden Zahl Kinderloser und der längeren Verweildauer in individualisierten Lebensabschnitten ergibt, geht zu Lasten des Familiensektors.

Während die wissenschaftliche Kontroverse um die „Zukunft der Familie“ andauert, liegt die Zeit der ideologischen Grabenkämpfe schon zwei bis drei Jahrzehnte zurück.²² Gleichwohl ist die Familie auch in der Gegenwart Gegenstand des politischen und publizistischen Streits. Im Zuge einer generellen zentripetalen Tendenz des Parteienwettbewerbs hat sich der Charakter der politischen Auseinandersetzung allerdings vom grundsätzlichen Pro und Kontra der Gattenfamilie zu mitunter geradezu finanztechnisch anmutenden Fragen der Familienförderung gewandelt.²³ Konfliktstoff bietet weiterhin die Bestimmung dessen, was Familie ist und vor allem, was nicht als Familie zu gelten vermag. Hinter dem Streit um Worte verbirgt sich auch im Fall der Familie ein Streit um Inhalte und Konzepte, ein interessegeleitetes Ringen um die Definitionsmacht auf einem zukunfts- und wählerstimmträchtigen Politikfeld. In der Familienrhetorik stehen sich dabei zwei Topoi gegenüber: auf der einen Seite die autoritative Festlegung der „richtigen“ Familienstruktur, auf der anderen Seite die völlige Entgrenzung des Familienbegriffs und seine Ausdehnung auf eine potenziell unbegrenzte Vielfalt von Lebensformen (Lüscher 1995).

Tatsächlich ist im Zuge der Ausdifferenzierung von Lebensformen immer weniger offenkundig, was Familie eigentlich meint²⁴ und welche Haushalts- und Lebensformen schon oder noch als Familie gelten können. Den Minimalkonsens stellen dabei verheiratete Eltern mit eigenen (minderjährigen) Kindern dar, das heißt die verschiedentlich so bezeichnete Kernfamilie. Allen anderen Varianten des Zusammenlebens bzw. der Haushaltsgemeinschaft von Erwachsenen und Kindern wird zumindest von Teilen der Gesellschaft der Familienstatus abgesprochen. Zweifel bestehen ebenso daran (wie bereits in Kapitel II.1.2 erläutert), ob ein Ehepaar ohne Kinder eine Familie ist.

Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2002 ist nach der Einschätzung von drei in Bezug auf die Gattenfamilie nichtkonventionellen Lebensformen gefragt worden: des kinderlosen Ehepaars, der nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit Kindern und der Alleinerziehenden. Mehrheitlich betrachten die Befragten alle drei Sozialformen als Familien. Die Akzeptanz einer Lebensform geht überdurchschnittlich oft mit der Anerkennung der beiden anderen einher; lediglich zwischen den kinderlosen Ehepaaren und den nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind gibt es einen solchen Zusammenhang kaum. Unterschiede bestehen vor allem im Ausmaß der Akzeptanz. Den größten Zweifeln an ihrer Qualität als Familie sehen sich die Ehepaare ohne Kinder ausgesetzt; ein gutes Drittel der Befragten bestreitet, dass es sich dabei um Familien handelt. Selbst unter den Rentnern, in deren Generation Verheiratete ohne Kinder eine seltene Ausnahme darstellten, bezweifelt nur eine Minderheit, dass bereits die beiden Ehepartner eine Familie bilden. Zumindest auf der Einstellungsebene deutet sich insoweit allenfalls in schwachen Ansätzen eine Entkopplung von Ehe und Familie an. Allerdings sehen sich die anderen nicht-traditionellen Lebensformen noch geringerer Skepsis ausgesetzt: Nur jeder fünfte Befragte bezweifelt, dass Alleinerziehende eine Familie darstellen, und sogar nur jeder Zwölfte bestreitet dies für die unverheirateten Partner mit Kind.

Bereits aus dieser Antwortverteilung ergeben sich zwei interessante Befunde: Erstens ist die Bereitschaft, unterschiedliche Sozialformen mit den Komponenten dauerhafte Partnerschaft

22 Frühzeitige Begräbnisse der Familie (Cooper 1981) waren seinerzeit ebenso angesagt wie Plädoyers zu ihrer Verteidigung (Berger/Berger 1984).

23 Zu den aktuellen Positionen der beiden großen Parteien Opielka 2002: 25-29.

24 Zur „neuen Unübersichtlichkeit“ tragen zudem die Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin bei, mit deren Siegeszug die Trennung von biologischer und sozialer Elternschaft weiter voranschreiten wird.

und/oder Haushaltsgemeinschaft von Eltern und Kindern als Familie anzuerkennen (oder zumindest zu tolerieren), ausgesprochen groß. Wählt man die frühe Bundesrepublik als Bezugspunkt, so hat sich unzweifelhaft eine Erweiterung des Familienbegriffs vollzogen. Die faktische Pluralisierung der Lebensformen spiegelt sich insoweit in einem „liberalen“ Familienbegriff, der potenziell offen ist für neue, sich im Zuge von Modernisierungsprozessen heraus bildende familiäre Lebensformen. Dass diese Offenheit nicht Beliebigkeit bedeutet und folglich auch keine vollständige Entgrenzung des Familienbegriffs stattgefunden hat, lässt sich zwar nicht auf der Basis des Thüringen-Monitors, wohl aber an Hand anderer Umfragen belegen. So werden beispielsweise dauerhaft bestehende gleichgeschlechtliche Partnerschaften mehrheitlich nicht als Familien akzeptiert (Noelle-Neumann/Köcher 2002: 110).

Zweitens kristallisiert sich ein eher kinderorientiertes Familienverständnis heraus. Eine Familie besteht im Verständnis der meisten Befragten, sobald ein Erwachsener ein (im eigenen Haushalt lebendes) Kind groß zieht – und zwar unabhängig davon, ob der Erwachsene einen festen Partner bzw. welche Rechtsform die etwaige Partnerschaft hat. Sind keine Kinder vorhanden, wird der Familienstatus zwar nicht per se verneint, aber der Anteil der Skeptiker unter den Befragten nimmt wie im Fall der kinderlosen Ehe deutlich zu. Die allmähliche Entkopplung von Ehe und Familie in der realen Welt der Lebensformen findet sich somit auch ansatzweise im Bewusstsein der Befragten reflektiert. Das vorwiegend (aber eben nicht ausschließlich) an die Erziehung von Kindern geknüpfte Bild von Familie, das die Thüringer haben, weist faktisch eine große Nähe zum soziologischen Familienverständnis und damit zugleich eine gewisse Distanz zu einem Familienbegriff auf, wie er sich im bundesdeutschen Recht und in der amtlichen Statistik findet.

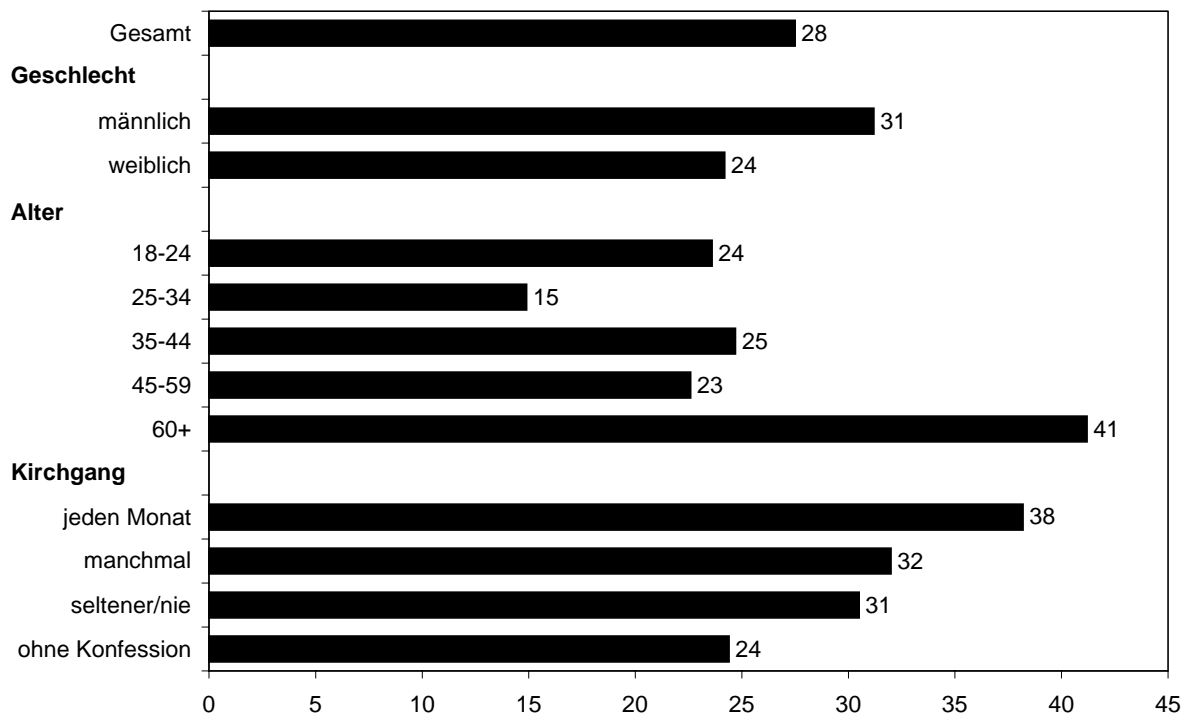
Untersucht man das Familienbild einzelner Bevölkerungsgruppen, lassen sich einige spezifische Wahrnehmungsmuster aufzeigen. Ein enges oder traditionelles Familienverständnis ist am ehesten in der ältesten Befragtengruppe anzutreffen. Zwar findet sich auch hier jeweils eine klare Mehrheit, die den drei oben genannten nicht-traditionellen Lebensformen Familienstatus zuspricht, aber diese Position wird im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen weit unterdurchschnittlich vertreten. Die Ablehnungsquote geht bei den über 59-Jährigen bis auf 40 Prozent im Fall der Einschätzung kinderlosen Ehepaare hoch. Demgegenüber sind es vor allem die Kinderlosen, die ein sehr weites Familienverständnis erkennen lassen.

Auf Basis der Bewertung der Lebensformen lässt sich eine Gruppe mit „konservativem“ Familienverständnis von den übrigen Befragten unterscheiden. Als „konservativ“ werden dabei diejenigen verstanden, die die Alleinerziehenden und/oder die verheirateten Partner mit Kindern nicht als Familien betrachten. Nach dieser Definition haben 28 Prozent der Befragten ein (moderat) konservatives Familienverständnis.²⁵ Erwartungsgemäß findet sich dieses vor allem bei den Rentnern. Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Geschlechtern: Fast jeder dritte Mann, aber nur jede vierte Frau erweisen sich in diesem Sinne als konservativ. Bemerkenswerte Befunde ergeben sich bei der Betrachtung der Religion. Während die Protestanten überproportional häufig ein konservatives Familienbild pflegen, gilt dies nur für jeden fünften Katholiken. Diese zeigen sich damit ausgerechnet in dem aus amtskirchlicher Sicht so bedeutenden Themenfeld Ehe und Familie „liberaler“ als die Befragten ohne Konfession. Betrachtet man statt der Konfessionszugehörigkeit aber die Kirchengangshäufigkeit als Ausdruck gelebter Religiosität, ergibt sich das erwartete Bild: Mit steigender Frequenz des

25 Nimmt man statt dessen die gleichzeitige Ablehnung dieser *beiden* nicht-traditionellen Lebensformen als Kriterium, reduziert sich die Verbreitung des (dann dezidiert) konservativen Familienverständnisses um mehr als die Hälfte (12 Prozent der Befragten).

Gottesdienstbesuchs gewinnt auch die Orientierung auf die Kernfamilie als ausschließliches Familienmodell an Verbreitung. Relativ geringen Zuspruch findet dieses Familienbild bei den Befragten mit minderjährigen Kindern im Haushalt, bei den Kinderlosen und unter diesen wiederum bei denjenigen mit Kinderwunsch.

Abb. 19: Konservatives Familienverständnis nach Geschlecht, Alter und Kirchgangshäufigkeit (in Prozent)



Fasst man diese Ergebnisse zusammen, so deutet sich perspektivisch eine weitere Öffnung des Familienbegriffs an. Die für die jüngeren Altersgruppen teils selbst gelebte, teils aus dem sozialen Umfeld unmittelbar erlebte Pluralität an Lebensformen und Lebensweisen dürfte den Trend weg von einem konservativen Familienverständnis noch verstärken. Damit erweist sich einmal mehr, wie sehr nicht nur die Lebensform Familie, sondern auch die Familie im Bewusstsein der Zeitgenossen dem sozialen Wandel unterliegt. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob sich der Funktionswandel der Familie und die Wandlungen des Familienbilds auch in einer veränderten und möglicherweise geringeren Bedeutung der Familie niederschlagen.²⁶ Welchen Stellenwert hat die Familie in der Gesellschaft, welche Würdigung erfährt sie? Vor allem aber: Welche subjektive Bedeutung kommt der Familie für die Befragten zu?

Zur gesellschaftlichen Anerkennung der Familie haben die Thüringer eine klare Meinung: Sie ist zu gering. Neun von zehn Befragten bejahen die Aussage, dass die Leistungen der Familie von der Gesellschaft zu wenig gewürdigt werden; mehr als die Hälfte stimmt ihr voll und ganz zu. Eine nennenswerte Quote von Ablehnungen gibt es lediglich bei den in einer Partnerschaft lebenden Kinderlosen (25 Prozent) und bei den jüngsten Befragten (20 Prozent),

²⁶ Der Thüringen-Monitor 2002 stellt dabei naturgemäß nur eine Momentaufnahme dar. Der Vergleich mit früheren thematisch verwandten Umfragen bietet jedoch zumindest Anhaltspunkte für längerfristige Entwicklungen.

wobei die Schnittmenge zwischen beiden Gruppen groß ist. Deuten diese Ergebnisse bereits auf eine große Wertschätzung der Familie hin, so werden sie durch die Zustimmung zu einer familienpolitischen Aussage noch übertroffen. 95 Prozent der Befragten messen der Förderung von Familien den selben Stellenwert zu wie der Schaffung von Arbeitsplätzen – angesichts der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt ein erstaunlicher Befund. Noch überraschender aber ist, dass selbst unter den Arbeitslosen eine nur geringfügig niedrigere Zustimmungquote erreicht wird.

Man mag in diesen Zahlen einen eindrucksvollen Beleg für die Bedeutung erkennen, die die Thüringer der Familie auch für das gesellschaftliche und politische Leben zuweisen. Dies dürfte jedoch nur die halbe Wahrheit sein. Die starke Beachtung, die die Familie während der letzten Monate im öffentlichen Diskurs und zumal im Bundestagswahlkampf erfahren hat, lässt vermuten, dass sich in diesen Umfragewerten neben der tatsächlichen Wertschätzung der Familie ein gerütteltes Maß an sozialer Erwünschtheit widerspiegelt. Allein die Erwähnung der Familie löst unter diesen Umständen eine Zustimmungstendenz aus, da es als Sakrileg empfunden wird, sich distanziert zur Familie zu äußern. Diese empirisch nicht klar zu belegende Hypothese erscheint interessant, weil sie entgegen der von den Befragten geäußerten Position auf eine ausgesprochen starke gesellschaftliche Anerkennung von Familie hinweisen würde – was freilich noch nicht implizieren muss, dass sie über Lippenbekenntnisse hinaus auch eine effektive Förderung erfährt.

Erstreckt sich die überwältigende Wertschätzung der Familie auch auf jene Institution, die traditionell als ihr Kern und Fundament gilt: die Ehe? Im Thüringen-Monitor 2002 sind die Befragten mit der Aussage konfrontiert worden „Die Ehe ist durch andere Lebensformen ersetzbar“. Die Bewertungen dieses Statements verteilen sich fast ganz gleichmäßig über die vier Antwortkategorien von „stimme voll und ganz zu“ bis „lehne völlig ab“. Insgesamt stimmt mit 51,6 Prozent eine knappe Mehrheit zu. Diese Infragestellung der Ehe lässt keinen Zweifel daran, dass die Ehe im Freistaat über keinen Monopolanspruch gegenüber anderen Lebensformen verfügt und offenbar vielen sogar als verzichtbar gilt.

Erkenntnisreich ist die Aufschlüsselung nach unterschiedlichen sozialstrukturellen und familiären Merkmalen. So halten zwar fast zwei Drittel der Älteren ab 60 Jahren die Ehe für unersetzlich, die 25-34-Jährigen als diejenigen im – statistisch betrachtet – besten Heiratsalter bestreiten jedoch zu 70 Prozent eine besondere Stellung der Ehe. Frauen stehen dem Bund fürs Leben deutlich skeptischer gegenüber als Männer, Personen mit Abitur sehr viel mehr als Befragte aus der untersten Bildungsgruppe. Erwartungsgemäß hoch fällt die Zustimmung derjenigen aus, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben. Bemerkenswert ist demgegenüber die Position der Verheirateten, von denen beinahe die Hälfte auf Distanz zu der von ihnen selbst praktizierten Lebensform geht. Deuten diese Zahlen durchweg auf einen Bedeutungsverlust der Ehe hin, so verbindet sich damit jedoch überwiegend keine dezidierte Ablehnung. Selbst von denjenigen, die die Ehe für ersetzbar halten, billigen ihr doch weiterhin zwei Drittel den laut Gesetz bestehenden Status einer Familie zu.

Während die Ehe in der Wahrnehmung vieler Thüringer nur eine Partnerschaftsform unter vielen darstellt, vollzieht sich ihre Entstehung weiterhin nach fest etablierten, wenngleich informellen Regeln. Dies gilt jedenfalls für den Faktor Bildung bei der Partnerwahl und bei der Familiengründung. Sowohl die Befragten mit dem formal niedrigsten Bildungsabschluss als auch diejenigen mit einem Abschluss der 10. Klasse heiraten zu etwa drei Viertel einen Partner aus der eigenen Bildungsgruppe (sog. geschlossene Heiratszirkel). Bei den thüringischen Hochschulabsolventen hat immerhin jeder zweite Ehegatte ebenfalls ein Studium erfolgreich abgeschlossen. Für die festen Partnerschaften ergibt sich ein mit den Verheirateten weitgehend übereinstimmendes Bild.

Geschlossene Heirats- und Partnerschaftszirkel sind auch keinesfalls ein spezifisches Verhaltensmuster der älteren Jahrgänge. Ein Vergleich der 18-44-Jährigen mit der Altersgruppe ab 45 Jahren deutet im Gegenteil einen schwachen Trend zur fortschreitenden Schließung der Partnerschaftskreise an. Als maßgebliche Grenzmarkierung fungiert faktisch das Abitur. Die Chance, in eine höhere Bildungsgruppe zu heiraten, verteilt sich – zumal wenn die Barriere Abitur überwunden wird – geschlechtsspezifisch einseitig zugunsten der Frauen. In umgekehrter Perspektive gilt, dass zwar weit über 40 Prozent der Hochschulabsolventen, aber nur 30 Prozent der Hochschulabsolventinnen eine(n) Partner(in) ohne Abitur haben.

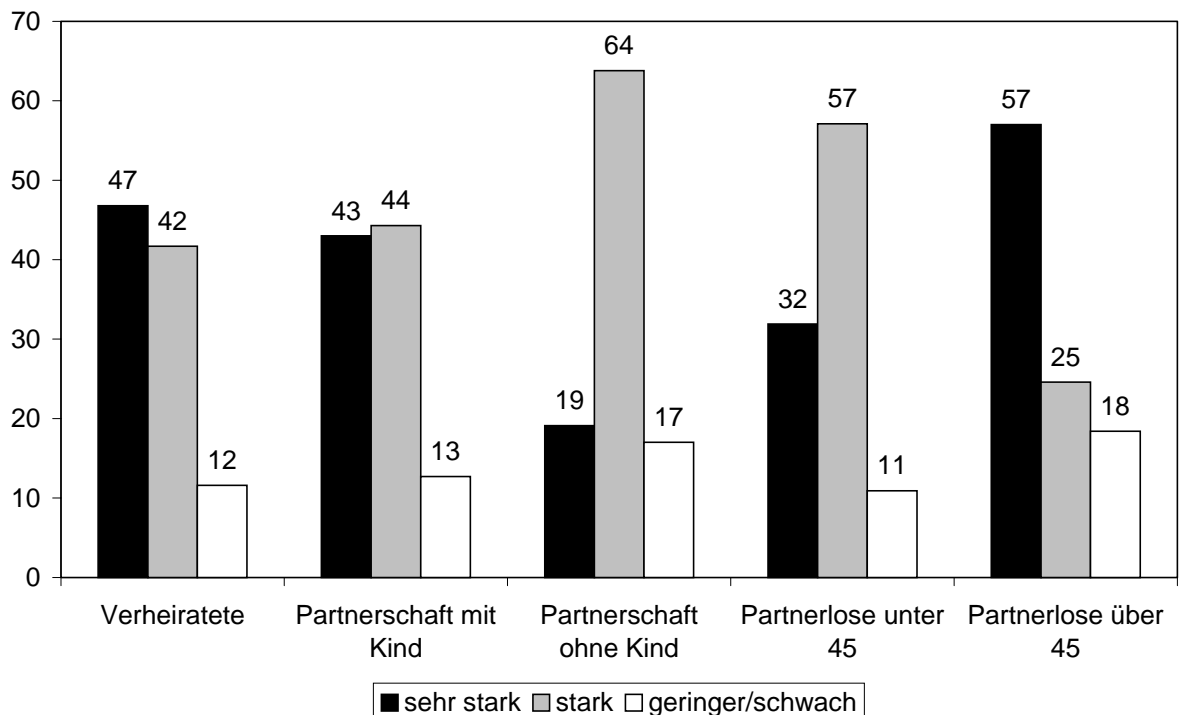
Der Befund einer starken Bildungshomogenität in Partnerschaften und Ehen ist keinesfalls nur unter dem Gesichtspunkt der Partnerwahl interessant. Betrachtet man das formale Bildungsniveau als eine wesentliche Ressource für spätere Lebenschancen (z.B. gute berufliche Möglichkeiten, Aussicht auf ein überdurchschnittliches Einkommen), dann werden hier maßgebliche Weichen für die späteren Chancen von Kindern gestellt. Im Fall der oberen Bildungsgruppen findet durch die geschlossenen Heiratszirkel eine Kumulation von Ressourcen statt, von der der Nachwuchs profitiert. Bei den Kindern aus Partnerschaften der untersten Bildungsgruppe hingegen wirkt das Bildungsniveau beider Eltern gleich als doppelte Bremse für sozialen Aufstieg. Wenn zudem die Aussage der umstrittenen PISA-Studie zur Reproduktion von sozialer Ungleichheit im deutschen Schulsystem (Deutsches PISA-Konsortium 2001) zutreffen sollte, deuten sich gravierend ungleiche Chancenstrukturen für Kinder aus „bildungsnahen“ und „bildungsfernen“ Elternhäusern an.

Es ist nicht die Ehe sondern die Familie, die im öffentlichen Diskurs unter einer Art sozialem Denkmalschutz steht. Wie wichtig ist sie aber in der privaten Lebenswelt und was bedeutet sie für Menschen in unterschiedlichen Lebensformen? Die bisherige Einstellungsforschung zeichnet in dieser Hinsicht ein klares Bild: Familie ist ein, wenn nicht der zentrale Bezugspunkt für die meisten Menschen und genießt höchste Wertschätzung. Die innerfamiliären Beziehungen werden weit überwiegend, seit etlichen Jahren sogar von Jugendlichen (Deutsche Shell 2002: 57-61), als gut und harmonisch bezeichnet (z.B. Noelle-Neumann/Köcher 2002: 111). Die Thüringer stellen in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar: Zu jeweils etwa 43 Prozent bezeichnen sie ihre eigenen familiären Bindungen als sehr stark und ziemlich stark. Geringe oder schwache Bindungen geben mehr Männer als Frauen an sowie etwa ein Fünftel der 18-24-Jährigen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass sich diese Angaben der jüngsten Befragten durchweg nicht auf die von ihnen selbst gegründete Familie (Zeugungsfamilie), sondern auf die Herkunftsfamilie beziehen. Auffällig ist der Einfluss des formalen Bildungsniveaus: Der Anteil der Befragten mit einer geringen Familienbindung sinkt mit jeder Stufe auf der Bildungsleiter, bei den Befragten mit einem Schulabschluss unter der 10. Klasse ist er mit 20 Prozent etwa vier Mal so hoch wie bei den Hochschulabsolventen.

Zu den wichtigen Bestimmungsfaktoren für die Intensität der familiären Beziehungen gehört die Familien- bzw. Lebensform. Solche Lebensformtypen ergeben sich durch die unterschiedliche Kombination sozialstruktureller Merkmale. Für die Zwecke des Thüringen-Monitors 2002 sind insgesamt fünf Gruppen gebildet worden, die sich vornehmlich hinsichtlich der Partnerschaft und des Vorhandenseins von Kindern, teils auch in Bezug auf den Familienstand und das Alter unterscheiden: die Ehe, Partnerschaften mit und ohne Kinder sowie Alleinlebende zwischen 18 und 44 Jahren und ab 45 Jahren.²⁷

27 Hier zwischen Verheirateten mit und ohne Kinder zu unterscheiden, ist nicht sinnvoll, da es unter den Befragten kaum kinderlose Ehen gibt. Die hohen Werte für Ehepaare ohne Kinder nach der amtlichen Statistik (vgl. Abb. 16) kommen dadurch zustande, dass dort die im selben Haushalt lebenden Kinder den Bezugspunkt bilden.

Abb. 20: Eigene familiäre Bindungen nach Lebensformen
(in Prozent)



Wie Abbildung 20 zu entnehmen ist, unterscheidet sich die Intensität der Familienbindung bei Partnerschaften kaum nach dem Familienstand, steht aber in deutlichem Zusammenhang mit der Elternschaft. Verheiratete und Partnerschaften mit Kind unterscheiden sich in punkto familiäre Bindungen nicht, während im Vergleich dazu bei den kinderlosen Partnerschaften der Anteil der Befragten mit sehr starken Bindungen nicht einmal halb so hoch ist. Innerhalb von Partnerschaften erweist sich zudem – dies ist der Abbildung nicht zu entnehmen – das Zusammenwohnen als bindungsförderlich. Bei den älteren Alleinlebenden, von denen mehr als jede(r) zweite verwitwet ist, gewinnt die Familie schon aus Gründen des Sozialkontakts enorme Bedeutung, allerdings findet sich bei dieser Lebensform auch der höchste Anteil der familiär Isolierten. Entgegen verbreiteten Vorurteilen verfügen aber auch die Partnerlosen im Alter von unter 45 Jahren, also diejenige Gruppe, aus der sich die „echten“ Singles (vgl. Kap. II.1.2) rekrutieren,²⁸ fast ausnahmslos über intensive Beziehungen zur Familie.

Auch bei einer engen Bindung an die Familie kann Unterschiedliches mit ihr in Verbindung gebracht werden. Fast alle thüringischen Befragten verbinden mit ihr Geborgenheit (97 Prozent) und Verpflichtung (93 Prozent), wobei insbesondere die Geborgenheit stark positiv mit der Intensität der familiären Beziehungen korreliert. Offensichtlich werden diese beiden Aspekte als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet. Demnach wäre Verpflichtung nicht primär als Belastung und Bürde zu interpretieren, sondern im Sinne der Übernahme von Verantwortung. Die überwältigende Zustimmung lenkt den Blick einmal mehr auf das Prob-

28 Diese Gruppe umfasst insgesamt etwa 12 Prozent der Befragten. Wie viele davon echte Singles in dem oben definierten Sinne sind, lässt sich anhand der Umfrageergebnisse jedoch nicht feststellen, da nach den Wohnverhältnissen – das Alleinleben gilt als zentrales Merkmal der Single-Existenz – nicht gefragt worden ist. Für etwa jeden Sechsten in dieser Gruppe kann dies ausgeschlossen werden, da er entweder Kinder hat und/oder geschieden ist. Nimmt man den fehlenden Kinderwunsch zum Maßstab, ist nicht einmal jeder Zehnte ein genuiner Single.

lem der sozialen Erwünschtheit. Was die Befragten hier zu erkennen geben, ist ein Idealbild der Familie, das sicherlich in Teilen mit familiären Lebenswelten übereinstimmt, aber fraglos auch wesentliche Aspekte familiärer (Alltags-)Realität ausspart.

Will man einzelne Bevölkerungsgruppen miteinander vergleichen, ist daher die Frage nach der Bedeutung der Familie als finanzielle Absicherung ergiebiger. 70 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu, davon mehr als die Hälfte nachdrücklich. Führt man sich vor Augen, mit welchen Beträgen Eltern beispielsweise die Ausbildung ihrer Kinder unterstützen, in welcher Größenordnung Eigentumswerte an die jeweils jüngere Generation vererbt und in welchem Umfang kleine Renten durch Transferleistungen der Kinder „aufgebessert“ werden, erscheint die hohe Zustimmungsrates plausibel. Dieser materielle Aspekt von familiärer Gemeinschaft wird besonders von der untersten Bildungsgruppe sowie von den jüngsten und den ältesten Befragten betont.

Auch in Abhängigkeit von der Lebensform ergeben sich Unterschiede, so etwa zwischen Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Drei von vier Verheirateten assoziieren die finanzielle Absicherung mit der Familie, bei den Lebensgemeinschaften sind es zwei von drei Befragten. Von den Alleinerziehenden gibt fast jeder Zweite an, dass die Absicherung keine oder kaum Bedeutung hat – ein weiterer Hinweis auf die angespannte materielle Lage dieser Gruppe. Überhaupt kommt der eigenen finanziellen Lage in diesem Kontext großes Gewicht zu. Über 40 Prozent der Befragten, die ihre finanzielle Situation als schlecht bezeichnen, halten denn auch diesen Aspekt der Familie als Solidargemeinschaft für weniger relevant – das ist ein fast doppelt so hoher Anteil wie bei den materiell sehr gut Gestellten. Mit anderen Worten: Diejenigen, die auf die materielle Unterstützung der Familie mutmaßlich am stärksten angewiesen sind, denen steht sie am wenigsten zur Verfügung.

Der wohl auch bei Berücksichtigung von Effekten der sozialen Erwünschtheit hohe gesellschaftliche und subjektive Stellenwert der Familie in Thüringen kontrastiert stellenweise scharf mit den demografischen Trends im Freistaat. Weshalb werden, wenn doch ein kinderorientiertes und außerordentlich positiv besetztes Familienbild dominiert, in Thüringen so wenige Kinder geboren? Welche inhaltlichen Vorstellungen verbinden sich mit dem Aufziehen von Kindern? Wie gestaltet sich schließlich die familiäre Realität in der Wahrnehmung der Kindererziehenden?

2.2. Kinder und Erziehung

2.2.1. Die Entscheidung für Kinder zwischen Wunsch und Wirklichkeit

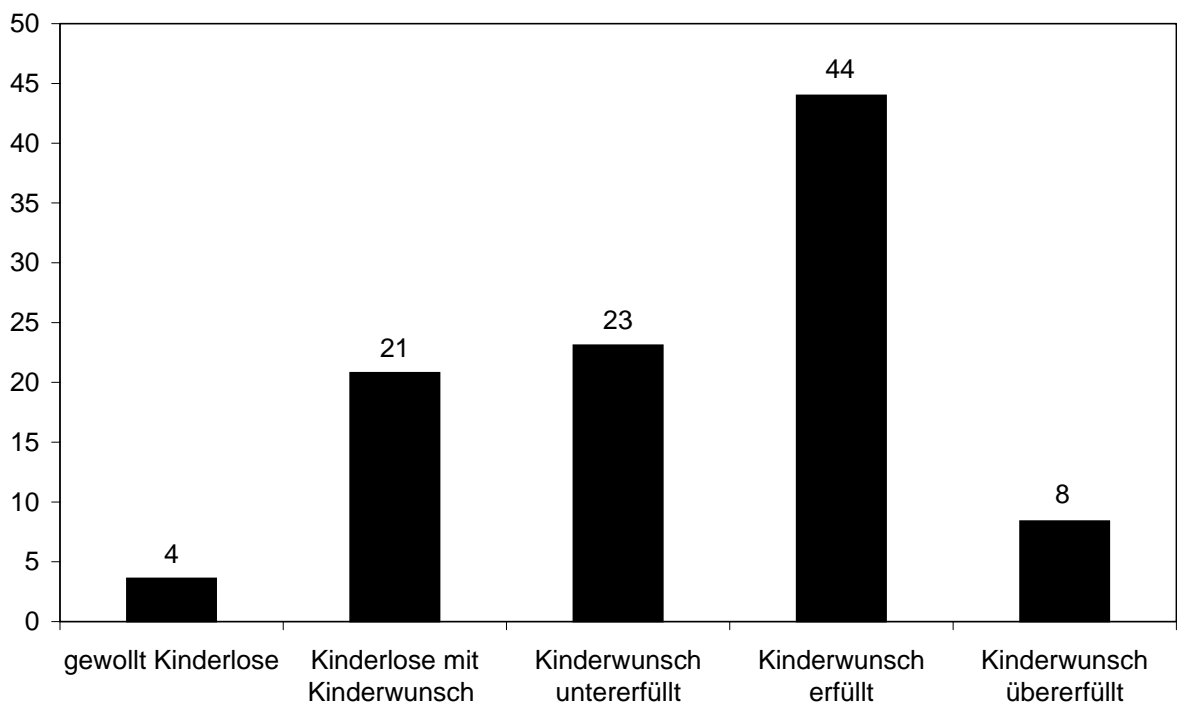
Thüringen könnte ein kinderreiches Land sein. Dies jedenfalls ist das eindeutige Resultat, wenn man die Thüringer nach ihrem Kinderwunsch fragt. 94 Prozent der Befragten geben an, Kinder zu wollen bzw. (im Fall der Älteren) gewollt zu haben. Dabei liegt die Präferenz klar bei zwei Kindern; das ist zudem exakt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl. Einer sehr deutlichen Mehrheit steht offenbar das Ideal einer vierköpfigen Familie vor Augen. Nur jeder Siebte favorisiert ein Einzelkind, während immerhin fast jeder Fünfte drei oder mehr Kinder möchte. Die gewünschte Kinderzahl nimmt, klammert man die mittlere Altersgruppe der 35-44-Jährigen aus, mit sinkendem Alter ab und liegt bei der jüngsten Kohorte nur noch bei durchschnittlich 1,7 im Vergleich zu 2,1 bei den ältesten Befragten. Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und mehr noch eine starke Religiosität sind dem Kinderwunsch förderlich. Daneben erweisen sich weitere Faktoren als einflussreich: So liegt die durchschnittlich

gewünschte Kinderzahl bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften etwas niedriger als bei Verheirateten – möglicherweise ein Hinweis auf die im Vergleich zur Ehe unsicherere Perspektive dieser Partnerschaften. Auch Personen mit einem konservativen Familienverständnis wünschen sich weniger Kinder als der Durchschnitt der Befragten.

Würden die Thüringer ihren Kinderwunsch realisieren, wäre im Freistaat kein natürlicher Bevölkerungsrückgang in nennenswerter Größenordnung zu erwarten. Mit anderen Worten: Es gäbe nicht die demografische Zeitbombe, die die bislang bekannten Sozialsysteme binnen weniger Jahrzehnte zu sprengen droht. Setzt man die oben genannten Zahlen jedoch in Beziehung zur tatsächlichen Kinderzahl, stößt man auf die aus zahlreichen einschlägigen Umfragen bekannte Diskrepanz zwischen „Familienleitbildern und Familienrealitäten“ (Vaskovics 1997). So hat mehr als jeder Vierte, der ein Kind aufziehen will, den Kinderwunsch (bislang) nicht in die Praxis umgesetzt; bei den Befragten mit zwei und drei Wunschkindern ist es jeweils jeder Zweite. Zwar konnte für jede gewünschte Kinderzahl (bis zu fünf Kindern) immer eine relative Mehrheit der Befragten exakt den eigenen Kinderwunsch realisieren, doch sind fast die Hälfte der Kinderwünsche derzeit unerfüllt.

Dieser hohe Wert ist jedoch insoweit irreführend, als die jüngeren Befragten noch Zeit hätten, den gewünschten Nachwuchs in die Welt zu setzen. Daher empfiehlt sich eine Unterteilung zwischen noch nicht erfülltem und (aller Wahrscheinlichkeit nach) endgültig nicht erfülltem Kinderwunsch, wobei zu diesem Zweck die Altersgrenze von 45 Jahren als Kriterium festgelegt worden ist. Demnach ist für etwa jeden Sechsten der Kinderwunsch unerfüllt geblieben, während ein gutes Viertel noch Aussichten auf seine Realisierung hat. Hoffnungsvoll mag dabei aus bevölkerungspolitischer Sicht anmuten – aber hier ist wohl wishful thinking im Spiel –, dass von denjenigen mit noch nicht erfülltem Kinderwunsch eine überdurchschnittliche Kinderzahl angestrebt wird.

Abb. 21: *Befragte nach Kinderwunsch und dessen Realisierung (in Prozent)*



Nimmt man eine weitere Differenzierung vor (Abb. 21), so hat etwa jeder Zweite seinen Kinderwunsch erfüllt,²⁹ vier Prozent sind gewollt kinderlos, gut jeder Fünfte ist ungewollt (noch) kinderlos und knapp jeder Vierte hat zwar Kinder, aber noch nicht in der gewünschten Zahl.

Die Gretchenfrage der Reproduktion lautet daher: Weshalb fallen Wunsch und Wirklichkeit bei der Entscheidung über Nachwuchs so weit auseinander? Wie bereits 2001 den Jugendlichen sind nunmehr allen Befragten fünf mögliche Gründe für die Entscheidung gegen Kinder genannt worden: unzureichende finanzielle Mittel zur freien Verfügung, die geringe Anerkennung der Kindererziehung, die fehlende Freizeit, unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und berufliche Nachteile. Dabei wurden die Befragten nicht nach ihren persönlichen Motiven gefragt, sondern gebeten einzuschätzen, welche Gründe allgemein Ausschlag gebend für die Kinderlosigkeit sind.³⁰ Jeweils eine Zweidrittelmehrheit der Befragten führt die Betreuungsmöglichkeiten, die unzureichende Anerkennung und die beruflichen Nachteile an. Finanzielle Einschränkungen werden noch von gut der Hälfte genannt, wobei die eigene finanzielle Lage nur einen geringen Einfluss hat. Nur jeder Vierte glaubt, dass die zeitliche Belastung, also die geringeren Freizeitmöglichkeiten ein wichtiger Grund sind, sich gegen Kinder zu entscheiden.

Das Antwortmuster erscheint hinreichend deutlich: Größte Bedeutung für die fehlende Realisierung eines Kinderwunsches wird strukturellen Faktoren zugesprochen, wobei die berufliche Benachteiligung vor allem von den Frauen als maßgeblich Betroffenen genannt wird (zu 80 Prozent im Vergleich zu 57 Prozent bei den Männern).³¹ Finanzielle Nachteile sind nach Einschätzung der Befragten gleichfalls relevant für die Entscheidung gegen Kinder, folgen aber mit deutlichem Abstand. Das Streben nach Selbstverwirklichung (freie Zeit) wird hingegen mehrheitlich nicht als wesentliche Hürde gesehen.³²

Die Einschätzung der jüngeren Befragten deckt sich überwiegend mit der der Älteren.³³ Lediglich die geringe Anerkennung der Kindererziehung wird von den jungen Erwachsenen erheblich seltener genannt, während das geringere Zeitbudget von ihnen für wichtiger erachtet wird. Im Geschlechtervergleich fällt auf, dass Frauen allen Aussagen stärker zustimmen, das heißt sehr viel mehr für die Rahmenbedingungen des Lebens mit Kindern sensibilisiert sind. Die eigentlich interessante Gruppe stellen jedoch die Kinderlosen dar sowie diejenigen, deren Kinderwunsch noch nicht erfüllt ist. Bei ihnen steht die endgültige Entscheidung über (weitere) Kinder noch aus. Selbst wenn nicht nach ihren persönlichen Beweggründen gefragt

29 Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei jedem Zwölften die tatsächliche Kinderzahl sogar höher ist als die Zahl der gewünschten Kinder, der Kinderwunsch also „übererfüllt“ ist. Allein fast die Hälfte derjenigen, die keinen Kinderwunsch haben bzw. hatten, sind trotzdem Mutter oder Vater geworden.

30 Insbesondere bei älteren Befragten erscheint es wenig sinnvoll, sie nach ihren persönlichen Gründen für die (zu einem erheblichen Teil gar nicht getroffene) Entscheidung gegen (weiteren) Nachwuchs zu fragen. Überdies zielten die Fragen auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung von die Reproduktion reduzierenden Rahmenbedingungen.

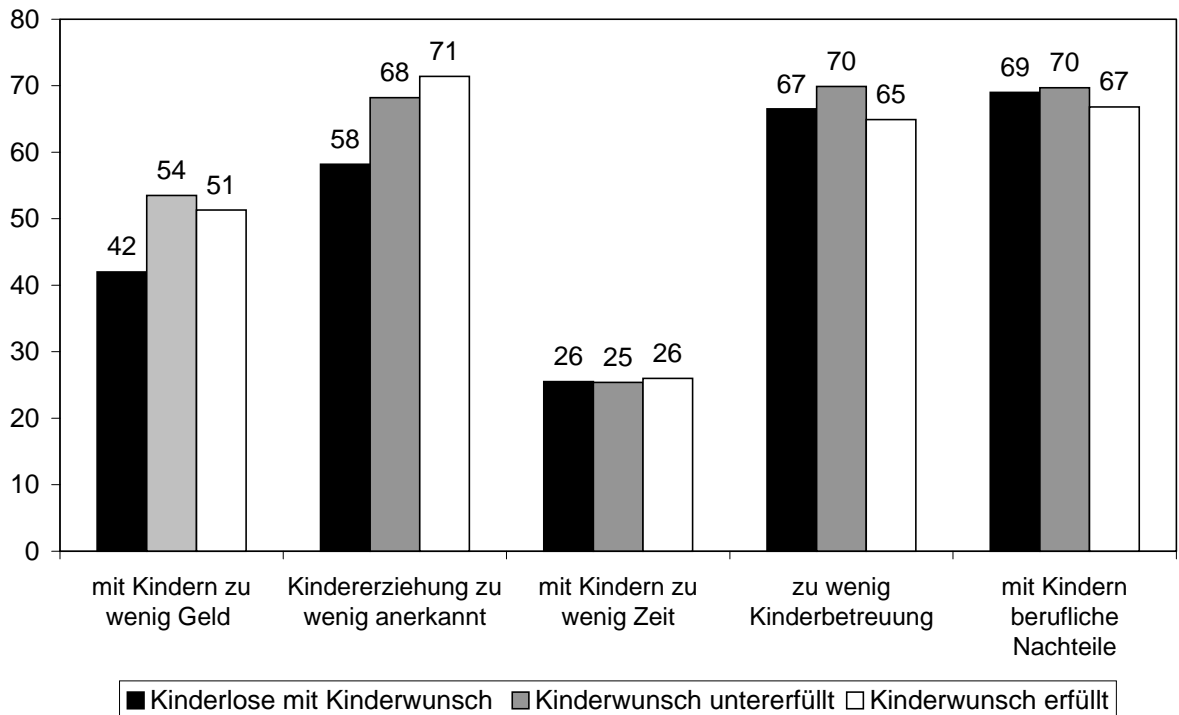
31 Überraschen muss angesichts der im Vergleich zu Westdeutschland ausgesprochen günstigen institutionellen Betreuungssituation von Kindern die häufige Angabe der Betreuungssituation als vermuteter Grund für eine Entscheidung gegen Nachwuchs.

32 Eine Sonderstellung nimmt die Anerkennung der Kindererziehung ein, die nicht nur auf die Bedeutung des Faktors Sozialprestige verweist, sondern wohl das Missbehagen an einer wenig „kinderfreundlichen“ Gesellschaft zum Ausdruck bringt.

33 Vergleicht man die Einstellungen der 18-29-Jährigen im Jahr 2002 mit den Ergebnissen der Jugendstudie aus dem Vorjahr, so stimmen diese fast vollständig überein.

worden ist, kann doch angenommen werden, dass diese die generelle Einschätzung der Ursachen von Kinderlosigkeit beeinflussen.

Abb. 22: Gründe für Kinderlosigkeit nach Kinderwunsch und seiner Realisierung (in Prozent)



Anmerkung: Die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

Bemerkenswert sind vor diesem Hintergrund die geringen Unterschiede zwischen Befragten, deren tatsächliche Kinderzahl der gewünschten entspricht, und Befragten mit unerfülltem Kinderwunsch. Gerade im Hinblick auf die beruflichen Nachteile, die Kinderbetreuung und den Zeitfaktor weisen beide Gruppen fast gänzlich übereinstimmende Einstellungen auf. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn man die Gruppe mit unerfülltem Kinderwunsch in die Kinderlosen und diejenigen mit Kindern unterteilt (Abb. 22). Deutliche Abweichungen in Abhängigkeit von der Realisierung des Kinderwunsches finden sich allein bezüglich der finanziellen Einschränkungen und der Anerkennung der Kindererziehung, allerdings nicht in der erwarteten Richtung. Beide Faktoren werden von denjenigen, die noch (weitere) Kinder bekommen möchten, geringer veranschlagt. Generelle höhere Zustimmungsquoten finden sich durchweg bei den Befragten mit übererfülltem Kinderwunsch – und machen ihre atypische Einstellung zu eigenen Kindern plausibel. Bei den gewollt Kinderlosen fällt die überproportional häufige Nennung des Faktors Zeit auf, was vermuten lässt, dass die Geburt von Kindern im Spannungsverhältnis zu Selbstverwirklichungsidealen gesehen wird.

2.2.2. Werte und Kindererziehung

Ist bislang ausführlich auf das Missverhältnis zwischen Kinderwunsch und Geburtenentwicklung sowie dabei auf die – in aller Regel unbeabsichtigt errichteten – gesellschaftlichen Barrieren der Familiengründung eingegangen worden, gilt es im Folgenden, das familiäre Binnenleben in den Blick zu nehmen. Als Grundlage für die konkrete Gestaltung der Beziehungen zwischen Eltern/Erziehenden und Kindern können die Ziele der Kindererziehung und die damit in Verbindung stehenden generellen Wertorientierungen gelten. Alle fünf aufgeführten Erziehungsziele – Gehorsam, Verständnis für andere, Leistungsbereitschaft, Kritikfähigkeit und Selbstbewusstsein – haben unter den Thüringern überwältigende Zustimmungswerte von oftmals über 90 Prozent gefunden. Bezieht man den Grad der Zustimmung mit ein, so erfuhren das Selbstbewusstsein und das Verständnis für andere die größte Unterstützung. Allein das Erziehungsziel Gehorsam stößt in ausgewählten kleinen Gruppen auf Vorbehalte, so bei einem knappen Fünftel der Hochschulabsolventen.

Angesichts der beinahe unterschiedslosen Zustimmung zu den Erziehungszielen erscheint es sinnvoll, für die Erziehung relevante Unterschiede zwischen den einzelnen Lebensformen an den allgemeinen Wertorientierungen festzumachen. Wie 2001 sollten sich die Befragten dabei entscheiden, ob Pflichtbewusstsein, das Leben genießen oder die Entfaltung eigener Fähigkeiten für sie den höchsten Wert darstellen. Gut die Hälfte optierte dabei für das Pflichtbewusstsein (2001: 43 Prozent), ein gutes Drittel für die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten (39 Prozent) und nur jeder Zwölfte für die hedonistische Aussage "das Leben genießen" (16 Prozent). Die bereits aus dem Vorjahr bekannten Zusammenhänge mit dem Lebensalter und Bildung – Hedonisten fast nur unter den Jüngeren, Pflichtbewusste überproportional in der untersten Bildungsgruppe – finden sich bestätigt.

Im vorliegenden Kontext interessiert jedoch vor allem die Verteilung nach Lebensformen. Dabei zeigt sich, dass der familialen Lebensform auch unabhängig vom Alter Einfluss auf die Wertorientierungen zukommt. So finden sich unter den in nichtehelicher Gemeinschaft Lebenden unter 45 Jahren mehr Hedonisten und deutlich weniger Pflichtbewusste als unter den Verheirateten der gleichen Altersgruppe. Eine besondere Bedeutung kommt offensichtlich dem Vorhandensein von Kindern zu: So finden sich unter den Befragten unter 45 Jahren, die mit einem festen Partner und Kindern im Haushalt leben, zweieinhalb Mal so viele Pflichtbewusste wie unter den gleichaltrigen Kinderlosen. Ergänzend zu dem mit dem steigenden Lebensalter verbundenen Einstellungswandel findet anscheinend mit der dauerhaften Bindung an einen Partner und der Übernahme von erzieherischer Verantwortung gegenüber Kindern ein Rearrangement der Wertehierarchie statt. Dabei wird sozusagen als bereitwillig gezahlter Tribut an den „Ernst des Lebens“ der Genuss und in geringerem Maße auch die Selbstentfaltung hinter das Pflichtbewusstsein zurückgestuft.

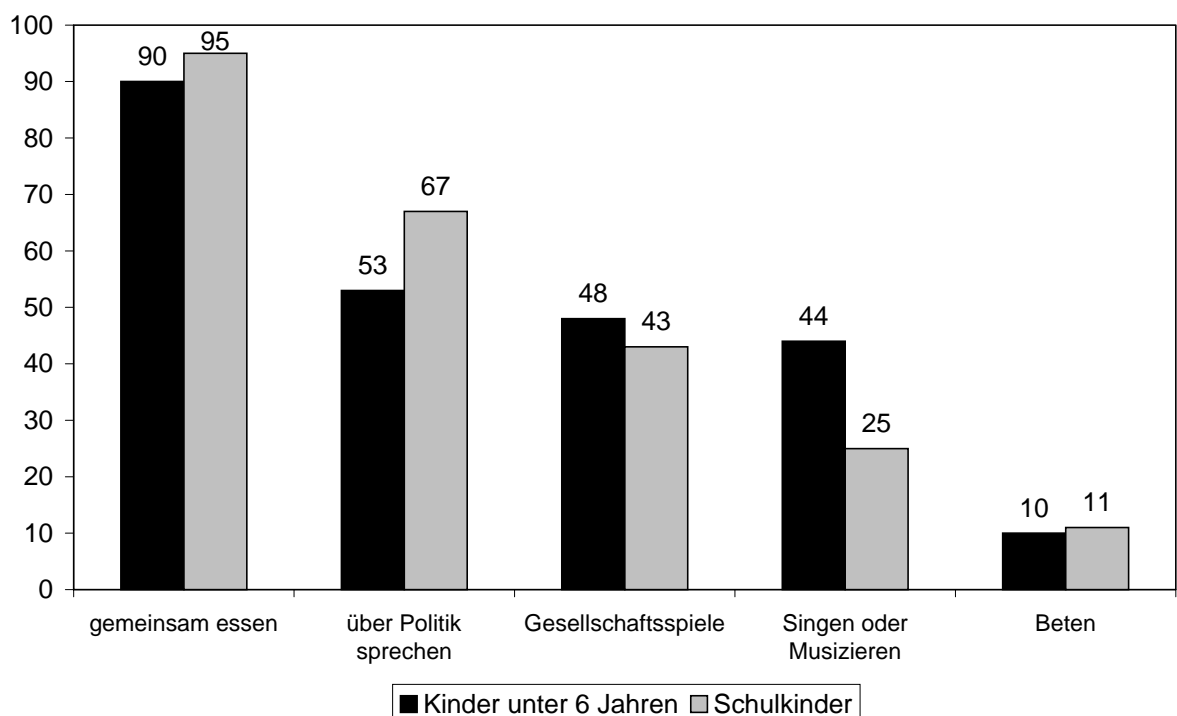
In den Familien, in denen minderjährige Kinder leben, erweisen sich die familialen Lebensformen zudem direkt als erziehungsrelevant. Während nur 18 Prozent der Verheirateten der Aussage zustimmen „Mit der Kindererziehung fühle ich mich schon häufiger überfordert.“, pflichtet jedes dritte Elternteil in einer nichtehelichen Partnerschaft bei. Unter dem Vorbehalt einer geringen Fallzahl gilt auch für Alleinerziehende, dass sie ihre Erziehungskraft geringer einschätzen als Verheiratete.³⁴ Ein deutlicher Unterschied zeigt sich auch zwischen den

34 Eine zweite Aussage, mit der die „Erziehungskraft“ von Eltern Minderjähriger gemessen werden sollte, konnte wegen der auf einen Effekt der sozialen Erwünschtheit hindeutenden überwältigenden Unterstützung durch die Befragten nicht ausgewertet werden. Lediglich vier Prozent lehnten das Statement

Geschlechtern: Etwa doppelt so viele Frauen wie Männer erleben häufiger eine Überforderung durch die Erziehung der Kinder. Die Ursache dafür dürfte jedoch schlicht darin bestehen, dass der Löwenteil der erzieherischen Arbeit von den Frauen übernommen wird.

Wie aber sieht die Erziehung in den Familien aus? Mit der gemeinsamen Freizeitgestaltung ist im Rahmen des Thüringen-Monitors 2002 ein wichtiger Aspekt der familiären Kindererziehung erfasst worden. Dabei wurden die Erziehenden gefragt, wie oft sie mit ihren Kindern bestimmte Freizeitaktivitäten durchführen. Da die Formen der Freizeitgestaltung teils vom Alter der Kinder abhängen, sind sie in Abbildung 23 getrennt für die Familien (ausschließlich) mit Kindern unter 6 Jahren und für solche mit Schulkindern aufgeführt.³⁵ Fast in allen Familien werden die Mahlzeiten in der Regel gemeinsam mit den minderjährigen Kindern eingenommen. Hingegen stellt das gemeinsame Beten die Ausnahme dar – ein angesichts der geringen Religiosität in Thüringen zu erwartender Befund. Selbst unter den kirchlich gebundenen Eltern wird das Beten nur von einer Minderheit in der Kindererziehung praktiziert.

Abb. 23: *Häufige Familienaktivitäten mit Kindern nach Alter der Kinder (in Prozent)*



Erstaunlich mutet hingegen die Häufigkeit an, mit der im Elternhaus über Politik gesprochen wird. In jeder zweiten Familie wird selbst mit Kindergartenkindern häufig über Politik gesprochen. Wie sich dieser – offenkundig im Vergleich zu Gesellschaftsspielen populärere – innerfamiliäre politische Stammtisch darstellt, wäre interessant zu erfahren angesichts einer mutmaßlich selbst in Partnerschaften eher geringen Bedeutung politischer Themen für die

„Wenn meine Kinder mit Problemen kommen, nehme ich mir Zeit für sie, egal was ich gerade tun muss.“ ab.

35 Die geringe Zahl der Familien, in denen sowohl Kinder unter 6 Jahren als auch Schulkinder aufwachsen, sind hier den Familien mit Schulkindern zugerechnet in der Annahme, dass das Spektrum der familiären Aktivitäten vor allem durch die älteren Kinder erweitert wird.

Alltagskommunikation. Nachvollziehbar erscheint, dass das Gespräch über Politik vorwiegend von Eltern mit hohem Bildungsniveau und großem politischen Interesse gesucht wird. Die außerordentlich hohen Werte stehen zweifellos mit dem Zeitpunkt der Befragung kurz vor der Eröffnung der heißen Phase im Bundestagswahlkampf in Verbindung; sie sind jedoch trotz des dadurch erheblich gesteigerten politischen Interesses wenig glaubwürdig. Während selbst beim Reden über Politik das Alter der Kinder nur eine begrenzte Rolle spielt, ist es beim Singen oder Musizieren ganz entscheidend. Mit den Kindern unter 6 Jahren wird in jeder zweiten Familie gesungen, mit den Schulkindern nur in jeder vierten.

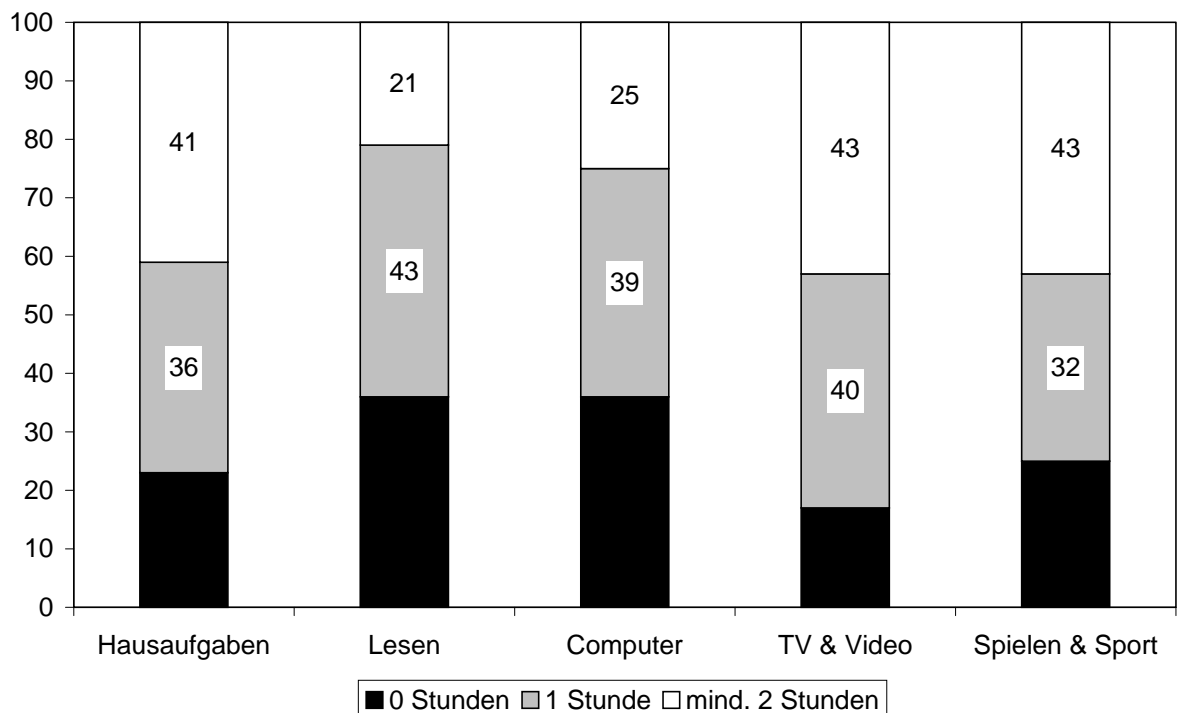
Summiert man alle genannten Freizeitaktivitäten mit Ausnahme des Betens³⁶ auf, so lässt sich eine von 0 bis 12 reichende Skala der Familienaktivität bilden, die einen Anhaltspunkt für die Intensität des Familienlebens liefert. Auf dieser Basis lassen sich Familien mit geringer Aktivität (0-5) von solchen mit einem intensiven Familienleben (9-12) unterscheiden. Beide Gruppen machen etwa 20 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern aus, das Gros der Familien befindet sich hingegen in der Mittelgruppe. Im Vergleich zu den Familien mit Schulkindern gestaltet sich das Zusammenleben mit Kindern unter sechs Jahren etwas aktiver. Verheiratete Eltern unternehmen erkennbar mehr mit ihren minderjährigen Kindern als die Eltern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Unabhängig vom Familienstand gehen die familiären Aktivitäten überwiegend von Frauen aus und sie finden sich eher bei gut Gebildeten. Die Auswertung deutet an, dass sie die innerfamiliären Bindungen stärken. Darüber hinaus findet sich das Gefühl, mit der Kindererziehung überfordert zu sein, seltener bei aktiven Eltern.

Neben den gemeinsamen Aktivitäten von Eltern und Kindern ist auch das Freizeitverhalten der Schulkinder aufschlussreich, ist doch anzunehmen, dass sich unbeschadet einer mit fortschreitendem Alter autonomeren Gestaltung durch die Kinder und Jugendlichen darin die elterliche Sozialisation zumindest in Ansätzen wiederfindet. Zu diesem Zweck wurden die Eltern mit Schulkindern gefragt, wie viele Stunden diese am Vortag mit ausgewählten Freizeitaktivitäten verbracht haben. Dabei zeigt sich, dass ein Teil der Freizeit für die Erledigung der Hausaufgaben aufgewandt werden muss. Immerhin gut 40 Prozent der Schulkinder wenden dafür zwei oder mehr Stunden auf. Allerdings hat fast jeder Vierte auch gar keine Zeit mit Hausaufgaben verbracht. Geht man davon aus, dass es sich bei den Hausaufgaben in der Regel nicht um eine freiwillige Variante der Freizeitgestaltung handelt, sind es vor allem zwei Aktivitäten, für die viel Zeit aufgewandt wird: zum einen Fernsehen und Video, zum anderen Spiel und Sport. Lesen und die Nutzung des Computers haben einen geringeren Stellenwert.

Da die verfügbare Freizeit nur einige Stunden umfasst, ist davon auszugehen, dass die einzelnen Aktivitäten der Schüler in einem negativen oder aber in gar keinem Verhältnis zueinander stehen. Für fast alle Kombinationen von Aktivitäten verhält sich dies auch so, wobei vor allem Hausaufgaben und Spielen/Sport in einem leichten Spannungsverhältnis stehen. Ganz anders aber die Erledigung der Hausaufgaben und das Lesen: Sie korrelieren stark positiv miteinander. Eine freundliche Deutung dieses Zusammenhangs würde so aussehen, dass eifrige Schüler auch besonders viel lesen bzw. Leseratten auch Ausdauer bei der Erledigung der Hausaufgaben an den Tag legen. Sehr viel wahrscheinlicher aber ist, dass das Lesen im Rahmen der Hausaufgabenbearbeitung geschieht. In diesem Fall würde die (freiwillig) mit Lesen verbrachte Zeit sehr viel niedriger liegen, als in Abbildung 24 dargestellt.

36 Das Beten ist hier ausgeschlossen, weil es eine religiöse Überzeugung voraussetzt und insofern als Teilindikator für ein intensives Familienleben nur in religiösen Familien geeignet ist.

Abb. 24: *Freizeitaktivitäten von Schulkindern nach Auskunft eines Elternteils (in Stunden pro Tag)*



Ein schwacher positiver Zusammenhang besteht auch zwischen der Beschäftigung mit dem Computer und dem Fernsehen. Er deutet auf ein starkes Interesse an neuen Medien und auf deren komplementäre Nutzung hin. Fasst man die Dauer der Computernutzung und die vor dem Fernseher verbrachten Stunden zusammen, so sitzt fast jeder fünfte Schüler mehr als vier Stunden pro Tag vor dem Bildschirm. Die täglich mit (neuen) Medien verbrachte Zeit liegt in den Haushalten mit einem intensiven Familienleben deutlich niedriger als im Durchschnitt aller Befragten. Umgekehrt werden besonders von solchen Schülern keine Hausaufgaben gemacht, in deren Elternhäusern nur ein rudimentäres Familienleben existiert.

Dieser Zusammenhang deutet an, dass selbst das innerfamiliäre Engagement der Eltern Auswirkungen auf die kindliche bzw. jugendliche Wahrnehmung von Schule und den dieser zugemessenen Stellenwert haben kann. Wie interessiert und engagiert aber zeigen sich die Erziehungsberechtigten in den schulischen Angelegenheiten ihrer Kinder? Der Kontakt zwischen Eltern und Lehrern bzw. der Schule als Institution hat seit der Bluttat im Erfurter Gutenberg-Gymnasium verstärkt Aufmerksamkeit erfahren. Von den im Thüringen-Monitor 2002 befragten Thüringer Schülereltern gibt die Hälfte an, dass sie mit dem Klassenlehrer ihres Kindes bzw. ihrer Kinder an Elternabenden oder in Sprechstunden Kontakt hat. Knapp 40 Prozent bekunden sogar einen darüber hinaus gehenden Kontakt. Keinen Kontakt zum Klassenlehrer haben etwa 11 Prozent der Schülereltern. Erstaunen muss, dass dieser Wert bei Partnerschaften, in denen nur einer erwerbstätig ist, mit über 20 Prozent vier Mal so hoch liegt wie bei den Partnerschaften, in denen beide berufstätig sind. Keine Unterschiede bestehen in dieser Hinsicht zwischen verheirateten und unverheirateten Eltern.

2.3. Familie und Beruf

Ein großer Teil der Diskussion über die Zukunft der Familien und damit der Kinder in Deutschland und Thüringen dreht sich um die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Opielka 2002). Vielfach bestätigt sich die These, „dass Kinderlosigkeit nicht von vornherein geplant ist, sondern der Weg in die Kinderlosigkeit über das durch die Vereinbarkeitsbedingungen von Familie und Erwerbstätigkeit gesteuerte ständige Hinausschieben der Erfüllung des Kinderwunsches erfolgt“ (Dorbritz/Roloff 1999: 247). Gerade in Ostdeutschland stellt sich das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn hier ist die Berufsorientierung der Frauen besonders hoch, und die Entscheidung der Frauen ist bekanntlich ausschlaggebend für die Fertilität (Dorbritz/Roloff 1999: 253, Ettrich 2001, Störtzbach 1993).

Beim Blick auf Thüringen stellt sich zunächst die Frage, ob man sich als Frau zwischen Kindern und Karriere entscheiden muss, oder ob beides zusammen geht. Sind die Männer bereit, für das Familienglück auf beruflichen Aufstieg zu verzichten? Stellt sich die Entscheidungsfrage in der Realität wirklich, und falls dem so ist, wie entscheiden sich die Thüringer?

Zunächst ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Lebens- bzw. Familienformen und Erwerbstätigkeit. Dazu ist es notwendig, von der amtlichen Definition der Familie (vgl. Kap. II.2.) abzuweichen. Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich streng genommen nur für solche Paare und Alleinlebende, die Kinder im Haushalt haben. Selbstverständlich betrifft es prospektiv auch solche Befragten, deren Kinderwunsch noch nicht erfüllt ist.

Von den Befragten des Thüringen-Monitors 2002 sind 51 Prozent voll- bzw. teilweise berufstätig, 49 Prozent nicht berufstätig, darunter der größte Teil Rentner. Getrennt nach Geschlecht zeigt sich, dass nur ein Drittel der Frauen Vollzeitbeschäftigte sind, bei den Männern sind es 57 Prozent; nur ein Prozent der Männer geht einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den Frauen sind es elf Prozent. Unterscheidet man nach den oben festgelegten drei Gruppen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tab. 2: Familie und Beruf – Typenbildung
(in Prozent)

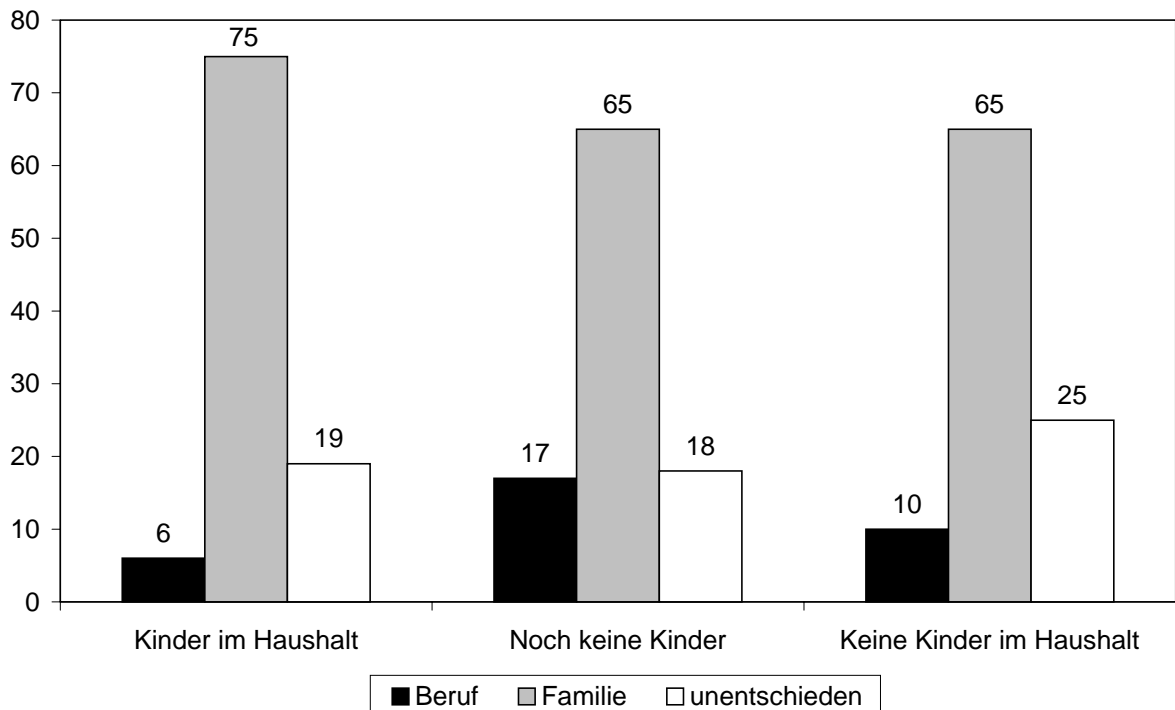
	Kinder im Haushalt	Noch keine Kinder (Befragte bis 45 Jahre ohne Kinder, aber mit Kinderwunsch)	Keine Kinder im Haushalt ³⁷
Anteil insgesamt	40	18	42
davon			
Erwerbstätigkeit: Vollzeit oder Teilzeit	75	49	30
Erwerbstätigkeit: Sonstiges	25	51	70
Durchschnittsalter	44	25	61

37 Diese Gruppe ist sehr heterogen zusammengesetzt, sie reicht vom Single ohne Kinderwunsch bis zum Rentner mit mehreren Kindern. Keine Kinder im Haushalt bedeutet natürlich nicht automatisch, dass diese Befragten kinderlos sind. Vielmehr leben deren Kinder nur nicht oder nicht mehr in ihrem Haushalt.

Von fünf Befragten hat eine(r) noch keine Kinder, zwei haben Kinder im Haushalt, weitere zwei haben keine Kinder (mehr) im Haushalt. Unter den Befragten mit Kindern im Haushalt sind beinahe alle verheiratet bzw. leben in einer festen Partnerschaft, nur etwa zehn Prozent dieser Gruppe (39 Personen) sind Alleinerziehende. Drei Viertel der Befragten mit Kindern im Haushalt sind voll- oder teilweise berufstätig, ihr Durchschnittsalter liegt bei 44 Jahren. Bei knapp zwei Dritteln dieser Befragten mit Kindern im Haushalt sind (auch) die Partner voll berufstätig, bei zehn Prozent teilweise berufstätig. In der zweiten Gruppe der Befragten bis 45 Jahre, die ihren Kinderwunsch noch nicht verwirklicht haben, ist etwa die Hälfte verheiratet oder lebt in einer festen Partnerschaft. Bei der letzten Gruppe derjenigen ohne Kinder im Haushalt ist nur ein Viertel voll berufstätig, dafür sind 60 Prozent von ihnen Rentner. Die ersten beiden Gruppen sind also vom Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf momentan oder in Zukunft betroffen, die letzte Gruppe dient als Vergleichsgruppe.

Zur Untersuchung der Ansichten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden die Befragten zunächst einmal hypothetisch vor die Wahl gestellt: „Die meisten Menschen finden ihr Lebensglück ja in Beruf und Familie. Wenn Sie sich entscheiden müssten, welches kommt für Sie an erster Stelle: im Beruf dauerhaft zufrieden und erfolgreich sein oder ein glückliches Familienleben führen?“ Ähnlich wie in früheren Untersuchungen³⁸ wird der Familie auch in Thüringen ein äußerst großer Stellenwert zugemessen. Mehr als zwei Drittel der Thüringer würden sich im Zweifel für die Familie entscheiden, ein knappes Viertel ist unentschieden und nur für etwa jeden Zehnten kommt der Beruf vor der Familie. Ein Unterschied zwischen Männern und Frauen ist dabei nicht auszumachen.

Abb. 25: Entscheidung zwischen Familie und Beruf
(in Prozent)



38 Vgl. etwa Noelle-Neumann / Köcher 2002: 49.

Auch wenn die Unterschiede nicht dramatisch sind, so wird doch eines deutlich: Wenn jemand bereits eine Familie hat, dann entscheidet er oder sie sich auch im Zweifel für diese Familie. Wenn jemand aber noch keine Kinder hat, dann steht der Beruf deutlich häufiger an erster Stelle. Von fünf Befragten mit Kinderwunsch könnte sich demnach einer vorstellen, diesen Kinderwunsch seinem Beruf hintanzustellen. Hier gibt es wiederum keinen nennenswerten Geschlechterunterschied. Die Entscheidung für den Beruf ist bei Jüngeren und bei formal höher Gebildeten häufiger; bei den Jüngeren ist auch die familiäre Bindung tendenziell geringer. Betrachtet man die beiden Gruppen der momentan und in Zukunft „Betroffenen“ genauer, so zeigen sich ebenfalls keine Unterschiede. Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Die Familie ist den Thüringern heilig.

Die Tatsache, dass sich eine überwältigende Mehrheit der Thüringer im Zweifel für die Familie und gegen die Karriere entscheiden würde, sagt aber noch nicht viel über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Die Frage leidet an ihrem hypothetischen Charakter, denn in der Praxis geht es ja nur selten um die tatsächliche Entscheidung zwischen Familie und Beruf, sondern vielmehr um die Vereinbarkeit von beiden. Schließlich steht die Mehrzahl der „Betroffenen“ im Berufsleben, hat sich also für beides entschieden. Das ist Grund genug, sich das Familienleben von Berufstätigen einmal genauer anzusehen: Leidet es unter der Berufstätigkeit?

Dies trifft in der Tat zu. Knapp die Hälfte der Befragten mit Kindern im Haushalt gibt an, dass das Familienleben darunter leiden würde, wenn *die Frau* voll berufstätig ist.³⁹ Unter denjenigen, die noch keine Kinder haben, ist es nur ein Viertel. Die Realität scheint hier also die Wunschvorstellung zu überholen. Kontrolliert man nach Geschlecht und Berufstätigkeit, so zeigt sich, dass von den „Betroffenen“ mit Kindern im Haushalt und voller Berufstätigkeit die Hälfte der Männer und über 40 Prozent der Frauen zustimmen. Aber natürlich leidet das Familienleben nicht nur, weil die Frauen berufstätig sind, sondern auch deshalb, weil *die Männer* sich zu sehr auf die Arbeit konzentrieren. Davon sind jedenfalls 60 Prozent der Befragten überzeugt.⁴⁰ Wiederum zeigt sich kaum ein Unterschied zwischen Männern und Frauen. Das Familienleben leidet also unter der Berufstätigkeit der Eltern. Allerdings kann man festhalten, dass das Familienleben in der Realität sehr viel mehr leidet, als sich das noch Kinderlose vorstellen. Und wahrscheinlich leidet das Familienleben auch oder vielleicht noch mehr unter der Arbeitslosigkeit der Eltern.

Häufig verzichtet einer der Partner auf seinen Beruf, um das Familienleben nicht zu sehr zu strapazieren. Die amtliche Statistik beantwortet die Frage, wer dann verzichtet, eindeutig: Die Erwerbstätigenquoten der Frauen sinken mit der Anzahl der Kinder, die sie haben. Im Gegensatz dazu steigt diese Quote bei Männern mit der Kinderzahl an. Bei ihnen „dominiert noch eindeutig der ‚männliche Normalerwerbsverlauf‘, d.h. die durchgehende Erwerbstätigkeit bis zum endgültigen Ruhestand“ (Peuckert 1999: 210). Auf der Grundlage des Thüringen-Monitors 2002 kann man diesen Befund für Thüringen bestätigen. Von den Männern, die Kinder im Haushalt haben, arbeiten 81 Prozent Vollzeit, von den Frauen „nur“ 47 Prozent, weitere 21 Prozent arbeiten Teilzeit.⁴¹

Die teilweise und zeitweise Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von Frauen reduziert deren Karrierechancen im Beruf. Auch in Thüringen scheint das so zu sein, wie man anhand folgender Aussage vermuten kann: „Um im Beruf Karriere zu machen, kann man keine Kinder

39 Zu dieser Frage wurden auch im Allbus 1994 bereits sehr hohe Zustimmungsraten festgestellt, die allerdings im Osten deutlich geringer waren als im Westen, vgl. Allbus 1994, Frage 11C.

40 Ähnliche Ergebnisse dokumentiert wiederum der Allbus 1994, Frage 12D.

41 Das ist im Vergleich zu Westdeutschland immer noch eine sehr hohe Quote (Ettrich 2001: 54f.).

haben.“ Nur ein Viertel der Frauen, die noch keine Kinder haben, stimmen dem zu. Von den Frauen, die Kinder im Haushalt haben, sind es aber mehr als 35 Prozent.⁴² Im Vergleich dazu stimmt ein Viertel der Männer zu, egal ob sie schon Kinder haben oder noch nicht. In der Wahrnehmung von Frauen scheint die Geburt eines Kindes also die Karrierechancen zu verschlechtern, bei Männern nicht.

Wenn es nach den Männern ginge, dann bräuchten die Frauen in Thüringen nicht die Hauptlast der Kindererziehung zu tragen. Knapp drei Viertel aller Thüringer Männer wären nach eigenen Angaben bereit, ihre Berufstätigkeit für ihre Familie bzw. die Kindererziehung zeitweilig zu unterbrechen, gut drei Viertel würden sogar halbtags arbeiten. Dabei wäre die Inkaufnahme von finanziellen Nachteilen für 86 Prozent der Männer denkbar. Selbstverständlich ist auch diese Frage eine rein hypothetische, und wenn man sich die Erwerbstätigkeit von Männern mit Kindern im Haushalt ansieht, dann sind auch die Antworten rein hypothetisch. Offensichtlich hat sich bei diesen Fragen das Problem der sozialen Erwünschtheit (vgl. Kap. II.2.1) besonders stark bemerkbar gemacht.⁴³

Wenn es allein nach dem Wunsch der Frauen ginge, dann würden die meisten von ihnen nach der Geburt eines Kindes am liebsten zunächst zuhause bleiben, um das Kind zu erziehen; die Vollzeitberufstätigkeit in den ersten zwei bis drei Jahren ist nur für jede zehnte Frau erstrebenswert. Vor allem die jungen Frauen möchten eher wieder in den Beruf zurück, mit steigendem Alter gewinnt die häusliche Erziehung an Stellenwert. Mit steigender Bildung nimmt die Bereitschaft zu häuslicher Erziehung deutlich ab, was vermutlich an den steigenden Karrierechancen liegt. Der Unterschied nach den in Tab. 3 gebildeten Typen ist beträchtlich.

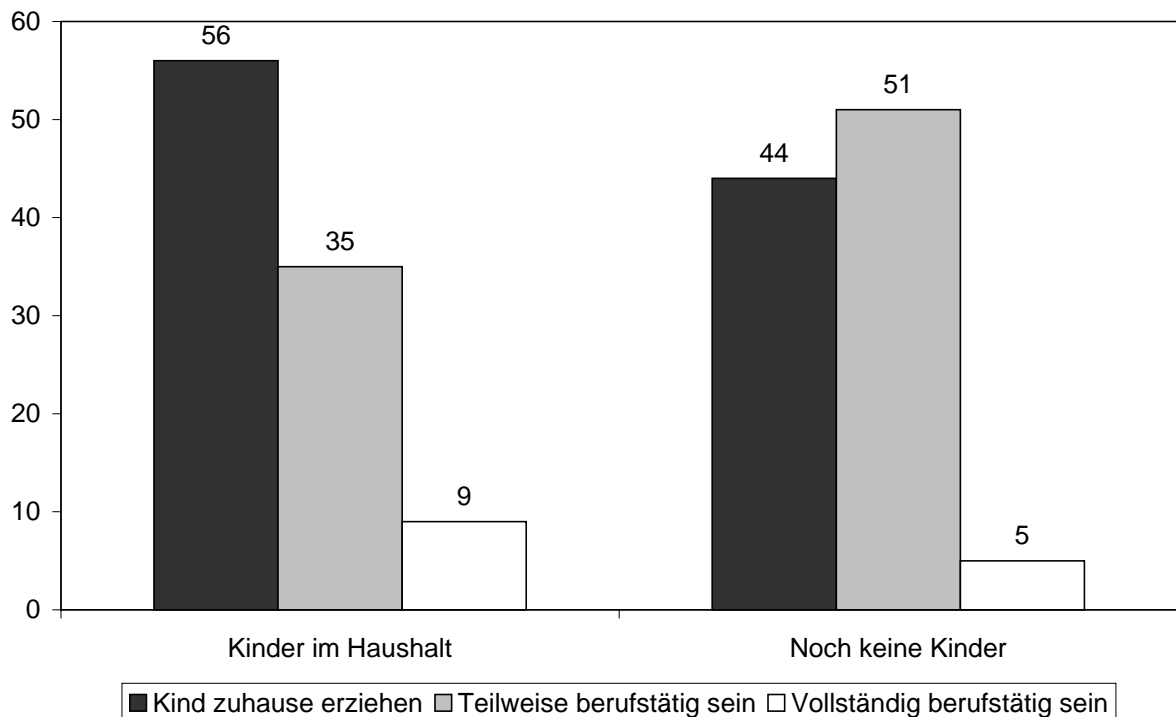
Diejenigen Frauen, die noch keine Kinder haben, wollen häufiger nach der Geburt eines Kindes berufstätig sein als solche, die bereits Kinder im Haushalt haben. Wenig überraschend entscheiden sich deutlich mehr Frauen für die Berufstätigkeit, wenn sie bereits berufstätig sind. Und schließlich machen die Zahlen eines ganz deutlich: Frauen wie Männer in Thüringen wollen mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit. Derzeit arbeiten nur sechs Prozent der Thüringer in Teilzeit, beinahe ausnahmslos Frauen.

Für die Berufstätigkeit von Frauen ist der finanzielle Aspekt, der Beitrag zum Unterhalt der Familie wichtig. Aber auch Kontakte zu anderen Menschen und ein höheres Maß an gesellschaftlicher Anerkennung werden als Gründe genannt. Ähnliche Motive finden sich in West- wie Ostdeutschland (Peuckert 1999: 207).

42 Diese Zustimmungsraten sind im Vergleich zu anderen Untersuchungen noch moderat. In Westdeutschland ist die Zustimmung deutlich höher als in Ostdeutschland (Habich u.a. 1999: 188ff.).

43 Dafür sprechen auch andere Umfrageergebnisse, nach denen sich nur sieben Prozent der Männer einen Ausstieg aus dem Berufsleben wünschen, 12 Prozent eine Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit (Roloff 1999: 57). Trotz der Unterschiede in der Frageformulierung zwischen Wunsch und Bereitschaft, ist die Differenz in der Verteilung der Antworten dennoch übermäßig groß.

Abb. 26: Häusliche Kindererziehung oder Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes? Idealvorstellungen der Thüringer Frauen (in Prozent)



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch in Thüringen alles andere als problemlos. Die tatsächliche Situation der Familien weicht in vielen Fällen offenbar deutlich von den Wunschvorstellungen ab. Halbtagsarbeit wird von vielen Frauen und Männern gewünscht, muss aber auch realisierbar sein. Außerdem muss man sich ein Leben mit Kindern bei geringerem Verdienst auch leisten können, gerade bei den deutlich geringeren Löhnen und Gehältern in Ostdeutschland.⁴⁴ Eine zeitweilige Unterbrechung der Berufstätigkeit bei Geburt eines Kindes ist ein hohes Risiko, da sie durch die Situation am Arbeitsmarkt schnell zu einer langen oder endgültigen Arbeitslosigkeit werden kann. Vor dem Hintergrund der besonders großen Familienorientierung der Thüringer kann man auch für Thüringen von einer „strukturellen Rücksichtslosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber der Familie“ sprechen, die der Fünfte Familienbericht des Bundesfamilienministeriums für die Bundesrepublik beklagt hat.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur, aber auch Sache der Politik. Welchen Stellenwert messen die Thüringer der Familienpolitik bei, auch und gerade im Vergleich zu anderen Politikfeldern? Welche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit werden von ihnen favorisiert? Dabei wird nicht nur die Familiengründungsphase, sondern auch die Betreuung von Schulkindern betrachtet.

⁴⁴ Der Bruttoverdienst von Arbeitern und Angestellten lag 2001 in Ostdeutschland bei 73 Prozent des westdeutschen Durchschnittswerts.

2.4. Erwartungen an eine zukunftsgerichtete Familienpolitik

Der äußerst hohe Stellenwert, den die Thüringer der Familienpolitik auch im Vergleich zur Arbeitsmarktpolitik beimessen, wurde bereits erwähnt (vgl. Kap. II.2.1). Dieser Stellenwert ist analog zum Stellenwert der Familie, wobei die Diskussion der Problematik beider Fragen im Kontext von Wahlkampf und sozialer Erwünschtheit zu berücksichtigen ist. Das gilt auch für die Frage, ob die Politik darauf hinwirken soll, dass es wieder mehr Kinder gibt: neun von zehn Thüringer sind dafür. Dabei ist klar, dass die Politik kaum direkt das generative Verhalten beeinflussen, sondern nur Rahmenbedingungen schaffen kann, die eine Elternschaft ermöglichen und erstrebenswert machen.

Bei der Entlastung von Familien lassen sich zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze verfolgen. Zum einen kann man Familien finanziell entlasten, etwa durch niedrigere Steuern für Familien, durch ein Familiengeld oder einen finanziellen Zuschuss für Eltern, die ihre Berufstätigkeit für die Kindererziehung aufgeben oder unterbrechen. Zum anderen sind eine Reihe von strukturellen Maßnahmen denkbar, die die Eltern bei der Kinderbetreuung entlasten, um ihnen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung für Kinder fallen ebenso in diese Kategorie wie flexiblere Arbeitszeiten und mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit.

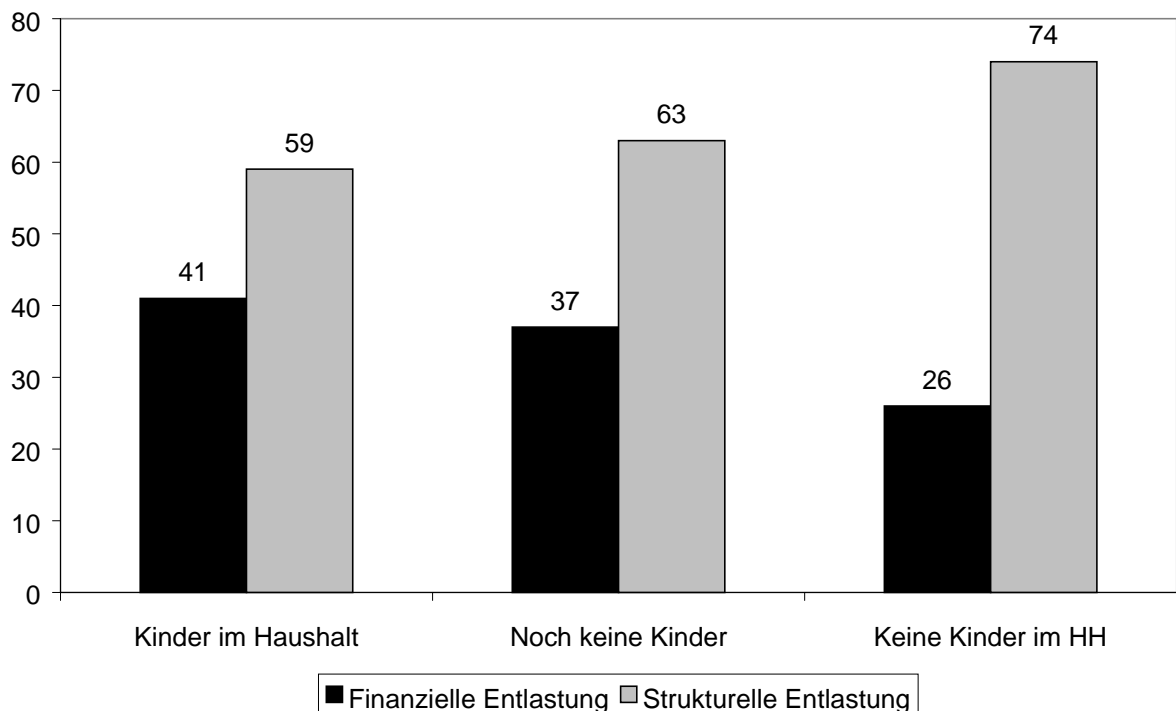
Vor die Wahl zwischen struktureller und finanzieller Entlastung gestellt, entscheiden sich fast zwei Drittel der Thüringer für eine Entlastung bei der Kinderbetreuung, ein Drittel für mehr Geld. Dabei ist kein Unterschied zwischen Männern und Frauen festzustellen. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Bildungsgruppen: Formal schlechter Gebildete entscheiden sich häufiger für die finanzielle Entlastung als formal höher Gebildete mit Abitur oder Hochschulabschluss. Der Unterschied ist aber vermutlich nicht auf die Bildung zurückzuführen, sondern auf die eigene finanzielle Situation; diese ist bei höher Gebildeten deutlich besser als bei formal niedriger Gebildeten.

Familienpolitik geht alle an, denn schließlich werden in diesem Politikfeld zentrale Entscheidungen für die Gesellschaft getroffen. Dennoch scheint es sinnvoll, hier wiederum die Unterscheidung nach der eigenen „Betroffenheit“ zu verwenden (vgl. Kap. II.2.3). Familien mit Kindern im Haushalt könnten schließlich andere Einstellungen zur Familienpolitik haben als solche Menschen, die noch keine oder keine Kinder mehr in ihrem Haushalt haben. Dieser Status beeinflusst auch die Entscheidung, welche Form von staatlicher Unterstützung gewünscht wird.

Durch diese Unterscheidung relativiert sich das Bild der Entlastungswünsche. Immer noch bevorzugen alle drei Gruppen strukturelle Entlastungen bei der Kinderbetreuung. Diejenigen aber, die Kinder im Haushalt haben, sind sehr viel stärker für eine finanzielle Entlastung als der Durchschnitt. Dieser Durchschnitt wird deutlich in die Richtung struktureller Entlastung verschoben von denjenigen, die mit der Erziehung und Betreuung von Kindern direkt nichts oder nichts mehr zu tun haben.

Unterteilt man nun innerhalb dieser Gruppen die Befragten nochmals nach dem Geschlecht, so zeigen sich die erwarteten Unterschiede: Frauen, die Kinder im Haushalt haben, wollen deutlich öfter strukturelle Entlastungen bei der Kinderbetreuung als Männer mit Kindern im Haushalt. Bei der Gruppe, die noch keine Kinder hat, ist der Unterschied nur etwas weniger stark, bei der Gruppe ohne Kinder im Haushalt aber ist es umgekehrt: Hier sind die Frauen stärker für finanzielle Entlastungen als die Männer.

Abb. 27: *Entscheidung zwischen finanzieller und struktureller Entlastung (in Prozent)*

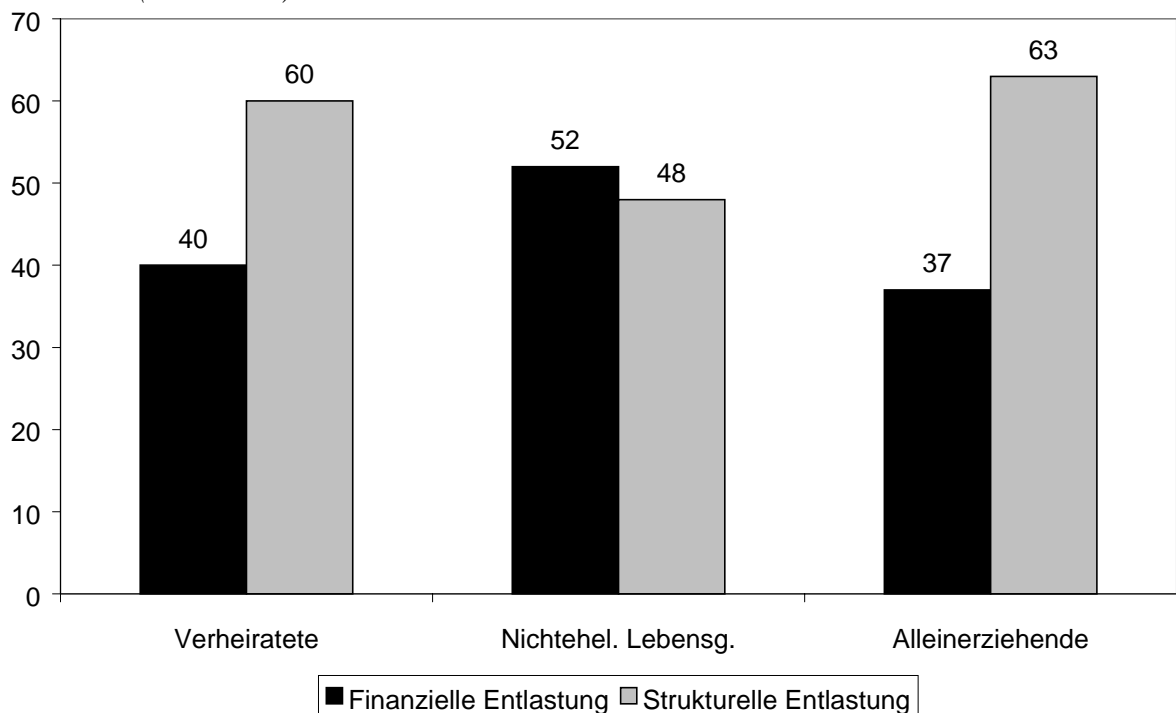


Betrachtet man nur die Befragten mit Kindern im Haushalt, so zeigt sich eine Sonderstellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind gegenüber den übrigen Lebensformen. In dieser Gruppe, der immerhin jeder zwanzigste Thüringer angehört, rangiert die finanzielle Entlastung vor der strukturellen, in den beiden anderen Gruppen ist es umgekehrt. Der Grund könnte in der Berufstätigkeit der beiden Partner liegen: Bei den verheirateten Paaren sind häufiger beide Partner berufstätig als bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Über diese grundsätzliche Entscheidung zwischen finanzieller und struktureller Entlastung hinaus ist es interessant zu wissen, welche Art von Entlastung die Befragten bevorzugen würden. Vor die Wahl gestellt, plädiert eine relative Mehrheit von 41 Prozent der Befragten, die sich für strukturelle Entlastung ausgesprochen haben, für verbesserte Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern. Ein gutes Drittel dieser Befragten favorisiert flexiblere Arbeitszeiten, ein knappes Viertel mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten. Diese Entscheidung ist nahezu unabhängig von der „Betroffenheit“, also fast identisch bei Befragten mit und ohne Kinder im Haushalt sowie bei solchen noch ohne Kinder.

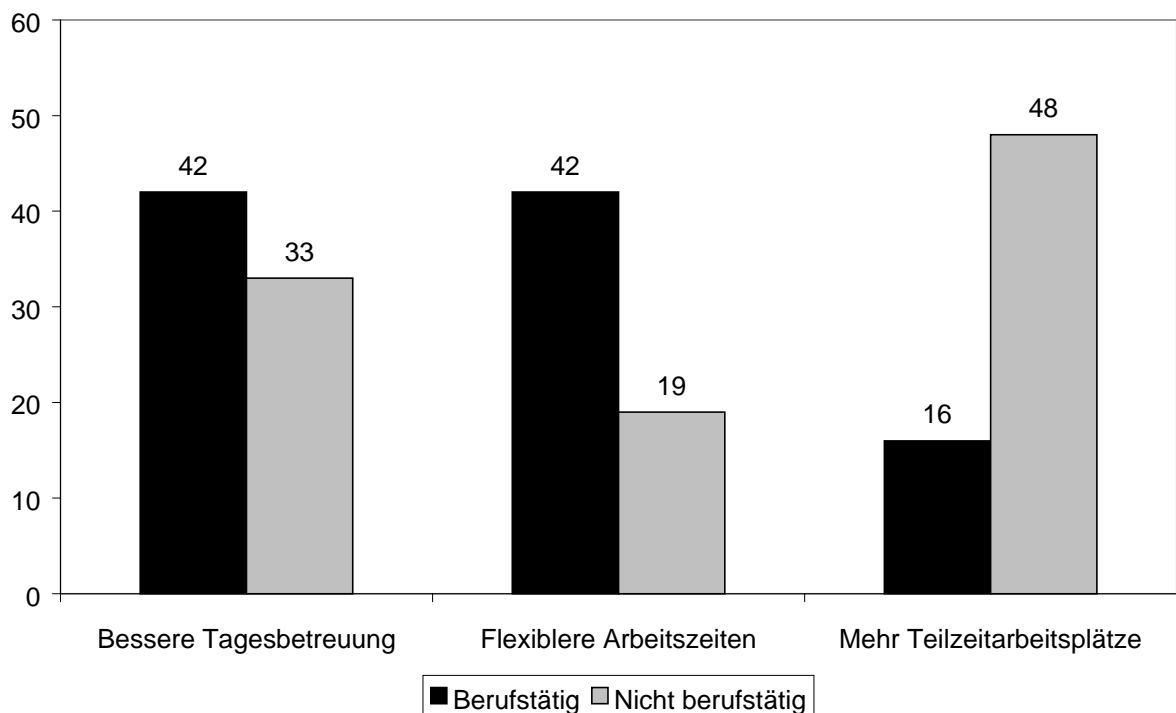
Bei den Befragten mit Kindern im Haushalt hängt die Entscheidung über die Art der strukturellen Entlastung entscheidend davon ab, ob diese berufstätig sind oder nicht. In beiden Fällen würde eine große Anzahl der Befragten für eine bessere Tagesbetreuung der Kinder plädieren. Der Unterschied macht sich dann bemerkbar, wenn es um berufsbezogene Entlastung geht. Von flexiblen Arbeitszeiten haben nicht Berufstätige keinen direkten Vorteil, daher ist hier die Zustimmung sehr gering. Für mehr und bessere Teilzeitmöglichkeiten spricht sich aber fast die Hälfte der nicht Berufstätigen aus, bei den Berufstätigen sind es nur die wenigsten. Das bedeutet, dass ein großer Teil der nicht Berufstätigen mit Kindern im Haushalt nicht ganz freiwillig keiner Berufstätigkeit nachgeht; vielmehr wollen sie zumindest halbtags berufstätig sein, können es aber nicht.

Abb. 28: *Entscheidung zwischen finanzieller und struktureller Entlastung – Familien mit Kindern im Haushalt nach Lebensformen (in Prozent)*



Bei den Befragten, die sich für finanzielle Entlastung ausgesprochen haben, gibt es einen etwas klareren Favoriten: 42 Prozent von ihnen wünschen sich einen finanziellen Zuschuss für Eltern, die ihre Berufstätigkeit aufgeben, jeweils knapp 30 Prozent wollen niedrigere Steuern für Familien oder ein Familiengeld. Hier zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede je nachdem, ob jemand Kinder im Haushalt hat oder nicht. Fast 60 Prozent derjenigen, die noch keine Kinder haben, wünschen sich den finanziellen Zuschuss bei Berufsaufgabe. Bei Befragten mit Kindern im Haushalt liegt dieser Anteil nur bei einem guten Drittel. Das ist – vorbehaltlich einer etwas geringen Fallzahl – weitgehend unabhängig von der Berufstätigkeit. Das liegt vielleicht daran, dass die derzeit nicht Berufstätigen irgendwann eine Berufstätigkeit für die Familie aufgeben haben, und nachträglich in den Genuss des finanziellen Zuschusses zu kommen glauben. Die wirtschaftliche Lage der Befragten spielt nur eine untergeordnete Rolle.

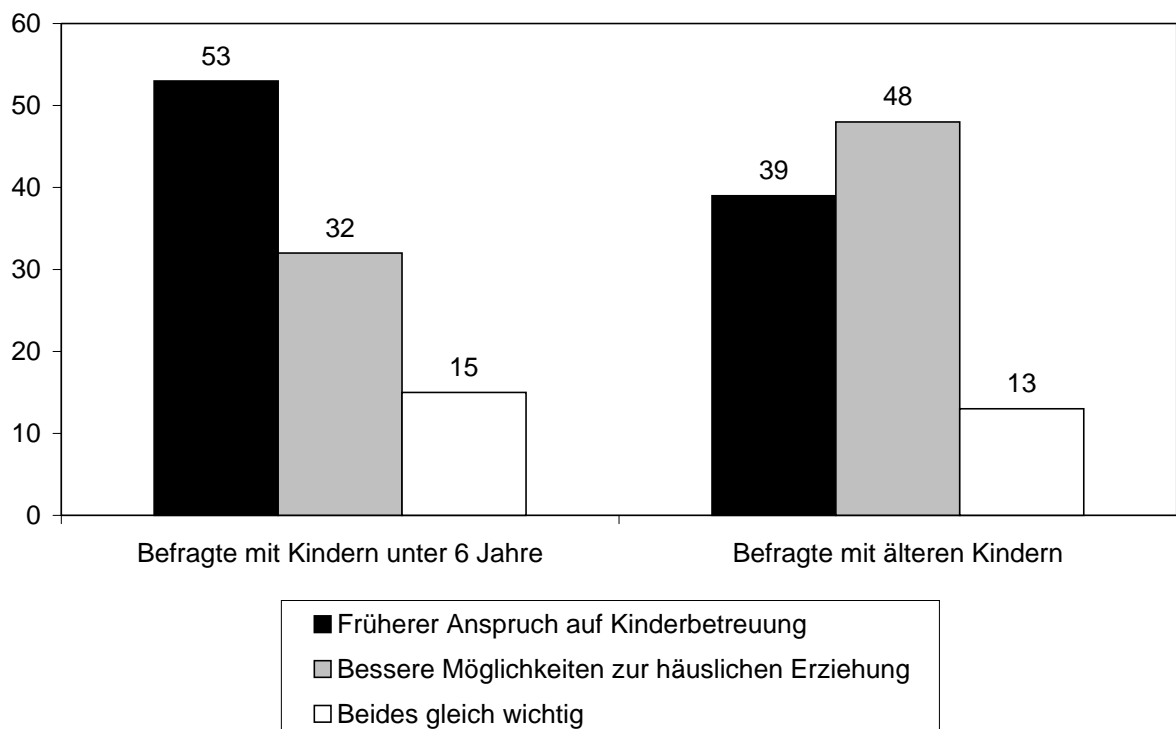
Abb. 29: Varianten struktureller Entlastung – Familien mit Kindern im Haushalt nach Berufstätigkeit
(in Prozent)



In Thüringen besteht ein Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, sobald das Kind zweiinhalb Jahre alt ist. Auf die Frage, ob es wichtiger sei, bereits früher einen Betreuungsplatz anzubieten, oder die Möglichkeiten für die häusliche Erziehung zu verbessern, finden sich gleich starke Gruppen von Befürwortern für beide Modelle. Die häusliche Erziehung wird nur von den Befragten, die keine Kinder (mehr) im Haushalt haben, deutlich bevorzugt. Bei allen Befragten mit Kindern im Haushalt gibt es keinen klaren Favoriten; der zeigt sich erst, wenn man nach dem Alter der Kinder unterscheidet. Diejenigen Befragten, die Kinder unter sechs Jahren im Haushalt haben, sind mehrheitlich für einen früheren Anspruch auf Kinderbetreuung. Nur ein Drittel der solchermaßen „Betroffenen“ will eine Stärkung der Möglichkeiten häuslicher Erziehung.

Sobald die Kinder das Alter von fünf Jahren erreicht haben, kann man die Frage stellen, ob sie noch in den Kindergarten oder schon in die Schule gehen sollen. Vier von fünf Thüringer sind der Meinung, dass die Kinder in diesem Alter in den Kindergarten und noch nicht in die Schule gehen sollten. Nur unter denjenigen, die noch keine Kinder haben, ist fast jeder Dritte ein Einschulungsbefürworter. Zum Teil wird dieser Unterschied durch Altersunterschiede in den Gruppen erklärt, denn die Jüngeren sind tendenziell eher für die Schule als für den Kindergarten.

Abb. 30: *Entlastung für Eltern mit Kleinkindern – Früherer Anspruch auf Kinderbetreuung oder bessere Möglichkeiten zur häuslichen Erziehung? (Eltern mit Kindern, in Prozent)*



Auch bei Schulkindern sind verschiedene Modelle der Nachmittagsbetreuung denkbar. Von den Befragten mit Schulkindern favorisieren aber nur 14 Prozent die Ganztagschule mit Pflichtunterricht am Nachmittag. Vier von fünf Eltern von Schulkindern zögen ein freiwilliges Betreuungs- und Förderangebot in der Schule vor, Frauen gleichermaßen wie Männer. Die wenigen, die das Angebot der Ganztagschule besser finden, würden auch zum großen Teil davon Gebrauch machen, und zwar selbst dann, wenn sie ein gewisses Schulgeld dafür zahlen müssten. Diejenigen, die die Ganztagsbetreuung bevorzugen, sind bei der möglichen Nutzung des Angebots zurückhaltender. Immerhin ein Drittel würde ein solches Angebot wahrscheinlich nicht nutzen. Erwartungsgemäß sind es vor allem die Berufstätigen unter den Eltern von Schulkindern, die ihre Kinder auf eine Schule mit freiwilliger Ganztagsbetreuung schicken würden.

Für die Erwartungen an die Familienpolitik spielt es also eine nicht geringe Rolle, ob jemand mit, noch ohne oder wieder ohne Kinder im Haushalt lebt, ob er bzw. sie also direkt betroffen ist von familienpolitischen Entscheidungen oder nicht.

III. Politische Einstellungen der Thüringer

1. Wirtschaftliche Lage und Deprivation

1.1. Wirtschaftliche Lage: allgemein düster, persönlich eher heiter

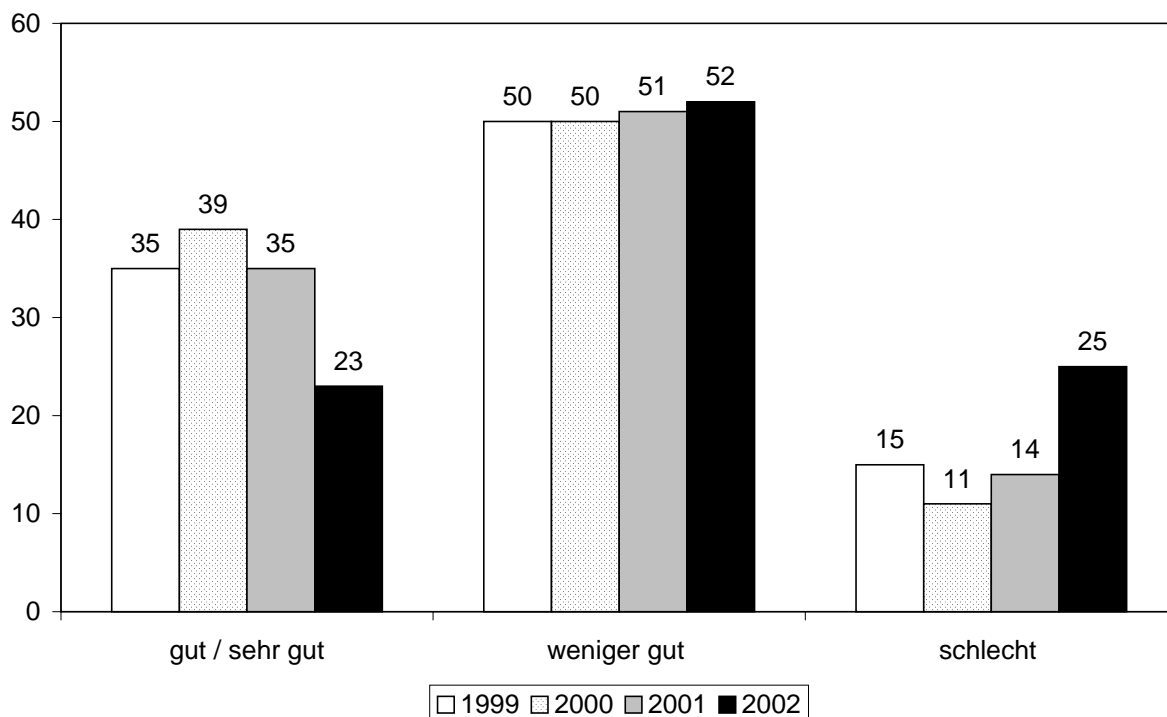
Die Fragen zur wirtschaftlichen Lage gehören ebenso wie die Bewertung der deutschen Einheit zum Standardrepertoire des Thüringen-Monitors seit der ersten Erhebung im Jahr 2000. Sie erfassen solche Wahrnehmungen der Befragten, die für die Herausbildung ihrer politischen Einstellungen (teils hochgradig) relevant sind und den politischen Orientierungen voraus liegen. Die bisherigen drei Erhebungswellen ermöglichen die Erstellung von kurzen Zeitreihen und erlauben damit erstmalig Aussagen zu mehr als nur kurzfristigen Veränderungen. Dies gilt insbesondere für die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage, weil hier für Vergleichszwecke zusätzlich eine Befragung aus dem Jahr 1999 herangezogen werden kann.

Unter den in diesem Kapitel diskutierten Einstellungen haben sich allein bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Freistaat gravierende Veränderungen ergeben. Während die Werte in den Jahren 1999 bis 2001 bei einer gewissen Schwankung im Millenniumsjahr konstant geblieben sind, fallen sie 2002 deutlich schlechter aus. So sinkt der Anteil derjenigen, die die wirtschaftliche Lage in Thüringen für (sehr) gut halten im Vergleich zum Vorjahr um ein gutes Drittel auf nunmehr 23 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Zahl der negativen Einschätzungen fast verdoppelt. Damit ist die Gruppe der Befragten, die der wirtschaftlichen Situation im Freistaat ein schlechtes Zeugnis ausstellen, erstmals größer als die Gruppe der positiv Urteilenden. In den Jahren zuvor war die Zahl der positiven Bewertungen hingegen regelmäßig mindestens doppelt so hoch wie die der schlechten Urteile. Die Ursachen für diesen Stimmungsumschwung dürften in der ungünstigen Entwicklung der makroökonomischen Daten während der letzten zwölf Monate zu sehen sein, die für Gesamtdeutschland gelten und in den Massenmedien entsprechende Beachtung gefunden haben.

Das überwiegend düstere Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage findet jedoch keine Entsprechung in der Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage. Somit bestätigt der Thüringen-Monitor 2002 einmal mehr das aus der Einstellungsforschung hinlänglich bekannte Phänomen, dass Menschen die allgemeine wirtschaftliche Lage schlechter bewerten als ihre eigene.⁴⁵ Im konkreten Fall weicht trotz des skeptischen Blicks auf die allgemeine Wirtschaftslage die Einschätzung der persönlichen finanziellen Situation nicht nennenswert vom Vorjahr ab und entspricht fast exakt den Werten von 2000. Nach wie vor schätzt eine deutliche Mehrheit der Thüringer die eigene finanzielle Lage als (sehr) gut ein, nur jeder Zwölfte betrachtet sie als schlecht.

45 So zuletzt wieder Kaase 2001: 140f.

Abb. 31: Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 bis 2002
(in Prozent)



Daten für 1999 freundlicherweise zur Verfügung gestellt von dimap

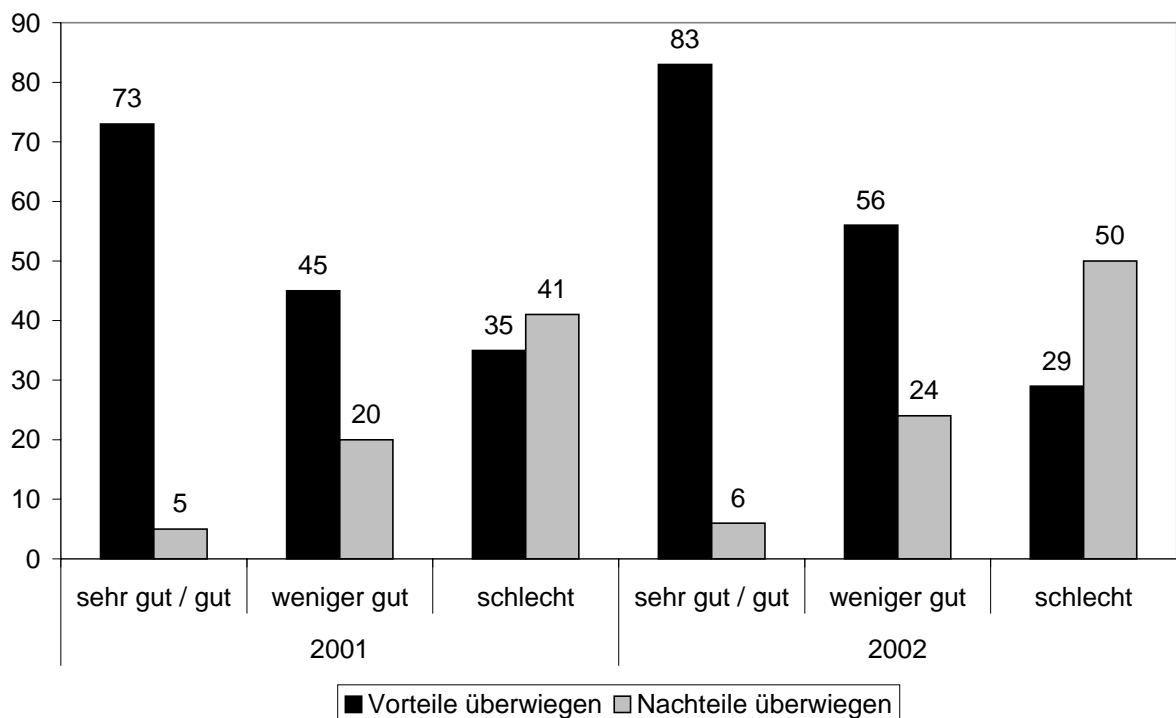
Wie es sein kann, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage in so dunklen Farben gezeichnet wird, während bei der persönlichen Situation die helleren Töne überwiegen, zeigt ein genauerer Blick auf die Daten: Nahezu jeder, der die eigene finanzielle Lage für schlecht hält, kommt für die gegenwärtige Wirtschaftslage zu dem selben Ergebnis. Bei positiver Einschätzung der persönlichen Lage besteht ein solcher Zusammenhang jedoch nicht. Nur jeder Dritte der gut Gestellten sieht auch eine blühende Wirtschaft.

Unter den wirtschaftlich schlecht Gestellten sind wie in den beiden Vorjahren die Frauen stärker vertreten als die Männer und die Befragten ohne Abitur überrepräsentiert. Als eigentliche Problemgruppe müssen jedoch die Arbeitslosen gelten: Von ihnen klagt jeder Dritte über ein geringes Auskommen. Die Arbeitslosen sind zugleich diejenigen, die die Folgen der deutschen Einheit besonders negativ bewerten. Während nur knapp 16 Prozent der Gesamtbevölkerung angeben, die Nachteile der Vereinigung überwögen die Vorteile, sind es bei den Arbeitslosen mehr als 40 Prozent. Die Einheits skeptiker sind – bei 17 Prozent Unentschiedenen – damit unter den arbeitslosen Befragten fast ebenso stark vertreten wie die Befürworter (42%). Unter allen Interviewten ist der Anteil derjenigen, die die Bilanz insgesamt positiv einschätzen vier Mal so hoch wie der Anteil derjenigen, für die sie negativ ist.

Während die Bewertung der deutschen Einheit seit 2000 insgesamt keine gravierenden Veränderungen aufweist, wird sie immer stärker von der persönlichen finanziellen Lage bestimmt. Diese Entwicklung zeigt sich besonders deutlich bei den Extremgruppen. Von den Befragten in einer (sehr) guten finanziellen Situation äußern sich 83 Prozent positiv zur deutschen Vereinigung, das sind zehn Prozentpunkte mehr als 2001. Im gleichen Zeitraum hat sich unter den schlecht Gestellten der Anteil der Einheits skeptiker von 29 auf 50 Prozent fast verdoppelt. Neben sozialstrukturellen und soziökonomischen Faktoren hängt die Position zur

deutschen Einheit aber auch von der weltanschaulichen Haltung ab. So lassen die nach der Selbsteinstufung politisch Linken eine überdurchschnittlich negative Haltung zur Vereinigung erkennen, wobei aber auch auf der extremen Linken die Befürwortung bei weitem überwiegt. Noch deutlicher, als es der Zusammenhang von Links-Rechts-Einstufung und Parteineigung erwarten lässt, weichen die Sympathisanten der PDS vom Durchschnitt ab: Mehr als jeder dritte PDS-Anhänger sieht mehr Nachteile als Vorteile der Einheit.

Abb. 32: *Bewertung der deutschen Einheit nach persönlicher finanzieller Lage 2001 und 2002 (in Prozent)*



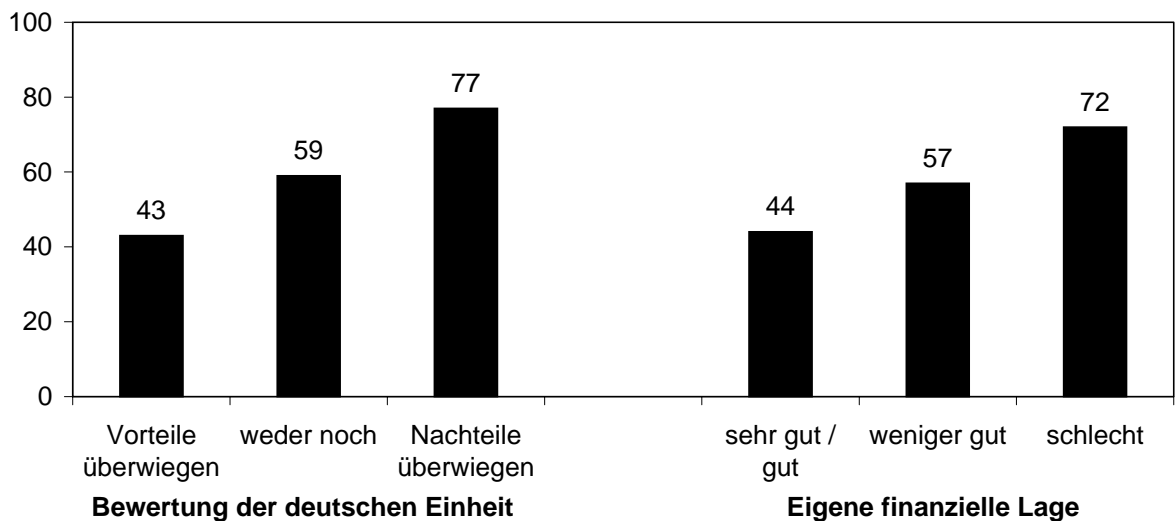
Der enge Zusammenhang, der zwischen der Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage und der Bewertung der deutschen Einheit besteht, erlaubt es, wie im vergangenen Jahr einen Index der Deprivation zu erstellen. Als depriviert im Sinne einer empfundenen vorwiegend ökonomischen Benachteiligung gelten hier diejenigen, die ihre materielle Lage als schlecht betrachten und/oder negativ über die deutsche Einheit urteilen. Diese Gruppe macht etwa ein Fünftel der Population aus und ist damit gegenüber den beiden vorausgegangenen Jahren etwas geschrumpft. Ihre soziales Profil entspricht weitgehend den Erwartungen: Frauen sind leicht, niedrig Gebildete und Befragte mit einem gefährdeten Arbeitsplatz stark überrepräsentiert. Von den Arbeitslosen muss sogar jeder zweite als depriviert gelten. Schwache Zusammenhänge ergeben sich zudem mit dem Familienstand: So weisen etwa Geschiedene überdurchschnittliche Werte auf.

1.2. Deprivation made in East Germany und das Phänomen der Ostalgie

Ergänzend zu der vorwiegend ökonomischen Deprivation wird im Thüringen-Monitor 2002 erstmalig versucht, ein spezifisch ostdeutsches Empfinden der Benachteiligung zu messen. Dabei gilt es zugleich, eine soziale oder sozio-kulturelle Variante der relativen Deprivation statt der bloß ökonomischen zu erfassen. Die Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ erscheint für beide Zwecke besonders geeignet, weil sie auf ein allgemeines Diskriminierungsgefühl gegenüber einer explizit benannten Vergleichsgruppe abhebt: den Westdeutschen. Knapp die Hälfte der Thüringer stimmt dieser Aussage zu, ein Fünftel der Befragten sogar voll und ganz.

Besonders deutliche Zustimmung bekunden Frauen, während unter den Männern die Ablehnung erkennbar überwiegt. Zieht man weitere sozialstrukturelle Variablen heran, so ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der relativen wirtschaftlichen Deprivation: Eine niedrige formale Bildung, ein unsicherer Arbeitsplatz und Arbeitslosigkeit begünstigen auch ein spezifisch ostdeutsches Gefühl der Diskriminierung. Dementsprechend eng sind die ökonomische und die stärker gesellschaftliche Deprivation made in East Germany miteinander verknüpft. Fast jeder Zweite, der eine Diskriminierung durch Westdeutsche sieht, ist den im ökonomischen Sinne Deprivierten zuzurechnen – das ist ein vier Mal so hoher Prozentsatz wie bei denjenigen, die eine solche Diskriminierung der Ostdeutschen verneinen. Wie der Abbildung 33 zu entnehmen ist, lassen sich entsprechende Zusammenhänge auch für die beiden einzelnen Indikatoren der ökonomischen Deprivation nachweisen, also für die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation und für die Bewertung der deutschen Einheit. Letztere stellt ausweislich einer multivariaten Analyse, die Informationen über die Bedeutung jedes Erklärungsfaktors im Vergleich zu anderen liefert, den wichtigsten Bestimmungsfaktor des ostdeutschen Diskriminierungsgefühls dar. Eine eigenständige Wirkung kommt darüber hinaus noch den autoritären Orientierungen zu, auf die in Kapitel III.3.1 näher eingegangen wird.

Abb. 33: *Wahrgenommene Diskriminierung durch Westdeutsche (spezifisch ostdeutsche Deprivation) nach Bewertung der deutschen Einheit und persönlicher finanzieller Lage (in Prozent)*



Aussagekräftiger noch als die Erklärungsgrößen des ostdeutschen Diskriminierungsempfindens (ostdeutsche Deprivation) sind ihre Folgen für das Selbstverständnis und für politische Einstellungen der Interviewten. Äußert ein Befragter ein starkes ostdeutsches Benachteiligungsgefühl, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass er sich primär als Ostdeutscher versteht – und nicht als Thüringer, Deutscher oder Europäer.⁴⁶ Die wahrgenommene Diskriminierung durch Westdeutsche begünstigt nicht allein die Ausbildung eines ostdeutschen Sonderbewusstseins, sie prägt auch die retrospektive Bewertung der DDR. Gewissermaßen schiebt sie sich wie ein rosaroter Schleier vor das *ancien régime*, dessen Schattenseiten damit in ein freundliches Licht getaucht werden. So billigen drei Viertel der Befragten mit starker ostdeutscher Deprivation der DDR im Nachhinein mehr gute als schlechte Seiten zu; in der Gesamtbevölkerung tut dies nur noch etwa jeder Zweite (48 Prozent im Vergleich zu 56 Prozent 2001). Mit wachsender zeitlicher Distanz zu ihrem im Wahlplebiszit vom März 1990 besiegelten Exitus feiert die DDR anscheinend eine Art Wiederauferstehung: als Gegenbild zu einer als unbefriedigend und enttäuschend erfahrenen gesamtdeutschen Realität.

In dem auf den ersten Blick erstaunlich positiven DDR-Bild der Thüringer sind die erklärenden und (n)ostalgischen Momente nicht zu übersehen.⁴⁷ Sie würden jedoch missinterpretiert, würde man sie ohne weiteres als Ausdruck inhaltlicher Zustimmung zum SED-Regime oder gar als Wunsch nach einer Rückkehr zur DDR verstehen. Dies bedeutet freilich nicht, dass weltanschauliche Aspekte bei der positiven Wahrnehmung des *ancien régime* ohne Belang wären. Immerhin sind die Nicht-Demokraten unter den „Freunden“ der DDR erheblich stärker vertreten als unter ihren Kritikern. Zudem fällt die Bewertung der DDR auf den linken Punkten der Links-Rechts-Skala weit positiver aus als in der Mitte und rechts davon. Schließlich finden sich zwar unter den Sympathisanten aller in Thüringen relevanten Parteien DDR-Befürworter, aber die Anteile variieren zwischen 30 Prozent bei der CDU und 80 Prozent bei der PDS. Eine multivariate Auswertung lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass der stärkste Einfluss auf das DDR-Bild von der Deprivation ausgeht. Die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse, die Ablehnung der Demokratie und auch der Autoritarismus sind wichtige verstärkende Faktoren mit jeweils eigenständiger Erklärungskraft.

Weshalb die DDR 12 Jahre nach der deutschen Vereinigung so hoch im Kurs steht, lässt sich anhand der voraus gegangenen Thüringen-Monitore, vor allem aber unter Rückgriff auf bundesweite Repräsentativbefragungen beantworten. Ganz offensichtlich wird ihr vor allem anderen die sozialstaatliche Absicherung gut geschrieben. Dass aber auch andere Aspekte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinzukommen, mag eine Frage aus dem Schwerpunktteil des Thüringen-Monitors illustrieren. Fast vier Fünftel der Befragten bestreiten, dass die Familie heute im Vergleich zur DDR-Zeit an gesellschaftlichem (!) Stellenwert gewonnen hat. Summa summarum bleibt der „Arbeiter- und Bauernstaat“ auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts erstaunlich lebendig: in Gestalt von Mentalitätsbeständen, in langen Sozialisationsprozessen verinnerlichten Wertehierarchien und eben als ein gegen die Fährnisse der aktuellen Lebenslage konstruiertes geistiges Refugium.

46 Eine solche ostdeutsche Identität speist sich allerdings jenseits der ökonomischen und der spezifisch ostdeutschen Deprivation auch aus politischen und weltanschaulichen Quellen. So ordnen sich die „Ostdeutschen“ unter allen Identitätsgruppen am weitesten links auf der Links-Rechts-Skala ein. In sozialstruktureller Hinsicht weisen sie zwei Besonderheiten auf: Unter ihnen befinden sich relativ viele Berufstätige und vor allem sind die gut Gebildeten überrepräsentiert. Dies legt die Vermutung nahe, dass ein ostdeutsches Selbstverständnis vor allem für diejenigen attraktiv ist, die im Gefolge des Systemumbruchs einen Statusverlust erlebt haben – und zwar auch dann, wenn damit keine finanziellen Nachteile verbunden gewesen sind.

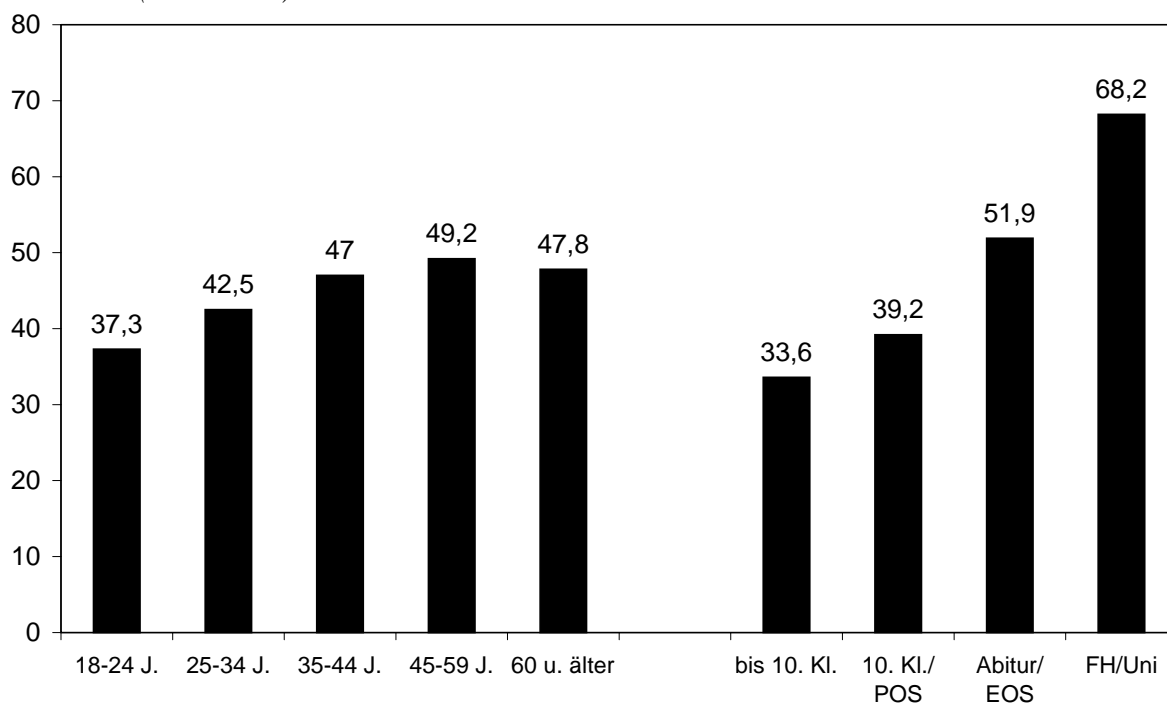
47 So auch für Ostdeutschland insgesamt Neller 2000.

2. Politische Orientierungen, Wahrnehmung von Politik und politisches Handeln

2.1. Interesse und landespolitisches Grundwissen

Das politische Interesse der Thüringer ist im Jahre 2002 relativ stark ausgeprägt. Beinahe jeder Fünfte gibt an, sein politisches Interesse sei sehr stark, etwa ebenso viele geben wenig oder überhaupt kein politisches Interesse an. Diese Werte sind im Vergleich zu anderen Umfragen verhältnismäßig hoch,⁴⁸ was vermutlich an der zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl 2002 gelegen hat. Frauen sind deutlich weniger an Politik interessiert als Männer, außerdem zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit dem Alter der Befragten: Das Interesse steigt mit dem Alter kontinuierlich an, erst bei den über 60-Jährigen geht es wieder leicht zurück. Erwartungsgemäß interessieren sich Befragte mit höherer formaler Bildung sehr viel stärker für Politik als andere.⁴⁹

Abb. 34: *Interesse für Politik nach Alter und Bildungsgruppen (in Prozent)*



Anmerkung: Die Kategorien „sehr stark“ und „stark“ wurden zusammengefasst.

Analog zur Bildung sind höhere und leitende Angestellte und Beamte deutlich interessierter als einfache und mittlere Angestellte und Beamte, diese wiederum sind etwas stärker interes-

48 Vgl. Allbus 1998 (Gesamt 7% sehr stark, Ost 7%, West 8%), beinahe gleiche Ergebnisse in Allbus 1996 und Allbus 1994.

49 Diese Zusammenhänge decken sich unter anderem mit den Ergebnissen der Nachwahlstudien von 1994 und 1998 (Maier 2000: 147).

siert als Arbeiter. Das steigende Interesse mit zunehmender Größe des Wohnorts ist ebenfalls zum großen Teil mit der unterschiedlichen Bildungsstruktur zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu erklären.

Mit höherem Interesse für Politik geht auch ein besseres politisches Grundwissen einher. Gefragt nach den Parteien, die derzeit im Thüringer Landtag vertreten sind, können nur 42,5 Prozent der Befragten die richtige Antwort geben. Unter den sehr stark Interessierten sind es zwar deutlich mehr, aber immerhin ein knappes Drittel von diesen gibt eine falsche oder gar keine Antwort. Bei den wenig oder überhaupt nicht Interessierten liegt der Anteil der richtigen Antworten unter 15 Prozent.

Der Zusammenhang zwischen Interesse und Wissen ist demnach sehr stark. Daher verwundert es auch nicht, wenn sich sehr ähnliche Zusammenhänge wie oben für das politische Interesse beschrieben auch zwischen dem politischen Grundwissen und der Sozialstruktur ergeben. Ebenso wie beim Interesse steigt der Anteil der politisch Informierten mit dem Alter und dem formalen Bildungsabschluss deutlich an, Männer wissen häufiger die richtige Antwort als Frauen, ebenso wie Angestellte und Beamte häufiger richtig liegen als Arbeiter. Diese Ergebnisse bestätigen die Erkenntnisse für Jugendliche aus dem Thüringen-Monitor 2001 hier auch für die Gesamtbevölkerung.

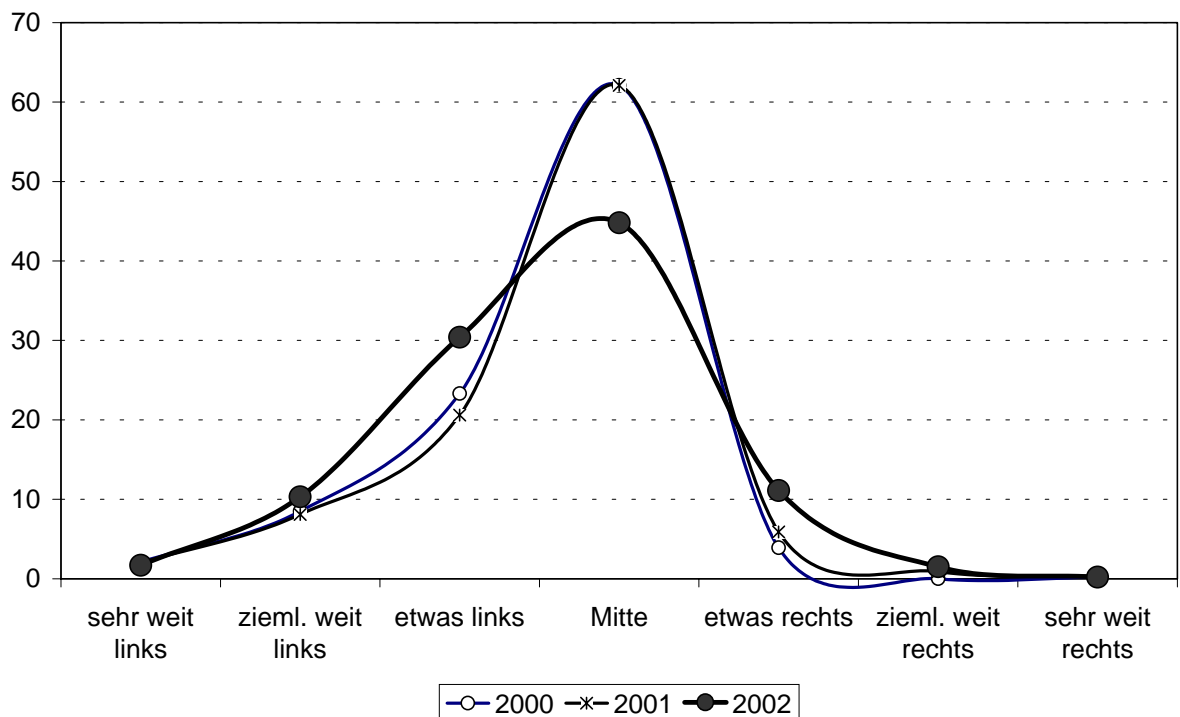
2.2. Einstellungen zu Politik und Parteien

Die zeitliche Nähe zur Bundestagswahl hat nicht nur das politische Interesse, sondern auch die Einstellungen zu Politik und Parteien im Allgemeinen beeinflusst. Als Maß für die generelle politische Orientierung der Bevölkerung kann man die Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala heranziehen. Bei dieser Skala sieht man sehr deutlich die Nähe der Wahl und die damit zusammenhängende Politisierung der Bevölkerung. In den Jahren 2000 und 2001 stuften sich noch jeweils über 60 Prozent der Befragten in der politischen Mitte ein. Im Jahr 2002 wählten nur noch gut 40 Prozent diese Position; dafür steigt der Anteil derjenigen, die sich etwas links und etwas rechts der Mitte verorten.

Links der Mitte stuften sich gut 42 Prozent der Befragten ein, rechts der Mitte „nur“ knapp 13 Prozent. Damit zeigt sich auch in Thüringen die aus vielen Umfragen bekannte Tendenz der Ostdeutschen, sich deutlich weiter links zu platzieren als die Westdeutschen.⁵⁰ Dennoch ist der Zuwachs auf der rechten Seite des Spektrums größer als auf der linken Seite, von gut 4 Prozent im Jahr 2000 stieg der Anteil über gut 7 Prozent in 2001 auf mittlerweile knapp 13 Prozent. Diesen Anstieg kann man als Zeichen einer „Normalisierung“ im Vergleich zu den Vorjahren sehen, denn die Werte für die Jahre 2000 und 2001 dürften aufgrund der damaligen starken Diskreditierung und Stigmatisierung „rechter“ Positionen im Zuge der intensiven Debatten über fremdenfeindliche Gewalttaten besonders niedrig gewesen sein.

50 Vgl. etwa die Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ für 1994 und 1998, Studiennummer S3064 des Zentralarchivs für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.

Abb. 35: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: 2000, 2001 und 2002 im Vergleich
(in Prozent)



Fragt man etwas konkreter nach den Einstellungen gegenüber Politik und Parteien, so zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine stärkere Politikverdrossenheit. 82 Prozent der Befragten glauben, dass es in der Politik nicht um die Sache, sondern nur um Macht geht; im Vorjahr waren es noch 79 Prozent. Auch die Parteien bekommen ein deutlich schlechteres Zeugnis als im Vorjahr ausgestellt: 76 Prozent haben den Eindruck, dass es den Parteien nur um die Stimmen der Wähler geht, deren Ansichten sie aber nicht interessieren (2001: 72 Prozent).

Aus diesen beiden Einstellungen ist ein großes Maß an Politikverdrossenheit in Thüringen abzulesen. Wenn man diejenigen als politikverdrossen einstuft, die beiden Fragen zugestimmt haben, dann können mehr als zwei Drittel der Thüringer als politikverdrossen gelten, nur etwa jeder zehnte ist es nicht. Das ist insgesamt eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

Tab. 3: Anteil der Politikverdrossenen nach Alter – 2001 und 2002 im Vergleich
(in Prozent)

	Bis 24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter	Gesamt
2001	47,7	61,9	65,3	67,4	62,5	62,2
2002	62,3	69,4	70,2	69,2	68,0	68,2

In den Jahren 2000 und 2001 waren die Jugendlichen bis 24 Jahre am wenigsten politikverdrossen, mit recht großem Abstand zu den übrigen Altersgruppen. Im Jahre 2002 hat das Ansehen der Politik unter den Jugendlichen deutlich gelitten. In dieser Gruppe gibt es den

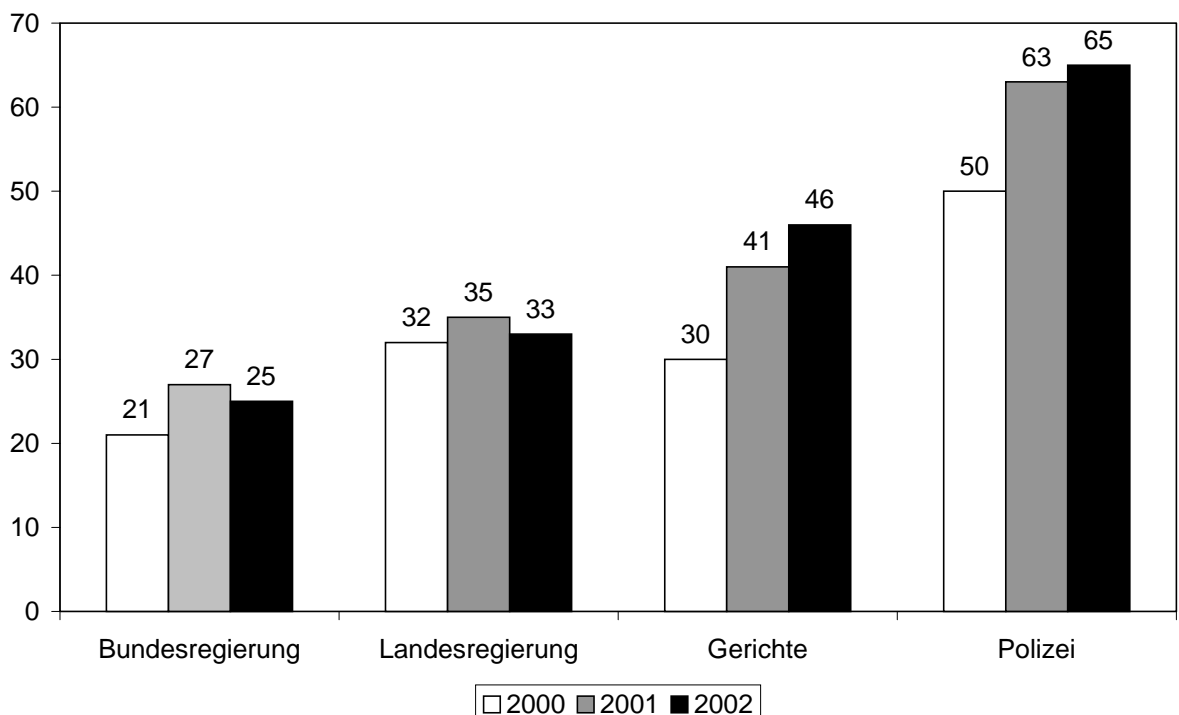
größten Zuwachs an Politikverdrossenheit, so dass sie sich nur noch wenig von den übrigen Befragten unterscheiden. Der große Zuwachs in dieser Gruppe der 18 bis 24-Jährigen ist vor allem bei der Einschätzung zu verzeichnen, dass es in der Politik nicht um die Sache, sondern nur um die Macht geht. Die Nähe der Befragung zur Bundestagswahl 2002 und die Eindrücke des Wahlkampfes könnten bei den Erst- und Jungwählern zu diesem Ergebnis geführt haben.

Der Vergleich verschiedener Bevölkerungsgruppen erbringt bei der Politikverdrossenheit ein sehr ähnliches Bild wie im Vorjahr. Frauen sind etwas häufiger politikverdrossen als Männer, formal schlechter Gebildete häufiger als besser Gebildete und Personen mit unsicherem Arbeitsplatz häufiger als solche mit sicherem Arbeitsplatz. Je mehr Interesse für Politik die Befragten aufbringen, desto weniger politikverdrossen sind sie. Das Wissen über Politik spielt beinahe keine Rolle.

2.3. Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit

Die gestiegene Unzufriedenheit mit der Politik und den Parteien könnte sich auch auf das Vertrauen in die politischen Institutionen oder auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Das Institutionenvertrauen ist jedoch im Großen und Ganzen im Jahre 2002 stabil geblieben: Bundes- und Landesregierung haben geringfügig an Vertrauen eingebüßt, Gerichte und Polizei haben nach dem großen Zuwachs von 2000 auf 2001 erneut leicht gewonnen. Die gestiegene Politikverdrossenheit hängt demnach nur wenig mit der Wahrnehmung der politischen Institutionen zusammen, wenn auch den politiknahen Institutionen (Regierungen) etwas weniger Vertrauen entgegen gebracht wird. Eher politikferne Institutionen wie Gerichte und Polizei werden relativ unabhängig von der Einschätzung zu Politik und Parteien beurteilt.

Abb. 36: *Vertrauen in politische Institutionen – 2000, 2001 und 2002 im Vergleich (in Prozent)*



Das Zusammentreffen von gewachsener Politikverdrossenheit und gleichbleibendem oder gar steigendem Institutionenvertrauen legt die Vermutung nahe, dass das politische System große Anerkennung findet, die Bürger aber mit der politischen Praxis nicht einverstanden sind. Weitere Aufklärung über diese Differenz erhält man aus den Einstellungen zur Demokratie. Diese wurde auch im Jahre 2002 wie in den Vorjahren mit zwei verschiedenen Fragen erhoben. Zum einen wurden die Befragten gebeten, Auskunft zu geben über ihre Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in der Praxis funktioniert“. Zum anderen sollten sie einschätzen, ob sie die Demokratie für die beste aller Staatsformen halten.

Zunächst muss festgehalten werden, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen ist. Waren im Jahre 2001 noch 48 Prozent aller Befragten sehr oder eher zufrieden damit, wie die Demokratie in der Praxis funktioniert, so sind es im Jahre 2002 nur noch 40 Prozent. Auch bei der Einschätzung der Demokratie als Staatsidee zeigt sich ein geringerer, dennoch spürbarer Rückgang: 79,5 Prozent der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder überwiegend zu, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen sei; im Vorjahr waren es noch 82,7 Prozent.

Wie im Thüringen-Monitor 2001 kann man auch hier wiederum eine Typenbildung anhand der zwei Fragen zur Demokratie vornehmen. Dabei werden diejenigen, die die Demokratie als Staatsidee ablehnen, als „Nicht-Demokraten“ bezeichnet. Bei grundsätzlicher Akzeptanz der Demokratie als Staatsidee, aber Unzufriedenheit mit der Praxis gelten die Befragten als „unzufriedene Demokraten“. Zustimmung auf beiden Ebenen hat die Einordnung als „zufriedene Demokraten“ zur Folge.

Tab. 4: Typologie der Einstellungen zur Demokratie
(in Prozent aller Befragten, Werte von 2001 in Klammern)

		Demokratie ist die beste aller Staatsideen		
		Stimme voll und ganz zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend / völlig ab
Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis	Sehr zufrieden	Zufriedene Demokraten 37,3 % (44,6 %)		Nicht-Demokraten 20,5 % (17,3 %)
	Ziemlich zufrieden			
	Ziemlich unzufrieden	Unzufriedene Demokraten 42,2 % (38,1 %)		
	Sehr unzufrieden			

Die obige Tabelle zeigt die Verteilung der Antworten und den Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Nicht-Demokraten ist gegenüber 2001 angestiegen: Jeder fünfte Thüringer ist nicht davon überzeugt, dass die Demokratie die bestmögliche Staatsidee ist. Die unzufriedenen Demokraten bilden jetzt sogar die größte Gruppe und sind deutlich zahlreicher als die zufriedenen Demokraten. Der statistische Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen zur Demokratie ist von 2001 auf 2002 angestiegen. Daraus kann geschlossen werden, dass die Beurteilung der Demokratie in der Praxis an Einfluss auf die Bewertung der Demokratie als Staatsidee gewonnen hat.

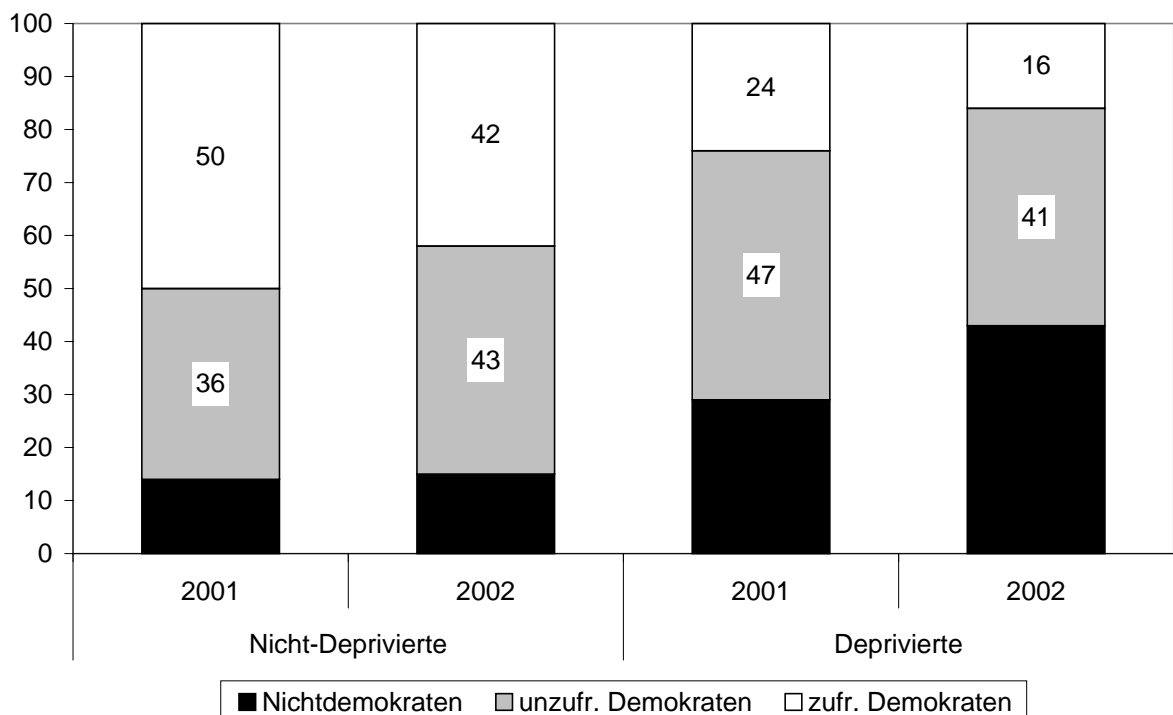
Nicht-Demokraten sind vor allem in der jüngsten Altersgruppe bis 24 Jahre und in der mittleren von 35 bis 44 Jahre zu finden, zufriedene Demokraten vor allem in der ältesten (über 60 Jahre). In diesen drei Altersgruppen kann man allerdings den größten Zuwachs der Nicht-Demokraten im Vergleich zum Vorjahr feststellen. Mit steigender Bildung sinkt der Anteil der Nicht-Demokraten zugunsten der Gruppe der unzufriedenen Demokraten. Frauen haben wie im Vorjahr eine deutlich größere Distanz zur Demokratie als Staatsidee wie zur Demokratie in der Praxis. Das Vertrauen in die Demokratie hat im Vergleich zum letzten Jahr bei allen Gruppen gleichermaßen nachgelassen.

Der Zusammenhang mit der Politikverdrossenheit überrascht nicht. Sie wirkt sich fast ausschließlich auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis aus, die Demokratie als Staatsidee berührt diese Verdrossenheit nur am Rande. Einen sehr ähnlichen Zusammenhang findet man auch beim Institutionenvertrauen. Geringes Vertrauen in die politischen Institutionen geht fast immer mit Unzufriedenheit mit der politischen Praxis einher, aber nur bei einer Minderheit mit der Ablehnung der Demokratie als Staatsidee. Tatsächlich ist aber bei Antidemokraten ein deutlich geringeres Institutionenvertrauen festzustellen als bei unzufriedenen Demokraten. Das größte Vertrauen in die Institutionen haben die zufriedenen Demokraten.

Die persönliche finanzielle Situation und die Bewertung der deutschen Einheit haben einen noch stärkeren Einfluss auf die Einstellungen zur Demokratie als im Vorjahr. Eine schlechte finanzielle Situation und der Eindruck von Nachteilen aus der deutschen Einheit verschlechtern vor allem die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis. Sehr viel stärker als im letzten Jahr ist aber von dieser persönlichen Lage in diesem Jahr auch die Bewertung der Demokratie als Staatsidee beeinflusst. Kombiniert man die persönliche finanzielle Situation und die Einschätzung der deutschen Einheit zu einem Index für Deprivation (vgl. Kap. III.1.1), so zeigen sich deutliche Verschiebungen.

Bei den Nicht-Deprivierten zeigt sich vor allem eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis. Die Verschiebungen von 2001 auf 2002 haben sich innerhalb der Gruppen der Demokraten vollzogen, mittlerweile gibt es auch bei den Nicht-Deprivierten mehr unzufriedene als zufriedene Demokraten. Der relativ geringe Anteil der Nicht-Demokraten ist hingegen nahezu konstant geblieben. Ganz anders das Bild bei denjenigen, die sich persönlich benachteiligt fühlen. Sowohl der Anteil der zufriedenen als auch der unzufriedenen Demokraten ist bei den Deprivierten geringer geworden. Die Nicht-Demokraten sind deutlich mehr geworden, sie bilden bei den Deprivierten in diesem Jahr sogar die stärkste Gruppe. Obwohl der Anteil der Deprivierten an der Gesamtbevölkerung von 2001 auf 2002 gesunken ist, geht auf diese Gruppe doch größtenteils der Zuwachs unter den Nicht-Demokraten in Thüringen zurück.

Abb. 37: Deprivation und Einstellungen zur Demokratie – 2001 und 2002 im Vergleich (in Prozent)



Damit bleibt festzuhalten: Nur gut jeder dritte Thüringer ist ein zufriedener Demokrat, jeder fünfte ist nicht von der Demokratie als Staatsform überzeugt. Damit bestätigt sich für Thüringen der Befund, dass die Distanz zur Demokratie in Ostdeutschland verhältnismäßig groß ist.⁵¹ Die Unzufriedenheit mit der Praxis lässt mehr und mehr Zweifel an der Staatsidee aufkommen, das demokratische Fundament bekommt feine Risse.⁵²

2.4. Politische Partizipation

Bei den verschiedenen Möglichkeiten der politischen Beteiligung kann man im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Steigerung bemerken, die vielleicht auch dem Mobilisierungseffekt der nahen Bundestagswahl zuzuschreiben ist. Fast durchweg ist die tatsächliche politische Partizipation der Thüringer im letzten Jahr gestiegen, und auch die Bereitschaft dazu ist größer geworden. Einzige Ausnahme ist hierbei der direkte Kontakt mit Politikern, den jetzt weniger Befragte in Erwägung ziehen. Insgesamt haben 38 Prozent aller Thüringer bereits einmal an mindestens einer legalen Partizipationsform (sich an einen Politiker wenden, in einer politischen Partei mitarbeiten, in einer Bürgerinitiative mitarbeiten, an einer genehmigten Demonstration teilnehmen) teilgenommen, im Vorjahr waren es noch 28 Prozent. Der Unterschied geht im Wesentlichen auf die genehmigten Demonstrationen zurück, die im abgelaufenen Jahr sehr viel häufiger zum Ausdruck politischer Anliegen genutzt wurden. Wie

⁵¹ Vergleichszahlen für 2001 in Noelle-Neumann/Köcher 2002: 595f.

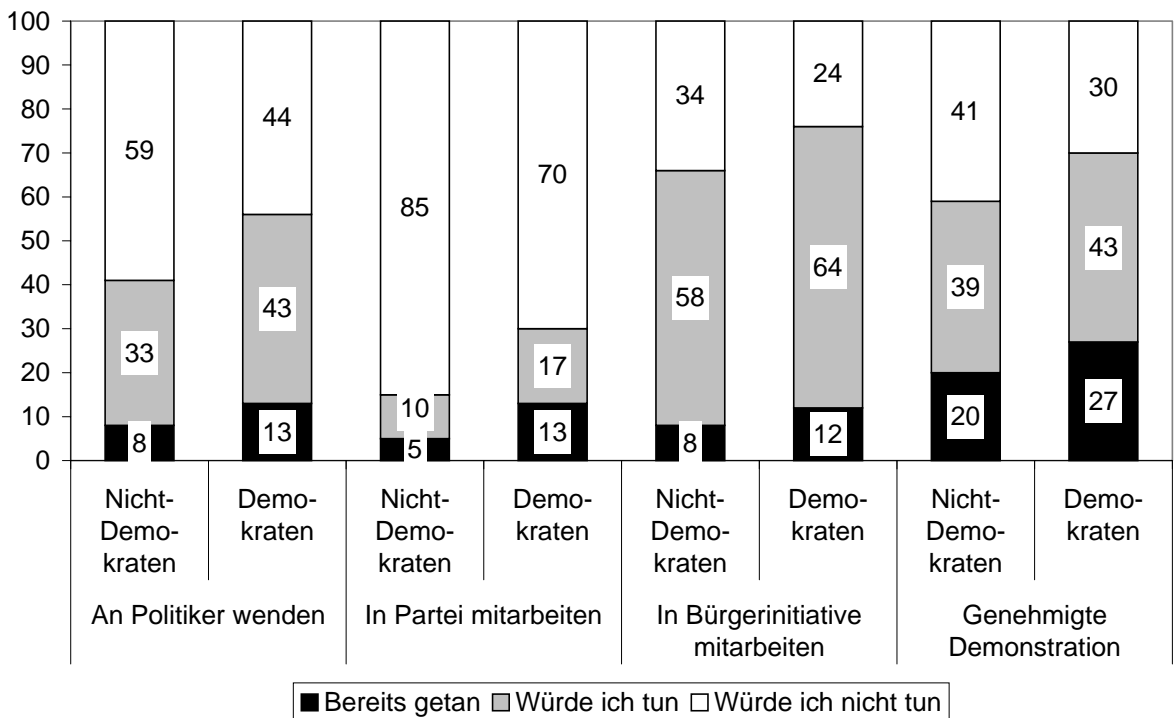
⁵² Sinkende Zustimmungsraten für die Demokratie als beste Staatsidee in den letzten Jahren dokumentieren auch Noelle-Neumann/Köcher 2002: 595.

im Vorjahr schließen nur zehn Prozent der Befragten alle diese Möglichkeiten der Beteiligung für sich aus.

Tendenziell bestätigt sich die Affinität der Thüringer zu Beteiligungsformen, die nicht institutionell verankert sind. Der Weg über die institutionalisierten Kanäle, Politiker und Parteien, wird weniger in Erwägung gezogen, zur Mitarbeit in einer Partei sind drei Viertel nicht bereit.⁵³ Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nur etwa zwei Prozent der Thüringer Mitglieder einer politischen Partei sind, scheint sich hier noch Mobilisierungspotenzial abzuzeichnen. Die Bereitschaft bei 61 Prozent der Thüringer, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, ist im Vergleich zu anderen Befragungen unerklärlich hoch.⁵⁴

Je älter die Befragten sind und damit je mehr Gelegenheit sie bereits hatten, desto häufiger haben sie auf die verschiedenen Formen politischer Beteiligung zurückgegriffen. Die Bereitschaft zu weiterem Engagement ist aber bei den Jüngeren deutlich ausgeprägter. Männer beteiligen sich mehr als Frauen, ebenso zeigt sich höhere Partizipationsbereitschaft bei Befragten mit hoher formaler Bildung und bei politisch Interessierten. Mit der Politikverdrossenheit hat die Beteiligung nichts zu tun, d.h. es gibt bei den Verdrossenen wie bei den Nicht-Verdrossenen solche, die sich beteiligen, und solche, die darauf verzichten. Geringes Vertrauen in die politischen Institutionen ist eher eine Motivation sich zu beteiligen. Weniger politische Partizipation ist bei den Deprivierten genauso festzustellen wie bei den Nicht-Demokraten, die sich teilweise schon aus dem System und seinen Beteiligungsformen verabschiedet haben. Zwischen zufriedenen und unzufriedenen Demokraten zeigen sich nur marginale Unterschiede, weshalb diese beiden Gruppen im Folgenden zur Gruppe der Demokraten zusammengefasst werden.

Abb. 38: Politische Partizipation von Demokraten und Nicht-Demokraten (in Prozent)



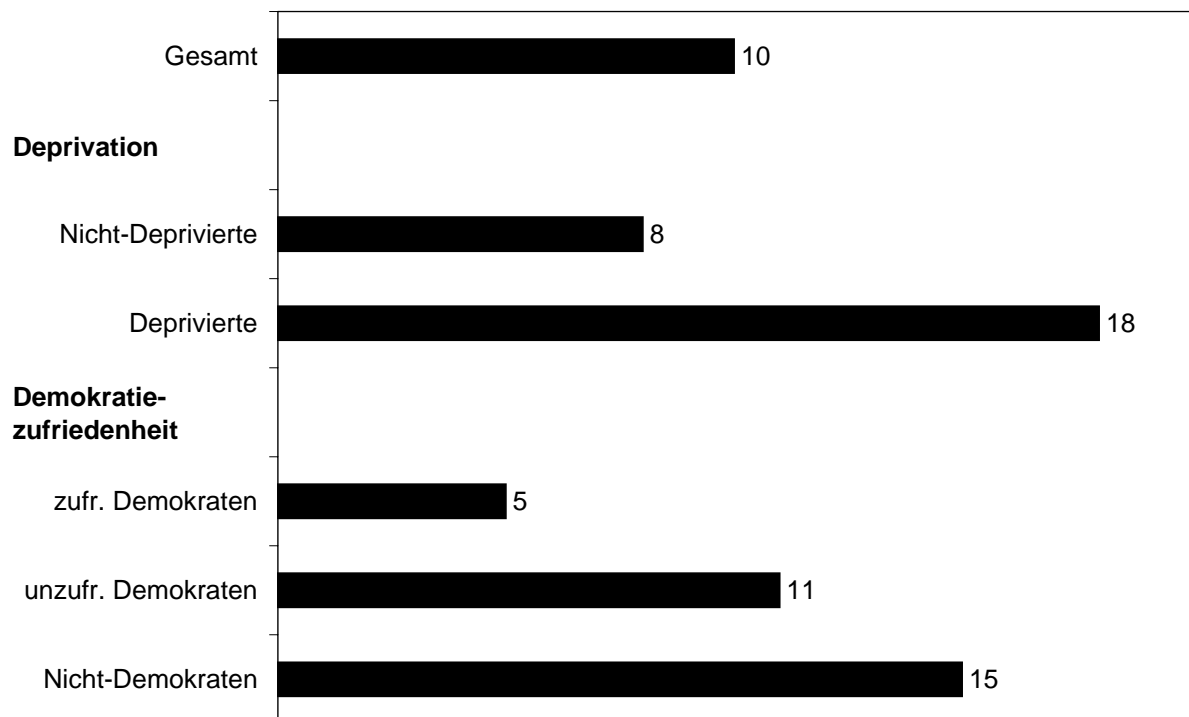
53 Im Vergleich zum Allbus 1998 Ost (93 % würde ich nicht tun) immer noch sehr hohe Zahlen bei Partei.

54 Würde nicht tun: Allbus 1998 Ost: 76,8%, IPOS 1991-1995 Würde tun: 38-43 %.

Alle legalen Formen politischer Partizipation haben die Demokraten sehr viel häufiger bereits einmal ausgeübt als die Nicht-Demokraten, außerdem zeigen sie eine höhere Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Dennoch fällt auf, dass auch die Nicht-Demokraten zu demokratischer Beteiligung bereit sind, etwa wenn sich über die Hälfte der Nicht-Demokraten die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative vorstellen kann. Das deutet darauf hin, dass zumindest ein gewisser Teil der Nicht-Demokraten möglicherweise doch noch für die Demokratie gewonnen werden kann. Immerhin schließen nur die wenigsten Nicht-Demokraten jegliche legale politische Partizipation für sich aus.

Allerdings lohnt sich in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die illegalen Partizipationsformen. Sowohl die Nicht-Demokraten als auch die Deprivierten sind deutlich anfälliger für illegale politische Partizipation. Obwohl beinahe niemand bereits einmal mit Gewalt für seine politischen Ziele gekämpft hat, bekunden doch überdurchschnittlich viele Mitglieder dieser beiden Gruppen ihre Bereitschaft dazu.

Abb. 39: Bereitschaft zu politisch motivierter Gewalt
(in Prozent)



Männer, Jüngere, politisch Desinteressierte und Befragte mit niedriger Bildung geben überdurchschnittlich oft Gewaltbereitschaft an. Die Bereitschaft zu politischer Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr von sieben auf zehn Prozent der Bevölkerung leicht gestiegen. Über die tatsächliche Ausübung von politisch motivierter Gewalt kann man mit Befragungen dieser Art allerdings nichts aussagen.

3. Autoritarismus und Rechtsextremismus

3.1. Autoritarismus: Wirkmächtiges Persönlichkeitsmerkmal?

Der Autoritarismus hat in den beiden bisherigen Untersuchungen einen unterschiedlichen Stellenwert gehabt. War er im Jahr 2000 vornehmlich als wesentlicher Bestimmungsfaktor rechtsextremer Orientierungen in den Blick genommen worden, erhielt er im Rahmen des letztjährigen Schwerpunktthemas "Jugend und Politik" ein stärkeres Eigengewicht. Einige Befunde aus dem vergangenen Jahr, wie etwa die offenkundigen Zusammenhänge mit der erlebten Erziehung und der Bewertung der DDR, legen zumal angesichts der Bedeutung von Persönlichkeitsmerkmalen und Erziehungszielen für die familiäre Binnenstruktur eine intensivere Befassung mit den autoritären Einstellungen nahe. Dabei sollen sowohl die sozialstrukturellen Determinanten des Autoritarismus als auch seine etwaigen Wirkungen auf Wertorientierungen sowie auf Einstellungen zu Familie und Politik genauer betrachtet werden.

Wie zuvor sind im Thüringen-Monitor 2002 mit autoritärem Gesellschaftsbild ("In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.") und autoritärem Erziehungsmuster ("Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.") zwei Dimensionen autoritären Denkens erfasst. Obgleich beide Aussagen weiterhin von einer großen Mehrheit bejaht werden, ist die Zustimmung gegenüber dem Vorjahr erheblich gesunken. Der Forderung nach einer starken Hand schließen sich nunmehr gut zwei Drittel der Befragten an, im vergangenen Jahr waren es noch drei von Vieren. Noch stärker fällt der Rückgang bei der Aussage zur Kindererziehung aus: Die Zustimmung ist hier von 73 auf 62 Prozent gefallen.

Bei der autoritären Erziehung sind besonders die Veränderungen in den einzelnen Altersgruppen aufschlussreich. Gab es im letzten Jahr noch einen nahezu linearen Anstieg der Zustimmung zur autoritären Erziehung mit dem Alter, so hat sich 2002 eine starke Angleichung ergeben. Eine offensichtliche Ausnahmestellung nehmen lediglich noch – ein zweites Mal nach 2000 – die Befragten ab 60 Jahren ein. Trotz steigender Ablehnung vertreten noch mehr als drei Viertel von ihnen die Auffassung, dass Gehorsam und Disziplin in der Kindererziehung vorrangig sein sollen. Die Nivellierungstendenz kommt vor allem dadurch zu Stande, dass in der jüngsten Altersgruppe der 18-24-Jährigen gegen den Trend die Zustimmungsquote um sechs Prozentpunkte gestiegen ist.

Der diesjährige Themenschwerpunkt Familie erlaubt es, eine Hypothese aus den beiden Vorjahren zu überprüfen: die Hypothese, dass diejenigen, die Kinder erziehen, weniger autoritär sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Diese Annahme hat sich bislang allein auf die unterproportionale Zustimmung der 25-44-Jährigen – als der am stärksten mit Erziehungsberechtigten besetzten Altersgruppe – zur autoritären Erziehung gestützt. Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2002 kann die Gruppe der Erziehenden sehr viel genauer bestimmt werden: als diejenigen Befragten mit Kindern unter sechs Jahren und/oder Schulkindern. Die Hypothese findet sich im Kern bestätigt: Unter den so definierten Erziehenden lehnt sogar eine knappe Mehrheit die autoritäre Erziehung ab. Dass es sich nicht einfach um einen Alterseffekt nach dem Muster „Jüngere sind weniger autoritär als Ältere“ handelt, ergibt ein Vergleich zwischen Erziehenden und Nicht-Erziehenden in den relevanten Altersgruppen. Diejenigen, die Kinder großziehen, erweisen sich dabei als weniger autoritär in Erziehungsfragen.

Die beiden Dimensionen des Autoritarismus stehen erwartungsgemäß in einem engen Zusammenhang und können daher zu einem Autoritarismus-Index verknüpft werden. Betrachtet man wie 2001 diejenigen Befragten als autoritär, die beide Aussagen bejaht haben, so trifft dies auf jeden zweiten Thüringer zu. Der Anteil der Autoritären ist damit um 10 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig hat sich der Prozentsatz der Nicht-Autoritären, die beide Aussagen abgelehnt haben, um die Hälfte erhöht und liegt nun bei 19 Prozent. Knapp jeder dritte Thüringer hat auf beide Fragen unterschiedlich geantwortet (Mischtypus).

Der Rückgang des Autoritarismus in einem so kurzen Zeitraum kann nicht als Kohorteneffekt (Ableben der besonders Autoritären) erklärt werden. Dagegen spricht zudem, dass in allen Altersgruppen eine erhebliche Verringerung zu beobachten ist. In dieser Größenordnung muss die Veränderung vor allem dann überraschen, wenn man mit dem Konzept der autoritären Persönlichkeit davon ausgeht, dass es sich um in der frühen Sozialisation erworbene Einstellungsmuster handelt, die kurzfristig nur schwer zu verändern sind.⁵⁵ Selbst wenn man eine stärkere Wirkung aktueller Ereignisse auf autoritäre Einstellungen annimmt, erscheint nur schwer nachvollziehbar, weshalb sich das gesellschaftliche Klima in jüngster Zeit so deutlich verändert haben sollte. Weder den (zudem schon etwas zurückliegenden) Kampagnen für gewaltfreie Erziehung noch der starken medialen Thematisierung von Erziehungsfragen im Gefolge der Bluttat im Erfurter Gutenberg-Gymnasium ist ein solcher Einfluss zuzutrauen. Möglicherweise lagen die Autoritarismus-Werte in Thüringen 2001 aber auch schlicht außergewöhnlich hoch.⁵⁶

Während sich die Erklärung der quantitativen Veränderungen im Autoritarismus als schwierig erweist, lassen sich zu seiner sozialstrukturellen Verankerung klare Aussagen treffen. Die „üblichen Verdächtigen“ erweisen sich hier als einschlägig. So haben die Rentner mit etwa zwei Dritteln den höchsten Anteil an autoritär Eingestellten. Jene Generation, die neben der SED-Diktatur auch den Nationalsozialismus erlebt hat und die mutmaßlich mehr als spätere Generationen mit autoritären Erziehungsmaßnahmen konfrontiert gewesen ist, hat anscheinend den Autoritarismus der Primär- und Sekundärsozialisation überwiegend verinnerlicht. Ebenfalls ein hoher Prozentsatz an Autoritären findet sich bei den Befragten mit niedriger formaler Bildung (unter 10. Klasse), die wiederum unter den Rentnern besonders stark vertreten sind.

Der Einfluss der formalen Bildung auf den Autoritarismus ist demnach wie schon im Jahr 2001 beträchtlich: So steigt der Anteil der Nicht-Autoritären mit jeder Sprosse der Bildungsleiter an. Das Ausmaß der Unterschiede führt ein Vergleich der Extremgruppen plastisch vor Augen: Während in der untersten Bildungsgruppe auf jeden Nicht-Autoritären neun Autoritäre kommen, sind unter den Hochschulabsolventen beide Gruppen in etwa gleich groß. Unterschiede im Bildungsniveau dürften daher auch ursächlich für die überdurchschnittlichen Autoritarismus-Werte in kleineren Orten sowie unter Arbeitern sein. Anders als bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen im vergangenen Jahr zeigen sich die Protestanten autoritärer als die Gesamtbevölkerung. Entsprechende Orientierungen finden in der (kleinen) Gruppe der regelmäßigen Kirchgänger – und zwar sowohl unter den Protestanten als auch

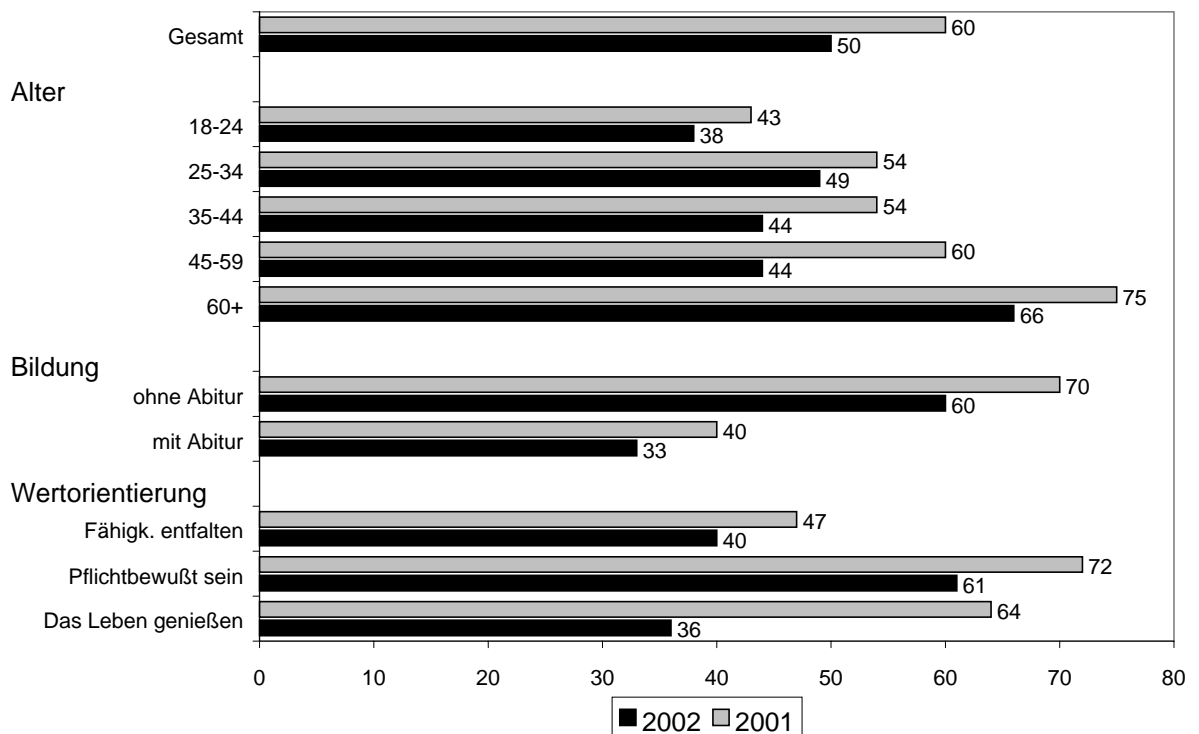
55 Es sei an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen, dass es sich beim Thüringen-Monitor 2002 nicht um eine Panel-Studie handelt, d.h. jedes Jahr werden andere Personen befragt. Entsprechend sind keine Aussagen zum Einstellungswandel auf der Individualebene möglich.

56 Dafür spricht ein Vergleich mit den Werten aus dem Jahr 2000. Ein direkter Vergleich ist zwar nicht möglich, weil den Befragten im ersten Jahr des Thüringen-Monitors neben abgestufter Zustimmung und Ablehnung auch eine Mittelkategorie angeboten worden ist. Zieht man jedoch ersatzweise das Verhältnis von Zustimmungen und Ablehnungen heran, weichen die Werte für 2001 deutlich nach oben ab.

unter den Katholiken – relativ geringen Zuspruch; zudem ist jeder Dritte der in diesem Sinne praktizierenden Christen nicht-autoritär.

Arbeitslose und Personen mit geringer Arbeitsplatzsicherheit sind ebenso wie ökonomisch schlecht Gestellte nur wenig überproportional unter den Autoritären vertreten. Damit ergeben sich keinerlei Anhaltspunkte für einen situativen, aus akuten Unsicherheits- oder Problemlagen gespeisten Autoritarismus, wie er gelegentlich in der Literatur berichtet wird (Oesterreich 2001). Deutliche Bezüge zeigen sich hingegen zu Werthaltungen. So finden sich bei Befragten mit einem konservativen Familienbild häufiger autoritäre Orientierungen als bei anderen. Zudem sind die Autoritären überproportional unter den Pflichtbewussten zu finden; die Entfaltung eigener Fähigkeiten hat für sie einen vergleichsweise geringen Stellenwert. Decken sich diese beiden Befunde mit den Ergebnissen des Vorjahres, so gibt es gegenüber 2001 eine bemerkenswerte Veränderung: Die „Hedonisten“, zuvor leicht überdurchschnittlich autoritär eingestellt, weisen im Jahr 2002 den geringsten Anteil Autoritärer auf. Schließlich sind die autoritär Eingestellten, obwohl sie mehrheitlich starke familiäre Bindungen angeben, überproportional unter denjenigen mit eher geringen oder schwachen Bindungen vertreten.

Abb. 40: *Autoritarismus nach Alter, Bildung und Wertorientierungen 2001 und 2002 (in Prozent)*



Autoritäre Orientierungen sind aber nicht nur für die Ausbildung von Werthierarchien bedeutsam, sie sind auch politisch folgenreich. Dies zeigt sich abseits der erwarteten Zusammenhänge mit dem Rechtsextremismus (vgl. Kap. III.3.2), wenn man ihre Wirkungen auf unterschiedliche politische Einstellungen untersucht. Zunächst zeigen sich Autoritäre wenig politisch interessiert und informiert. Entsprechend gering ist ihr politisches Engagement: Unabhängig davon, ob es um zeitweilige oder dauerhafte, lockere oder institutionalisierte Kanäle politischer Partizipation geht, Autoritäre schließen ein derartiges Engagement für sich durchweg häufiger aus als andere. Lediglich die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt können sie sich eher vorstellen als der Durchschnitt der Befragten. Vor diesem Hintergrund

mag nicht überraschen, dass die Autoritären mit 27 Prozent einen etwa doppelt so hohen Anteil an Nicht-Demokraten aufweisen wie die Vergleichsgruppe – und um etwa 40 Prozent häufiger eine positive Sicht auf die DDR haben.

Auf die Parteineigung wirkt sich der Autoritarismus kaum aus. Die Anhänger der Union liegen diesbezüglich im Durchschnitt, die der SPD und PDS darunter – über andere Parteien erlauben die geringen Fallzahlen keine zuverlässigen Aussagen. Nennenswert überrepräsentiert sind die Autoritären lediglich in einer Gruppe: unter den Befragten ohne Parteineigung – ein offenkundiger Effekt ihres geringen politischen Interesses und Wissens. Bei der ideologischen Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala ergibt sich demgegenüber ein klares Bild: Die Anteile der Autoritären in der Mitte der Skala und rechts davon sind überdurchschnittlich, bei den weltanschaulich Linken liegen sie hingegen weit unterhalb des Durchschnitts. Aus diesem Muster heraus fallen allerdings die Befragten, die sich sehr weit links eingestuft haben. Sie erreichen – bei geringer Fallzahl – ähnlich hohe Werte auf der Autoritarismusskala wie die Befragten rechts der Mitte. Dieser kurvilineare Zusammenhang mit der politischen Selbsteinstufung legt nahe, dass autoritäre Einstellungen kein „Monopol“ der (extremen) Rechten darstellen, sondern auch Linksaußen verbreitet sind. Neben theoretischen Erwägungen spricht auch dieser Befund dafür, den Autoritarismus nicht als integralen Bestandteil des rechtsextremen Einstellungsmusters zu betrachten, sondern als einen wichtigen Baustein zu seiner Erklärung.

3.2. Rechtsextremismus: Entwarnung für den demokratischen Verfassungsstaat?

Nähme man die Medienberichterstattung und den politischen Diskurs zum Maßstab, dann müsste es in den vergangenen zwei Jahren geradezu erdrutschartige Veränderungen im Ausmaß und in der Bedrohlichkeit des Rechtsextremismus in Thüringen wie bundesweit gegeben haben. Anders als nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im Frühjahr 2000 taucht der Rechtsextremismus in seinen diversen Erscheinungsformen nur noch in der Kurzberichterstattung und auf den hinteren Plätzen der politischen Agenda auf. Wenn gleichwohl auch im dritten Thüringen-Monitor der Rechtsextremismus gesondert untersucht wird, dann nicht nur aus der Erkenntnis heraus, dass dem massiv gesunkenen Nachrichtenwert kein realer Bedeutungsverlust entsprechen muss.⁵⁷ Vielmehr geht es darum, diesen wichtigen, als eine Herausforderung des demokratischen Verfassungsstaates zu betrachtenden Teilaspekt der politischen Kultur im Freistaat Thüringen über einen längeren Zeitraum hinweg, das heißt unabhängig von politischen Themenkonjunkturen zu dokumentieren und zu analysieren.

Daher ist zur Messung des rechtsextremen Einstellungssyndroms wiederum die Fragebatterie mit zehn Statements aus dem Vorjahr verwendet worden. Diese Aussagen lassen sich sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen zuordnen.⁵⁸ Einen vollständigen Überblick über das Antwortverhalten der Befragten zu beiden Erhebungszeitpunkten gibt die nachfolgende Tabelle. Die aktuellen Umfragewerte sind dabei durch Fettdruck hervorgehoben.

57 Dies gilt, legt man die einschlägigen Verfassungsschutzberichte des Bundes und des Freistaats Thüringen zu Grunde, wohl auch für den Rechtsextremismus auf der Verhaltensebene. Das 2001 mit dem Ziel der bundesweiten Vereinheitlichung eingeführte System zur Erfassungssystem politisch motivierter Kriminalität macht allerdings statistische Vergleiche mit früheren Jahren unmöglich.

58 Nach dem konsensuellen Beschluss einer Expertenkonferenz in Berlin 2001 sollten alle sechs Dimensionen bei empirischen Untersuchungen erhoben werden.

Tab. 5: Bewertung der zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 und 2002
(in Prozent)

Dimensionen und Statements	++ (2001) 2002	+ (2001) 2002	- (2001) 2002	-- (2001) 2002
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	(21,4) 26,0	(27,4) 29,4	(30,1) 30,7	(21,1) 13,9
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	(11,3) 18,5	(36,2) 31,0	(30,5) 36,0	(21,9) 14,5
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	(13,0) 11,1	(15,0) 13,9	(26,8) 30,6	(45,2) 44,3
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	(17,0) 17,6	(18,2) 15,5	(9,1) 13,4	(55,7) 53,4
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	(10,5) 11,6	(18,1) 17,5	(26,8) 36,9	(44,5) 34,0
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	(27,1) 24,8	(28,9) 27,7	(23,8) 31,1	(20,3) 16,3
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	(9,5) 8,6	(24,5) 19,5	(27,9) 37,5	(38,0) 34,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	(8,4) 6,4	(13,0) 12,8	(18,7) 21,9	(59,8) 58,9
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	(3,9) 4,2	(11,0) 8,3	(18,5) 22,3	(66,6) 65,1
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	(4,5) 3,0	(12,7) 13,7	(21,7) 26,2	(61,0) 57,1

++ „stimme voll und ganz zu“; + „stimme überwiegend zu“; - „lehne eher ab“; -- „lehne völlig ab“

Die Gesamtbetrachtung ergibt zunächst einen widersprüchlichen Befund: Während die Zustimmung zu den meisten rechtsextremen Aussagen gegenüber 2001 geringfügig abgenommen hat, ist zugleich durchweg ein Rückgang der entschiedenen Ablehnung („lehne völlig ab“) festzustellen. Letzteres mag ein Reflex des gewandelten gesamtgesellschaftlichen Klimas sein: Während in Jahren 2000 und 2001 sogar höchste politische Entscheidungsträger

zum „Aufstand der Anständigen“ aufgerufen haben und parallel dazu Kampagnen für mehr Zivilcourage gelaufen sind, ist derzeit eher eine „Normalisierung“ eingetreten, die den Erwartungsdruck auf die Befragten verringert. Die weniger entschiedene Positionierung gegen rechtsextreme Statements dürfte daher vor allem einer Abschwächung von Effekten der sozialen Erwünschtheit geschuldet sein.

Insgesamt überwiegt die Kontinuität, was sich statistisch an den stabilen Mittelwerten für die Mehrzahl der Statements ablesen lässt. Um so mehr Beachtung verdienen die drei Aussagen, bei denen der Mittelwert deutlich gestiegen ist. Darunter nimmt das sozialdarwinistische Statement zum Recht des Stärkeren wiederum eine Sonderstellung ein, weil der veränderte Mittelwert vorwiegend auf eine abgeschwächte Intensität der Ablehnung zurückgeht. Anders bei den ersten beiden ausländerfeindlichen Aussagen: Für die sozioökonomische Ausländerfeindlichkeit (Ausnutzung des Sozialstaats) lässt sich zugleich eine erheblich verstärkte Zustimmungsintensität ausmachen. Die Zustimmung zum im Kern rassistischen Überfremdungs-Statement hat sogar um sieben Prozentpunkte zugenommen, sodass erstmalig eine ausländerfeindliche Aussage die Unterstützung einer Mehrheit der Befragten findet. Zugleich nahm allerdings die Zustimmung zur ebenfalls rassistischen Aussage gegen die Heirat von Ausländern mit Deutschen ab.

Die Ausländerfeindlichkeit als eine Dimension des rechtsextremen Einstellungssyndroms erweist sich damit nicht nur, wie schon im Jahr zuvor, als in breiten Kreisen "salonfähig", sie weist auch die bei weitem höchsten Steigerungsraten auf. Sie gedeiht dort gut, wo das politische Interesse und die politischen Kenntnisse gering sind. Angesichts des mit 1,9 Prozent niedrigen und mutmaßlich weiterhin grotesk überschätzten Ausländeranteils in Thüringen⁵⁹ dürften die verbreiteten Ressentiments gegenüber Ausländern mehr als andere rechtsextreme Einstellungen mit einer bestimmten Form der Medienberichterstattung in Verbindung stehen. Offenkundig eignet sich die Ausländerfeindlichkeit in besonderem Maße als Ventil für deprivationsbedingte und politische Unzufriedenheit. Zugleich bildet sie den Kristallisationspunkt von autoritären Dispositionen und Demokratiefeindlichkeit.

Was die ausländerfeindlichen Aussagen von den (meisten) anderen rechtsextremen Statements unterscheidet, ist das Ausmaß ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz, nicht aber die sozialstrukturellen und persönlichkeits- oder einstellungsbezogenen Bedingungsfaktoren. Es gibt denn auch keinerlei Hinweise auf eine Sonderstellung der Ausländerfeindlichkeit unter den sechs Dimensionen des Rechtsextremismus. Bildet man aus den drei ausländerfeindlichen Aussagen einen Summenindex, so steht dieser mit allen rechtsextremen Statements in einem starken, teils sogar sehr starken Zusammenhang. Da dies in ähnlicher Weise für die Beziehung aller zehn Fragen untereinander gilt, erscheint ihre erneute Kombination zu einem Rechtsextremismus-Index sinnvoll.⁶⁰

59 Im Jahr 2001 wurde der Ausländeranteil im Freistaat von drei Vierteln der Befragten dramatisch überschätzt, das heißt um das Drei- bis Dreißigfache höher veranschlagt. Je stärker der Ausländeranteil überschätzt wurde, desto ausgeprägter war das rechtsextreme Denken – ein Zusammenhang, der zugespitzt mit „Ausländerfeindlich sind die Ahnungslosen“ charakterisiert werden kann (Edinger/Hallermann 2001a).

60 Anders als im vergangenen Jahr ergeben sich bei einer Faktorenanalyse – sehr knapp allerdings nur – zwei Komponenten. Die sechs der Hauptkomponente zugehörigen Statements, die über 40 Prozent der Varianz erklären, umfassen im weitesten Sinne sozialdarwinistische und rechtstotalitäre Positionen. Die zweite Komponente, die einen geringen zusätzlichen Erklärungswert hat, wird durch die drei ausländerfeindlichen Statements sowie das damit eng verbundene nationalistische Statement „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ gebildet. Da die beiden Faktoren jedoch extrem stark zusammenhängen und sie dementsprechend nicht

Wie im Vorjahr können die Interviewten auf diesem Index einen Wert zwischen 10 (überhaupt nicht rechtsextrem) und 40 (stark rechtsextrem) erreichen. Als rechtsextrem gelten Befragte mit einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunktes, also ab einem Punktwert von 26. Dabei ist jedoch einmal mehr die eher willkürliche Grenzziehung zu betonen.⁶¹ Bei identischer Messung hat sich der Anteil rechtsextrem Eingestellter innerhalb eines Jahres von 18,6 auf 20,9 Prozent erhöht.

Welche Faktoren sind es, die den gegenwärtigen Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene begünstigen oder gar hervorbringen? Und welche Gruppen sind hauptsächlich für den leichten Anstieg der Werte im Jahr 2002 verantwortlich? Diesen und weiteren Fragestellungen soll in drei Schritten nachgegangen werden. Zunächst gilt es, (1) die sozialstrukturellen Merkmale rechtsextrem Eingestellter in den Blick zu nehmen. Welche Rolle spielen beispielsweise das Alter, das Geschlecht und die Berufstätigkeit? Im Weiteren werden dann (2) drei Gruppen von Bestimmungsfaktoren untersucht, die als gängige Erklärungsmuster des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene gelten.⁶² Im Einzelnen gehören dazu der Autoritarismus als ein die Persönlichkeitsstruktur erfassendes Element sowie die relative Deprivation und die politische Unzufriedenheit als Umweltfaktoren. Ergänzend werden in Anlehnung an das Schwerpunktthema des diesjährigen Thüringen-Monitors familienbezogene Faktoren daraufhin überprüft, ob und inwieweit auch von ihnen relevante Wirkungen ausgehen. In einer kurzen abschließenden Bewertung geht es (3) um eine Gewichtung der verschiedenen Determinanten rechtsextremer Einstellungen im Rahmen eines Erklärungsmodells.

(1) Der enge Zusammenhang rechtsextremer Einstellungen mit dem Lebensalter und dem formalen Bildungsabschluss ist in einer Vielzahl von empirischen Untersuchungen nachgewiesen worden (zuletzt Brähler/Niedermayer 2002). Dass die Befragten mit einem Bildungsabschluss unter der 10. Klasse und die – in dieser Bildungsgruppe klar überrepräsentierten – Rentner besonders anfällig für rechtsextreme Denkmuster sind, kann mittlerweile als *conventional wisdom* der Rechtsextremismusforschung gelten. Die Befunde der bisherigen drei Thüringen-Monitore machen diesbezüglich keine Ausnahme. Aktuell sind Rechtsextreme in der niedrigsten Bildungsgruppe etwa doppelt so stark vertreten wie in der Gesamtbevölkerung; bei Personen mit Abitur sind sie drastisch unterrepräsentiert. Der Anstieg rechtsextremer Einstellungen 2002 geht jedoch vor allem auf die Befragten mit einem POS-Abschluss (10. Klasse) zurück: Während sie im vergangenen Jahr mit 19 Prozent nur einen durchschnittlichen Anteil Rechtsextremer aufgewiesen haben, ist nun mehr als jeder Vierte von ihnen rechtsextrem.

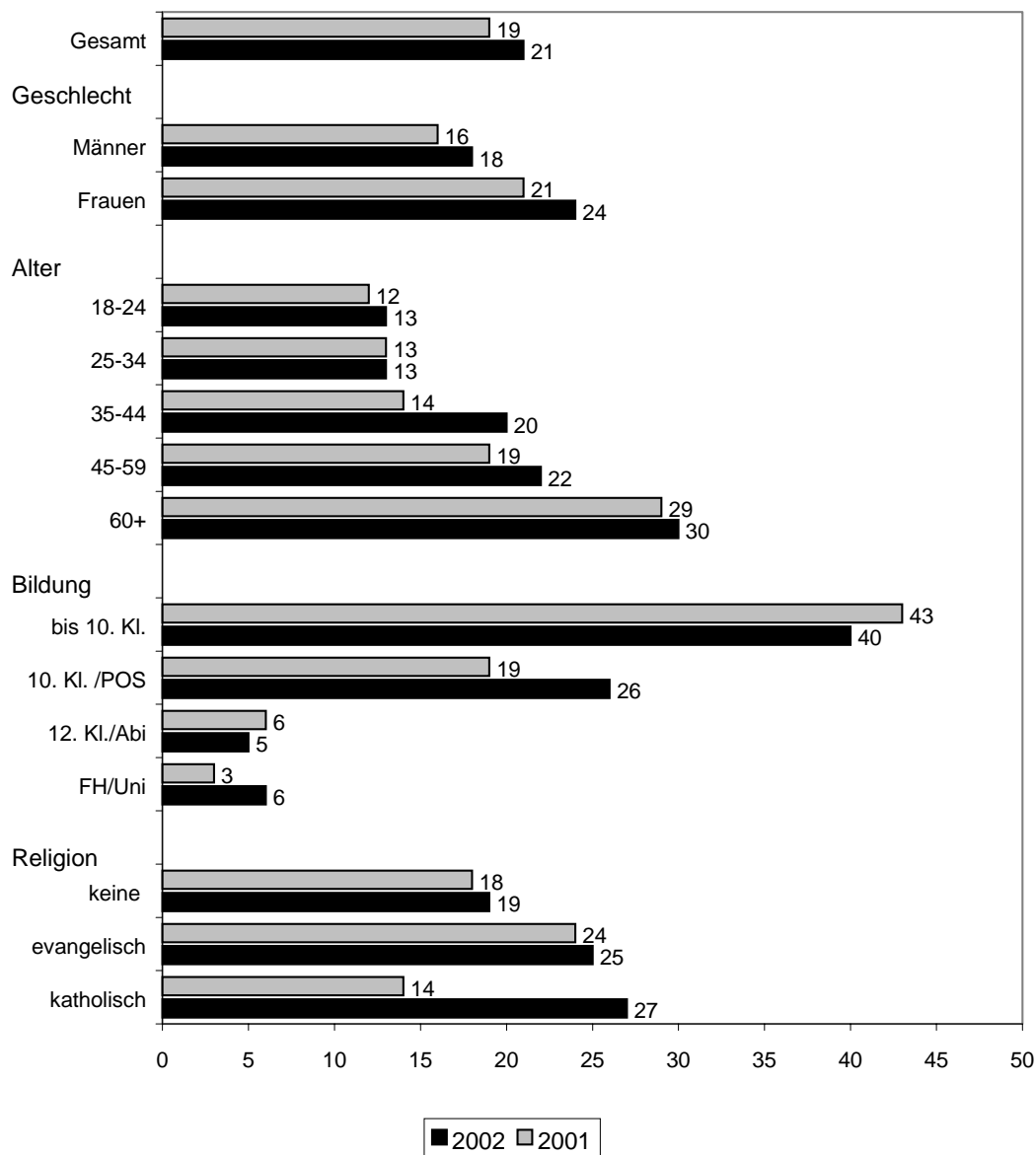
Ausländerfeindliche und sozialdarwinistische Orientierungen steigen weiterhin mit dem Alter an und erreichen bei den über 59-Jährigen Höchstwerte. Waren die rechtsextrem Eingestellten 2001 noch in allen Altersgruppen unter 45 Jahren unterproportional vertreten, so ist ihr Anteil an den 35-44-Jährigen in diesem Jahr deutlich gestiegen. Dieser Anstieg geht interessanterweise ausschließlich auf die Männer dieser Kohorte zurück. Der Anteil Rechtsextremer unter ihnen hat sich gegenüber 2001 fast verdreifacht und liegt damit höher als bei den gleichaltrigen Frauen. Damit stellt die mittlere Altersgruppe jedoch eine Ausnahme dar, denn insge-

nur aus theoretischen, sondern auch aus statistischen Gründen als zwei Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms zu verstehen sind, wird auf eine getrennte Darstellung verzichtet.

- 61 Nähme man statt des Skalenmittelpunkts den Punktwert 20 als Schnittstelle, würde sich der Anteil der Rechtsextremen in Thüringen schlagartig verdoppeln; würde die Grenze beim Punktwert 30 gezogen, säne ihr Anteil auf unter 7 Prozent. Aussagekräftig sind hingegen die Vergleiche zwischen 2001 und 2002.
- 62 Für eine knappe Übersicht vgl. den Literaturbericht im Thüringen-Monitor 2000 (Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106).

samt trägt der Rechtsextremismus in Thüringen auf der Einstellungsebene eher ein weibliches Gesicht. Der Abstand zwischen Frauen und Männern hat sich 2002 sogar noch vergrößert und er nimmt sich unter den jüngsten Befragten geradezu gigantisch aus.

Abb. 41: Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter, Bildung und Religion (in Prozent)



Überproportional häufig finden sich rechtsextreme Orientierungen mit jeweils etwa 30 Prozent bei den Arbeitslosen und – eine Ausnahme unter den Berufstätigen – bei den (Fach-) Arbeitern. Bedeutung kommt auch dem Wohnort zu: Ausländerfeindliche und sozialdarwinistische Aussagen finden mit steigender Ortsgröße und städtischer Struktur geringere Akzeptanz. Dieser Unterschied hängt zu einem gewichtigen Teil mit dem höheren durchschnittlichen Bildungsniveau in Städten zusammen. Allerdings hat der Wohnort auch einen eigenständigen Einfluss, vor allem bei den Befragten ohne Abitur. Für diese (große) Gruppe gilt, dass die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen in den kreisfreien Städten geringer ist als in den Landkreisen und in den Kreisen mit Grenzen zu Westdeutschland geringer als in denen ohne Westgrenze. Anders als im Vorjahr zeigen in diesem Jahr nicht nur die Pro-

testanten, sondern auch die (wenigen) Katholiken eine überdurchschnittliche Affinität zu rechtsextremen Positionen.

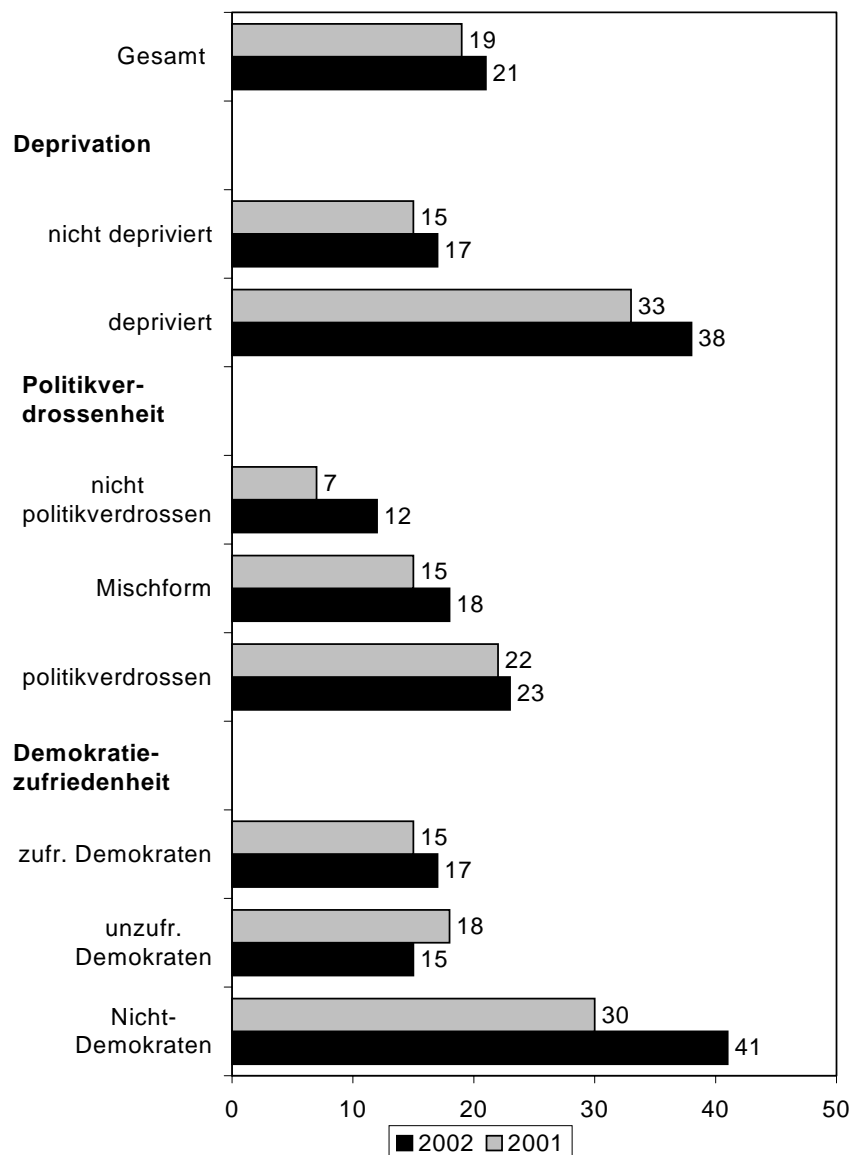
Die der obigen Abbildung zu entnehmende Über- bzw. Unterrepräsentation Rechtsextremer in ausgewählten sozialen Gruppen ist zwar aufschlussreich, sie gibt aber noch keine Auskunft über die Gründe, weshalb zum Beispiel die untersten Bildungsgruppen eine geringe Distanz zum Rechtsextremismus aufweisen. Ein geringes Maß an Reflexion(-svermögen), mangelnde (schulische) Erfahrung im Umgang mit Anderem, seien es andere Meinungen oder fremde Personen, oder die Antizipation unbefriedigender Chancen auf dem Arbeitsmarkt mögen hier eine Rolle spielen.

(2) Ein stärkeres Erklärungspotenzial im Vergleich zu den sozialstrukturellen Faktoren hat die ökonomische und soziale Deprivation. Bereits ein Blick auf die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation illustriert die Bedeutung der wahrgenommenen wirtschaftlichen Benachteiligung. Diejenigen, die sich selbst in einer schlechten materiellen Lage sehen, weisen mit 38 Prozent einen fast doppelt so hohen Anteil Rechtsextremer auf wie die Befragten insgesamt. Verwendet man den oben gebildeten Deprivationsindex (vgl. Kap. III.1.1) ergibt sich das gleiche Bild: Während insgesamt etwa jeder Fünfte rechtsextreme Orientierungen aufweist, ist es unter den Deprivierten weit mehr als jeder Dritte. Bei den Befragten, die Ostdeutsche durch Westdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandelt sehen (spezifisch ostdeutsche Deprivation), sind rechtsextreme Einstellungen sogar drei Mal so häufig wie bei denjenigen, die dieses Statement ablehnen.

Neben der Deprivation stellt die politische Unzufriedenheit den zweiten wichtigen Faktor unter den umweltbezogenen Determinanten des Rechtsextremismus dar. Tatsächlich wirken sich alle im Thüringen-Monitor 2002 erhobenen Ausdrucksformen politischer Unzufriedenheit bzw. der Distanz zum politischen System begünstigend auf die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen aus: geringes Institutionenvertrauen, die so genannte Politikverdrossenheit, geringe Demokratiezufriedenheit und die Ablehnung der Demokratie als Staatsform. Die schwächste Wirkung geht dabei vom (geringen) Institutionenvertrauen aus. Mit der Politikverdrossenheit wächst der Prozentsatz Rechtsextremer, wobei die Politikverdrossenen mit 22 Prozent einen knapp doppelt so hohen Wert wie die nicht Verdrossenen erreichen. Der eigentlich interessante Befund ist jedoch, dass ausschließlich diejenigen, die beiden Aussagen zur Politikverdrossenheit voll und ganz zustimmen, also Befragte mit einem extrem negativen Verhältnis zu Politik und Parteien, weit überproportional rechtsextrem eingestellt sind. Mit 35 Prozent weisen sie einen noch höheren Anteil Rechtsextremer auf als die mit der Demokratie in der Praxis völlig Unzufriedenen (31 Prozent).

Wie die folgende Abbildung ausweist, sind es jedoch die Nicht-Demokraten, die einen Spitzenwert beim rechtsextremen Einstellungssyndrom erreichen. Von zehn Befragten, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten, bekunden vier zugleich rechtsextreme Einstellungen – etwa zweieinhalb Mal so viele wie unter den Demokraten. Damit ist nicht nur die Zahl der Nicht-Demokraten gegenüber dem Vorjahr gestiegen, sondern unter diesen ist zudem der Prozentsatz Rechtsextremer um 11 Prozentpunkte in die Höhe geschneilt. Der Anstieg des Rechtsextremismus im Jahr 2002 geht damit maßgeblich auf diese „Demokratieverächter“ zurück.

Abb. 42: Rechtsextremismus nach Deprivation, Politikverdrossenheit und Demokratiezufriedenheit
(in Prozent)

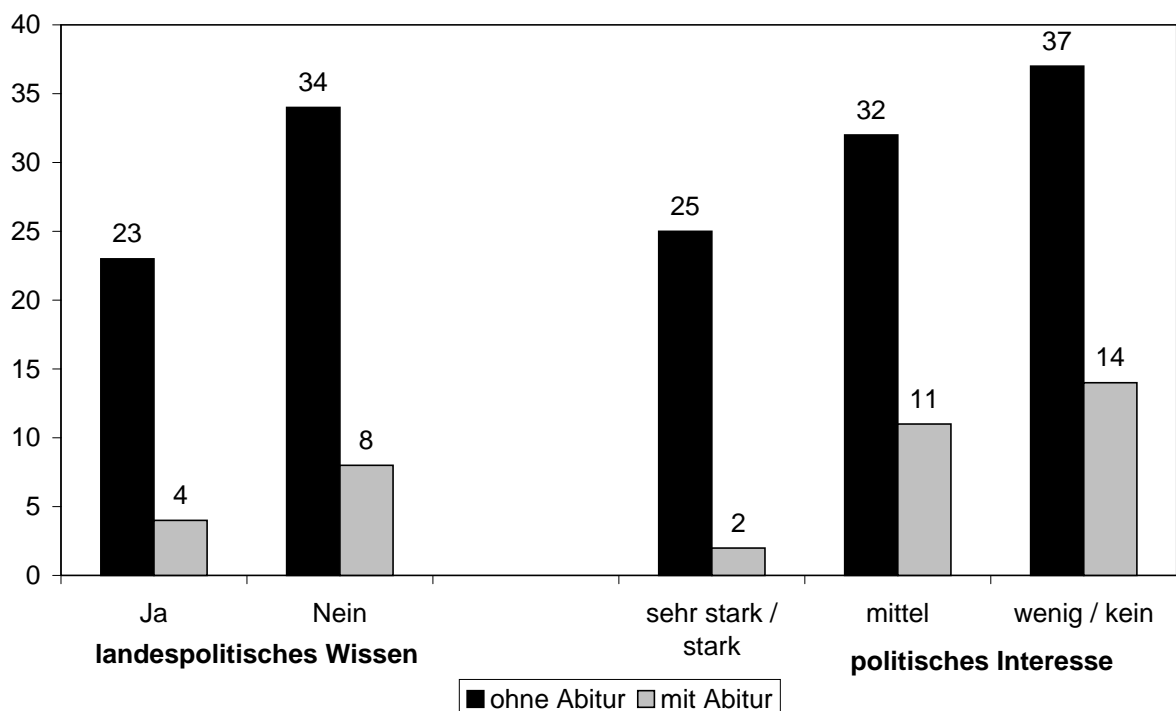


Neben der Unzufriedenheit mit dem politischen System lassen sich für weitere politische Einstellungen Zusammenhänge mit dem Rechtsextremismus aufzeigen. Dies gilt zunächst für die ideologische Selbsteinstufung. Von den Befragten, die sich auf der siebenstufigen Links-Rechts-Skala links der Mitte einordnen, ist nur jeder Neunte rechtsextrem. In der Mitte der Skala gilt dies bereits für jeden Vierten und rechts der Mitte für mehr als 30 Prozent. Unabhängigkeit von der gerade mit Blick auf die neuen Bundesländer immer wieder diskutierte Tauglichkeit der Links-Rechts-Skala als „politischer Kompass“ verleiht dieser Befund – ähnlich wie schon 2001 die entsprechenden Ergebnisse der Jugendbefragung – dem Festhalten am Begriff des Rechtsextremismus zusätzliche Plausibilität.

Relevant für die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen ist auch das politische Wissen. Entsprechende Einstellungen sind bei denjenigen, die nicht die im Thüringer Landtag vertretenen Parteien nennen können, doppelt so häufig anzutreffen wie bei in diesem Sinne politisch Informierten. Zwar bestätigt sich die Vermutung, dass das politische Wissen mit

dem Bildungsniveau steigt, doch hat es auch einen von der Bildung unabhängigen Effekt. So weisen die politisch informierten Befragten ohne Abitur nur einen durchschnittlichen Anteil von Rechtsextremen auf, während diese unter den „politisch Ahnungslosen“ der selben Bildungsgruppe mit 34 Prozent drastisch überrepräsentiert sind. Starke Affinität zum rechtsextremen Denken findet sich aber nicht nur bei den Unwissenden, sondern auch bei den politische Desinteressierten.

Abb. 43: *Rechtsextremismus nach landespolitischem Wissen und politischem Interesse bei Befragten mit und ohne Abitur (in Prozent)*

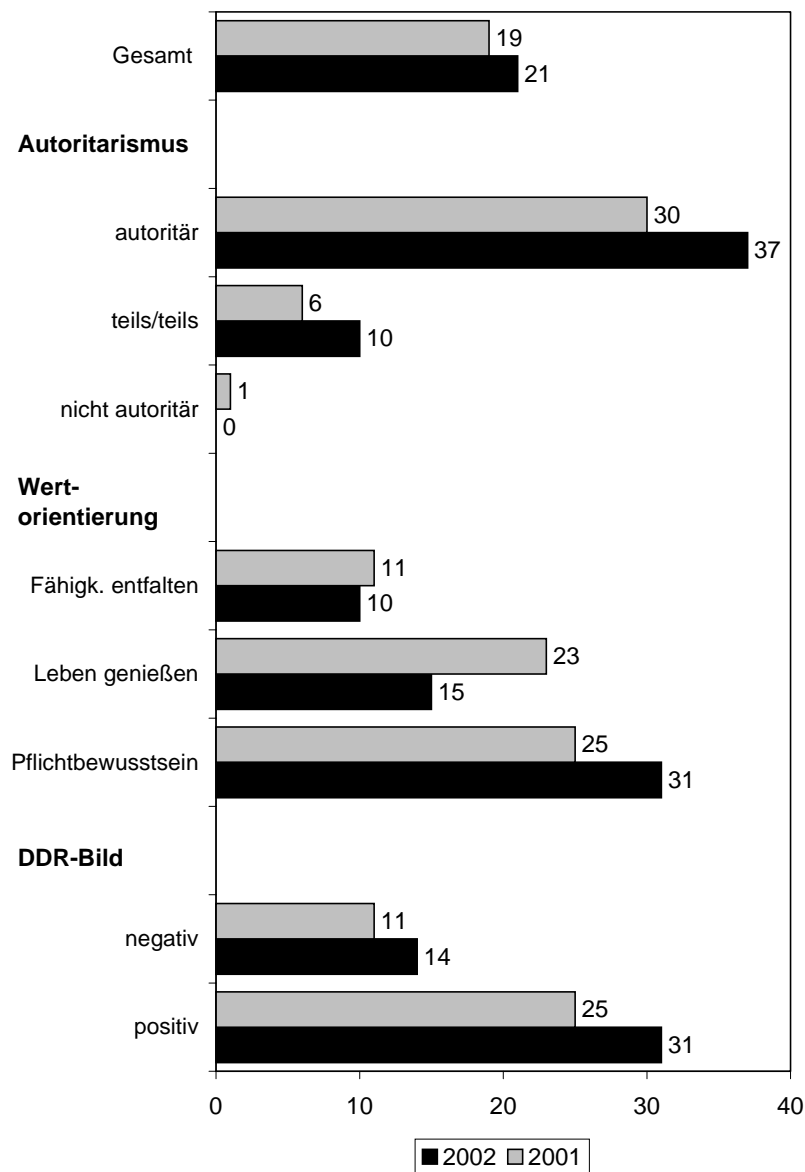


Keine Bedeutung für die Genese fremdenfeindlicher und sozialdarwinistischer Orientierungen haben die im Schwerpunktteil des diesjährigen Thüringen-Monitors ermittelten Lebensformen und die familienpolitischen Positionen der Befragten.⁶³ Auf eine einzige Ausnahme sei hingewiesen: Eine im weitesten Sinn traditionelle Vorstellung von Ehe und Familie und ihrer praktischen Umsetzung stehen in einem positiven Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Im Einzelnen neigen überdurchschnittlich viele Befragte mit einem konservativen Familienbild und diejenigen, die eine Beeinträchtigung der Familie durch die Berufstätigkeit der Frau erwarten, rechtsextremem Denken zu. Entsprechend sind Rechtsextreme dort etwas überrepräsentiert, wo sich der Mann in der klassischen „Alleinernährer“-Rolle befindet und Haushaltsarbeit und Kindererziehung weniger partnerschaftlich gehandhabt werden. Die berichteten Zusammenhänge sind zwar alle unzweifelhaft statistisch relevant, aber eher moderat. Der Beitrag der familienbezogenen Faktoren zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bleibt somit sehr bescheiden.

⁶³ Insofern es Unterschiede etwa beim Familienstand (höhere Werte bei Geschiedenen und Verwitweten) gibt, sind sie auf das Alter zurückzuführen.

Ganz anders der Autoritarismus: Er hat sich bei den bisherigen Erhebungen im Rahmen des Thüringen-Monitors jeweils als der wichtigste Bestimmungsfaktor für den Rechtsextremismus erwiesen (Edinger/Hallermann 2001), im Jahr 2001 auch bei der Jugendbefragung (Edinger/Hallermann 2002). Während der Autoritarismus trotz seiner weiterhin breiten Akzeptanz im Freistaat erheblich zurückgegangen ist, hat sich sein Einfluss auf die Genese rechtsextremer Einstellungen sogar noch ein wenig erhöht. So ist der Anteil Rechtsextremer in der Gesamtpopulation um zwei Prozentpunkte geklettert, hat sich aber unter den Autoritären gleich um sieben Punkte auf nunmehr 37 Prozent erhöht. Wie der Abbildung 44 zu entnehmen ist, hat sich auch in der Mittelkategorie ein überproportionaler Anstieg ergeben. Hingegen sind die Nicht-Autoritären weiterhin regelrecht immun gegenüber dem rechtsextremen „Virus“.

Abb. 44: Rechtsextremismus nach Autoritarismus, Wertorientierung und DDR-Bild (in Prozent)



Die vorwiegend im Zuge der frühen Sozialisationsphasen erworbenen autoritären Persönlichkeitsmerkmale wirken sich auch auf die Wertorientierungen aus (vgl. Kap. III.3.1). Gleichwohl lässt sich für die Werte im Leben ein eigenständiger Einfluss auf den Rechtsextremismus nachweisen – sieht man von der relativ kleinen Gruppe der Nicht-Autoritären ab. Wie schon 2001 sind es die Pflichtbewussten, die die größte Nähe zu rechtsextremen Denkmustern zeigen. Während dies jedoch im Vorjahr nur für jeden Vierten gegolten hat, ist es aktuell fast jeder Dritte. Damit finden sich unter denjenigen, die das Pflichtbewusstsein als wichtigsten Wert im Leben betrachten, doppelt so viele Rechtsextreme wie bei den Hedonisten und drei Mal so viele wie bei den auf die Entfaltung eigener Fähigkeiten Bedachten. Bemerkenswerter noch ist die gegenläufige Veränderung bei den Hedonisten. Der gravierende Rückgang rechtsextremer Orientierungen in dieser Gruppe hängt mit Alterseffekten zusammen. Offenkundig hat sich die Wertehierarchie unter den wenigen älteren Hedonisten – möglicherweise in Verbindung mit den durch den 11. September und das Blutbad in Erfurt ausgelösten Erschütterungen – verändert und zu einer Stärkung des Lagers der Pflichtbewussten geführt.⁶⁴ Damit sind im Lager der Hedonisten allein die jungen Exponenten der „Spaßgesellschaft“ verblieben, deren Verständnis von Lebensgenuss wenig Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Denkfiguren bietet.

Die Analyse der einzelnen Bestimmungsfaktoren rechtsextremer Orientierungen in Thüringen soll hier mit einem unter dem Gesichtspunkt ostdeutscher Besonderheiten besonders interessanten Aspekt beendet werden: der Bewertung der DDR. Wie schon 2001 geht die positive Bewertung der DDR mit ausländerfeindlichen und sozialdarwinistischen Einstellungen einher. Unter den „Freunden“ der DDR post mortem ist fast jeder Dritte als rechtsextrem einzustufen – ein mehr als doppelt so hoher Anteil wie unter den Befragten, die das *ancien régime* negativ bewerten. Dass dieser Zusammenhang nicht Produkt ideologischer Nähe ist, verdeutlicht die Einstufung auf der Links-Rechts-Skala. Die nach der Selbsteinstufung politisch Linken weisen die größte Distanz zu rechtsextremen Positionen auf, aber zugleich ein überdurchschnittlich positives DDR-Bild. Als Bindeglied zwischen der Bewertung des „Arbeiter- und Bauernstaats“ und dem Rechtsextremismus fungiert zum einen der Autoritarismus – angesichts des Charakters des SED-Regimes kein überraschender Befund. Zum anderen bieten beide, der vormundschaftliche Staat DDR retrospektiv und die rechtsextremen Deutungsmuster ganz aktuell, gedankliche Gegenwelten für Befragte, die nach der eigenen Wahrnehmung im vereinten Deutschland „zu kurz gekommen“ sind. Gemeinsam ist diesen Denkmustern vor allem, dass sie sich von der sozial und ökonomisch als unbefriedigend erlebten bundesdeutschen Realität deutlich unterscheiden.

(3) Die Wirkungen wichtiger Erklärungsgrößen auf den Rechtsextremismus sind bislang weitgehend getrennt voneinander untersucht worden. Bei einer solchen Betrachtungsweise finden naturgemäß die vorhandenen Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Bestimmungsfaktoren keine Berücksichtigung. Im Ergebnis bleibt die Erklärungskraft begrenzt, weil nicht ersichtlich ist, welche Variablen letztlich den Ausschlag für die Genese rechtsextremer Einstellungen geben. Aus diesem Grund soll hier im Rahmen des Thüringen-Monitors erstmalig auch eine multivariate Auswertung erfolgen. Im Rahmen einer multiplen Regressionsanalyse lässt sich der relative Einfluss verschiedener Erklärungsgrößen auf den Rechtsextremismus gleichzeitig schätzen.

64 An dieser Stelle ist nochmals daran zu erinnern, dass keine Aussagen über Veränderungen auf der Individualebene gemacht werden können, weil jedes Jahr im Rahmen des Thüringen-Monitors andere Personen befragt werden.

In die Analyse gehen dabei die für die oben präsentierten Erklärungsansätze wichtigsten Statements und Skalen ein: so unter anderem Alter und Größe des Wohnorts als sozialstrukturelle Variablen, die eigene finanzielle Lage und das ostdeutsche Diskriminierungsgefühl als Indikatoren von Deprivation, die Politikverdrossenheit und die Demokratie-Ablehnung als Ausdruck von politischer Unzufriedenheit sowie der Klassiker unter den persönlichkeitsbezogenen Determinanten, der Autoritarismus.

Vier bemerkenswerte Befunde befördert diese komplexere Analyse zu Tage: Erstens entfaltet die Deprivation – unabhängig davon, wie sie gemessen wird – *keine* eigenständige Wirkung auf rechtsextreme Orientierungen. Das bedeutet, dass Deprivation eine Folge von anderen Faktoren wie beispielsweise Bildung ist, die ihr vorgelagert sind. Der Unterschied zu der Jugendstudie des vergangenen Jahres könnte in diesem Punkt kaum größer sein: 2001 war die relative soziale Deprivation, gemessen über das ostdeutsche Diskriminierungsgefühl, der zweitstärkste Erklärungsfaktor bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die drei anderen Erklärungsansätze erweisen sich hingegen auch bei multivariater Betrachtung als bedeutsam. Jeweils einem Faktor kommt dabei besonderes Gewicht zu: dem formalen Bildungsniveau, der grundsätzlichen Ablehnung demokratischer Verfahren und dem Autoritarismus. Diese drei Faktoren gemeinsam – und dies ist der zweite aufschlussreiche Befund – weisen eine ausgesprochen große Erklärungskraft für rechtsextreme Einstellungen in Thüringen auf. Diese lässt sich nur noch wenig verbessern, wenn man weitere relevante Einflussgrößen wie die Politikverdrossenheit, das politische Wissen und das Alter in das Modell aufnimmt.

Drittens ist die Erklärungsleistung gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen: Dies gilt sowohl im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung als auch im Vergleich zur Jugendstudie des Jahres. Wie die letzte Zeile der Tabelle 6 belegt, lässt sich mit Hilfe der vier aufgeführten, in beiden Jahren wesentlichen Einflussgrößen 49,6 Prozent der Varianz erklären – ein Zuwachs um etwa sechs Prozentpunkte gegenüber der Hauptbefragung 2001. Eine dominante Stellung – in der Tabelle ablesbar an den bei weitem höchsten „Betakoeffizienten“⁶⁵ – nimmt wie schon im Vorjahr der Autoritarismus ein. Sein Einfluss ist beinahe so groß wie die Erklärungskraft der drei anderen Faktoren zusammen. Mit dieser geradezu enormen Bedeutung einer persönlichkeits- und sozialisationsbezogenen Größe für die Erklärung des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene korrespondiert ein Ergebnis aus der Forschung zu rechtsextremen Gewalttätern. Danach sind diese vielfach unter außerordentlich ungünstigen, vor allem ungünstigen familiären Sozialisationsbedingungen aufgewachsen und haben bereits im Kindesalter massive Probleme im Sozialverhalten gezeigt (Müller 1997: 44-46; Wahl/Tramitz/Blumentritt 2001).

65 Die Betakoeffizienten geben Aufschluss über die Erklärungskraft jedes einzelnen Faktors im Vergleich zu allen anderen.

Tab. 6: *Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen*

Erklärungsgröße	Betakoeffizienten		
	2002	2001 (Gesamt)	2001 (Jugend)
Autoritarismus (Skala)	.48	.46	.44
Demokratie beste Staatsidee	-.20	-.09	-.20
Bildungsabschluss	-.21	-.21	-.14
Politikverdrossenheit	.13	.16	.16
Erklärte Varianz	49,6 %	43,8 %	39,7 % ⁶⁶

Lesehilfe: Der Autoritarismus ist durchweg am erklärungsstärksten, ablesbar an dem jeweils höchsten Betakoeffizienten

Während die Bedingungsstruktur des Rechtsextremismus im Vergleich zur Hauptbefragung des vergangenen Jahres insgesamt konstant geblieben ist, sticht doch – ein vierter berichtenswerter Befund – der gestiegene Einfluss der Systemablehnung ins Auge. Leistete die Ablehnung der demokratischen Staatsform 2001 nur einen schwachen Beitrag zur Erklärung, stellt sie nunmehr – bei Einbeziehung weiterer Determinanten – den zweitwichtigsten Faktor dar.

Offenbar tritt die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zusehends in Kombination mit einer Präferenz für konkurrierende Deutungsangebote von Rechtsaußen auf. Grund für eine Entwarnung in Sachen rechtsextremer Einstellungsmuster dürfte es schon aus diesem Grund nicht geben. Ob allerdings die hier skizzierte Konstellation vom organisierten Rechtsextremismus perspektivisch in politische (Wahl- und Mobilisierungs-)Erfolge umgemünzt werden kann, hängt von einer Fülle anderer Faktoren ab, über die auf der Basis einer Repräsentativbefragung keine Aussagen möglich sind.

Unter den wenigen auf Verhalten(-sdispositionen) bezogenen Fragen ist in diesem Kontext allein die nach der Gewaltbereitschaft relevant. Diese ist unter den rechtsextrem Eingestellten stark ausgeprägt, womit sich die Ergebnisse der Vorjahre bestätigen. Mehr als 17% (2001: 14%) der Rechtsextremen meinen, dass sie für ihre politischen Ziele auch kämpfen würden, wenn dafür Gewalt notwendig sein sollte. Damit weisen sie einen zweieinhalb Mal höheren Anteil an Gewaltbereiten auf als die Kontrastgruppe – und sie stellen fast 40 Prozent der Gewaltbereiten. Diese Werte stehen in markantem Kontrast zu der sonstigen politischen Abstinenz dieser Personengruppe und ihrer geringen Bereitschaft zu jeglicher Form gewaltfreier Partizipation. Anders als unter den rechtsextremistischen Gewalttätern, die zu über 90 Prozent von Männern gestellt werden, lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen: die rechtsextremen Gewaltbereiten verteilen sich wie schon 2001 gleichmäßig auf beide Geschlechter.

66 Die geringe Varianzaufklärung bei der Jugendbefragung ist irreführend, da hier der für die 16-29-Jährigen wichtige Faktor der ostdeutschen Deprivation nicht einbezogen ist. Nimmt man diesen und das DDR-Bild in das Modell auf, steigt die erklärte Varianz auf 45% (vgl. Edinger/Hallermann 2002: 58).

IV. Fazit und Ausblick

Alarmierende demographische Entwicklungen, eine außerordentliche Wertschätzung der Familie bei deutlich wahrnehmbarer Pluralisierung der Lebensformen, im einzelnen differenzierte, generell aber hohe familienpolitische Erwartungen, ein Anwachsen der Politikverdrossenheit und jede Menge Widersprüche – auf diesen alles andere als einfachen Nenner lassen sich die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002 bringen. Und die Analyse fügt hinzu: der in Europa zu beobachtende soziale Wandel hat die Thüringer eingeholt, und auf dem Boden einer Gesellschaft „freier, selbständiger Personen, die für sich sorgen“ zeigt bei rauher werdendem Klima das eine oder andere Knie unzureichende Standfestigkeit. Doch von den Bildern zu den Fakten, und hier zunächst zur Demographie.

1. Demographische Entwicklung Thüringens

Alarmierend ist die Prognose, dass bei fortdauernder Abwanderungstendenz und gleichbleibender Geburtenrate die Thüringer Bevölkerung bis 2050 auf 1,7 Mio. schrumpfen und progressiv altern wird. Hier bieten die Umfragen keinerlei Trost: sie zeigen, dass Abwanderung und Geburtenrückgang einerseits von der Wahrnehmung wirtschaftlicher Notwendigkeiten und andererseits von der Einstellung auf eine Situation, in der die Verbindung von Familie und Beruf größere eigene Anstrengungen erfordert, bestimmt sind. Eine baldige Umkehrung des demographischen Trends ist kaum zu erwarten: sowohl bei den Jüngeren als auch bei denjenigen, die sich eher als Thüringer denn als Deutsche oder Europäer fühlen, ist Abwanderung eine klar artikulierte Präferenz. Wie bedrohlich dies ist, wird allein durch den Hinweis darauf deutlich, dass es vor allem hoch qualifizierte junge Thüringer sind, die Abwanderungsabsichten hegen. Die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Thüringen, die Bindung der Absolventen Thüringer Hochschulen an eine Tätigkeit im Land, Anreize finanzieller und struktureller Art vor allem für junge Frauen, in Thüringen ihr familiäres und berufliches Lebensglück zu suchen – es können gar nicht genug Vorschläge gemacht werden, um Perspektiven zu eröffnen und Anreize zu schaffen, den negativen demographischen Trend in Thüringen zu stoppen und umzukehren. Die Umfrageergebnisse sprechen dafür, dass auf der Einstellungsebene persönliche Dispositionen dazu durchaus vorhanden sind. Sie verraten hier und da auch, dass die hohen Erwartungen an den Staat mutige Entscheidungen zu einer Existenzgründung in Thüringen zugunsten eines „go west“ in den Hintergrund drängen mögen. Kurz: ganz überwiegend zeigen sie eine nicht geringe Empfänglichkeit gerade junger Thüringerinnen und Thüringer für politische Signale, dass ein Verbleiben in Thüringen sich auszahlt und auf Dauer lohnt.

Solche Signale kann nun eine differenzierte Familienpolitik in einem nicht unerheblichen Maß setzen; doch bevor darauf einzugehen ist, soll die Frage beantwortet werden, wie sich das Bild der Familie in Thüringen darstellt.

2. Die Familie in Thüringen

Die Situation der 987.000 Thüringer Familien hat sich mit den zurecht als „Schock“ beschriebenen Reaktionen auf den Wandel der Jahre 1989 bis 1991 tiefgreifend verändert. 1990/91

gehen die Heiratsziffern um 60 % zurück; der Stand von 1991 wurde nach zehn Jahren gerade wieder erreicht. Damit einher geht ein sozialer Wandel des Familienleitbildes, der sich in folgenden Einstellungen zeigt:

Erstens wird der Familie eine überragende soziale Bedeutung zugeschrieben und rangiert die Familienpolitik für die Thüringer auf dem selben Rang wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die familiären Bindungen werden überwiegend recht hoch eingeschätzt. Zugleich sind 75 Prozent der Auffassung, die Familie habe gegenüber der DDR-Zeit nicht an gesellschaftlichem Stellenwert gewonnen.

Zweitens zeigt sich auch in Thüringen eine im Zuge der Pluralisierung der Lebensformen gesteigerte Unsicherheit darüber, was als „Familie“ zu gelten habe. Deutlich wird zunächst eine klare Entkoppelung von Ehe und Familie. Kinderlos Verheiratete gelten bei etwa der Hälfte der Thüringer nicht als Familie, und die Lebensform spielt für das Familienverständnis eine deutlich untergeordnete Rolle. Dem entspricht, dass 2001 in Thüringen erstmals mehr uneheliche als eheliche Kinder zur Welt kamen. Hier ist angesichts der Gleichrangigkeit von Ehe und Familie in der Verfassung auf eine erhebliche Diskrepanz zwischen Norm und Wirklichkeit hinzuweisen, die auch von verfassungsrechtlicher Seite in den Blick genommen wird (Di Fabio 2002). Für die Familien selbst hat die Entkoppelung von Ehe und Familie möglicherweise insoweit Konsequenzen, als sich die Wertorientierung der Erziehung und die Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben ändern können: Bei der Wertorientierung scheint das Pflichtbewusstsein in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften in geringerem Maße präferiert, und in nicht-ehelichen Partnerschaften wird eher eine Überforderung durch Erziehungsaufgaben als bei verheirateten Eltern beklagt.

Drittens gilt unabhängig von der Lebensform in Thüringen das Zusammenleben von Eltern- und Kindergeneration als „Familie“, wobei Eltern und zwei Kinder die dominierende Vorstellung ist. Eine weitere Auswirkung der Entkoppelung von Ehe und Familie liegt möglicherweise darin, dass bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften der Kinderwunsch hinter demjenigen verheirateter Paare etwas zurücksteht. Auch bei den jüngeren Befragten lässt sich indessen ein etwas weniger ausgeprägter Kinderwunsch (durchschnittlich 1,7) im Vergleich zu älteren Befragten (durchschnittlich 2,1) beobachten.

Viertens lässt sich jedoch ein deutliches Auseinanderfallen von Kinderwunsch und dessen Realisierung beobachten. In der Einschätzung der Thüringer sind es insbesondere drei Gründe, welche die Umsetzung der Kinderwünsche behindern: mangelnde Betreuungsmöglichkeiten, unzureichende gesellschaftliche Anerkennung der Kindererziehung und berufliche Nachteile. Finanzielle Nachteile sind zwar relevant, stehen aber mit deutlichem Abstand dahinter zurück.

Fünftens sind die Erwartungen der Thüringer an die Familienpolitik recht differenziert und heterogen. Zwei Drittel plädieren für mehr Entlastung bei der Kinderbetreuung, nur ein Drittel für finanzielle Unterstützung. Je schlechter jedoch die eigene finanzielle Situation der Eltern wird, desto eher werden finanzielle Unterstützungen gewünscht. Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften überwiegt der Wunsch nach finanzieller Entlastung. Bei den strukturellen Entlastungswünschen überwiegt die Nachfrage nach stärkerer Tagesbetreuung von Kindern. Flexiblere Arbeitszeiten und mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit runden das Spektrum der strukturellen Entlastungswünsche ab. Hier wird deutlich, dass auch die Wirtschaft familienpolitische Verantwortung trägt. Bei den finanziellen Entlastungen rangieren Zuschüsse vor Steuerentlastungen. Der Wunsch nach Betreuung von Kindern unter zweieinhalb Jahren findet bei einer Mehrheit der Betroffenen Zustimmung. Mehr Ganztagsbetreuung, nicht aber die Ganztagschule wünscht die Mehrheit der Eltern.

Fasst man die Ergebnisse unter der Frage nach politischen Konsequenzen zusammen, so ist zunächst auf die offenkundig günstige Ausgangslage und gute Rahmenbedingungen in Thüringen zu verweisen: Nur ganze vier Prozent der Befragten mit Kindern im eigenen Haushalt geben an, sich in der Gegend, in der sie wohnen, nicht wohl zu fühlen. Dass es in anderen Bundesländern bessere Lebensbedingungen für Familien gebe als in Thüringen, sieht die Mehrheit der Thüringer Familien nicht. Dennoch könnte Thüringen ein kinderreiches Land sein, was es deutlich nicht ist. Bei der Suche nach den Gründen werden Anreizmöglichkeiten durch bessere Tagesbetreuung, bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf zu verbinden, und stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Kindererziehung erkennbar. Es werden aber auch Stimmungen erkennbar, welche die Realisierung des Kinderwunsches hemmen: Unsicherheiten aufgrund des tiefgreifenden Wandels des Familienleitbildes, Unsicherheiten auch aufgrund höherer Anforderungen an die eigene Verantwortung und Lebensgestaltung, Unsicherheiten aber vor allem im Hinblick auf die Wahrnehmung eines verschlechterten allgemeinwirtschaftlichen Klimas. Und hier liegt denn auch der wichtigste Berührungspunkt zu den allgemeinen politischen Einstellungen der Thüringer.

3. Politische Einstellungen der Thüringer

Für die politischen Einstellungen der Thüringer gilt nach wie vor, dass der demokratische Verfassungsstaat und das Vertrauen in seine Institutionen in Thüringen fest verankert sind. Gleichwohl lassen sich 2002 einige rückläufige Entwicklungen feststellen, die in vier Punkten zusammenzufassen sind:

Erstens haben sich bei der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen durchaus gravierende Änderungen ergeben: erstmals findet eine negative Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eine Mehrheit unter den Thüringern. An der persönlichen finanziellen Situation der Thüringer kann dies nicht liegen: sie wird wie in den Vorjahren von einer deutlichen Mehrheit positiv eingeschätzt. Es ist die gesamtwirtschaftliche Stimmung in Deutschland insgesamt, die sich verschlechtert hat.

Zweitens werden Veränderungen bei denen sichtbar, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage negativ einschätzen. Hier zeigt sich ein Diskriminierungsgefühl im Vergleich zu Westdeutschland, und hier steigt der Anteil derjenigen, die der DDR mehr gute als schlechte Seiten zuschreiben.

Drittens genießt das demokratische politische System zwar in Thüringen große Anerkennung, doch ist die Zahl der unzufriedenen Demokraten ebenso wie diejenige der Nicht-Demokraten angewachsen. Die Indikatoren für Politikverdrossenheit sind in allen Altersgruppen stärker geworden, wobei insbesondere die jüngste Altersgruppe nicht mehr ohne weiteres als der Hoffnungsträger erscheint, als den sie die Studie des Vorjahres ausgewiesen hatte.

Viertens sind leichte Anstiege auch bei den Werten festzustellen, mit denen rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen gemessen werden. Bei einer leichten Zunahme rechtsextremer Einstellungen um insgesamt 2,3 Prozentpunkte ist über die bereits in den Vorjahren präsentierten Ergebnisse hinaus darauf hinzuweisen, dass bei einer extremen Distanz zu Politik und Parteien die Neigung zu rechtsextremen Einstellungen steigt.

Dem stehen indessen einige Befunde gegenüber, aus denen zumindest Rückschlüsse darauf möglich sind, wie die sichtbar werdende Wegstrecke, die zu einer vollen Verankerung der Demokratie in Thüringen noch zurückzulegen ist, angegangen werden kann. Eine nicht zu

unterschätzende Rolle spielt dabei die Familie. Denn erstens hat die Analyse ergeben, dass mit dem Autoritarismus einer der wichtigsten Faktoren für rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen im Erziehungsleitbild der Thüringer Familien deutlich auf dem Rückzug ist. Und die Untersuchungen bestätigen zweitens, dass mit steigendem Interesse an Politik – übrigens nicht unbedingt mit steigendem Wissen über Politik – Politikverdrossenheit zurückgedrängt wird. Dass 67 Prozent der Eltern von Schulkindern angeben, mit diesen häufig über Politik zu sprechen, lässt insoweit hoffen.

4. Ungereimtheiten im Gesamtbild

Auch die diesjährige Erhebung zeigt an einer Fülle von Beispielen, dass allgemeine öffentliche Urteile oft in Widerspruch zu den Einschätzungen Betroffener stehen. Das auffälligste Beispiel ist sicher die Diskrepanz zwischen der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der eigenen finanziellen Situation. Aber gerade auch in Bezug auf die Familie fallen solche Widersprüche auf. Auf das Auseinanderfallen von artikuliertem und realisiertem Kinderwunsch wurde schon eingegangen. Die hohe soziale Bedeutung, welche der Familie zugeschrieben wird, steht in einem nicht unerheblichen Kontrast zur eingeforderten höheren Anerkennung für „Familienarbeit“.

Auf Diskrepanzen macht auch die folgende Frage aufmerksam: Die Studie des Vorjahres hatte eine recht hohe Zustimmung zu einer wertbetonten Erziehung ergeben, und die diesjährigen Ergebnisse im Hinblick auf Erziehungsziele scheinen dies zu bestätigen. Stimmt damit aber das innere Familienbild überein? Mit der wertvermittelnden Tätigkeit des Lesens verbringen nur 21 Prozent der Thüringer Schulkinder mehr als zwei Stunden pro Tag, beim Fernsehen sowie bei Sport und Spiel werden jeweils doppelt so viele Stunden verbracht. Und nach unseren Erhebungen scheint ein Viertel der Schulkinder keine Hausaufgaben zu machen. Deutet dies auf die Notwendigkeit einer Pisa-Studie für Eltern hin?

Literatur

Für den statistischen Teil wurden die Statistischen Jahrbücher für Thüringen und für die Bundesrepublik Deutschland ab 1991 sowie eine Fülle weiterer Publikationen und unveröffentlichter Materialien des Thüringer Landesamts für Statistik sowie des Statistischen Bundesamts ausgewertet.

- Beck-Gensheim, Elisabeth (1998): Was kommt nach der Familie? Einblick in neue Lebensformen, München
- Berger, Brigitte / Berger, Peter L. (1984): In Verteidigung der bürgerlichen Familie, Frankfurt a.M.
- Bertram, Hans (1995): Individuen in einer individualisierten Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter, Opladen, S. 9-34
- Bittighöfer, Bernd (1971): Familiensoziologie, in: Eichhorn, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 2. Aufl., Opladen, S. 123-125
- Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.) (1994): Fünfter Familienbericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland, Bonn
- Cooper, David (1981): Der Tod der Familie, 6. Aufl., Reinbek
- Dennis, Mike (1998): The East German Family. Change and Continuity, in: German Politics 7, S. 83-101
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt a.M.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen
- Dicke, Klaus / Edinger, Michael / Schmitt, Karl (2000): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- Dicke, Klaus u.a. (2002): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt
- Di Fabio, Udo (2002): Am demographischen Abgrund. Der Schutz von Ehe und Familie: Eine Wertentscheidung für die vitale Gesellschaft, in: FAZ, 12. Oktober, S. 7
- Dorbritz, Jürgen (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 22, S. 239-268

- Dorbritz, Jürgen (1999): Familienbildung und -lösung in Deutschland – theoretische Reflektionen und demographische Trends, in: Roloff, Juliane / Dorbritz, Jürgen (Hrsg.): Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Demographische Trends, individuelle Entscheidungen und sozio-ökonomische Bedingungen, Opladen, S. 11-31
- Dorbritz, Jürgen / Roloff, Juliane (1999): Familienbildung in Deutschland in den 90er Jahren – Zusammenfassung und Ausblick, in: dies. (Hrsg.): Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Demographische Trends, individuelle Entscheidungen und sozio-ökonomische Bedingungen, Opladen, S. 243-253
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, S. 588-612
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001a): Ausländerfeindlich sind die Ahnungslosen – Politische Kultur im Jahr 2001, in: Das Parlament 48-49, S. 3
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2002): Rechte Jugendliche im Osten. „Ost-deutschen“ Erklärungsmustern auf der Spur – das Beispiel Thüringen, in: Deutschland Archiv 35, S. 51-59
- Ettrich, Klaus Udo (2001): Familie und Elternschaft in den neuen Bundesländern, in: Nickel, Horst / Quaiser-Pohl, Claudia (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich, Weinheim / München, S. 49-59
- Gerlach; Irene (1996): Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland, Opladen
- Giesen, Bernd / Leggewie, Claus (Hrsg.) (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin
- Gukenbiehl, Hermann L. (2000): Familie, in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, 6. Aufl., Opladen, S. 80-84
- Habich, Roland u.a. (1999): Einstellungen zur Familiengründung in West- und Ostdeutschland, in: Roloff, Juliane / Dorbritz, Jürgen (Hrsg.): Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Demographische Trends, individuelle Entscheidungen und sozio-ökonomische Bedingungen, Opladen, S. 147-225
- Hegel, Georg W. F. (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Frankfurt a.M. (Theorie Werkausgabe 7)
- Helwig, Gisela (1985): Familie, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch, Band 1, 3. Aufl., Köln, S. 370-374.
- Hoffmann-Nowotny, Hans J. (1995): Die Zukunft der Familie – Die Familie der Zukunft, in: Gerhardt, Uta u.a. (Hrsg.): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen, S. 325-348
- Hradil, Stefan (1995): Auf dem Weg zur „Single-Gesellschaft“, in: Gerhardt, Ute u.a. (Hrsg.): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen, S. 189-224

- Kaase, Max (2001): Zur politischen Kultur und zur Lebenssituation der Bürger in Ost- und Westdeutschland, in: Schluchter, Wolfgang / Quint, Peter E. (Hrsg.): Der Vereinigungsschock, Weilerswist, S. 121-147
- Kaufmann, Franz-Xaver (1988): Familie und Modernität, in: Lüscher, Kurt / Schultheis, Franz / Wehrspann, Michael (Hrsg.): Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit, Konstanz 1988, S. 391-416
- Kirchhof, Paul (2001): Die Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft durch Ehe und Familie, in: Leipert, Christian (Hrsg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft, Opladen, S. 43-51
- Ludz, Peter C. / Ludz, Ursula (1985): Bevölkerung, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch, Band 1, 3. Aufl., Köln, S. 212-219
- Lüscher, Kurt (1995): Was heißt heute Familie? Thesen zur Familienrhetorik, in: Gerhardt, Ute u.a. (Hrsg.): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen, Opladen, S. 51-65
- Maier, Jürgen (2000): Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 141-171
- Meyer, Thomas (1993): Der Monopolverlust der Familie. Vom Teilsystem Familie zum Teilsystem privater Lebensformen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45, S. 23-40
- Müller, Joachim (1997): Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt, Wiesbaden
- Nave-Herz, Rosemarie (1998): Die These über den „Zerfall der Familie“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 35, S. 286-315
- Neller, Katja (2000): DDR-Nostalgie? Analysen zur Identifikation der Ostdeutschen mit ihrer politischen Vergangenheit, zur ostdeutschen Identität und zur Ost-West-Stereotypisierung, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 571-607
- Niedermayer, Oskar / Brähler, Elmar (2002): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Berlin/Leipzig, unveröffentlichtes Manuskript
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, Bd. 11, München
- Oesterreich, Detlef (2001): Massenflucht in die Sicherheit? Zum politischen Verhalten autoritärer Persönlichkeiten, in: Dietmar Loch / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a.M., S. 275-297
- Opielka, Michael (2002): Familie und Beruf. Eine deutsche Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B22-23, S. 20-30
- Peuckert, Rüdiger (1999): Familienformen im sozialen Wandel, 3. Aufl., Opladen

- Roloff, Juliane (1999): Erwerbsbeteiligung und sozio-ökonomische Lagen, in: dies. / Dorbritz, Jürgen (Hrsg.): Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Demographische Trends, individuelle Entscheidungen und sozio-ökonomische Bedingungen, Opladen, S. 51-81
- Schluchter, Wolfgang / Quint, Peter E. (Hrsg.) (2001): Der Vereinigungsschock, Weilerswist
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002a): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2001, Wiesbaden
- Störtzbach, Bernd (1993): Deutschland nach der Vereinigung – Meinungen und Einstellungen zu Familie, Kindern und zur Familienpolitik in Ost und West, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 19, S. 151-167
- Strohmeier, Klaus P. (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17, S. 11-29
- Vaskovics, Laszlo A. (1996): Veränderte Familien- und Lebensformen: Entscheidungsfeld und Optionen, in: ders. / Heike Lipinski (Hrsg.): Familiäre Lebenswelten und Bildungsarbeit. Interdisziplinäre Bestandsaufnahme 1, Opladen, S. 35-68
- Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.) (1997): Familienleitbilder und Familienrealitäten, Opladen
- Wahl, Klaus / Tramitz, Christiane / Blumentritt, Jörg (2001): Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen, Opladen

Anhang

Tabellarische Übersichten

- A 1 Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder
- A 2 Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen
- A 3 Für Familien woanders bessere Lebensbedingungen
- A 4 Abwanderungspläne
- A 5 Leistungen der Familie zu wenig gewürdigt
- A 6 Ehe ersetzbar
- A 7 Familie an Stellenwert gewonnen gegenüber DDR-Zeit
- A 8 Familiäre Bindungen
- A 9 Familie bedeutet finanzielle Absicherung
- A 10 Familie bedeutet Verpflichtung
- A 11 Kinder kosten zu viel Geld
- A 12 Kindererziehung zu wenig anerkannt
- A 13 Kinder kosten zu viel Zeit
- A 14 Zu wenig öffentliche Einrichtungen für Kinderbetreuung
- A 15 Mit Kindern hat man berufliche Nachteile
- A 16 Werte im Leben
- A 17 Mit der Kindererziehung häufiger überfordert
- A 18 Familie versus Beruf
- A 19 Karriere nur ohne Kinder möglich
- A 20 Familienleben leidet, wenn Frau berufstätig
- A 21 Familienleben leidet, wenn Männer karriereorientiert
- A 22 Unternehmen haben Verantwortung
- A 23 Politik sollte auf mehr Kinder hinwirken
- A 24 Wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?

- A 25 Ganztagschule / Ganztagsbetreuung
- A 26 Vor- oder Nachteile der Einheit
- A 27 Wirtschaftliche Lage in Thüringen
- A 28 Eigene wirtschaftliche Lage
- A 29 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 30 Politisches Interesse
- A 31 Landespolitisches Wissen
- A 32 Demokratie besser als andere Staatsideen?
- A 33 Zufriedenheit mit der Demokratie
- A 34 Vertrauen zur Bundesregierung
- A 35 Vertrauen zur Landesregierung
- A 36 Vertrauen zu den Gerichten
- A 37 Vertrauen zur Polizei
- A 38 In der Politik geht es nur um Macht
- A 39 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 40 Mich an einen Politiker wenden
- A 41 In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 42 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 43 An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 44 An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 45 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen
- A 46 Identifikation
- A 47 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- A 48 Wir brauchen eine starke Hand
- A 49 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 50 Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen
- A 51 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet

- A 52 Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten
- A 53 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 54 Der Stärkere soll sich durchsetzen
- A 55 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- A 56 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A 57 Die Juden passen nicht zu uns
- A 58 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 59 Diktatur die bessere Staatsform

Tabelle A1**Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	30	27	33	5	4	2
Geschlecht							
Männer	482	29	24	37	5	5	0
Frauen	518	31	30	29	6	2	3
Alter							
18-24 Jahre	110	16	36	32	10	3	4
25-34 Jahre	148	27	36	28	3	3	3
35-44 Jahre	198	26	33	32	4	4	1
45-59 Jahre	242	31	24	37	5	3	0
60 Jahre und älter	296	38	17	32	6	4	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	44	17	26	4	5	4
10. Klasse	419	27	27	38	3	2	2
Abitur	103	23	39	27	10	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	23	30	32	8	6	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	28	31	32	4	3	0
in Ausbildung	59	15	45	27	5	5	3
arbeitslos	78	34	13	35	9	6	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	34	20	33	6	3	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	40	24	32	2	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	24	33	34	5	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	15	41	32	5	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	32	31	29	6	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	28	27	34	6	4	2
evangelisch	283	33	25	32	5	3	2
katholisch	74	32	27	27	1	7	5

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A2**Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	10	11	16	36	6
Geschlecht							
Männer	482	18	11	12	16	37	5
Frauen	518	23	9	11	15	36	7
Alter							
18-24 Jahre	110	48	25	9	9	9	0
25-34 Jahre	148	20	9	16	26	29	1
35-44 Jahre	198	18	7	13	24	38	1
45-59 Jahre	242	13	7	12	15	53	1
60 Jahre und älter	296	19	9	8	8	35	20
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	19	8	11	11	36	16
10. Klasse	419	21	6	13	18	40	2
Abitur	103	35	17	9	13	23	3
(Fach-) Hochschulabschluss	239	16	14	10	18	36	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	17	9	13	19	42	1
in Ausbildung	59	47	14	8	19	12	0
arbeitslos	78	17	9	12	19	43	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	23	11	10	9	30	17
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	23	5	12	15	45	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	16	12	14	17	41	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	15	11	12	27	35	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	3	9	25	52	5
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	23	10	12	14	35	5
evangelisch	283	14	11	10	18	39	9
katholisch	74	24	1	14	15	41	5

Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.

Tabelle A3**Für Familien woanders bessere Lebensbedingungen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	9	10	27	23	13	18
Geschlecht							
Männer	482	11	11	31	21	12	14
Frauen	518	8	9	24	25	13	22
Alter							
18-24 Jahre	110	2	11	36	26	8	17
25-34 Jahre	148	7	11	31	24	12	14
35-44 Jahre	198	9	9	26	27	14	15
45-59 Jahre	242	9	9	31	19	19	13
60 Jahre und älter	296	14	10	21	22	8	25
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	13	10	18	21	11	28
10. Klasse	419	10	8	34	19	15	14
Abitur	103	4	15	27	30	8	17
(Fach-) Hochschulabschluss	239	8	11	25	29	13	15
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	8	9	30	24	15	13
in Ausbildung	59	0	16	26	22	5	31
arbeitslos	78	14	4	27	26	16	13
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	13	11	24	21	9	23
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	9	7	38	19	15	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	9	10	31	22	13	15
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	12	24	35	16	7
Landw./Selbst./Freiber.	65	8	6	21	26	24	15
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	9	9	30	22	13	17
evangelisch	283	12	11	23	25	12	18
katholisch	74	8	11	27	22	11	21

Für Familien mit Kindern gibt es in den anderen Bundesländern bessere Lebensbedingungen als in Thüringen.

Tabelle A4**Abwanderungspläne**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	werde sicher bleiben	werde wahrscheinlich bleiben	werde wahrscheinlich fortziehen	werde sicher fortziehen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	70	22	5	3	0
Geschlecht						
Männer	482	66	25	5	4	0
Frauen	518	73	19	5	2	0
Alter						
18-24 Jahre	110	21	43	25	11	0
25-34 Jahre	148	56	37	5	1	1
35-44 Jahre	198	61	34	3	3	0
45-59 Jahre	242	81	16	1	2	0
60 Jahre und älter	296	91	4	3	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	88	8	2	2	0
10. Klasse	419	68	22	6	4	1
Abitur	103	43	40	15	3	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	68	28	3	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	66	29	3	2	0
in Ausbildung	59	22	40	24	14	0
arbeitslos	78	66	25	1	8	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	84	8	5	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	67	24	4	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	63	32	4	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	60	37	0	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	80	20	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	67	23	6	3	0
evangelisch	283	76	18	4	2	0
katholisch	74	68	26	5	0	1

Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen?

Tabelle A5**Leistungen der Familie zu wenig gewürdigt**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	55	33	9	1	2
Geschlecht						
Männer	482	51	36	11	1	1
Frauen	518	58	30	7	2	4
Alter						
18-24 Jahre	110	32	49	18	0	1
25-34 Jahre	148	52	34	11	2	1
35-44 Jahre	198	57	32	8	1	2
45-59 Jahre	242	61	30	8	0	1
60 Jahre und älter	296	57	29	5	2	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	61	23	9	2	6
10. Klasse	419	58	31	8	2	1
Abitur	103	31	52	15	1	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	52	38	8	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	58	31	9	0	1
in Ausbildung	59	27	56	17	0	0
arbeitslos	78	57	30	5	5	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	53	32	8	2	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	62	30	7	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	63	29	7	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	44	37	15	1	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	49	34	15	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	54	34	9	2	2
evangelisch	283	57	31	8	1	3
katholisch	74	53	33	8	0	5

Leistungen der Familie werden von der Gesellschaft viel zu wenig gewürdigt.

Tabelle A6**Ehe ersetzbar**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	27	24	22	25	2
Geschlecht						
Männer	482	22	22	24	31	1
Frauen	518	31	26	20	20	4
Alter						
18-24 Jahre	110	28	29	32	9	2
25-34 Jahre	148	39	31	12	18	0
35-44 Jahre	198	33	26	19	21	1
45-59 Jahre	242	22	26	23	28	1
60 Jahre und älter	296	19	16	25	35	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	20	15	26	33	6
10. Klasse	419	30	22	20	27	1
Abitur	103	24	37	26	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	28	30	21	20	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	33	25	18	24	0
in Ausbildung	59	25	27	32	12	3
arbeitslos	78	23	28	23	24	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	19	20	26	29	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	32	22	15	31	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	31	29	21	18	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	38	26	20	17	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	29	24	12	33	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	30	23	23	22	1
evangelisch	283	18	28	20	30	4
katholisch	74	32	16	21	27	4

Die Ehe ist durch andere Lebensformen ersetzbar.

Tabelle A7

**Familie an Stellenwert gewonnen
gegenüber DDR-Zeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	7	12	45	30	5
Geschlecht						
Männer	482	7	12	45	33	3
Frauen	518	8	12	45	28	7
Alter						
18-24 Jahre	110	0	28	40	17	16
25-34 Jahre	148	11	5	47	32	4
35-44 Jahre	198	5	12	47	34	3
45-59 Jahre	242	6	10	50	33	0
60 Jahre und älter	296	11	13	40	28	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	12	16	35	27	9
10. Klasse	419	7	12	47	31	2
Abitur	103	3	16	47	20	15
(Fach-) Hochschulabschluss	239	5	8	50	35	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	6	9	48	34	3
in Ausbildung	59	0	25	52	3	20
arbeitslos	78	9	14	35	36	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	11	14	41	27	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	7	8	48	35	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	3	10	46	36	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	9	56	24	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	8	11	45	35	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	6	11	46	33	4
evangelisch	283	11	12	42	28	7
katholisch	74	8	20	46	19	7

Gegenüber der DDR-Zeit hat die Familie heute an gesellschaftlichem Stellenwert gewonnen.

Tabelle A8

		Familiäre Bindungen				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	ziemlich stark	eher gering	sehr schwach	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	43	44	11	2	0
Geschlecht						
Männer	482	37	48	13	2	0
Frauen	518	49	40	8	2	0
Alter						
18-24 Jahre	110	25	55	15	5	0
25-34 Jahre	148	35	56	6	3	0
35-44 Jahre	198	40	44	15	1	0
45-59 Jahre	242	46	46	7	1	0
60 Jahre und älter	296	54	31	11	4	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	50	29	16	4	0
10. Klasse	419	44	42	12	3	0
Abitur	103	34	57	8	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	39	54	4	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	43	47	8	2	0
in Ausbildung	59	19	63	15	3	0
arbeitslos	78	33	44	22	1	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	50	36	10	3	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	45	42	12	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	41	50	7	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	38	55	6	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	49	42	8	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	40	46	11	2	0
evangelisch	283	47	39	10	4	1
katholisch	74	56	36	8	0	0

*In den Familien ist es ja ganz verschieden. Bei manchen gibt es untereinander einen sehr engen und festen Kontakt, bei anderen sind die familiären Bindungen hingegen ziemlich gering. Wie würden Sie den Kontakt und Zusammenhalt in Ihrer eigenen Verwandtschaft bezeichnen?
Sind Ihre familiären Bindungen sehr stark, ziemlich stark, eher gering oder sehr schwach?*

Tabelle A9**Familie bedeutet finanzielle Absicherung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	39	31	22	7	1
Geschlecht						
Männer	482	38	32	24	6	0
Frauen	518	41	30	20	8	1
Alter						
18-24 Jahre	110	21	55	20	3	2
25-34 Jahre	148	26	33	36	5	1
35-44 Jahre	198	39	35	19	7	1
45-59 Jahre	242	40	28	24	8	0
60 Jahre und älter	296	52	22	16	9	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	56	21	13	9	2
10. Klasse	419	40	28	24	7	0
Abitur	103	24	57	22	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	29	35	28	8	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	35	33	24	7	0
in Ausbildung	59	22	53	20	2	3
arbeitslos	78	37	27	27	8	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	48	25	17	9	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	36	36	24	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	36	33	23	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	31	36	22	10	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	37	25	32	5	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	38	31	23	7	0
evangelisch	283	43	28	20	7	1
katholisch	74	35	41	16	7	1

Die Familie bedeutet für mich finanzielle Absicherung.

Tabelle A10**Familie bedeutet Verpflichtung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	70	23	6	1	0
Geschlecht						
Männer	482	68	24	7	1	0
Frauen	518	72	22	5	1	0
Alter						
18-24 Jahre	110	43	45	13	0	0
25-34 Jahre	148	53	34	11	1	0
35-44 Jahre	198	70	20	7	3	0
45-59 Jahre	242	75	20	4	2	0
60 Jahre und älter	296	84	13	1	1	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	83	15	1	1	0
10. Klasse	419	73	19	6	2	0
Abitur	103	47	40	13	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	63	30	6	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	68	24	7	1	0
in Ausbildung	59	32	53	15	0	0
arbeitslos	78	81	13	4	3	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	78	18	3	1	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	70	20	6	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	68	25	6	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	60	30	9	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	70	21	8	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	69	24	5	1	0
evangelisch	283	73	19	5	2	1
katholisch	74	66	23	9	1	0

Die Familie bedeutet für mich Verpflichtung.

Tabelle A11**Kinder kosten zu viel Geld**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	33	31	16	3
Geschlecht						
Männer	482	14	33	30	20	2
Frauen	518	19	33	31	12	4
Alter						
18-24 Jahre	110	7	35	39	17	2
25-34 Jahre	148	18	29	39	14	0
35-44 Jahre	198	21	38	26	15	1
45-59 Jahre	242	16	29	30	21	4
60 Jahre und älter	296	18	34	27	14	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	18	34	25	14	9
10. Klasse	419	18	30	33	17	1
Abitur	103	7	43	39	11	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	18	32	30	18	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	16	34	30	18	1
in Ausbildung	59	12	34	46	8	0
arbeitslos	78	19	36	21	18	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	19	31	31	14	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	17	35	26	22	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	14	35	31	18	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	38	38	9	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	22	28	29	20	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	18	35	29	16	2
evangelisch	283	15	30	33	16	6
katholisch	74	18	28	36	15	3

Viele Leute sind unsicher, ob sie Kinder wollen. Was meinen Sie: Wenn sich jemand gegen Kinder entscheidet, sind die folgenden Gründe dann für ihn sehr wichtig bei der Entscheidung, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?

Mit Kindern hat man zu wenig Geld zur freien Verfügung.

Tabelle A12**Kindererziehung zu wenig anerkannt**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	37	21	9	4
Geschlecht						
Männer	482	24	38	24	11	3
Frauen	518	31	37	19	8	5
Alter						
18-24 Jahre	110	25	28	40	7	0
25-34 Jahre	148	30	31	23	13	3
35-44 Jahre	198	30	40	19	10	2
45-59 Jahre	242	27	40	21	10	1
60 Jahre und älter	296	26	40	15	8	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	30	38	12	9	12
10. Klasse	419	32	40	19	7	1
Abitur	103	17	25	44	13	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	22	38	26	12	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	29	38	23	9	1
in Ausbildung	59	17	27	46	10	0
arbeitslos	78	31	30	16	21	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	26	39	17	7	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	38	38	14	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	26	40	25	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	25	44	23	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	24	32	29	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	29	36	22	9	3
evangelisch	283	23	42	19	10	6
katholisch	74	33	30	25	8	4

Viele Leute sind unsicher, ob sie Kinder wollen. Was meinen Sie: Wenn sich jemand gegen Kinder entscheidet, sind die folgenden Gründe dann für ihn sehr wichtig bei der Entscheidung, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?
 Kindererziehung wird zu wenig anerkannt.

Tabelle A13**Kinder kosten zu viel Zeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	19	40	31	4
Geschlecht						
Männer	482	5	20	40	33	2
Frauen	518	7	19	39	29	5
Alter						
18-24 Jahre	110	7	28	45	20	0
25-34 Jahre	148	5	20	41	34	0
35-44 Jahre	198	5	21	41	32	1
45-59 Jahre	242	5	17	40	34	3
60 Jahre und älter	296	8	17	36	30	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	10	17	32	28	12
10. Klasse	419	7	19	39	35	1
Abitur	103	6	25	51	17	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	2	20	44	32	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	5	19	41	34	1
in Ausbildung	59	3	33	52	12	0
arbeitslos	78	8	13	38	38	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	8	19	36	28	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	5	14	40	39	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	7	20	39	33	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	2	23	47	27	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	20	48	29	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	7	17	40	33	2
evangelisch	283	4	22	40	27	7
katholisch	74	8	27	37	23	4

Viele Leute sind unsicher, ob sie Kinder wollen. Was meinen Sie: Wenn sich jemand gegen Kinder entscheidet, sind die folgenden Gründe dann für ihn sehr wichtig bei der Entscheidung, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?

Mit Kindern hat man zu wenig Zeit für andere Dinge.

Tabelle A14

**Zu wenig öffentliche Einrichtungen
für Kinderbetreuung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	29	35	20	10	6
Geschlecht						
Männer	482	25	37	22	11	6
Frauen	518	32	34	18	10	6
Alter						
18-24 Jahre	110	30	40	30	0	0
25-34 Jahre	148	24	36	20	16	4
35-44 Jahre	198	34	32	20	10	5
45-59 Jahre	242	29	32	23	11	5
60 Jahre und älter	296	27	36	15	11	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	30	36	14	7	12
10. Klasse	419	32	33	19	13	3
Abitur	103	20	36	32	5	7
(Fach-) Hochschulabschluss	239	24	36	24	10	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	30	33	22	11	4
in Ausbildung	59	27	47	20	3	3
arbeitslos	78	27	31	22	15	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	27	36	18	9	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	37	37	15	8	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	30	34	22	10	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	26	33	29	12	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	18	26	26	22	8
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	30	35	20	10	5
evangelisch	283	26	35	21	10	8
katholisch	74	23	36	22	14	5

Viele Leute sind unsicher, ob sie Kinder wollen. Was meinen Sie: Wenn sich jemand gegen Kinder entscheidet, sind die folgenden Gründe dann für ihn sehr wichtig bei der Entscheidung, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?

Für die Kinderbetreuung gibt es zu wenig öffentliche Einrichtungen.

Tabelle A15**Mit Kindern hat man berufliche Nachteile**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	27	40	21	10	3
Geschlecht						
Männer	482	18	37	28	14	2
Frauen	518	35	42	14	6	4
Alter						
18-24 Jahre	110	24	40	32	5	0
25-34 Jahre	148	32	44	17	7	1
35-44 Jahre	198	27	41	22	10	1
45-59 Jahre	242	29	39	20	10	2
60 Jahre und älter	296	23	37	19	13	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	27	35	20	11	7
10. Klasse	419	29	41	19	9	2
Abitur	103	19	43	32	5	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	26	40	20	12	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	26	41	22	9	2
in Ausbildung	59	25	48	23	3	0
arbeitslos	78	32	32	23	13	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	26	38	18	11	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	29	36	20	13	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	30	38	23	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	22	51	15	12	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	14	45	29	9	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	29	39	19	10	2
evangelisch	283	21	43	21	11	5
katholisch	74	27	33	32	7	1

Viele Leute sind unsicher, ob sie Kinder wollen. Was meinen Sie: Wenn sich jemand gegen Kinder entscheidet, sind die folgenden Gründe dann für ihn sehr wichtig bei der Entscheidung, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?

Mit Kindern hat man berufliche Nachteile.

Tabelle A16

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Werte im Leben			
		Eigene Fähigkeiten entfalten	Pflichtbewusst sein	Das Leben genießen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	34	51	12	3
Geschlecht					
Männer	482	37	49	11	3
Frauen	518	31	53	13	3
Alter					
18-24 Jahre	110	56	19	23	2
25-34 Jahre	148	35	32	29	3
35-44 Jahre	198	38	45	15	3
45-59 Jahre	242	38	55	4	3
60 Jahre und älter	296	18	73	5	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	16	73	6	4
10. Klasse	419	34	51	13	2
Abitur	103	44	29	26	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	45	40	11	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	39	45	13	3
in Ausbildung	59	59	14	24	3
arbeitslos	78	27	56	16	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	22	66	8	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	32	57	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	40	41	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	46	33	17	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	46	42	8	5
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	37	47	13	3
evangelisch	283	28	59	11	2
katholisch	74	25	56	15	4

Können Sie uns sagen, welcher der folgenden Werte in Ihrem Leben der wichtigste ist?

Tabelle A17

Basis: Eltern mit Kindern unter 6 Jahren und/oder Schulkindern

Mit der Kindererziehung häufiger überfordert

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	281	4	18	41	37	1
Geschlecht						
Männer	139	4	12	40	45	1
Frauen	142	4	24	42	29	1
Alter						
18-24 Jahre	8	0	0	100	0	0
25-34 Jahre	72	4	25	40	31	0
35-44 Jahre	142	4	17	39	39	1
45-59 Jahre	54	4	15	40	40	2
60 Jahre und älter	2	0	0	50	50	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	21	9	17	48	22	4
10. Klasse	159	5	18	41	36	1
Abitur	16	0	19	50	31	0
(Fach-) Hochschulabschluss	81	1	19	38	42	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	218	4	17	42	37	0
in Ausbildung	7	0	14	43	43	0
arbeitslos	26	4	12	42	38	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	26	4	31	38	27	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	64	5	20	42	33	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	97	5	14	46	33	1
höh.-leit. Ang./Beamte	37	3	13	32	53	0
Landw./Selbst./Freiber.	19	5	20	35	40	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	193	4	19	40	37	1
evangelisch	60	3	12	47	37	2
katholisch	23	9	27	36	27	0

Mit der Kindererziehung fühle ich mich schon häufiger überfordert.

Tabelle A18**Familie versus Beruf**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Beruf	Familie	unentschieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	68	22	1
Geschlecht					
Männer	482	9	67	23	1
Frauen	518	10	69	20	1
Alter					
18-24 Jahre	110	22	63	15	0
25-34 Jahre	148	11	74	12	2
35-44 Jahre	198	7	72	21	0
45-59 Jahre	242	6	71	23	0
60 Jahre und älter	296	9	62	27	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	9	68	21	1
10. Klasse	419	9	73	18	0
Abitur	103	12	66	20	2
(Fach-) Hochschulabschluss	239	10	61	28	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	9	72	20	0
in Ausbildung	59	17	58	22	3
arbeitslos	78	8	77	16	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	10	63	26	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	5	81	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	6	74	19	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	62	22	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	15	52	33	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	10	69	21	0
evangelisch	283	8	67	23	2
katholisch	74	11	65	24	0

Die meisten Menschen finden ihr Lebensglück ja in Beruf und Familie. Wenn Sie sich entscheiden müssten, welches kommt für Sie an erster Stelle: im Beruf dauerhaft zufrieden und erfolgreich sein oder ein glückliches Familienleben führen?

Tabelle A19**Karriere nur ohne Kinder möglich**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	17	36	35	1
Geschlecht						
Männer	482	9	17	36	38	1
Frauen	518	14	17	35	33	1
Alter						
18-24 Jahre	110	11	15	52	23	0
25-34 Jahre	148	11	20	35	34	0
35-44 Jahre	198	10	20	37	33	0
45-59 Jahre	242	14	18	28	40	0
60 Jahre und älter	296	10	14	37	37	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	13	15	34	35	3
10. Klasse	419	15	16	32	38	0
Abitur	103	4	13	52	31	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	7	21	38	33	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	11	19	33	36	0
in Ausbildung	59	13	13	55	18	0
arbeitslos	78	15	10	33	41	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	10	15	38	35	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	16	13	33	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	11	23	33	33	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	2	23	35	40	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	11	20	26	43	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	12	16	35	36	0
evangelisch	283	11	19	34	36	1
katholisch	74	11	12	51	23	3

Um im Beruf Karriere machen zu können, kann man keine Kinder haben.

Tabelle A20**Familienleben leidet, wenn Frau berufstätig**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	24	34	25	2
Geschlecht						
Männer	482	10	27	37	25	1
Frauen	518	20	20	31	26	2
Alter						
18-24 Jahre	110	9	14	62	15	0
25-34 Jahre	148	20	13	44	21	2
35-44 Jahre	198	16	33	29	21	1
45-59 Jahre	242	17	25	23	34	1
60 Jahre und älter	296	14	25	30	27	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	20	25	29	21	5
10. Klasse	419	17	25	35	23	0
Abitur	103	6	20	48	26	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	13	21	31	33	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	16	23	31	29	1
in Ausbildung	59	8	15	66	10	0
arbeitslos	78	18	26	31	25	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	15	26	33	23	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	16	25	34	23	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	18	26	29	27	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	16	31	33	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	11	15	34	40	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	14	22	34	30	1
evangelisch	283	16	28	34	19	3
katholisch	74	28	24	34	11	3

Alles in allem: Das Familienleben leidet darunter, wenn die Frau voll berufstätig ist.

Tabelle A21

**Familienleben leidet,
wenn Männer karriereorientiert**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	20	41	25	11	3
Geschlecht						
Männer	482	18	44	26	9	2
Frauen	518	22	37	25	13	3
Alter						
18-24 Jahre	110	16	45	33	6	1
25-34 Jahre	148	16	36	38	8	1
35-44 Jahre	198	26	35	26	11	3
45-59 Jahre	242	18	43	28	9	2
60 Jahre und älter	296	22	43	14	17	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	24	41	15	16	4
10. Klasse	419	21	38	29	11	2
Abitur	103	16	44	30	8	3
(Fach-) Hochschulabschluss	239	16	45	27	9	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	20	39	30	10	2
in Ausbildung	59	14	37	39	10	0
arbeitslos	78	29	39	23	9	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	20	45	17	14	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	18	37	29	14	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	23	37	29	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	13	46	35	3	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	21	41	24	12	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	20	40	26	12	2
evangelisch	283	22	43	22	11	2
katholisch	74	15	42	27	5	10

Das Familienleben leidet oft, weil Männer sich zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren.

Tabelle A22**Unternehmen haben Verantwortung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	59	30	7	2	2
Geschlecht						
Männer	482	54	33	9	3	1
Frauen	518	65	26	5	1	3
Alter						
18-24 Jahre	110	39	49	9	3	0
25-34 Jahre	148	50	32	11	4	3
35-44 Jahre	198	50	38	9	3	1
45-59 Jahre	242	65	25	7	1	2
60 Jahre und älter	296	71	20	4	1	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	70	22	3	2	3
10. Klasse	419	58	31	7	3	1
Abitur	103	46	42	9	1	2
(Fach-) Hochschulabschluss	239	58	29	10	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	55	33	8	2	2
in Ausbildung	59	39	49	7	5	0
arbeitslos	78	73	23	3	0	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	67	23	7	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	52	39	4	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	63	29	4	1	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	46	36	14	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	44	30	24	0	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	59	30	6	3	2
evangelisch	283	61	27	9	1	2
katholisch	74	53	39	8	0	0

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Unternehmen mindestens genau so in der Verantwortung wie der Staat.

Tabelle A23**Politik sollte auf mehr Kinder hinwirken**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	71	20	5	2	1
Geschlecht						
Männer	482	68	25	5	2	0
Frauen	518	75	16	5	2	2
Alter						
18-24 Jahre	110	59	26	12	3	0
25-34 Jahre	148	63	30	5	1	0
35-44 Jahre	198	65	25	6	4	0
45-59 Jahre	242	81	14	3	1	1
60 Jahre und älter	296	78	14	4	2	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	75	15	6	1	2
10. Klasse	419	68	23	5	3	1
Abitur	103	62	27	10	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	79	16	3	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	70	21	6	2	0
in Ausbildung	59	62	25	8	5	0
arbeitslos	78	77	19	4	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	74	18	4	2	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	60	29	9	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	77	15	5	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	78	17	4	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	64	26	5	5	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	73	19	5	2	1
evangelisch	283	70	21	6	1	1
katholisch	74	69	23	1	7	0

Die Politik sollte darauf hinwirken, dass es wieder mehr Kinder gibt.

Tabelle A24

**Wie Vereinbarkeit von
Familie und Beruf verbessern?**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stärkere Entlastung	mehr Geld	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	63	33	5
Geschlecht				
Männer	482	62	33	4
Frauen	518	63	32	5
Alter				
18-24 Jahre	110	57	41	2
25-34 Jahre	148	53	41	6
35-44 Jahre	198	56	43	1
45-59 Jahre	242	70	26	4
60 Jahre und älter	296	68	24	9
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	233	59	31	9
10. Klasse	419	58	38	4
Abitur	103	64	32	4
(Fach-) Hochschulabschluss	239	73	25	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	507	62	36	2
in Ausbildung	59	53	45	2
arbeitslos	78	52	36	12
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	67	25	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	147	59	40	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	62	34	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	73	26	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	55	42	3
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	636	62	33	4
evangelisch	283	65	30	5
katholisch	74	55	36	10

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, kann die Politik ja unterschiedlich vorgehen. Was glauben Sie ist besser geeignet: Wenn man die Familien stärker bei der Kinderbetreuung entlastet oder wenn man ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt?

Tabelle A25

Basis: Eltern mit Kindern unter 6 Jahren und/oder Schulkindern

Ganztagsschule / Ganztagsbetreuung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Ganztags- schule	Ganztags- betreuung	weder noch	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	281	14	80	5	1
Geschlecht					
Männer	139	14	81	6	0
Frauen	142	14	80	4	1
Alter					
18-24 Jahre	8	25	75	0	0
25-34 Jahre	72	8	84	7	1
35-44 Jahre	142	14	80	5	1
45-59 Jahre	54	20	76	4	0
60 Jahre und älter	2	50	50	0	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	21	18	73	9	0
10. Klasse	159	14	81	6	0
Abitur	16	0	94	0	6
(Fach-) Hochschulabschluss	81	16	78	5	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	218	13	80	6	0
in Ausbildung	7	29	71	0	0
arbeitslos	26	19	81	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	26	12	80	4	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	64	11	79	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	97	13	82	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	37	16	76	5	3
Landw./Selbst./Freiber.	19	16	84	0	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	193	16	80	4	1
evangelisch	60	8	83	8	0
katholisch	23	17	74	4	4

Zurzeit werden für schulpflichtige Kinder unterschiedliche Modelle der Nachmittagsbetreuung diskutiert. Ein Vorschlag will die Ganztagsschule mit regelmäßigem Pflichtunterricht am Nachmittag einführen. Ein anderer Vorschlag sieht ein verlässliches, freiwilliges Betreuungs- und Förderangebot in der Schule vor. Welchen Vorschlag finden Sie persönlich besser?

Tabelle A26**Vor- oder Nachteile der Einheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	weder-noch	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	68	15	15	2
Geschlecht					
Männer	482	73	12	13	2
Frauen	518	63	17	17	2
Alter					
18-24 Jahre	110	69	12	14	6
25-34 Jahre	148	73	14	13	0
35-44 Jahre	198	69	12	19	1
45-59 Jahre	242	68	14	17	1
60 Jahre und älter	296	65	20	13	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	56	21	21	2
10. Klasse	419	66	15	17	2
Abitur	103	82	13	5	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	78	11	10	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	74	12	14	0
in Ausbildung	59	76	10	10	3
arbeitslos	78	41	17	40	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	65	19	13	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	66	12	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	72	14	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	89	6	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	77	12	11	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	66	13	19	2
evangelisch	283	70	19	10	1
katholisch	74	77	15	7	1

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A27**Wirtschaftliche Lage in Thüringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	0	23	52	24	1
Geschlecht						
Männer	482	0	22	55	22	0
Frauen	518	0	23	49	26	2
Alter						
18-24 Jahre	110	0	25	59	15	2
25-34 Jahre	148	0	26	49	23	1
35-44 Jahre	198	1	20	50	28	1
45-59 Jahre	242	0	19	52	28	1
60 Jahre und älter	296	0	25	50	23	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	0	26	47	25	2
10. Klasse	419	0	22	50	26	0
Abitur	103	0	26	54	18	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	0	19	56	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	0	23	51	24	1
in Ausbildung	59	0	31	58	12	0
arbeitslos	78	1	14	44	39	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	0	23	53	23	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	1	26	46	26	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	0	20	55	24	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	30	49	20	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	18	50	30	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	0	21	53	25	1
evangelisch	283	0	25	51	22	1
katholisch	74	1	31	38	28	1

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A28**Eigene wirtschaftliche Lage**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	54	33	9	0
Geschlecht						
Männer	482	3	55	35	7	0
Frauen	518	4	53	32	10	1
Alter						
18-24 Jahre	110	2	52	34	10	2
25-34 Jahre	148	6	55	26	13	0
35-44 Jahre	198	5	57	30	9	1
45-59 Jahre	242	4	49	38	9	0
60 Jahre und älter	296	3	57	33	6	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	4	41	43	10	1
10. Klasse	419	3	53	33	12	0
Abitur	103	3	63	31	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	6	65	25	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	5	60	28	5	0
in Ausbildung	59	2	53	32	10	3
arbeitslos	78	0	17	51	32	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	3	53	36	8	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	1	53	39	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	4	62	29	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	17	72	9	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	60	26	9	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	4	55	31	10	0
evangelisch	283	5	52	38	5	0
katholisch	74	0	57	28	11	4

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A29**DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	33	34	16	4
Geschlecht						
Männer	482	11	29	35	20	5
Frauen	518	15	36	33	12	4
Alter						
18-24 Jahre	110	9	20	42	20	9
25-34 Jahre	148	9	34	37	17	2
35-44 Jahre	198	13	33	38	15	2
45-59 Jahre	242	17	36	31	14	2
60 Jahre und älter	296	15	35	28	16	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	19	38	28	12	4
10. Klasse	419	14	32	33	17	4
Abitur	103	5	23	45	20	7
(Fach-) Hochschulabschluss	239	11	33	36	17	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	11	34	36	16	3
in Ausbildung	59	3	24	44	24	5
arbeitslos	78	28	28	32	10	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	15	34	30	16	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	17	38	32	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	10	39	35	11	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	7	22	43	26	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	26	37	29	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	16	34	32	13	5
evangelisch	283	10	30	37	20	3
katholisch	74	5	32	36	23	4

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A30**Politisches Interesse**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	28	34	13	7	0
Geschlecht							
Männer	482	25	36	26	10	5	0
Frauen	518	13	20	41	16	9	0
Alter							
18-24 Jahre	110	9	28	31	25	7	0
25-34 Jahre	148	15	27	31	22	3	1
35-44 Jahre	198	15	32	37	10	6	0
45-59 Jahre	242	21	28	36	8	7	0
60 Jahre und älter	296	24	24	32	11	9	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	14	19	38	15	13	0
10. Klasse	419	15	24	38	17	6	0
Abitur	103	19	33	28	13	8	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	28	40	24	5	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	17	31	34	13	4	0
in Ausbildung	59	10	34	31	14	10	0
arbeitslos	78	18	14	42	17	9	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	22	25	33	12	9	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	10	32	31	23	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	16	25	43	11	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	25	41	27	7	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	30	34	17	8	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	19	28	35	14	5	0
evangelisch	283	19	28	30	11	11	0
katholisch	74	14	25	38	16	7	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle A31**Landespolitisches Wissen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Antwort richtig	Antwort falsch	keine Antwort
Insgesamt	1000	42	39	19
Geschlecht				
Männer	482	52	36	12
Frauen	518	33	42	25
Alter				
18-24 Jahre	110	32	35	34
25-34 Jahre	148	37	39	24
35-44 Jahre	198	38	41	21
45-59 Jahre	242	49	39	12
60 Jahre und älter	296	47	40	13
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	233	34	42	24
10. Klasse	419	36	38	26
Abitur	103	48	44	8
(Fach-) Hochschulabschluss	239	60	36	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	507	43	39	18
in Ausbildung	59	37	33	30
arbeitslos	78	33	45	22
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	44	39	17
Berufsgruppe				
Arbeiter	147	38	36	25
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	40	41	19
höh.-leit. Ang./Beamte	81	58	35	7
Landw./Selbst./Freiber.	65	48	45	8
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	636	44	37	19
evangelisch	283	41	40	19
katholisch	74	34	49	18

Wissen Sie zufällig, welche Parteien im Moment im Thüringer Landtag vertreten sind?

Tabelle A32

		Demokratie besser als andere Staatsideen?				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	27	49	16	4	4
Geschlecht						
Männer	482	34	46	14	4	2
Frauen	518	19	53	18	3	7
Alter						
18-24 Jahre	110	19	50	25	3	4
25-34 Jahre	148	20	59	14	3	3
35-44 Jahre	198	23	50	18	6	3
45-59 Jahre	242	29	52	14	3	2
60 Jahre und älter	296	32	42	14	3	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	24	45	18	4	9
10. Klasse	419	22	50	20	5	3
Abitur	103	27	57	12	2	3
(Fach-) Hochschulabschluss	239	38	49	8	2	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	26	54	15	3	2
in Ausbildung	59	27	38	25	3	7
arbeitslos	78	18	48	15	14	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	30	45	15	3	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	14	54	26	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	26	56	12	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	31	63	4	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	43	34	17	3	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	25	51	17	3	4
evangelisch	283	29	48	14	4	5
katholisch	74	35	38	12	7	8

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A33**Zufriedenheit mit der Demokratie**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	38	43	16	1
Geschlecht						
Männer	482	2	40	40	17	0
Frauen	518	1	36	46	14	2
Alter						
18-24 Jahre	110	0	36	49	14	1
25-34 Jahre	148	1	32	52	15	0
35-44 Jahre	198	2	33	47	18	1
45-59 Jahre	242	2	37	42	19	0
60 Jahre und älter	296	2	46	37	13	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	2	41	37	17	3
10. Klasse	419	1	35	46	18	1
Abitur	103	1	44	44	12	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	3	38	45	14	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	2	36	45	17	1
in Ausbildung	59	0	37	48	15	0
arbeitslos	78	1	33	50	15	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	2	42	39	15	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	1	33	41	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	0	36	47	16	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	6	44	44	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	32	45	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	1	35	47	16	1
evangelisch	283	3	41	38	17	1
katholisch	74	0	49	35	16	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A34**Vertrauen zur Bundesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	21	44	18	12	2
Geschlecht							
Männer	482	2	22	45	18	12	1
Frauen	518	4	20	43	18	11	3
Alter							
18-24 Jahre	110	0	23	45	22	10	0
25-34 Jahre	148	1	16	46	23	13	0
35-44 Jahre	198	1	16	48	20	14	2
45-59 Jahre	242	2	25	40	18	14	1
60 Jahre und älter	296	8	23	44	13	9	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	7	21	42	16	9	5
10. Klasse	419	2	16	44	19	18	1
Abitur	103	0	28	48	17	7	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	2	26	45	19	7	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	1	19	46	20	13	1
in Ausbildung	59	0	27	40	18	15	0
arbeitslos	78	5	19	33	22	19	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	6	24	44	14	19	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	1	14	45	16	21	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	1	19	47	23	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	26	51	12	9	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	2	20	41	27	11	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	3	20	45	19	12	1
evangelisch	283	4	24	41	16	13	2
katholisch	74	3	19	51	14	11	3

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A35**Vertrauen zur Landesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	26	43	16	6	2
Geschlecht							
Männer	482	7	26	43	18	6	0
Frauen	518	5	27	44	15	7	3
Alter							
18-24 Jahre	110	4	39	38	15	3	2
25-34 Jahre	148	3	29	42	19	7	1
35-44 Jahre	198	3	21	50	18	7	2
45-59 Jahre	242	5	28	41	18	7	2
60 Jahre und älter	296	12	23	43	12	7	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	13	22	39	16	5	5
10. Klasse	419	4	24	48	16	7	1
Abitur	103	5	42	39	10	4	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	4	29	42	18	7	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	2	27	44	19	7	1
in Ausbildung	59	3	31	41	19	2	5
arbeitslos	78	14	18	46	14	6	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	10	26	43	12	7	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	5	22	42	21	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	0	27	48	19	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	4	32	43	15	6	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	3	38	32	18	6	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	5	24	45	18	8	1
evangelisch	283	8	32	40	11	5	3
katholisch	74	8	30	42	18	0	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A36**Vertrauen zu den Gerichten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	31	33	11	6	7
Geschlecht							
Männer	482	13	33	32	11	8	3
Frauen	518	10	30	34	10	5	11
Alter							
18-24 Jahre	110	15	44	35	7	0	0
25-34 Jahre	148	16	41	28	10	4	1
35-44 Jahre	198	8	37	34	9	9	4
45-59 Jahre	242	12	28	35	13	8	4
60 Jahre und älter	296	10	21	32	11	7	18
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	13	22	34	11	3	17
10. Klasse	419	10	30	38	10	7	4
Abitur	103	17	44	28	9	2	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	11	36	25	13	9	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	11	35	32	12	7	3
in Ausbildung	59	14	54	25	7	0	0
arbeitslos	78	14	23	40	10	9	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	11	24	34	10	6	15
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	11	32	38	9	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	11	35	30	14	4	5
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	44	29	6	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	33	29	17	14	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	12	32	32	10	8	7
evangelisch	283	11	29	37	11	4	8
katholisch	74	11	35	30	14	3	8

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A37**Vertrauen zur Polizei**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	22	42	27	5	3	1
Geschlecht							
Männer	482	19	43	28	7	3	0
Frauen	518	25	42	26	3	2	2
Alter							
18-24 Jahre	110	9	51	26	8	6	0
25-34 Jahre	148	16	54	20	7	3	0
35-44 Jahre	198	17	44	31	6	1	2
45-59 Jahre	242	19	43	30	4	2	2
60 Jahre und älter	296	36	32	25	3	2	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	233	37	26	29	4	2	2
10. Klasse	419	22	42	27	5	3	1
Abitur	103	10	53	28	8	1	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	13	54	24	6	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	507	14	50	28	6	2	1
in Ausbildung	59	7	58	20	10	5	0
arbeitslos	78	29	32	31	3	5	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	35	31	25	4	3	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	147	16	46	29	7	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	13	51	27	6	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	15	57	22	4	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	14	44	35	6	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	636	21	42	27	5	3	1
evangelisch	283	25	43	26	4	1	1
katholisch	74	20	43	30	5	1	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A38**In der Politik geht es nur um Macht**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	41	39	14	3	2
Geschlecht						
Männer	482	43	36	17	4	0
Frauen	518	39	42	12	3	4
Alter						
18-24 Jahre	110	26	46	21	5	2
25-34 Jahre	148	34	48	14	3	1
35-44 Jahre	198	43	39	15	3	1
45-59 Jahre	242	49	34	14	2	2
60 Jahre und älter	296	43	36	12	4	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	41	32	13	6	7
10. Klasse	419	44	38	14	3	1
Abitur	103	26	50	21	2	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	43	43	11	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	44	39	13	3	1
in Ausbildung	59	24	42	27	3	3
arbeitslos	78	44	35	15	5	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	40	39	12	4	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	49	32	17	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	40	44	13	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	37	47	11	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	54	26	11	6	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	42	41	13	3	1
evangelisch	283	41	37	15	4	3
katholisch	74	36	32	22	4	7

In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.

Tabelle A39**Parteien wollen nur Stimmen der Wähler**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	33	41	19	5	2
Geschlecht						
Männer	482	32	43	18	5	1
Frauen	518	34	40	19	4	3
Alter						
18-24 Jahre	110	20	48	27	4	2
25-34 Jahre	148	35	41	21	3	1
35-44 Jahre	198	32	47	15	4	3
45-59 Jahre	242	36	37	19	6	2
60 Jahre und älter	296	36	39	16	6	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	43	36	11	5	5
10. Klasse	419	37	39	18	5	1
Abitur	103	18	49	27	6	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	25	48	23	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	34	42	20	4	1
in Ausbildung	59	17	36	41	7	0
arbeitslos	78	42	38	9	6	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	34	42	15	6	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	45	39	14	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	29	47	19	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	26	39	30	4	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	35	32	23	8	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	34	43	17	4	2
evangelisch	283	33	41	17	7	2
katholisch	74	31	30	34	3	3

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A40**Mich an Politiker wenden**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	40	47	1
Geschlecht					
Männer	482	15	41	44	0
Frauen	518	9	39	49	2
Alter					
18-24 Jahre	110	2	42	56	0
25-34 Jahre	148	9	47	43	1
35-44 Jahre	198	14	41	45	1
45-59 Jahre	242	17	39	43	0
60 Jahre und älter	296	12	37	49	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	6	37	54	4
10. Klasse	419	10	36	54	0
Abitur	103	8	58	34	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	24	44	32	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	14	43	42	0
in Ausbildung	59	3	46	51	0
arbeitslos	78	6	36	55	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	11	36	50	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	6	43	51	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	13	44	43	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	22	52	26	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	28	30	42	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	12	43	45	0
evangelisch	283	13	36	49	2
katholisch	74	11	38	46	5

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
Mich an einen Politiker wenden.*

Tabelle A41**In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	15	74	1
Geschlecht					
Männer	482	15	18	66	0
Frauen	518	7	12	81	1
Alter					
18-24 Jahre	110	0	23	77	0
25-34 Jahre	148	2	23	74	1
35-44 Jahre	198	7	15	78	0
45-59 Jahre	242	16	11	73	0
60 Jahre und älter	296	18	10	70	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	8	7	83	2
10. Klasse	419	10	13	76	0
Abitur	103	5	27	67	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	18	20	63	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	9	16	74	0
in Ausbildung	59	2	14	85	0
arbeitslos	78	6	13	78	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	16	13	70	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	3	14	82	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	9	13	78	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	21	63	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	15	26	58	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	12	15	73	0
evangelisch	283	10	16	74	0
katholisch	74	8	8	81	3

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer politischen Partei mitarbeiten.*

Tabelle A42**In einer Bürgerinitiative mitarbeiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	60	27	1
Geschlecht					
Männer	482	13	63	22	1
Frauen	518	11	57	31	1
Alter					
18-24 Jahre	110	5	72	21	2
25-34 Jahre	148	1	74	24	0
35-44 Jahre	198	10	68	22	1
45-59 Jahre	242	14	59	26	1
60 Jahre und älter	296	20	44	34	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	12	44	42	2
10. Klasse	419	9	63	24	1
Abitur	103	13	67	19	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	17	67	15	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	8	69	22	1
in Ausbildung	59	5	69	25	0
arbeitslos	78	14	45	35	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	18	49	32	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	7	65	29	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	5	72	21	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	16	71	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	14	66	20	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	12	60	27	1
evangelisch	283	12	61	26	1
katholisch	74	12	57	26	5

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

Tabelle A43

**An einer genehmigten Demonstration
teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	24	41	34	1
Geschlecht					
Männer	482	31	42	26	1
Frauen	518	19	40	41	1
Alter					
18-24 Jahre	110	24	53	20	4
25-34 Jahre	148	27	46	26	1
35-44 Jahre	198	25	47	27	1
45-59 Jahre	242	27	44	28	1
60 Jahre und älter	296	21	28	50	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	19	27	52	1
10. Klasse	419	22	43	34	1
Abitur	103	21	52	25	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	35	47	19	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	27	47	25	0
in Ausbildung	59	22	51	24	3
arbeitslos	78	19	38	40	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	22	32	46	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	24	47	29	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	29	49	22	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	28	49	21	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	25	42	32	2
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	24	44	31	1
evangelisch	283	24	40	36	1
katholisch	74	32	23	44	1

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.*

Tabelle A44

**An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	14	79	2
Geschlecht					
Männer	482	8	16	74	2
Frauen	518	2	12	84	2
Alter					
18-24 Jahre	110	8	21	71	0
25-34 Jahre	148	8	26	65	1
35-44 Jahre	198	8	17	73	2
45-59 Jahre	242	3	13	80	3
60 Jahre und älter	296	2	4	92	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	4	3	91	1
10. Klasse	419	5	17	77	1
Abitur	103	5	19	75	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	7	17	73	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	7	19	72	2
in Ausbildung	59	8	15	76	0
arbeitslos	78	1	16	83	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	3	7	89	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	5	20	75	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	8	19	71	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	21	69	5
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	14	77	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	5	16	77	2
evangelisch	283	2	11	85	1
katholisch	74	12	11	76	2

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.*

Tabelle A45**Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	10	89	1
Geschlecht					
Männer	482	2	12	85	1
Frauen	518	0	8	92	0
Alter					
18-24 Jahre	110	1	21	78	0
25-34 Jahre	148	1	7	94	1
35-44 Jahre	198	1	11	88	0
45-59 Jahre	242	1	9	89	2
60 Jahre und älter	296	0	7	92	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	233	0	13	85	0
10. Klasse	419	1	9	89	0
Abitur	103	0	13	86	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	0	6	92	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	507	1	9	90	1
in Ausbildung	59	2	12	86	0
arbeitslos	78	0	14	86	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	1	10	89	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	147	0	10	90	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	0	9	91	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	0	4	93	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	5	13	83	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	636	1	11	88	0
evangelisch	283	1	8	91	1
katholisch	74	1	8	89	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A46

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon / keine Angabe
Insgesamt	1000	46	15	28	10	1
Geschlecht						
Männer	482	43	15	29	12	2
Frauen	518	49	15	28	8	0
Alter						
18-24 Jahre	110	41	12	26	19	3
25-34 Jahre	148	42	14	33	9	2
35-44 Jahre	198	45	20	24	11	0
45-59 Jahre	242	48	18	24	10	0
60 Jahre und älter	296	49	11	33	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	58	11	27	4	0
10. Klasse	419	50	17	24	9	1
Abitur	103	35	12	40	12	2
(Fach-) Hochschulabschluss	239	32	18	33	15	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	44	19	26	10	1
in Ausbildung	59	40	10	25	22	3
arbeitslos	78	58	16	18	4	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	46	11	33	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	58	21	16	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	41	23	26	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	31	10	44	14	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	42	12	29	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	44	18	28	10	1
evangelisch	283	49	12	28	10	1
katholisch	74	47	9	34	9	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A47

**Diskriminierung Ostdeutscher
durch Westdeutsche**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	20	30	37	11	3
Geschlecht						
Männer	482	17	26	42	13	2
Frauen	518	22	33	32	10	3
Alter						
18-24 Jahre	110	20	35	42	1	2
25-34 Jahre	148	18	25	45	11	0
35-44 Jahre	198	15	34	38	12	2
45-59 Jahre	242	17	29	37	15	2
60 Jahre und älter	296	26	28	30	12	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	34	28	19	12	6
10. Klasse	419	20	30	38	10	2
Abitur	103	11	41	40	8	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	9	26	51	13	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	13	29	44	12	1
in Ausbildung	59	17	39	39	5	0
arbeitslos	78	42	26	18	10	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	25	30	30	11	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	24	23	38	12	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	9	35	47	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	7	28	51	14	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	28	42	23	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	21	29	37	11	2
evangelisch	283	17	31	37	11	3
katholisch	74	23	28	32	16	0

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A48**Wir brauchen eine starke Hand**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	38	30	20	11	2
Geschlecht						
Männer	482	33	32	19	14	1
Frauen	518	41	28	21	8	2
Alter						
18-24 Jahre	110	27	39	30	5	0
25-34 Jahre	148	34	32	25	8	2
35-44 Jahre	198	33	34	21	11	2
45-59 Jahre	242	35	29	19	15	2
60 Jahre und älter	296	49	24	14	11	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	55	26	9	8	3
10. Klasse	419	41	31	18	10	1
Abitur	103	25	34	32	9	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	21	30	30	16	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	32	33	22	12	2
in Ausbildung	59	22	37	32	8	0
arbeitslos	78	47	23	17	12	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	47	26	16	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	40	35	18	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	29	36	18	16	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	20	27	40	9	5
Landw./Selbst./Freiber.	65	37	23	23	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	36	32	20	11	1
evangelisch	283	41	28	19	10	1
katholisch	74	41	22	23	11	3

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A49**Gehorsam und Disziplin wichtig**

Zeilenprozent %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	33	25	12	1
Geschlecht						
Männer	482	27	35	26	11	1
Frauen	518	29	32	25	14	0
Alter						
18-24 Jahre	110	21	35	37	6	0
25-34 Jahre	148	16	44	22	18	1
35-44 Jahre	198	19	32	28	21	0
45-59 Jahre	242	25	31	29	14	1
60 Jahre und älter	296	46	30	18	5	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	51	27	15	6	1
10. Klasse	419	29	35	23	12	0
Abitur	103	10	39	39	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	14	34	33	18	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	19	36	27	18	1
in Ausbildung	59	5	34	49	12	0
arbeitslos	78	34	35	21	9	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	45	30	19	6	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	27	39	18	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	14	38	30	17	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	11	26	36	26	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	25	37	25	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	26	34	27	13	0
evangelisch	283	35	32	21	12	0
katholisch	74	25	36	23	14	3

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A50**Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	30	35	14	4
Geschlecht						
Männer	482	19	28	35	16	2
Frauen	518	17	31	35	12	5
Alter						
18-24 Jahre	110	13	18	42	25	2
25-34 Jahre	148	17	32	34	15	1
35-44 Jahre	198	17	33	34	13	2
45-59 Jahre	242	17	31	37	12	2
60 Jahre und älter	296	21	30	31	11	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	29	25	29	10	7
10. Klasse	419	21	30	34	12	3
Abitur	103	6	30	37	23	4
(Fach-) Hochschulabschluss	239	7	33	41	18	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	17	32	36	13	2
in Ausbildung	59	12	14	51	24	0
arbeitslos	78	19	28	34	15	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	20	30	30	13	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	29	27	34	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	11	36	38	13	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	33	48	15	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	23	30	23	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	18	30	36	13	3
evangelisch	283	16	30	32	17	4
katholisch	74	24	20	34	16	5

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A51**Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	26	29	30	14	2
Geschlecht						
Männer	482	22	26	33	17	1
Frauen	518	28	31	27	11	3
Alter						
18-24 Jahre	110	22	23	37	18	0
25-34 Jahre	148	17	33	37	13	0
35-44 Jahre	198	27	22	36	13	2
45-59 Jahre	242	24	30	26	18	2
60 Jahre und älter	296	31	32	24	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	37	36	17	5	5
10. Klasse	419	32	28	28	11	1
Abitur	103	15	23	41	20	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	8	23	43	24	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	22	28	33	17	1
in Ausbildung	59	17	17	53	14	0
arbeitslos	78	36	35	18	10	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	30	31	25	10	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	34	30	29	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	18	33	34	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	10	17	41	30	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	23	18	31	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	25	27	32	15	1
evangelisch	283	25	32	26	13	4
katholisch	74	32	29	31	7	1

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A52

**Ausländer sollen unter
eigenen Landsleuten heiraten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	14	30	43	3
Geschlecht						
Männer	482	7	12	33	46	2
Frauen	518	14	15	26	40	4
Alter						
18-24 Jahre	110	5	5	19	68	4
25-34 Jahre	148	4	11	34	49	2
35-44 Jahre	198	6	11	32	49	2
45-59 Jahre	242	9	13	28	46	4
60 Jahre und älter	296	21	20	30	24	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	21	24	24	22	8
10. Klasse	419	11	13	32	42	3
Abitur	103	5	6	25	64	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	3	7	32	56	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	6	10	31	51	2
in Ausbildung	59	3	5	18	70	3
arbeitslos	78	12	17	24	42	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	20	20	30	26	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	9	14	37	38	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	4	11	31	51	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	2	1	27	65	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	5	25	63	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	10	11	30	46	3
evangelisch	283	12	18	29	36	5
katholisch	74	14	11	26	44	4

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A53**Es gibt wertvolles und unwertes Leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	15	13	52	2
Geschlecht						
Männer	482	13	13	14	59	1
Frauen	518	21	17	12	46	4
Alter						
18-24 Jahre	110	5	9	15	70	0
25-34 Jahre	148	12	11	20	56	1
35-44 Jahre	198	16	12	18	53	2
45-59 Jahre	242	18	13	7	58	3
60 Jahre und älter	296	25	24	9	38	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	29	30	7	31	3
10. Klasse	419	20	14	16	47	3
Abitur	103	3	10	12	75	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	7	5	14	72	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	14	11	14	59	2
in Ausbildung	59	3	3	17	76	0
arbeitslos	78	33	10	6	49	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	22	24	12	39	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	20	16	18	46	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	11	10	15	60	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	11	5	11	70	4
Landw./Selbst./Freiber.	65	12	12	6	69	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	16	13	13	55	2
evangelisch	283	17	21	13	47	2
katholisch	74	23	12	8	49	8

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A54**Der Stärkere soll sich durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	17	36	33	2
Geschlecht						
Männer	482	7	17	41	34	1
Frauen	518	16	17	31	32	3
Alter						
18-24 Jahre	110	8	13	49	28	2
25-34 Jahre	148	4	18	43	35	1
35-44 Jahre	198	8	17	38	36	1
45-59 Jahre	242	10	17	33	38	2
60 Jahre und älter	296	20	19	29	28	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	24	19	27	23	6
10. Klasse	419	10	19	36	35	0
Abitur	103	5	17	50	28	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	3	13	39	43	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	8	18	38	34	1
in Ausbildung	59	5	10	47	35	3
arbeitslos	78	10	17	32	40	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	17	17	32	30	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	13	22	33	31	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	6	16	45	32	0
höh.-leit. Ang./Beamte	81	5	15	38	38	5
Landw./Selbst./Freiber.	65	9	15	29	45	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	9	16	40	34	1
evangelisch	283	15	22	29	32	2
katholisch	74	16	9	31	32	11

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A55

**Deutsche Interessen gegenüber
Ausland durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	24	27	30	16	3
Geschlecht						
Männer	482	25	26	30	18	2
Frauen	518	24	28	30	14	4
Alter						
18-24 Jahre	110	14	33	33	18	2
25-34 Jahre	148	19	37	26	17	1
35-44 Jahre	198	22	29	35	13	2
45-59 Jahre	242	24	24	33	19	1
60 Jahre und älter	296	33	21	26	14	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	41	21	21	11	7
10. Klasse	419	26	34	28	10	2
Abitur	103	11	21	43	24	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	12	21	38	28	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	21	27	33	18	1
in Ausbildung	59	8	39	36	17	0
arbeitslos	78	28	31	24	14	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	30	24	27	13	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	33	33	22	11	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	19	27	36	16	1
höh.-leit. Ang./Beamte	81	9	19	42	31	0
Landw./Selbst./Freiber.	65	20	23	35	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	25	25	31	16	2
evangelisch	283	24	28	29	16	3
katholisch	74	18	36	27	14	5

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A56**Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	18	35	32	6
Geschlecht						
Männer	482	9	15	37	36	3
Frauen	518	8	21	34	29	8
Alter						
18-24 Jahre	110	9	15	47	27	2
25-34 Jahre	148	3	18	38	39	2
35-44 Jahre	198	7	21	33	35	5
45-59 Jahre	242	9	18	31	38	5
60 Jahre und älter	296	11	19	35	25	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	13	22	37	17	11
10. Klasse	419	9	23	35	28	5
Abitur	103	4	12	41	41	2
(Fach-) Hochschulabschluss	239	4	9	32	52	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	6	17	35	38	4
in Ausbildung	59	7	18	43	30	2
arbeitslos	78	17	21	29	29	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	10	19	36	25	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	10	17	42	26	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	4	20	32	41	4
höh.-leit. Ang./Beamte	81	4	10	32	54	1
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	16	34	41	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	7	18	34	36	5
evangelisch	283	10	20	36	26	8
katholisch	74	9	12	43	30	5

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A57**Die Juden passen nicht zu uns**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	8	21	61	6
Geschlecht						
Männer	482	4	8	23	63	3
Frauen	518	4	8	20	60	8
Alter						
18-24 Jahre	110	3	5	23	68	1
25-34 Jahre	148	1	8	20	70	1
35-44 Jahre	198	6	6	21	63	4
45-59 Jahre	242	2	7	19	67	5
60 Jahre und älter	296	6	11	22	48	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	9	13	23	43	13
10. Klasse	419	5	10	22	59	4
Abitur	103	0	2	17	78	3
(Fach-) Hochschulabschluss	239	0	3	19	76	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	3	7	20	66	4
in Ausbildung	59	3	0	20	77	0
arbeitslos	78	4	8	21	65	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	6	11	22	51	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	2	11	27	53	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	2	8	23	65	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	1	10	85	2
Landw./Selbst./Freiber.	65	8	2	13	75	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	4	8	21	63	4
evangelisch	283	4	10	24	55	7
katholisch	74	5	4	10	68	12

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A58**Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	12	21	57	3
Geschlecht						
Männer	482	4	10	26	58	2
Frauen	518	8	14	17	56	5
Alter						
18-24 Jahre	110	6	13	34	42	5
25-34 Jahre	148	7	20	24	47	3
35-44 Jahre	198	6	11	25	56	3
45-59 Jahre	242	7	6	17	67	2
60 Jahre und älter	296	5	14	16	60	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	9	17	17	52	5
10. Klasse	419	8	15	23	50	3
Abitur	103	1	7	30	61	1
(Fach-) Hochschulabschluss	239	2	4	18	72	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	7	10	22	59	3
in Ausbildung	59	0	16	38	43	3
arbeitslos	78	10	16	16	55	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	5	14	19	58	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	12	12	23	52	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	6	10	22	59	3
höh.-leit. Ang./Beamte	81	1	5	22	67	5
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	9	22	60	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	6	10	23	59	2
evangelisch	283	7	14	18	55	5
katholisch	74	7	16	21	49	7

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A59**Diktatur die bessere Staatsform**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	13	25	55	4
Geschlecht						
Männer	482	3	12	22	61	1
Frauen	518	3	14	28	49	6
Alter						
18-24 Jahre	110	2	13	34	49	3
25-34 Jahre	148	2	11	29	57	1
35-44 Jahre	198	3	16	23	56	3
45-59 Jahre	242	4	15	20	57	5
60 Jahre und älter	296	3	10	26	54	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	233	4	18	26	44	9
10. Klasse	419	2	15	27	54	2
Abitur	103	3	8	25	64	0
(Fach-) Hochschulabschluss	239	3	7	21	65	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	507	3	14	22	57	3
in Ausbildung	59	0	10	41	46	3
arbeitslos	78	4	22	23	47	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	351	2	10	27	55	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	147	3	22	22	51	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	210	3	14	27	54	2
höh.-leit. Ang./Beamte	81	4	7	15	67	7
Landw./Selbst./Freiber.	65	6	11	14	68	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	636	3	13	26	55	3
evangelisch	283	4	14	23	56	4
katholisch	74	0	12	23	58	7

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.